

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

THEODOR SCHIEDER

Die Ostvertreibung als wissenschaftliches Problem

JEAN VANWELKENHUYZEN

Zum Mechelener Zwischenfall 1940

HANS-DIETRICH LOOCK

Großgermanische Ideologie und Besatzungspolitik

D. C. WATT

Die Dominions als außenpolitischer Faktor

DOKUMENTATION

Hindenburg zwischen den Fronten 1932

Anfänge der NSDAP in Berlin

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Theodor Schieder</i> . . .	Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem . . .	1
<i>Jean Vanwelkenhuyzen</i> .	Die Niederlande und der „Alarm“ im Januar 1940	17
<i>Hans-Dietrich Looçk</i> . .	Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches	37

MISZELLE

<i>D. C. Watt</i>	Der Einfluß der Dominions auf die britische Außenpolitik vor München	64
-----------------------------	--	----

DOKUMENTATION

Hindenburg zwischen den Fronten 1932 (<i>Erich Matthias</i>)	75
Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27 (<i>Martin Broszat</i>)	85

NOTIZEN	119
-------------------	-----

BIBLIOGRAPHIE	65
-------------------------	----

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43651.
Preis des Einzelheftes DM 7.— = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.— = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.—. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Dieser Nummer liegen folgende Prospekte bei: Friedrich Ruge, „Rommel und die Invasion“ des K. F. Koehler Verlages, Stuttgart, sowie Erich Wende, „C. H. Becker - Mensch und Politiker“ der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

8. Jahrgang 1960

1. Heft/Januar

THEODOR SCHIEDER

DIE VERTREIBUNG DER DEUTSCHEN AUS DEM OSTEN ALS WISSENSCHAFTLICHES PROBLEM

Vorbemerkung des Herausgebers

Im 2. Heft des 2. Jahrgangs dieser Zeitschrift hat Martin Broszat, nachdem die beiden ersten Bände der „Dokumentation der Vertreibung“ erschienen waren, über Methodenfragen der Massendokumentation berichtet. Inzwischen ist das Publikationsunternehmen weit fortgeschritten zu dem stattlichen Bestand von bisher sechs Bänden und zwei Beiheften. Es hat viel Anerkennung im Inland und Ausland gefunden, ist aber auch massiven Angriffen, neben solchen aus dem Osten insbesondere von Organen und Organisationen der Vertriebenen selbst begegnet. Darauf wird in dem hier folgenden, den Wortlaut eines Vortrags wiedergebenden, nur durch Anmerkungen ergänzten Aufsatz kurz Bezug genommen, ohne daß die Auseinandersetzung im einzelnen durchgeführt werden soll. Aber es besteht aller Anlaß, auf gewisse Gefährdungen der unabhängigen Wissenschaft durch den Versuch politischer Einflußnahme von seiten der „Verbände“ hinzuweisen. Bei aller Bereitschaft des Historikers, von „Zeugenberichten“ zu lernen, kann ein Zensurrecht der Beteiligten oder Nächstbetroffenen nicht wohl anerkannt werden. Es geht hier um prinzipielle Fragen der Zeitgeschichte. Auch sonst aber bietet der Fortgang der Publikation erwünschten Anlaß, mit einem Beitrag grundsätzlicher und methodischer Art den Jahrgang zu eröffnen.

Auf die Rolle von Beneš in der Entstehung des Vertreibungsgedankens wird in einem späteren Heft dieses Jahrgangs noch zurückzukommen sein. H. R.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten ist ein Stück der deutschen Katastrophe in der jüngstvergangenen Geschichte. Als Gegenstand der historischen Betrachtung enthält sie die ganze Problematik, die mit jeder zeitgeschichtlichen Forschung verbunden ist, ja diese Problematik ist noch vielfältig gesteigert: ein Ereignis, das in das Schicksal von Millionen unbarmherzig eingegriffen, seit Jahrhunderten gefügte Lebensordnungen zerstört und die Geschichte von Generationen annulliert hat, ist bei uns allen, die wir Miterlebende waren, so mit Gefühlsmomenten beladen, daß für ruhige wissenschaftliche Einsicht noch kein Raum zu sein scheint. Die Schwierigkeiten zeitgeschichtlicher Arbeit komplizieren sich aber auch noch in anderer Weise: der Historiker begegnet, sooft er Ereignisse der nahen Vergangenheit behandelt, nicht selten dem Vorwurf von Mithandelnden, ihm fehle die Kompetenz, die persönliche Erfahrung, um Entscheidungen zu beurteilen, an denen er nicht selbst beteiligt gewesen sei. Der Handelnde will nicht nur als historischer Zeuge, als Quelle gehört werden, er glaubt auch, sein eigener Geschichtsschreiber sein zu können. Ich will die Billigkeit dieses Anspruchs hier nicht prüfen,

sondern nur darauf hinweisen, daß die Diskussion zwischen Historikern und Mithandelnden der Zeitgeschichte so lange auf einen kleinen Kreis beschränkt bleibt, als es um Fragen der hohen Politik geht. Dies wird anders, wenn das Lebensschicksal von Tausenden und Millionen auf die Waage gelegt wird. Hier ist jeder Zeuge gewesen und beansprucht als Sachverständiger gehört zu werden; jeder hat ein tiefes Mißtrauen gegen jene Art von innerer Neutralität, wie er sie bei jeder wissenschaftlichen Behandlung einer von ihm leidvoll erduldeten Wirklichkeit beargwöhnt. Niemand wird einem Historiker der alten Geschichte vorwerfen, er sei nicht bei Cäsars Tod dabei gewesen, über den er schreibt. Dem Historiker der Zeitgeschichte indessen, noch dazu wenn er Massenschicksale behandelt, bleibt ein entsprechender Vorwurf für die von ihm geschilderten Ereignisse nicht erspart. Es zeigt sich, daß die Geschichte, wenn sie noch nicht ganz dem gegenwärtigen Leben entrückt ist, wenn sie noch ein Stück lebendiges Dasein ist, andere Maßstäbe verlangt als die geistige Wiedererweckung, die Verlebendigung einer restlos dem Tode verfallenen Vergangenheit.

Hier liegt das tiefste Problem des Zeithistorikers: kann er der Geschichte seiner Zeit gegenüber, mit der er durch viele Bande verknüpft ist, das wunderbare Schauspiel, wie Jacob Burckhardt sagt, genießen, „dem Geist der Menschheit erkennend nachzugehen“, ja kann er es überhaupt genießen wollen? Ich meine, es wäre falsch, sich den Gegensatz zwischen Erlebnis und Einsicht, zwischen teilnehmender Empfindung und verstandesmäßiger Analyse als einen unüberbrückbaren vorzustellen. Täten wir das, dann würden wir unser Geschäft als Historiker verfehlen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, nicht nur andere Zeiten und Völker, sondern auch uns selbst ständig „historisch“ zu nehmen, d. h. unter das Gesetz der forschenden Kritik zu stellen. Eine reine „Erlebnishistorie“ wäre keine wissenschaftliche Historie mehr; das alte Wort „Erkenne dich selbst“ gilt auch für den Bereich der geschichtlichen Forschung als ein oberstes Gebot. Wir müssen auch die schrecklichen Erlebnisse, die tiefen Gemütsindrücke auf eine höhere Stufe des Bewußtseins zu heben versuchen, indem wir sie in den großen geschichtlichen Zusammenhang stellen, aus dem sie für unser Bewußtsein gerade durch ihre alles Maß überschreitende Furchtbarkeit herausfallen. Der Historiker kann dabei den ehrlichen Makler spielen in dem Gegeneinander der Empfindungen und Leidenschaften, von denen die Mithandelnden verzehrt werden. Er wird ein geläutertes Bild der Wirklichkeit – und sei es die entsetzlichste – als Ziel vor Augen haben und von der Überzeugung nicht lassen, daß von diesem geläuterten Bild stärkere Strahlen ausgehen als von einer aus den Impulsen des Moments entworfenen Skizze.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten war ein Massenvorgang, zusammengesetzt aus unzähligen Einzelschicksalen, gelenkt von Kräften, die wir bis heute nur unvollkommen erfassen können. Sie stand am Ende eines Krieges, der in seiner fast sechsjährigen Dauer nicht nur die größten bis dahin gezählten Menschenverluste verursacht, sondern auch die größten Menschenbewegungen seit Jahrhunderten in Gang gebracht hat. Dieser Krieg wich aber nicht nur im quantitativen Sinne von aller bisherigen historischen Erfahrung ab, in ihm ist auch eine quali-

tative Veränderung sichtbar geworden; der Mensch wird in einem Maße Herr von technischen Mitteln, daß ihm alles planbar erscheint: jede Art von Zerstörung, jede Veränderung des Menschenschicksals im Dienste der Macht, jede Verpflanzung und Verschiebung der Bevölkerung. Das moralische Bewußtsein, das auch den Krieg nur als ein Instrument für die Schaffung neuer politischer Ordnungen im Rahmen der durch die Geschichte gezogenen Grenzen gelten läßt, geht verloren; der Krieg setzt vielmehr die hybride Vorstellung frei, aus jeder geschichtlichen Überlieferung herausspringen und etwas im Sinne einer beliebigen Machträson Endgültiges schaffen zu können. In diesem Irrglauben wurde der zweite Weltkrieg von Hitler ausgelöst und wurde er von ihm vor allem in Osteuropa geführt; aber dieser Irrglaube ergriff auch seine Gegner, von denen manche glaubten, sie könnten die Existenz eines hochentwickelten, industriell und technisch erfahrenen Volkes auslöschen und an seine Stelle ein „pastoralisiertes“, will heißen: auf die Stufe ländlicher Wirtschaft zurückgeführtes Deutschland setzen. Wir haben dafür bisher nur Belege von einzelnen Politikern des Westens wie von dem amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau; wir ahnen aber, daß in den Planungen der kommunistischen Vormacht noch ganz andere Pläne zum Vorschein kommen würden. Schließlich hat wiederum Hitler dem Gedanken der Manipulierbarkeit von Bevölkerungen, der schon im militärisch-strategischen Denken des ersten Weltkriegs eine bedeutsame Rolle gespielt hatte¹, durch seine Rückführungspolitik von deutschen Volksgruppen, aber auch durch gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen aller Art bis zu Plänen der Aussiedlung ganzer Völker: der Tschechen, der Polen, ganz abgesehen einmal von der Behandlung der Juden, neuen Auftrieb gegeben. Er hat damit gleichsam den Startschuß gegeben für all das, was nachher kam und was nun über das deutsche Volk hereinbrach. Sicherlich kann die Vertreibung der Deutschen aus ihren vielhundertjährigen Wohngebieten nicht allein daraus abgeleitet werden: im Kriege liegt immer und überall die radikalste Lösung, die mit Gewalt erzwingbar ist, in der Luft, und aus vielfältigen Quellen ist der Gedanke des sog. Bevölkerungstransfers entstanden, wie wir noch sehen werden. Vorerst sei nur der ganze geschichtliche Hintergrund abgeleuchtet, vor dem die Ereignisse seit 1944/45 stehen und ohne den man sie nicht richtig würdigen kann. Die Austreibung nach 1945 ist, wie ich am Anfang schon sagte, ein Stück der deutschen Katastrophe, sie ist aber noch viel mehr: sie ist eine europäische Katastrophe, ein Eingeständnis dafür, daß die europäischen Völker, die sich in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen als eine Einheit im Gegensatz, eine *coincidentia oppositorum* erwiesen hatten, nicht mehr miteinander leben zu können glaubten, ohne sich gegenseitig zu vernichten.

Aber ich eile mit Überlegungen und Ergebnissen voraus und muß mich zuerst auf die Vorfragen konzentrieren; daß dies nicht in theoretischen Erwägungen geschieht, sondern aus sehr praktischen Erfahrungen, hat seine Gründe in der Tat-

¹ Darüber jetzt Werner Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg*, 1958, vor allem S. 154 ff.

sache einer nun schon acht Jahre dauernden Arbeit, die eine Gruppe von Historikern dem Gegenstand der Vertreibung als einer wissenschaftlichen Aufgabe gewidmet hat². Am Beginn dieser Arbeit stand die Grundlegung einer wissenschaftlichen Methode, einer Methode sowohl für die Quellensammlung wie für die Auswertung dieser Quellen in einer ersten zusammenfassenden Darstellung.

Die methodische Problematik lag vor allem bei der Quellensammlung, und es ist nötig, sie in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Quellensammlungen und daraus hervorgehende Editionen von Dokumenten sind in der auf Zeitgeschichte gerichteten modernen Geschichtsschreibung, in der modernen Publizistik und auch in der offiziellen Publizistik der Staaten zuerst vor allem im Zusammenhang mit der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges veranstaltet worden. Diese Dokumentensammlungen waren aber samt und sonders auf amtlichem Material aufgebaut, d. h. es war möglich, auf den reichen Inhalt der Archive zurückzugreifen und dort den Niederschlag der politischen Ereignisse an Hand von Akten festzustellen und nun nach einem bestimmten Auswahlverfahren diese Dokumente zu publizieren. Dieses Unternehmen hat vor allem im Zusammenhang mit der Frage nach der Kriegsschuld von 1914 auch eine unmittelbare politische Bedeutung gehabt. Kurz nach dem Umschwung im Frühjahr 1919 ist in Deutschland der Entschluß gefaßt worden, der These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands, wie sie im Versailler Frieden ihren Niederschlag fand, dadurch entgegenzutreten, daß man das Material des Auswärtigen Amtes über die Vorgeschichte des Weltkrieges bis zurück zur Gründung des Bismarckischen Reiches von 1871 veröffentlichte. Ein in der Zielsetzung völlig richtiges und großartiges und in seiner Durchführung bei allen Mängeln und zu erhebenden Einwänden im allgemeinen auch gelungenes Unternehmen. Deutschland hatte mit diesem Unternehmen das Eis gebrochen und den Anstoß dazu gegeben, daß nun alle Großmächte – mit alleiniger Ausnahme Italiens, das erst jetzt nach dem zweiten Weltkrieg den Anfang gemacht hat – ähnliche Dokumentenveröffentlichungen einzuleiten begannen. Wir fußen infolgedessen nicht nur auf einer breiten Quellengrundlage für die wissenschaftliche Erforschung der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges, sondern besitzen auch einen wertvollen Beitrag für die Bildung eines allgemeinen politischen Bewußtseins, das sich in der Geschichtswissenschaft über die Grenzen der Nationen hinweg auszubilden begann. Daß dieses im Zusammenhang mit der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges zum großen Teil wieder zerstört wurde, steht auf einem anderen Blatt, aber bis in den Anfang der 30er Jahre hat diese große Editionswehle, die von Deutschland ausgegangen ist, erheblich zur Klärung der Zusammenhänge und – man muß auch sagen – zur Klärung der Atmosphäre beigetragen. Ich betone das so ausdrücklich,

² 1951 wurde durch die Initiative des damaligen Bundesministers für Vertriebene Dr. Lukasek und des Staatssekretärs Dr. O. Schreiber eine unabhängige Wissenschaftliche Kommission, bestehend aus Adolf Diestelkamp (+), Rudolf Laun, Peter Rassow, Hans Rothfels, Theodor Schieder unter dem Vorsitz des letzteren gebildet, der später Werner Conze hinzutrat. Sie bearbeitet seitdem das Werk „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa“, von dem die Bände I, 1 u. 2, II, III, IV, 1 u. 2 und 2 Beihefte erschienen sind.

weil ich glaube, daß eine gewisse Parallelität zu dem Unternehmen vorliegt, das wir jetzt nach dem zweiten Weltkrieg begonnen haben: der Dokumentation der Vertreibung. Diese Parallelität liegt allerdings nur im Bereiche der politischen Bedeutung und vielleicht auch der zu erhoffenden reinigenden Wirkung. Dagegen waren die methodischen Voraussetzungen diametral entgegengesetzte. Der bequemere Weg, in die Archive zu gehen, erwies sich als unbegehrbar, da es Akten über den Vertreibungsvorgang auf deutscher Seite überhaupt nicht gibt und die Akten der Länder, die die Vertreibung vorbereitet und ausgeführt haben, uns nicht zur Verfügung stehen. Wir standen vor der Tatsache, daß ein großer, in unserer bisherigen europäischen Geschichte ganz unerhörter Vorgang geschehen war, ohne daß die Geschichtsschreibung auch in der Zukunft eine Möglichkeit hätte, Quellen dafür zu finden und darauf eine Darstellung aufzubauen.

Das Unternehmen, das der deutschen Wissenschaft aufgegeben war, mußte also zweierlei zum Ziele haben. Es mußte erst einmal die Quellen sozusagen hervorbringen, d. h. aus der Verborgenheit in der Erinnerung von Tausenden ans Tageslicht bringen, um sie dann publizieren zu können. Eine gegenüber der Quellenveröffentlichung zur Vorgeschichte des ersten Weltkriegs völlig andersartige Aufgabe, die damit gestellt war. Wie sollte ein Massenvorgang, der in seiner ersten Phase – der Fluchtbewegung – kaum einer Steuerung von oben unterlag und der dann in seiner weiteren Entwicklung – während der Phase der Austreibung – von fremden, bis heute ungreifbaren politischen Mächten erzwungen war, dokumentarisch belegt werden? Man mußte auf die Betroffenen, die Opfer dieser gewaltsamen Entscheidungen, zurückgreifen und aus der Vielzahl einzelner Äußerungen das Ganze zu rekonstruieren suchen.

Nun hat die sogenannte Meinungsforschung eine ganz neue Form der soziologisch-statistischen Erfassung von Haltungen und Einstellungen, die nicht einzelne, sondern ganze Massen, große Gruppen betreffen, herausgebildet. Sie entwickelt ein Verfahren, das durch die systematische Befragung repräsentativer Bevölkerungsgruppen glaubt, sichere Ergebnisse über die Auffassung, die Meinung einer großen Gruppe, ja einer ganzen Nation, zu bestimmten Fragen eruieren zu können. Man fragt 4 000 Menschen, die in ihrer sozialen Zusammensetzung etwa dem soziologischen Aufbau eines ganzen Volkes entsprechen, und man tut dies immer mit ganz konkreten Fragen. Man wird dadurch instandgesetzt, bestimmte Reaktionen zu registrieren, kann aber niemals darstellende Berichte über große Ereigniszusammenhänge auf diesem Wege gewinnen. Gelegentlich sind auch im Zusammenhang der Erforschung der Vertreibung Versuche unternommen worden, ähnliche Formen der Befragung auf die Rekonstruktion von Erinnerungsbildern anzuwenden. Dies ist äußerst gefährlich und beruht auf dem Mißverständnis, daß man Meinung und Erinnerung auf die gleiche Weise ermitteln könne. Wenn man nämlich, wie dies geschehen ist, mit einem Schema ganz präzise gestellter Fragen an den einzelnen, der die Erinnerung an ein schweres Schicksal in sich trägt, herantritt, dann wird auch die Antwort sehr schematisch ausfallen. Der einzelne wird in der Reihenfolge der ihm gestellten Fragen antworten. Er wird über be-

stimmte Dinge sicherlich eine bestimmte Anschauung haben, soweit er wirklich etwas erlebt hat, über andere dagegen nur sehr unbestimmte Vorstellungen; der Unterschied zwischen beiden wird aber durch schematische Befragung verwischt. Wir haben es gelegentlich erlebt, daß unbestimmte Vorstellungen von dem Befrager sehr oft fälschlicherweise in konkrete Antworten verwandelt werden. Ich nenne ein Beispiel, das sehr charakteristisch ist: in einem der jugoslawischen Lager ist eine bestimmte Zahl von Personen gestorben, die auf Grund eines genau belegten Berichtes eines Arztes, der darüber Buch geführt hat, bekannt geworden ist. Merkwürdigerweise geben nun alle anderen, die über dieses Lager befragt worden sind, fast dieselbe Zahl an: der eine etwas mehr, der andere etwas weniger. Hier ist ganz eindeutig gerade die genaue Antwort ohne Aussagewert, denn der einzelne Insasse des Lagers kann sie gar nicht wissen. Er kann sie auch kaum schätzen, sondern es ist offensichtlich so, daß die präzise Zahl des Arztes auch dem Vernehmer bekannt war, und dieser sie durch die Art seiner Fragen ins Spiel gebracht hat. Die Angabe divergierender Zahlen, die bei einem Befragten ruhig eine Verschätzung durchgehen läßt, hätte hier die Glaubwürdigkeit des Aussagenden erhöht. Die von der Soziologie oder der Meinungsforschung entwickelten Befragungsmethoden reichen für die Rekonstruktion geschichtlicher Ereignisabläufe nicht aus; denn der Problembereich, mit dem wir es hier zu tun haben, ist bei diesen ein ganz anderer. Wir wollen bestimmte Vorgänge mit bestimmtem Schwergewicht kennenlernen und müssen uns also überlegen, wie es gelingt, dafür den gültigen Ausdruck zu finden, der sowohl repräsentativ ist für einen größeren Kreis, wie auch spezifisch für das bestimmte Ereignis, um das es sich handelt. Das Spezifische eines besonderen Ereignisses in seiner individuellen Ausprägung muß festgehalten werden, was nur in deskriptiver Form und nicht statistisch möglich ist, und es muß bei einer Massendokumentation im individuellen Vorgang etwas Allgemeineres erfaßt werden. Es genügt aber andererseits auch nicht, individuelle Schicksale nebeneinander zu reihen. Individuelle Schicksale sind wohl für den einzelnen, seine Familie, seinen Nachbarschafts- und Freundeskreis wesentlich, aber man kann nicht einfach einen Vorgang, der an einer großen Gruppe von Menschen geschehen ist, additiv aus Einzelschicksalen zusammensetzen.

Auch das repräsentative Verfahren, statistisch errechnete Querschnitte des soziologischen Aufbaus einer Bevölkerung in kleinen Befragungsgruppen zu erfassen, versagt gegenüber Ereignissen, deren Durchschlagskraft soziale Unterschiede auslöscht und gerade nicht heraustribt. Von östlicher Seite ist der Dokumentation, wie es kaum anders zu erwarten war, der Vorwurf klassenmäßiger Befangenheit – von anderem zu schweigen – gemacht worden. Ein Kritiker der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft hat sich die Mühe gemacht, die soziologische Struktur der Berichterstatte der beiden ersten Bände zu ermitteln³ und kommt dabei zu dem

³ Joachim Höppner, Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den polnischen Westgebieten im Lichte neofaschistischer Geschichtsklitterung, Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft VI, 1958, H. 2, S. 338 ff. – Vgl. dazu den Aufsatz von B. Ulbrich, Die Dokumentation der Vertreibung – aus kommunistischer Sicht, in: Ostbrief IV, H. 10, 1958, S. 428 ff.

Ergebnis, unter diesen Berichterstattem seien nur 1,1 % „Arbeiter und Personen, die möglicherweise als solche gelten können“. In den wenigen Berichten dieser Herkunft fände sich nichts, was die Besatzungsmacht belaste; dagegen könne man sagen „je höher die Klassenlage, desto greulich die Schilderung“. Nun hat der Kritiker der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft offenbar übersehen, daß in den Berichten von deutschen Arbeitern u. a. erzählt wird, 50 % der zurückgebliebenen Leute seien gestorben⁴, oder daß eine deutsche Landarbeiterfrau davon schreibt, ihr tägliches Morgen- und Abendgebet sei gewesen „wann fahren wir“⁵, d. h., wann kommen wir aus der polnisch gewordenen Umwelt heraus. Doch dies ist es eigentlich nicht, was man ihm entgegenhalten sollte, es geht um viel grundsätzlichere Dinge: es trifft einfach nicht zu, daß die Rote Armee bei ihrem Einmarsch in Ostdeutschland ein klassenkämpferisch gestuftes Auswahlprinzip angewandt hat, weder in ihrer Behandlung der Frauen, noch in der Verhängung von Hunger und Entbehrungen, noch schließlich bei der Vertreibung selbst, die ausnahmslos alle Deutschen ohne Unterschied der Klasse und des Standes getroffen hat. Deutlicher als in den überwiegend agrarischen ostdeutschen Reichsgebieten läßt sich dies in dem hochindustrialisierten Sudetenland feststellen: gewiß wurden die sudetendeutschen Antifaschisten bei der Vertreibung um einige Nuancen besser behandelt, vor dem Schicksal der gewaltsamen Entfernung aus ihrer Heimat wurden sie aber sowenig bewahrt wie alle andern Bevölkerungsgruppen.^{5a} So flüchteten sich die sozialistischen Arbeiter des Industriebezirks Tetschen-Bodenbach vor den Terrormaßnahmen der Tschechen in ein ehemaliges Konzentrationslager und bildeten dort eine Art „Antifa-Republik“. Wenn die sowjetische Politik allerdings mindestens ein klassenkämpferisches Nebenziel mit der Mobilisierung von Millionen verfolgt hat, so war es dieses, aus den deklassierten Massen der Vertriebenen insgesamt einen sozialrevolutionären Sprengstoff zu schaffen, der die Entwicklung zur kommunistischen Revolution vorantreiben sollte.

Niemand wird natürlich bestreiten wollen, daß die einzelnen Menschen, die ihre Erlebnisse niederschrieben, sehr verschiedenen Bevölkerungsgruppen angehören, wenn diese auch keineswegs in einem vorgefaßten Klassenschema untergebracht werden können. Das Erlebte, das sie im Gedächtnis tragen, ist nicht nur deshalb

Diese Antikritik der Kritik in der Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft, die ohne jede Kenntnis der Herausgeber d. Dokumentation entstanden ist, bringt die wesentlichen Gesichtspunkte der Erwiderung. Hinzugefügt sei, daß der Artikel der Zeitschr. f. Geschichtswissenschaft viele sachliche Unrichtigkeiten enthält. So wird u. a. behauptet (S. 341), unter der „infamen“ Überschrift „Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung“ sei „das Kapitel über die Erlebnisberichte aus Internierungslagern“ und die „Internierung der Nazis“ zusammengefaßt. Wenn hier etwas infam ist, so ist es diese Behauptung; von den 144 Berichten dieses Abschnitts entfallen nur wenige auf die Internierung, die meisten auf die Darstellung der allgemeinen Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung.

⁴ So Bericht Nr. 178 in Bd. I, 2, S. 143 ff der Dokumentation.

⁵ A. a. O. I, 2, Nr. 560, S. 844 ff.

^{5a} Dazu Dokumentation IV, 1, S. 97 ff., 127 ff., und 2, S. 518 ff. Das folgende Beispiel nach Bericht Nr. 118 IV, 2, S. 522 ff.

nicht dasselbe, weil die erlebten Ereignisse verschieden waren, sondern auch, weil die Erlebnisfähigkeit verschieden und die Erlebnismöglichkeit gestuft ist. Es gibt Menschen, die auf der untersten Stufe der Erlebnismöglichkeit – die gar nicht mit ihrer sozialen Stellung zusammenzufallen braucht – nur als Opfer eines solchen Ereignisses betroffen werden und auch nur diesen Charakter des Opfers darzustellen vermögen. Sie sind gar nicht in der Lage, etwa dahinterstehende Absichten eines Gegners zu erfassen. Sie sehen also nicht, was der Gegner politisch damit will, wenn er sie hungern läßt, sondern sie sehen nur den Hunger und seine Folgen. Aber es kann von einem Gegner mit Aushungerung etwas ganz Verschiedenes bezweckt werden. Er kann seine Opfer vernichten, er kann sie mürbe machen wollen, um sie zur Nachgiebigkeit gewillt zu machen und zu bestimmten Handlungen zu zwingen. Dies ist aus dem subjektiven Erlebnis des Opfers nicht ohne weiteres zu erschließen. Die Häftlinge der nationalsozialistischen Konzentrationslager haben das „System“ der Lager mit ihren verschiedenen Kategorien selten durchschauen können; ähnliches gilt für die Insassen der Lager, in die in der Vertreibungsperiode Deutsche in vielen Ländern gebracht wurden. Ob es sich bei ihnen um Straflager, um Lager für Zwangsarbeit, um Sammellager für die Austreibung handelte, kann erst durch primäre Quellen neben den sekundären aufgehellt werden. Der Gedanke, geschichtliche Quellen als Niederschlag amtlicher, vor allem staatlicher Tätigkeiten in vollem Umfange durch nachträgliche Zeugenprotokolle ersetzen zu können, erweist sich gerade gegenüber allen Formen eines systematisierten Terrors als unausführbar, da dieser Terror auf Lenkung durch politische Zentralen beruht. Wir werden also immer versuchen müssen, auf den Boden primärer Zeugnisse zurückzukehren. Für die Austreibung ist dies bisher nur in sehr beschränktem Maße möglich: wir sind unter den heutigen wissenschaftlichen und politischen Bedingungen nur in der Lage, die subjektiven Erlebnisberichte mit der Gesetzgebung und dem Ordnungswesen der die Austreibung dirigierenden Staaten zu konfrontieren. Dieses Verfahren, das erst möglich geworden ist, seitdem die nötigen Texte aus den Nachkriegsjahren, zum Teil mit erheblichen Mühen, beschafft werden konnten, läßt bereits wichtige Aufschlüsse gewinnen. Mancher Vorgang, der dem dulddenden und leidenden Einzelmenschen unverständlich blieb, kann jetzt auf eine allgemeine Ursache zurückgeführt werden.

Umgekehrt wird aber sehr viel öfter der Scheincharakter einer rechtsförmigen Verfahrensordnung nachweisbar, wenn man ihr die rauhe und brutale Wirklichkeit rechtloser Willkür gegenüberstellt, wie sie in den Erlebnisberichten erscheint. Die Verfolgungsgesetze stimmen im übrigen in allen Ländern in einigen Hauptpunkten überein, unterscheiden sich dagegen in manchen charakteristischen Einzelheiten. Fast durchgängig kann der Versuch festgestellt werden, die Austreibung rechtsförmig durch Ausstoßung aus der Rechtsgemeinschaft und durch Verlust der Staatsangehörigkeit vorzubereiten. Dies geschieht mit den Mitteln der politischen Strafgesetzgebung „gegen Volks- oder Staatsverrat“ oder „gegen nazistisch-hitlerische Verbrechen“, die eine Verfolgung individueller Verbrechen und Vergehen mit kollektiven Strafmaßnahmen gegen Andersnationale vermengte. Es ist festzuhal-

ten, daß dieses System gegenüber den Deutschen in den alten Reichsgebieten nicht anwendbar war, da man sie nicht des Verrats am polnischen Staat bezichtigen konnte; dagegen wurde es angewandt auf die Volksdeutschen in Polen. In der Tschechoslowakei war die Rechtsbasis besonders fragwürdig: die tschechische Regierung verneinte zwar die Rechtsgültigkeit des Münchner Abkommens und aller in diesem Zusammenhang stehenden Verträge und Verordnungen, aber sie erkannte ausdrücklich den Staatsangehörigkeitswechsel der Deutschen von 1938 an; d. h. sie behandelte den Wechsel der Staatshoheit über das tschechoslowakische Territorium als nichtig, hielt aber an dem Wechsel der Staatsangehörigkeit von Personen fest, nur um diese wegen Verletzung der Staatsloyalität in der seit 21. Mai 1938 datierten „Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik“ nach dem sogenannten Retributionsedikt unter Anklage stellen zu können. Die Aussiedlung selbst erscheint in der Deutschengesetzgebung Polens und der Tschechoslowakei bezeichnenderweise nicht, sondern sie wird als politische Konsequenz des Ausschlusses aus der staatlichen Rechtsgemeinschaft stillschweigend unterstellt. Nur in Ungarn wurde eine ausdrückliche Aussiedlungsgesetzgebung unter Berufung auf den Alliierten Kontrollrat erlassen⁶.

Außer den Gesetzen und Verordnungen der vertreibenden Staaten haben wir bis heute kaum ein anderes primäres Quellenmaterial, um die subjektiven Zeugnisse des Vertreibungsvorganges zu verifizieren, es sei denn die Verhandlungsergebnisse und Verträge der alliierten Militärregierungen in Deutschland und der Behörden Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei. Sie beziehen sich ausnahmslos auf die Organisation der Aussiedlung nach den Potsdamer Beschlüssen und sind für die Beurteilung dieser Phase, vor allem für die Datierung der Transporte und für die Zahl der Ausgewiesenen von großem Gewicht. Im allgemeinen bleiben wir aber auf die gegenseitige Korrektur der subjektiven Quellen, d. h. der Erlebnisberichte angewiesen und müssen eine besondere Art immanenter Kritik betreiben, um den Aussagewert dieser Quellen zu ermitteln. Das ist in der Regel von größtem Nutzen bei dem Versuch, ein richtiges und wahrheitsgetreues Bild von Greueln und Ausschreitungen zu gewinnen. Nirgends schießt die Legende so ins Kraut wie gerade hier und das Entsetzliche wird immer noch entsetzlicher, wenn es von einem zum andern weitergetragen wird. Der Historiker wirkt hier im wahrsten Sinne wie ein Kriminalist; er muß das Verbrechen in seiner reinen Gestalt zu fassen versuchen. Die innere Glaubwürdigkeit einer Quelle ist aus vielen Indizien – und stets wo es möglich ist, aus dem Vergleich mit anderen Überlieferungen – herzuleiten; das entscheidende Indiz wird aber stets der unwägbare Eindruck der Echtheit und inneren Wahrheit sein. Er liegt bei manchen Dokumenten von größter Ausdruckskraft offen zutage. Mir steht dabei stets ein kurzer Bericht vor Augen, der im I. Teil der Dokumentation abgedruckt ist und einen Vorgang in Ostpommern beschreibt^{6a}:

„Gleich darauf kam ein großer Russe rein. Er sagte kein Wort, guckte sich im

⁶ Dokumentation II, S. 91E ff.

^{6a} A. a. O. I, 1, Nr. 69, S. 269.

Zimmer um und ging bis nach hinten durch, wo alle jungen Mädchen und Frauen saßen. Er winkte nur einmal mit dem Finger nach meiner Schwester. Als diese nicht gleich aufstand, trat er dicht vor sie hin und hielt seine Maschinenpistole gegen ihr Kinn. Alle schrien laut auf, nur meine Schwester saß stumm da und vermochte sich nicht zu rühren. Da krachte auch schon der Schuß. Ihr Kopf fiel auf die Seite, und das Blut rann in Strömen. Sie war sofort tot, ohne nur einen Laut von sich zu geben. Der Schuß war vom Kinn aus bis zum Gehirn gegangen, die Schädeldecke war völlig zertrümmert. Der Russe guckte uns alle an und verließ, ohne ein Wort zu sagen, das Zimmer.“

Dieser Bericht läßt die vorhin schon erörterten Möglichkeiten erkennen, die das Zeugenschrifttum als geschichtliche Quelle für Massenereignisse enthält: es kann typische Situationen in so prägnanter Form beschreiben, daß im Einzelschicksal ein Gesamtschicksal sichtbar wird. Das gilt nun keineswegs nur für die dramatischen Vorfälle, die von den Deutschen im Osten während der Schreckenszeit bei Kriegsende erlebt und erduldet wurden; die Geschichte der Vertreibung kann sich nicht in ihrer Darstellung erschöpfen wollen. Sondern es gilt ebenso für die Beschreibung jenes düsteren Alltags, in dem sich die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen der in ihrer Heimat selbst entwurzelten Menschen abspielte. Auch für normale Zeiten fällt es dem Historiker schwer, die täglichen Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen als den Hintergrund der Taten und Entscheidungen aus den Quellen zu erfassen. Man hat eine Zeitlang sogar einen eigenen Zweig der Geschichtswissenschaft, die Kulturgeschichte dafür bemühen wollen; in Frankreich vor allem verlagert sich heute die Historie ganz auf diesen Bereich. Die unzähligen Mitarbeiter der Dokumentation der Vertreibung, ihre Zeugen und Berichterstatter neigten nun in der Mehrzahl dazu, den Ereignissen den Vorzug vor den Verhältnissen zu geben, und es bedurfte manches Zuspruchs, dieses Vorurteil zu überwinden. Schließlich ist es aber doch gelungen, die Zeugnisse für die allgemeinen Lebensverhältnisse so zu vermehren, daß sie insgesamt, zusammen mit den hierfür besonders wichtigen Gesetzen, ein deutliches Bild geben. Wir kennen jetzt das trostlose Leben in Städten wie Königsberg, oder in den verschiedenen Lagern, vor allem den jugoslawischen, um den Prozeß der Entfremdung der Heimat zu verfolgen, der sich für viele vor der Austreibung ereignet hat.

Auch sonst läßt sich in großen Zügen der geschichtliche Ablauf der Vertreibung von seinen ersten Anfängen bis in seine letzten Ausläufer fast ausschließlich auf Grund der Zeugnisse der Vertreibungsoffer ziemlich lückenlos verfolgen: die Evakuierung, die nur in einzelnen Gebieten wie im Memelland planmäßig ablief, in den meisten Landschaften aber zu spät kam oder im Wirbel der Ereignisse scheiterte – Ausdruck einer zusammenbrechenden Staatsgewalt ohne tiefere Autorität; die Fluchtbewegung vor dem Ansturm der sowjetischen Armeen von Südosteuropa bis an den Norden Ostpreußens, deren Wege wir auf Grund von Hunderten von Berichten nachzeichnen können; die Phase der „wilden“ Austreibungen vor der Potsdamer Konferenz, die wie z. B. in Ostbrandenburg oder in den sudetendeutschen Grenzgebieten dazu diente, vollendete Tatsachen vor den

Entscheidungen der großen Politik über Grenzen und „Bevölkerungstransfer“ zu schaffen; schließlich die organisierten Ausweisungen nach den Potsdamer Beschlüssen. Diese sind allerdings mit weit geringerer Erlebnisintensität beschrieben als die vorausgehenden Abschnitte im Ablauf der Vertreibung; von vielen, ja den meisten ist der Ausweisungsakt selbst als das Ende eines oft jahrelangen seelischen und körperlichen Zermürbungsprozesses empfunden worden, der in dumpfer Verzweiflung ertragen wurde. Das Vegetieren im Zustand völliger Rechtlosigkeit ließ den Willen, diesem System zu entinnen, stärker werden als alles andere. –

So wichtig die für die zeitgeschichtliche Forschung neu erschlossene Quellengattung der Zeugenberichte gerade für eine Dokumentation von Massenvorgängen ist, über den Zusammenhang der Vertreibung mit der großen Politik gibt sie keine Auskunft. Hier liegen aber eine Reihe ungelöster Probleme von größter historisch-politischer Bedeutung. Ich möchte davon zwei herausgreifen: die Frage nach der Entstehung des Gedankens vom Bevölkerungstransfer während des zweiten Weltkriegs und das Problem des ursächlichen Zusammenhangs zwischen der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik und der Austreibung seit 1945. Was die erste Frage anlangt, so hat sie eine lange, meist untergründige, selten offen zutage tretende Vorgeschichte. Schon früh ist in der Gedankenarbeit der nationalstaatlichen Theoretiker des 19. Jahrhunderts neben den beiden Grundmöglichkeiten, den Nationalstaat zu verwirklichen – der Assimilation fremdnationaler Gruppen oder irgendeiner Rechtsform ihrer kulturellen Tolerierung – eine dritte ins Blickfeld gerückt: die der Reinigung eines Nationalstaats von Bürgern eines fremden Volkstums, wie das vielleicht als erster Heinrich Luden im Jahre 1814 – allerdings noch als etwas Verabscheuungswürdiges – ausgesprochen hat⁷. Diese Idee nationaler Purifizierung steht hier noch im Zeichen der Erwägungen, wie der deutsche Nationalstaat geschaffen werden könne. Ein Jahrhundert später wird man sie als Mittel einer imperialen Sicherheitspolitik empfehlen hören, die die „Abtretung menschenleeren Landes“ und eine großzügige Politik der Evakuierung als „Hilfsmittel äußerster Not“ ins Auge zu fassen beginnt. So der Führer der Alldeutschen, Heinrich Claß, unter dem Pseudonym Daniel Frymann⁸ und nach ihm manch anderer im Laufe des ersten Weltkriegs. Paul Schiemann war es dann, der auf einer Tagung des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa unter den gänzlich veränderten Verhältnissen nach Ver-

⁷ Heinrich Luden, „Das Vaterland oder Volk und Staat“ in: *Nemesis, Zeitschrift f. Politik u. Geschichte*. Hier heißt es S. 521 über die „unglückseligen Verhältnisse“, daß „fremde Volksgenossen“ Bürger unseres Staates sind: „Einmal könnte man die Bürger eines fremden Volkstums über die Naturmarken unseres Staates entfernen und auf diese Weise unseren Staat reinigen; zweitens könnte man versuchen . . . die Eigentümlichkeit der fremden Bürger in unserer Eigentümlichkeit aufzulösen. Das erste aber würde schrecklich sein und unmenschlich! Wohin sollte man dann die Unglücklichen vertreiben, wenn man auch Gewalt genug hätte, und von ihren Volksgenossen keine Rache befürchten dürfte? . . . Die schönsten Gefühle der menschlichen Brust empören sich gegen eine solche Grausamkeit. . .“

⁸ Daniel Frymann, „Wenn ich der Kaiser wär“ – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten 1914, 5. Aufl., S. 140. Hier wird von „großzügiger Politik der Evakuierung“ gesprochen, bei der sich dem, der historisch zu denken gelernt habe, „die Haare sträuben“.

sailles, als der Nationalstaatsgedanke auch Osteuropa ergriffen hatte, die großen Alternativen am klarsten herausstellte. Er suchte nach besseren Vermittlungsformen von Nation und Staat, als sie der Nationalstaat mit seinem Monopolanspruch des Staatsvolks bieten konnte und sah bei der Forderung, daß der Staat nur von einem Volke geleitet wird, für seine andersnationalen Bürger keinen Lebensraum mehr übrig. „Die Konsequenz des so aufgefaßten Selbstbestimmungsgedankens ist entweder die gewaltsame und brutale Transplantation von ganzen Bevölkerungsteilen aus einem Staat in den anderen mit allen ihren verderblichen Folgen“ oder das Aufgehen der Minderheiten im Mehrheitsvolkstum⁹.

Diese Voraussage ist in schrecklicher Weise eingetroffen. Es ist nun aber kaum anzunehmen, daß an die ältere deutsche Diskussion dieses Problems im alliierten Lager während des zweiten Weltkriegs angeknüpft wurde, vielmehr ist der Gedanke des Bevölkerungstransfers von einer Reihe anderer Voraussetzungen her aufgegriffen worden. Eduard Beneš, der schon im Jahre 1919 einen Bevölkerungsaustausch zwischen Magyaren und Slowaken empfohlen hatte¹⁰, trat 1941/42 mit mehreren Aufsätzen in englischen und amerikanischen Zeitschriften hervor und forderte eine radikalere und systematischere Lösung des Nationalitätenproblems, worunter er den „transfer of populations“, ganz konkret die Austreibung der Sudetendeutschen, verstand. Seine Bemühungen als Exilpolitiker waren nicht nur darauf gerichtet, die Annullierung des Münchner Abkommens von 1938 durch die Großmächte zu erreichen, sondern diese auch zu einer Anerkennung des Transfer-Gedankens zu bringen. Dies ist ihm nur teilweise, am unverbindlichsten bei den Amerikanern gelungen. Der Transfer-Gedanke hat also eine Wurzel in der Sudetenfrage, eine andere ist die Verschiebung des Nachkriegspolens nach Westen und die damit verbundene, wie auf dem Reißbrett ausgeklügelte Verpflanzung von Millionenbevölkerungen gewesen. Der Schauer über solche Manipulationen und das schlechte Gewissen, die bei allen Verkündern ähnlicher Ideen im ersten Weltkrieg noch zu spüren waren, ist jetzt ziemlich verschwunden. Man erinnert sich oft und gern an den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch nach 1922, um einen Präzedenzfall zu haben, und glaubt, daß das leidige Nationalitätenproblem nur noch durch Radikallösungen entschieden werden könne. Andere als nationalstaatliche Lösungen wurden gar nicht mehr in Betracht gezogen. Es ist zudem eine unbestreitbare Tatsache, daß die nationalsozialistischen Bevölkerungsmanipulationen im Kriege bis hin zur sogenannten Endlösung der Judenfrage die moralischen Hemmungen gegen eine solche Politik, wo solche noch bestanden, beseitigt haben. Hier liegt der Anteil, den wir selbst an der Verursachung unseres eigenen Schicksals haben. Es sei hinzugefügt, daß eine dritte Komponente in der Vorgeschichte der Vertreibung,

⁹ Aus einer Rede P. Schiemanns auf einer Tagung des „Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa“ in Wien im Juni 1928; *Nation u. Staat*, I, 1927/28, S. 894 f.

¹⁰ Dazu: *Documents on British Foreign Policy 1919–1939, First Series, Vol. VI, 1919*, London 1956, Nr. 257, S. 536; Bericht des englischen Gesandten in Prag, Gosling, an Außenminister Lord Curzon über eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš am 6. November 1919.

nämlich die sowjetisch-kommunistische, noch ganz im Dunkel liegt. Was ist von dieser Seite an alter russischer Staatspraxis, an kommunistischem Plandenken auch in Bevölkerungsfragen, an sozialrevolutionären Zielen eingedrungen in die große Bevölkerungskatastrophe seit 1945? Dies wissen wir vorläufig nicht, können es allerdings in Umrissen ahnen.

Der zweite Punkt: die Frage nach dem ursächlichen Zusammenhang zwischen nationalsozialistischer Volkstumspolitik und Vertreibung, den wir eben schon berührt haben, führt uns vor ein ernstes Problem, das in den vergangenen Jahren in der Presse hohe Wellen geschlagen hat. Da die mit der Herausgabe der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa“ betraute Wissenschaftliche Kommission in diesem Zusammenhang aufs schwerste angegriffen worden ist, bedarf es gerade hierzu einiger Bemerkungen. Niemand wird bestreiten wollen, daß die deutsche Gesamtsituation von heute – die Teilung Deutschlands vor allem – eine Folge der deutschen Politik vor 1945 ist. Dies gilt fürs Ganze sowohl wie für alle Einzelprobleme. Der deutsche Nationalsozialismus hat durch seine Politik eines unbegrenzten deutschen Herrschaftsanspruches und durch seine Absicht, die osteuropäischen Völker auf die Stufe von Kolonialvölkern herabzudrücken, einen Revanche-Nationalismus von äußerster Brisanz erzeugt. Dieser verband sich mit Elementen der kommunistischen Revolution und schlug auf das Deutschtum im Osten mit brutaler Gewalt zurück. Dies feststellen, heißt nicht die Fülle des Unrechts entschuldigen wollen, das jetzt erneut geschehen ist, aber dieses Unrecht erscheint in einem unauflöselichen historischen Zusammenhang. In den ostdeutschen Reichsgebieten wurde die deutsche Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihren individuellen Anteil an der Politik des Nationalsozialismus, einschließlich der zu Widerstandsgruppen gehörigen Männer und Frauen, einschließlich der wenigen überlebenden deutschen Juden ausgewiesen, ohne daß auch nur der Versuch einer Klärung individueller Verantwortung gemacht wurde. In der Tschechoslowakei wurde zuerst die Fiktion aufrechterhalten, daß die Austreibung als Bestrafung der illoyalen Deutschen zu gelten habe, bis sich schließlich dieses von Beneš aufgebaute Gebäude als ein haltloses Gerüst von Scheinmotivierungen erwies. In den ins Reich eingegliederten Gebieten Polens, wo Nationalitätenpolitik mit den vier Gruppen der deutschen Volksliste gemacht worden war, und in den Südoststaaten, wo die deutschen Volksgruppen den Status selbständiger Korporationen erhalten hatten, war es nach dem Zusammenbruch der deutschen Herrschaft ein leichtes, die Kategorien der Privilegierung in solche der Bestrafung zu verwandeln. Auch hier schlug nicht anders als im deutschen Nationalstaat die Politik des Nationalsozialismus auf die Deutschen zurück, die sich ja gerade zur Idee der nationalen Solidarität mit dem nationalsozialistischen Reich nachdrücklich bekannt hatten. Das innere Dilemma der Volksdeutschen war kein anderes als das vieler Reichsdeutscher: es ergab sich aus der Usurpation oft durchaus legitimer nationaler Ziele durch den Nationalsozialismus zu Zwecken ganz anderer Art. Nur ist das Volksdeutschtum außerhalb der Reichsgrenzen unter den besonderen und schwierigen Bedingungen eines unbarmherzigen Krieges vor Entscheidungsfragen dieser Art gestellt worden

und viel später als das Reichsdeutschum in den Jahren 1933–1938. Es hat vielfach im Nationalsozialismus den Retter seiner nackten Existenz gesehen und dabei nicht bemerkt, daß es nur Schachfigur in einem Spiel imperialer Machtplanung geworden war. Heute liegt das offen auf der Hand, und es ist deshalb schwer begreiflich, daß z. B. heute noch in einer Zeitung ohne Kritik und Distanz gesagt werden kann, das ungarländische Deutschum habe das Wiener Abkommen vom 30. August 1940 über die deutsche Volksgruppe und den „Volksbund der Deutschen in Ungarn“ als die „Wiedergutmachung eines seit dem ersten Weltkrieg währenden himmelschreienden Unrechts“ empfunden¹⁰, ein Abkommen, in dem nicht nur von der „Zugehörigkeit zur Volksgruppe“, sondern auch vom „Bekanntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung“ die Rede ist. Es ist eine sehr fragwürdige Entlastung, dafür allein den Regierungen Hitlers und Horthys die Schuld zuzuschreiben, wie es hier geschieht. Wenn dem „gelehrten Redaktionskollegium“ durch den Kritiker vorgeworfen wird, es könne sich von dem „elementaren Aufbruch des deutschen Volksbewußtseins“ keinen Begriff machen und werte ihn unter dem Eindruck des verlorenen Krieges aus, so ist die Gegenfrage zu stellen, welches politische Ereignis der jüngsten Vergangenheit eigentlich nicht unter diesem Eindruck steht? Von anderer Seite wurde das böse Wort gesprochen, die Dokumentation oder einzelne ihrer Bände seien „in wesentlichen Punkten nach dem Geschmack der Vertreiber“ ausgefallen¹¹ oder gar als Propagandaschrift der Kommunisten zu werten¹²: Unterstellungen, die bei dem tatsächlichen Echo von jenseits des Eisernen Vorhangs geradezu grotesk wirken. Der offen bekannte Wille der Herausgeber, die Veröffentlichung nicht zum Anlaß zu nehmen, den Graben noch zu vertiefen, der zwischen uns und unseren östlichen Nachbarvölkern aufgerissen ist, sondern selbst bei der Betrachtung einer leidvollen Vergangenheit an ein Zusammenleben in der Zukunft zu denken, wurde als „politischer Opportunismus“ angeprangert¹³. Dies alles wurde gesagt, obwohl die Herausgeber der Dokumentation zwar den vorhin aufgezeigten Kausalzusammenhang zwischen nationalsozialistischer Politik und Vertreibung nicht unterschlagen wollen, aber doch nirgends die Meinung ausgesprochen haben, daß die Austreibung daraus

¹⁰ A. Tafferner, Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten (1930–50), in: „Der Donauschwabe“, 9. Jg., 6. Sept. 1959. Text des Wiener Abkommens in: „Dokumentation der Vertreibung“ II, S. 73 E.

¹¹ So eine Äußerung von Dr. J. Weidlein zitiert in: „Donauschwäbische Rundschau“ 8. Jg., 16. März 1958. In „Der Donauschwabe“, 9. Jg., 6. Sept. 1959 wird eine Äußerung von Dr. Zimmermann aus „Burgenländisches Leben“ abgedruckt, in der von „ungarischen Beratern“ die Rede ist, die die deutschen Historiker, offenbar bei der Abfassung des Bandes „Das Schicksal der Deutschen in Ungarn“, hinter Licht geführt hätten.

¹² So schreibt der „Vertriebenenanzeiger“ vom 3. Juli 1958 über das als 2. Beiheft der Dokumentation erschienene „Tagebuch aus Prag 1945–46“ von Margarete Schell: „Es könnte viel besser eine Propagandaschrift der Prager Kommunisten sein, die darauf abzielt, die Vertriebenen in Westdeutschland, besonders die vertriebenen Deutschen aus Prag zu diskriminieren.“

¹³ So in einem Artikel „Probleme der Dokumentation“, erschienen in der „Kulturpolitischen Korrespondenz“, 4. Jg. Nr. 61/62, 31. 5. 58, die ein Zitat aus dem „Eckartsboten“ aufnimmt.

allein und ausschließlich abgeleitet, geschweige denn gerechtfertigt werden kann; nirgends haben sie die – nationalistischen und sozialrevolutionären – Motive der vertreibenden Staaten verkleinert¹⁴. Derartige Mißverständnisse und Unterstellungen sind beklagenswert, nicht etwa weil sie eine Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher und politischer Betrachtung anzeigen, sondern vielmehr weil sie verkennen, daß die Anwendung der strengen Grundsätze der wissenschaftlichen Wahrheitsforderung auch die beste Politik ist.

Um das zu erhärten, muß ich zum Schluß noch etwas weiter ausholen und auf die Ziele der Dokumentation eingehen. Ihr primitivster Zweck wäre es gewesen, eine Art von intellektueller Rache und Vergeltung zu üben für das, was Millionen von Angehörigen des deutschen Volkes erlitten haben. Diese Zielsetzung scheidet aber von selbst aus. Wie sie schon in der Charta der Heimatvertriebenen ausdrücklich verneint wird, haben auch die Herausgeber der Dokumentation am Anfang ihrer Arbeit diesen Verzicht auf Rache und Vergeltung ausdrücklich in allem als für sie bindend erklärt. Aber wir können uns auch nicht darauf beschränken, bloße Anklage zu erheben in der politischen Absicht, einen Gegner vor der Welt ins Unrecht zu setzen, d. h. sein Unrecht in den Mittelpunkt zu stellen. Wir wollen nicht den politischen Prozeß umkehren, der in der Welt gegen das nationalsozialistische Deutschland eröffnet wurde, indem wir nun zur Gegenklage schreiten und mit einem Aufrechnen der Opfer, des Leidens beginnen. Gegenüber manchen heute wieder unternommenen Versuchen, eine Politik zu rechtfertigen, die nicht zu rechtfertigen ist, soll die Dokumentation etwas von dem verspüren lassen, was wir als Gesamthaftung des deutschen Gesamtvolkes für seine Vergangenheit bezeichnen können und was als eine Konsequenz der früher so betonten nationalen Solidarität auf uns genommen werden muß.

Das wird von uns auch durch die psychologische Ausgangslage in der Welt gefordert. Diese Welt ist nun einmal erfüllt von den Greueln der nationalsozialistischen Zeit; das ist ein Grundtatbestand, an dem wir nicht vorbeisehen können. Sie ist erfüllt von den Nachrichten über die KZs und die sogenannte Endlösung der Judenfrage, wie sie der Nationalsozialismus betrieben hat. Das sind Grundtatsachen, die für uns entscheidend sein müssen. Wenn wir das alles bedenken, dann meine ich, ist die Wahrheit, zu der uns das wissenschaftliche Ethos verpflichtet, zugleich auch

¹⁴ J. Weidlein versteigt sich in seiner gegen die Dokumentation gerichteten Veröffentlichung „Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1950–50“ (Schorndorf 1958) zu der Behauptung, die deutsche Geschichtsschreibung dürfe 12 Jahre nach dem Zusammenbruch die volle Wahrheit über die Vertreibung, „nur insofern sie mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt und somit eine deutsche Schuld darstellt“, aussprechen. „Was geschieht aber“, fährt er fort, „wenn die Vertreibung auf ältere nationalistische Bestrebungen der Vertreiberstaaten zurückzuführen ist? Ist dann die deutsche Geschichtswissenschaft berechtigt, oder sogar verpflichtet, eine den Tatsachen nicht ganz entsprechende Vorgeschichte der Vertreibung zu konstruieren, nur „um die Geschehnisse vor einer internationalen Öffentlichkeit vertreten zu können?“ Hier werden Möglichkeiten unterstellt, gegen die jeder, der mit wissenschaftlichen Aufgaben aus dem Bereich der Zeitgeschichte befaßt ist, sich in aller Form verwahren muß.

die beste Politik, und zwar die Wahrheit, die bemüht ist, eine nationale und eine europäische Katastrophe in allen ihren Wurzeln und Auswirkungen zu ergründen. Volle Offenlegung aller Umstände und Vorgänge ist daher das einzige Mittel, um das geschichtliche Ereignis der Vertreibung in Deutschland selbst und im Ausland bekannt zu machen. Ich möchte das Ziel ganz konkret formulieren: es kommt darauf an, daß wir angehört werden, und dies gelingt uns, wenn überhaupt, nur dann, wenn wir unbedingte Unbestechlichkeit und Sachlichkeit zur Richtschnur nehmen. Die zeitgeschichtliche Forschung erspart uns hier nichts: es ist immer leichter, sich an nationalen Glanzzeiten, die die Seele hochstimmen, zu erbauen als Niederlagen und Niedergang innerlich zu bewältigen. Es sind nicht nur die Deutschen, die angesichts einer solchen Aufgabe versagt haben.

Als die Herausgeber der Dokumentation vor nun sechs Jahren die ersten Bände ihres Werkes veröffentlichten, stellten sie vor das damals begonnene Gesamtwerk eine verpflichtende Erklärung, zu der sie sich heute noch ohne Einschränkung bekennen. Sie endet mit den Sätzen: „Die Herausgeber fühlen sich in ihrem Gewissen nur an das Ethos der wissenschaftlichen Forschung gebunden. Wenn sie darüber hinaus auf einen politischen Grundsatz verpflichtet sind, so ist es der in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochene Verzicht auf Rache und Vergeltung. Sie wollen mit der von ihnen betreuten Veröffentlichung nicht einem Willen Vorschub leisten, der diesem Verzicht entgegensteht, nicht Empfindungen auslösen, die selbstquälerisch im eigenen Leid wühlen. Dazu sind sie sich viel zu sehr des deutschen Anteils an den Verhängnissen der beiden letzten Jahrzehnte bewußt. Sie hoffen vielmehr, daß durch ihre Arbeit die Einsicht gestärkt wird, daß sich Ereignisse wie die Vertreibung nicht wiederholen dürfen, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. Sie hoffen auf eine Neuordnung der Völkerbeziehungen in dem Raume, der zuletzt ein Inferno der Völker geworden war. Nicht aus einem Vorbeisehen an der jüngsten Vergangenheit, sondern nur aus der verantwortungsbewußten Auseinandersetzung mit ihr kann eine neue moralische Kraft geboren werden, um die Spannungen zwischen den Völkern des östlichen Mitteleuropas, ganz Europas zu überwinden, damit das unsagbare Leid unserer Generation nicht ganz sinnlos bleibt.“

JEAN VANWELKENHUYZEN

DIE NIEDERLANDE UND DER „ALARM“ IM JANUAR 1940 *

Vorbemerkung des Herausgebers

Die hier folgenden Ausführungen sind ein geschichtlicher Beitrag „nach 20 Jahren“. Sie behandeln zwar nur eine Episode und gehen dabei sehr ins Einzelne. Eben dadurch aber geben sie höchst dankenswerte Aufschlüsse über die Haltung Belgiens und Hollands vor der Eröffnung des Westfeldzuges, insbesondere über ihre, bezeichnend verschiedenartige, Reaktion auf die – freiwilligen oder unfreiwilligen – Warnungen, die aus Deutschland kamen. Der Mechelener Zwischenfall steht ja in einem – zwar äußerlich zufälligen, aber der Sache nach untrennbaren – Zusammenhang mit den Mitteilungen, die Oster an den holländischen Militärattaché gelangen ließ. Die Darlegungen des Verfassers zu diesem Komplex von Fragen beruhen sowohl auf bisher noch unbekanntem Material wie auf der genauen Kenntnis der Methoden und der Psychologie von Geheimdiensten. So klärt sich manches, was bisher einigermäßen rätselhaft erschien, und das hat auch über den speziellen Fall hinaus Bedeutung für die Reserve – etwa auch auf englischer Seite – gegenüber allem, wohinter man die „Abwehr“ annehmen konnte oder vermutete. Andererseits wäre von seiten der deutschen Forschung anderes und Genaueres zu sagen für den Termin des Angriffsplans im Westen und seine Verschiebungen, und insbesondere wäre der „Fall Oster“ in breitere Zusammenhänge zu stellen. Er hat diplomatische halbe oder ganze Parallelen (Bernstorff-Weizsäcker), er hängt mit den damals spielenden Verhandlungen via Rom über ein militärisches Stillhalten während eines inneren Aufstands gegen Hitler eng zusammen, und auch die Motive Osters sind vielfältiger und tiefer begründet, als sie der belgischen und holländischen Seite erscheinen konnten. Ergänzend sei daher verwiesen auf: „Die Vollmacht des Gewissens“, herausg. von der Europ. Publikation EV. (München 1956, S. 46 ff. u. 499 ff.) sowie auf meine Erörterung in „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ (Fischerbücherei 1958, S. 90 f.).

H. R.

Am 10. Januar 1940 unterbricht ein seltsamer Zwischenfall die Eintönigkeit der „drôle de guerre“. Gegen Mittag muß ein deutsches Flugzeug, das sich im Nebel verfliegen hat, bei Mechelen-sur-Meuse, an der Grenze zwischen Belgisch- und Niederländisch-Limburg notlanden. Einer der beiden Insassen – ein Major der Fallschirmjäger – macht zweimal den Versuch, die Akten zu verbrennen, die er für eine Generalstabsbesprechung in Köln mitgenommen hat. Er hat damit nur teilweise Erfolg. Die Blätter, die den belgischen Militärbehörden in die Hände fallen, sind zur Hälfte verbrannt, doch lassen sich aus ihnen die Grundzüge der deutschen Pläne

* Für hier nicht behandelte Einzelheiten des Zwischenfalls sei auf folgende Arbeiten hingewiesen: Hans-Adolf Jacobsen, „10. Januar 1940. – Die Affäre Mechelen“, in: Wehrwissenschaftl. Rundschau 4 (1954), S. 497–513, sowie dess. Verf. „Fall Gelb“ (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Bd. 16), Wiesbaden 1957, S. 93–99 und „Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939–1940“ (= Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 2a), Göttingen 1958, S. 161–185; ferner Jean Vanwelkenhuyzen, „Die Krise vom Januar 1940“, in: Wehrw. Rundschau 5 (1955), S. 66–90.

klar erkennen¹. Die Offensive wird sich von der Mosel bis zur Nordsee erstrecken, und die 6. Armee wird ihren Hauptstoß in Höhe von Maastricht ansetzen. Für Holland wird sich also das Wunder von 1914 nicht wiederholen. Überdies enthalten die Akten überraschende Einzelheiten über eine Form des Angriffs, wie sie bisher noch nie ausgeführt wurde: eine Luftlandeoperation gegen die Maasbrücken zwischen Dinant (einschließlich) und Namur (ausschließlich).

Am Abend des gleichen Tages liegen die Papiere – zweimal vor den Flammen gerettet – bei der Deuxième Section des Generalstabes der Armee in Brüssel vor², werden übersetzt und durchlaufen das Sieb der Kritik. Die erste Prüfung ergibt – obwohl nur summarisch durchgeführt – die Echtheit der Dokumente. Was sie enthüllen, ist so erstaunlich, daß es einem Geheimdienst nicht einmal dann in den Sinn käme, es dem Feind zuzuspielen, wenn er ihn irreführen wollte.

Auch General Van Overstraeten, der Militärische Berater des Königs, der am Morgen des 11. Januar informiert wird, widerspricht der Vermutung, daß es sich um eine Irreführung handle. Kurz nach Mittag benachrichtigt er den König. Dank der Dokumente läßt sich die Operation klar aufzeichnen^{2a}). Sie wird allem Anschein nach die Form einer doppelten Umfassung annehmen, bei der die festen Plätze Lüttich und Namur ausgespart bleiben. Leopold III entgeht die Bedeutung dieser Aufschlüsse nicht. Er gibt sofort die Weisung, möglichst schnell Abwehrmaßnahmen zu treffen. Das Geheimnis über die Neuigkeit soll jedoch streng gewahrt werden. Selbst unter den Regierungsmitgliedern soll allein der Verteidigungsminister erfahren, was die Papiere enthalten. General Gamelin soll durch den französischen Verbindungsoffizier Oberst Hautcoeur orientiert werden, Lord Gort durch den britischen Militärattaché Oberst Blake, General Reynders durch den belgischen Militärattaché im Haag, Oberstleutnant im Generalstab Diepenrijckx³.

Nachdem General Van Overstraeten den beiden ausländischen Offizieren alles Nötige mitgeteilt hat, empfängt er gegen 21 Uhr⁴ noch in seinem Dienstzimmer in der Kriegsschule den auf dringenden Befehl⁵ aus Den Haag eingetroffenen

¹ General Waldemar Erfurth (Die Geschichte des deutschen Generalstabes 1918–1945, Göttingen 1957, S. 240) hat geglaubt, zwischen unserer Bemerkung, daß es sich um wichtige Enthüllungen gehandelt habe, und der Feststellung von H. A. Jacobsen, es seien nur Fragmente gewesen, einen Widerspruch feststellen zu können. In Wirklichkeit ist der Widerspruch mehr scheinbar als tatsächlich, denn Fragmente können außerordentlich aufschlußreich sein, selbst dann, wenn sie nur Bruchstücke der Wirklichkeit aufdecken. – Der Text der erbeuteten Dokumente, jetzt bei H. A. Jacobsen, Dokumente zur Vorgeschichte . . ., S. 169–178 (soweit möglich auf Grund anderer Exemplare vervollständigt).

² Die 2ème section entspricht im ganzen dem 2ème bureau des französischen Generalstabes und ähnelte in ihrer Tätigkeit mehr den Abteilungen Fremde Heere des Oberkommandos des Heeres als der Abteilung Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht.

^{2a} Vgl. die Skizzen in Wehrw. Rundschau 5 (1955), S. 67 u. 69.

³ Vgl. General R. Van Overstraeten, Albert Ier – Leopold III. Vingt ans de politique militaire belge, 1920–1940, Brüssel o. J., S. 451.

⁴ Persönl. Mitteilung des Generals Van Overstraeten an den Verfasser (12. 4. 1956).

⁵ Vgl. Van Overstraeten a. a. O. (s. Anm. 3), S. 453.

Oberstleutnant Pierre Diepenrijckx. Er berichtet ihm kurz den Zwischenfall, der sich bei Mechelen-sur-Meuse ereignet hat, und diktiert ihm eine sehr knappe Mitteilung für den niederländischen Oberbefehlshaber. Er teilt ihm mit, daß der deutsche Operationsplan einen Einfall nicht nur in Belgien, sondern auch in Holland vorsehe, und führt den Abschnitt an, aus dem hervorgeht, daß die deutsche Offensive sich auf die Niederlande mit Ausnahme der „Festung Holland“ erstrecken wird⁶. Ehe er den belgischen Militärattaché im Haag entläßt, betont der Militärische Berater des Königs noch besonders, daß er seine Botschaft allein General Reynders, und nur diesem, übermitteln solle⁷.

Am folgenden Morgen begibt sich Oberstleutnant Diepenrijckx zu General Reynders und überreicht ihm die Mitteilung⁸. Der niederländische Oberbefehlshaber liest sie langsam und sehr aufmerksam; dann fragt er den Militärattaché rundheraus: „Glauben Sie denn selbst an diese Nachrichten?“ Verblüfft durch eine so unvermittelte Frage gesteht der belgische Offizier, daß er sie nur halbwegs glaube. „Nun wohl“, faßt der General zusammen, „ich glaube überhaupt nicht an sie.“ Er fügt noch hinzu: „Morgen werde ich so tun, als sei nichts geschehen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß der Plan wirklich bestanden hätte, er ist verbrannt. Er wird auf keinen Fall mehr durchgeführt werden. Folglich erübrigt sich auch jede besondere Maßnahme⁹.“

General Reynders steht also der belgischen Warnung äußerst skeptisch gegen-

⁶ Der Abschnitt lautet: „... Daneben ist beabsichtigt, mit Teilkraften (X. A.K. mit unterstellter 1. Kav. Div.) den holländischen Raum mit Ausnahme der Festung Holland in Besitz zu nehmen.“ Es ist keineswegs sicher, daß General Van Overstraeten auch die in diesem Abschnitt aufgeführten deutschen Truppenteile mit erwähnt hat. Oberstleutnant Diepenrijckx hat, als er sehr viel später den vollständigen Text der Dokumente kennenlernte, festgestellt, daß der General es unterlassen hatte, ihm diese genauen Angaben mitzuteilen, und zwar ohne Zweifel deshalb, weil er die Holländer nicht wissen lassen wollte, wie schwach die Truppen waren, die Deutschland gegen sie einsetzen wollte. Eine derartige Mitteilung hätte die Bündnispolitik stören können, die der Militärische Berater des Königs damals mit Holland zu treiben versuchte (vgl. Belgische Gesandtschaft bei der Königl. Regierung der Niederlande, Aufzeichnung des Militärattachés in London, 2. Jan. 1941). Pers. Archiv d. Verf.

⁷ Mündliche Angabe des Generals Van Overstraeten (12. 4. 1956).

⁸ Vgl. die Aufzeichnung des Militärattachés in London vom 2. Januar 1941 (s. Anm. 6) – Die Pflicht vollkommener Offenheit zwingt uns, an dieser Stelle noch darauf hinzuweisen, daß General Reynders auf wiederholte Anfragen der Kriegsgesch. Abt. des niederländischen Gen. St. stets auf das entschiedenste versichert hat, er habe keinen Besuch des belgischen Militärattachés erhalten und habe auch keine Kenntnis von einer Botschaft, die der Militärische Berater des Königs Leopold an ihn gerichtet habe, bekommen (vgl. Schreiben der Kriegsgesch. Abt. des niederl. Gen. St. an den Verf. vom 10. Dezember 1954, im folgenden zitiert: KGA; siehe auch: „Enquêtecommissie, Regeringsbeleid 1940–1945, Verslag houdende de uitkomsten van her onderzoek, Deel 2 A en B, Neutraliteitspolitiek / Vertrek van de Regering / De eerste Maanden in London, Verslag en Bijlagen, s'Gravenhage 1949, Deel A, p. 50; zitiertes Dokument Deel 2 A). Diese in aller Form abgegebenen Erklärungen halten weder einer Prüfung der Tatsachen noch einer quellenkritischen Prüfung stand.

⁹ Mitteilung des Generals Diepenrijckx an den Verf. (25. 10. 1954).

über. Doch ist sie für ihn kein Blitz aus heiterem Himmel. Kurz zuvor¹⁰ erschien der niederländische Militärattaché in Berlin, Major G. J. Sas, und meldete ihm, daß der Termin des deutschen Angriffs auf den 15. Januar festgesetzt sei¹¹. Doch General Reynders verwarf diese Warnung, wie er all die andern Warnungen verworfen hatte, die Major Sas seit der Krise im November 1939 an ihn gerichtet hatte. Er kann sich nicht vorstellen, daß die Deutschen die Absicht haben könnten, sein Land anzugreifen. Im übrigen steht er mit dieser Ansicht nicht allein. Die meisten Holländer, selbst in Regierungskreisen, glauben, daß sich das Wunder von 1914 wiederholen werde. Deutschland habe, so meinen sie, das größte Interesse daran, die Handelskanäle nicht abzuschneiden, die es über neutrale Staaten mit der Außenwelt verbinden. Derartige Überlegungen lassen sie ganz vergessen, daß 1940 die wirtschaftliche Lage Deutschlands sehr viel besser ist als sie es 1914 war. Während damals Rußland auf der Seite seiner Gegner gestanden hatte, hat Deutschland mit ihm jetzt sehr ergiebige Handelsabkommen abgeschlossen. Die Niederlande spielen – wie im übrigen auch die anderen Neutralen – keineswegs mehr die bedeutende Rolle für die deutsche Wirtschaft wie während des ersten Weltkriegs. Doch der menschliche Verstand scheint dazu geschaffen, seine Trugbilder zu rationalisieren. Er findet logische Gründe für sie und glaubt dann, auf dem Boden objektiver Wahrheit zu stehen. Militärische Fragen werden nicht anders behandelt. Ohne Zweifel wissen die Holländer, daß an ihrer Grenze deutsche Truppen massiert sind. Aber sie machen die Beobachtung, daß ihre räumliche Gliederung nicht völlig der für einen Angriff erforderlichen entspricht. Außerdem sind die Truppen weder sehr zahlreich noch besonders stoßkräftig. Die meisten von ihnen – wenigstens nördlich der Linie von Venlo – sind Neuaufstellungen. Und schließlich sieht der niederländische Generalstab, auch allgemein gesprochen, keinen Grund, weshalb er sich übermäßig beunruhigen soll. Im Unterschied zu Belgien versperren die Niederlande nicht die traditionellen deutschen Einfallstraßen nach Frankreich. Das ist gewiß richtig, doch haben die Belgier seit den Erfahrungen des Jahres 1914 den Gürtel der Festung Lüttich nach Norden erweitert. Wenn sie ihn umgehen wollen, müssen die Deutschen es auf eine Verletzung des niederländischen Gebiets ankommen lassen, zumindest mit einem Marsch durch Limburg. Diese Gefahr können die niederländischen Kommandobehörden nicht übersehen, doch halten sie hartnäckig an ihren Illusionen fest.

¹⁰ Das genaue Datum der Mitteilung ist nicht mehr bekannt. Doch scheint sie, wenn man von dem Zeitpunkt ausgeht, an dem die entsprechenden Nachrichten nach Belgien gelangt sind, in der ersten Januarwoche erfolgt zu sein. Tatsächlich erhielt am 5. Januar der belgische Botschafter in Berlin Vicomte Jacques Davignon von der schwedischen Gesandten einen Fingerzeig, daß der Angriff auf den 15. Januar oder, je nach der Wetterlage, einen der folgenden Tage festgesetzt sei (vgl. Vicomte Jacques Davignon, Berlin 1936–1940, *Souvenirs d'une mission*, Brüssel 1951, S. 197).

¹¹ Vgl. Enquêtecommissie, *Regeringsbeleid 1940–45, Algemene Inleiding, Militairbeleid 1939–1940, Deel 1 A en B / Verslag, Bijlagen, 's-Gravenhage 1949* (zitiertes Dokument: Deel 1 A oder Deel 1 B), Deel 1 A, p. 91 und Deel 1 C/Verhoren, S. 210.

Die alarmierenden Nachrichten des Majors Sas stören offensichtlich diese behagliche Ruhe. General Reynders schätzt sie daher nicht sehr hoch ein. Er ist im übrigen der Ansicht, daß es für den deutschen Geheimdienst ein allzu naheliegenderes Spiel sei, ihm durch den Militärattaché all das vorzusetzen, was er deutscher Ansicht nach schlucken soll. Hat Sas nicht innerhalb zweier Monate schon mehrmals beunruhigende Nachrichten ausgestreut, die sich in keinem Falle bewahrheitet haben? Die wiederholten Widerlegungen hätten ihn klüger machen sollen, und es entbehrt nicht der Ironie, wenn der Oberbefehlshaber den Militärattaché während seines letzten Aufenthalts im Haag danach fragte, für wann er jetzt den Angriff erwarte!

In der Tat sprechen alle Anzeichen gegen Major Sas. Sein unerschütterliches Vertrauen in den Wert seiner Nachrichten kann fast lächerlich erscheinen. Und doch hat er recht. Seine Nachrichten sind genau. Die Termine, die er nannte, sind fast genau die gleichen, die Hitler nacheinander für den Beginn der deutschen Westoffensive festsetzte¹². Allein die schlechte Wetterlage hinderte diesen daran, seine kriegerischen Absichten zu verwirklichen, und so war er zu seinem Ärger gezwungen, den Angriff beinahe von Tag zu Tag zu verschieben.

Es wird anzuerkennen sein, daß ein derartiges Verfahren wenig glaubhaft erscheinen mußte, so insbesondere die Absicht, große Operationen in einer Jahreszeit zu eröffnen, die für den Einsatz von Kraftfahrzeugen und Flugzeugen besonders ungünstig ist. Die Wetterverhältnisse, die schlechte Sicht, die durch Regenfälle angeschwollenen Flüsse, die kurzen Tage, das alles stand einem „Blitzkrieg“, diesem strategischen Glaubenssatz des Dritten Reiches, entgegen. Von daher läßt sich die Ungläubigkeit des niederländischen Oberkommandos verstehen. Es erschien ihm sehr leichtfertig, einem Gegner unvernünftige Absichten zu unterstellen, vor allem wenn es sich dabei um die Deutschen handelte, die dafür bekannt sind, daß sie die Planung ihrer Operationen mit unerbittlicher Systematik und Konsequenz ausarbeiten. Doch Hitler entzieht sich solch normalem Maßstab. Er hat seine eigene, nicht die übliche Logik, und er ist in der Lage, alle Regeln der Vernunft umzustößeln. Deshalb wenden sich übrigens auch die meisten seiner Generäle gegen ihn. Sie lehnen sich gegen den Gedanken auf, wissentlich im ungünstigsten Augenblick die Entscheidungsschlacht herbeizuführen. Doch das kann natürlich der Generalstab im Haag nicht erraten. Selbst wenn er es wüßte, er würde es nicht glauben; so schwer fällt es, sich eine so launenhafte Führung bei einer Politik vorzustellen, die seit dem „Anschluß“ von Sieg zu Sieg schreitet und mit unfehlbarer Sicherheit geführt zu werden scheint.

Die Art und Weise, in der Major Sas seine Nachrichten erhält, ist nicht weniger

¹² Unter den von Major Sas genannten Terminen waren auf jeden Fall der 12., 19. und 24. November, der 5. und 10. Dezember 1939 und Mitte Januar 1940 (vgl. Enquêtecommission, Teil 1 C, S. 209). Nun war der Angriff tatsächlich vorgesehen für den 12., 19., 22. und 26. November, den 5., 9. und 11. Dezember 1939, den 1. und 17. Januar 1940 (vgl. das Nürnberger Dokument G-72, IMT Bd. XXXIV, S. 284 ff.).

erstaunlich. Sein Mittelsmann gehört zur Abwehr¹³, also der Stelle, von der man zuletzt authentische Geheimmeldungen erwarten sollte. Doch das ist, wieder einmal, eine der keinen Verdacht rechtfertigenden Paradoxien des Dritten Reiches, daß an der Spitze seines Geheimdienstes ein Mann steht, der ein erbitterter Gegner des nationalsozialistischen Regimes ist, der Admiral Wilhelm Canaris. Gewiß, er hat sich nicht sofort zu den Gegnern Hitlers geschlagen. Wie die meisten Militärs sah er zunächst in dem neuen Kanzler den Mann, der Deutschlands einstige Größe wiederherstellen werde, und es war auch wohl kaum der Schatten eines Hintergedankens dabei, als er Ende 1934 seine ungewöhnliche Intelligenz zur Verfügung stellte, um eine Behörde einzurichten und auszubauen, die zum Wiederaufstieg seines Vaterlandes beitragen sollte. Die bereitwillige Mitarbeit im Dritten Reich dauerte aber höchstens bis etwa zum Jahre 1938, als er vorausszusehen begann, daß die zum Krieg entschlossene Politik des „Führers“ auf die Länge hin in einer Katastrophe enden werde. Je weiter sich Hitler auf den Pfad des Krieges wagte, desto stärker setzte Admiral Canaris seine Autorität ein, um ein Spiel zu decken, das in immer verwickelteren Formen vor allem einer seiner Mitarbeiter, Oberst Hans Oster, betrieb: er ist der Mittelsmann des niederländischen Militärattachés¹⁴.

Die Beziehungen zwischen den beiden Männern stammen aus den Jahren 1936/37. Damals verbrachte Major Sas jeden Monat einige Tage in Berlin¹⁵, wo er den Dienst eines Militärattachés versah. Trotz der periodischen Unterbrechungen seines Aufenthalts war er in Kreisen der Berliner Gesellschaft, in der deutsche Offiziere verkehrten, gut eingeführt. Er hat dabei zahlreiche freundschaftliche Beziehungen angeknüpft. Offensichtlich genoß er als Holländer eine bevorzugte Stellung. Für ihn bestand nicht jene Barriere, die für andere westliche Militärattachés die Erinnerungen an den ersten Weltkrieg bildeten. Und so kam es, daß er in ein besonders nahes Verhältnis zu Oberst Oster, einer hochbegabten und scharfgeprägten Persönlichkeit¹⁶, trat.

Im Jahre 1938 war Major Sas in Den Haag zurückberufen worden. General Reynders hatte ihn als Chef der Operationsabteilung zu sich geholt. Aber während der tschechoslowakischen Krise hielt es das niederländische Oberkommando doch für vorteilhaft, von jetzt ab einen ständigen Beobachter in Berlin zu haben. Niemand schien für diesen Posten besser geeignet zu sein als Major Sas. Und so hatte er seit März 1939 wieder seine alte Aufgabe als Militärattaché in der deutschen Hauptstadt übernommen. Er konnte die meisten seiner früheren Beziehungen

¹³ Als Geheimdienst par excellence betrieb die „Abwehr“ alle Tätigkeiten, die unter dem Wort Nachrichtendienst verstanden werden: Spionage, Gegenspionage, ja auch Sabotage und die Ausführung von Kriegslisten.

¹⁴ Vgl. Eberhard Zeller, *Geist der Freiheit – Der Zwanzigste Juli*, München 1954, S. 27 ff.

¹⁵ Die übrige Zeit verbrachte er im Haag (vgl. *Enquêtecommissie*, Teil 1 C, S. 208).

¹⁶ Für seine Persönlichkeit vgl. Eberhard Zeller, a. a. O., S. 23 f., der übrigens darauf hinweist, daß Oster Wilhelm II. stets durch ein persönliches Treueverhältnis verbunden blieb. Dies mag seine Sympathie für Holland, das dem Kaiser Asyl gewährte, verstärkt haben.

wiederaufnehmen, namentlich zu Oberst Oster. Er fand ihn erbitterter als je gegen das Regime. Tatsächlich war Oster einer der wenigen, die von Anfang an in Opposition gestanden hatten. Vor dem Jahre 1933 den Generalen von Schleicher, von Bredow und von Hammerstein nahestehend, hatte er sich über den wahren Charakter des Nationalsozialismus und seiner Führer niemals Illusionen gemacht. Die Entfesselung des Krieges am 1. September 1939 hatte seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Von da an hatte er keinen anderen Gedanken als den: alles ihm mögliche für die Eingrenzung und Beendigung der Feindseligkeiten, ja für den Sturz Hitlers zu tun. Daher seine vielfältigen Warnungen an Major Sas. Gegen Ende September hatte er seinen Freund benachrichtigt, daß Mitte November die Gefahr für den Westen akut werde. 14 Tage später hatte er ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß, unterschiedlich von 1914, der deutsche Angriff dieses Mal auch das holländische Staatsgebiet umfassen werde. Danach hatte er ihn regelmäßig über die Angriffstermine, wie sie der Reihe nach festgesetzt wurden, auf dem laufenden gehalten. Er machte aus seinen Motiven kein Geheimnis. Wiederholt sprach er sich offen gegenüber Major Sas aus. „Man könnte nun sagen“, erklärte er ihm dem Sinne nach, „daß ich ein Landesverräter sei, aber das bin ich in Wahrheit nicht. Ich halte mich für einen besseren Deutschen als all die anderen, die Hitler nachlaufen. Mein Plan ist und meine Pflicht sehe ich darin, Deutschland und damit die Welt von dieser Pest zu befreien¹⁷.“ Durch die Warnungen, die er den bedrohten neutralen Staaten gibt, hofft er, Gegenmaßnahmen auszulösen, die dem deutschen Angriff vielleicht Schach bieten können. Er ist überzeugt, daß der Führer und seine Leute nicht das Zeug haben würden, den politischen Folgen eines ernsten militärischen Rückschlags standzuhalten. Das Regime würde gestürzt und der Krieg könnte dann bald zu Ende gebracht werden. Gewiß ist dies kein normaler Weg, Feindseligkeiten zu beenden. Aber nach reiflicher Überlegung ist er zu dem Schluß gekommen, daß man zu diesen zweifelhaften Mitteln greifen muß, um des geringeren Übels willen. Nach seiner klaren Einsicht kann das Dritte Reich die Koalition nicht besiegen, die es selbst gegen sich aufgebracht hat; die Aussichten eines Konflikts von langer Dauer aber würden furchtbar sein. Für ein durch langen Kampf zermürbtes Deutschland wäre eine Niederlage zugleich sein Ende, und dann wäre es zu spät, über das alte Wort „Vae victis!“ nachzudenken. Die Verluste an Menschen würden sich auf Hunderttausende, ja Millionen belaufen, nicht zu rechnen die furchtbaren Zerstörungen, die das Land im Innersten verwunden würden. Angesichts solcher Perspektiven würde der Preis, der für einen baldigen Frieden zu bezahlen wäre, selbst dann erträglich sein, wenn der Sturz des Regimes von inneren Wirren begleitet wäre¹⁸.

Major Sas kennt den Gewissenskonflikt seines Freundes Oster. Er zweifelt nicht einen Augenblick an seiner Aufrichtigkeit und erkennt den wahren Wert der Warnungen, die er ihm reichlich zukommen läßt. Unglücklicherweise sind seine

¹⁷ Vgl. Enquêtecommissie, Teil I C, S. 209.

¹⁸ Vgl. Eberhard Zeller, a. a. O., S. 25.

Beziehungen zu General Reynders, die bis dahin ausgezeichnet gewesen waren, seit dem Augenblick getrübt, als er ihm schlechte Nachrichten übermittelt. Die Menschen neigen nun einmal dazu, nur das hören zu wollen, was ihnen gefällt, und an ein Unglück erst dann zu glauben, wenn es eingetreten ist. Auf jeden Fall glaubt der Oberbefehlshaber nicht ein Wort von dem, was sein Militärattaché ihm aus Berlin meldet. Dessen Nachrichten stören allzusehr das beruhigende Bild, das er sich von der Lage der Niederlande gemacht hat. Und außerdem, was soll man von der Affäre eines Offiziers halten, der planmäßig derart schwerwiegende Indiskretionen begeht? General Reynders glaubt das nicht abnehmen zu können. Er kann es sich nicht vorstellen, daß ein deutscher Offizier sich auf solche Abwege begibt. Gewiß, er weiß nicht alles. Major Sas hat ihm nicht den Namen seines Gewährsmannes genannt; es ist ja ein Grundsatz aller Geheimdienste, dies nicht zu tun. Aber General Reynders glaubt genug zu wissen, um sich ein Urteil zu bilden. Er weiß, daß Major Sas seine Nachrichten von einem höheren Offizier erhält, der dem Oberkommando zugeteilt ist¹⁹ und an einer Stelle arbeitet, die ihm einen Einblick in dessen Absichten ermöglicht. Der Militärattaché hat ihm auch die Motive genannt, aus denen sein Mittelsmann den Niederlanden den Zeitpunkt mitteilt, zu dem sie angegriffen werden. Doch selbst dies kann den Oberbefehlshaber nicht veranlassen, seine Ungläubigkeit aufzugeben. Es leuchtet ihm offenbar mehr ein, anzunehmen, daß der Mittelsmann des Major Sas – weit davon entfernt, ihm echte Geheimnisse anzuvertrauen – ein klassisches Täuschungsmanöver durchführt. Seine vertraulichen Mitteilungen sind einfach ein Teil jenes „Nervenkriegs“, den die Deutschen mit so großer Meisterschaft führen, und der leichtgläubige Militärattaché ist ihnen in lächerlicher Weise in die Falle gegangen.

Dieser Gedankengang ist freilich etwas kurzschlüssig. Denn wenn es sich tatsächlich um ein einfaches Täuschungsmanöver handelte, müßte immer noch erklärt werden, warum die Deutschen gerade in Beziehung auf Holland solche Wege einschlugen. Einem Lande gegenüber, gegen das sie angeblich keine üblen Absichten hegten, wäre dies Verhalten an sich fast ebenso beunruhigend wie der Inhalt der Nachrichten selbst. Schon allein dies Manöver – wenn es wirklich ein Manöver war – rechtfertigte größte Wachsamkeit. Doch diese Seite der Angelegenheit schien niemand zu begreifen.

General Reynders kann das Problem drehen und wenden, wie er will, immer kommt er an den gleichen Punkt: in den Mitteilungen des Major Sas ist zu viel Widersprüchliches enthalten, als daß sie ernst genommen werden könnten. Er meint genügend objektive Gründe zu haben, um den alarmierenden Geheimnachrichten eines deutschen Offiziers keinen Glauben zu schenken. Er weiß von der fiebrigen Atmosphäre der Hauptstadt des Dritten Reiches, in der sich der Militärattaché möglicherweise dem Druck falscher, unkontrollierbarer Gerüchte nicht

¹⁹ Erinnern wir uns, daß die „Abwehr“ dem Oberkommando der Wehrmacht angehörte und daß Oberst Oster Chef ihrer Zentralabteilung war.

hat entziehen können. So sieht zum mindesten der Oberbefehlshaber die Lage. Der niederländische Geheimdienst, den der Oberst im Generalstab van de Plassche leitet, ist der gleichen Ansicht. Die Warnungen des Majors Sas fügen sich schlecht in die Gesamtheit der Nachrichten ein, die er bisher erhalten hat, weichen vielmehr davon ab. Anstatt das zu bestätigen, was der Geheimdienst in mühsamer Synthese aus den verschiedensten Nachrichtenquellen gewonnen hat, verwirren und beunruhigen sie. Warum soll man sich also über die Ungläubigkeit des Obersten van de Plassche wundern? Ein gefestigter Glaube kapituliert nicht gleich vor der ersten Ketzerei.

Ketzerisch – so lautet auch das Urteil über die Ansichten des Major Sas. Sie werden übrigens auch in den Mitteilungen, die der Geheimdienst regelmäßig herausgibt, schlecht beurteilt²⁰. Der Militärattaché hat beiläufig, während eines Aufenthalts im Haag, davon erfahren und alsbald dagegen protestiert. Am 5. Dezember schreibt er an General Reynders und bittet ihn, ihm offen zu sagen, ob er an den Nachrichten interessiert sei, die er ihm aus Berlin habe zukommen lassen. Wie zu erwarten, erhielt er auf diesen Brief keine Antwort. Daraufhin sucht er, kaum nach Den Haag gekommen, um mit seiner Familie Weihnachten zu feiern, als erstes den Oberbefehlshaber auf, um ihm mündlich die gleiche Frage zu stellen. In solcher Weise unmittelbar angesprochen, versucht General Reynders, auszuweichen. Er gibt ihm den Rat, zunächst den Minister für Nationale Verteidigung aufzusuchen, wobei er hinzufügt, daß Oberstleutnant Dijkhoorn daran denke, ihn von seinem Posten in Berlin abzulösen. Trotz seines Erstaunens läßt jedoch Major Sas nicht locker. Nunmehr wirft ihm General Reynders erregt und vorwurfsvoll hin: „Ich glaube kein Wort von Ihren Informationen. Was wollen Sie überhaupt, daß ich mit all den Terminen, die Sie mir nennen, machen soll?“ Im Innersten getroffen antwortet Major Sas: „Herr General, Sie sind schließlich der Oberbefehlshaber der Land- und Seestreitkräfte. Wahrscheinlich verfügen Sie über andere Informationsquellen, mit denen Sie die meinen kontrollieren können. Aber nach dem, was Sie mir soeben gesagt haben, weiß ich, wie die Dinge stehen, und kann daher nur noch darum bitten, mich in Berlin abzulösen²¹.“ Im Ministerium erfährt er dann zu seiner Überraschung von Oberstleutnant Dijkhoorn, daß in Wahrheit General Reynders bereits beantragt hat, ihn von Berlin abzubrufen²². Er, Dijkhoorn, für sein Teil schätze vielmehr die Nachrichten, die Sas liefere. Der Schritt des Oberbefehlshabers habe ihn überrascht, und er habe zum Ausdruck gebracht, er wünsche auf keinen Fall, daß Major Sas mit untergeordneten Aufgaben betraut würde. Er habe ihn sogar zum Leiter der 2ème section des Ver-

²⁰ Vgl. Enquêtecommissie, Teil 1 C, S. 209–210.

²¹ Vgl. ebda., S. 210.

²² Die Darstellung des Oberstleutnants Dijkhoorn erscheint einleuchtend. Tatsache ist, daß infolge von Ereignissen, die im übrigen mit der Januarkrise nicht zusammenhängen, General Reynders einige Wochen später gezwungen war, Königin Wilhelmine seinen Rücktritt anzubieten. Der Verteidigungsminister benutzte dies, um das Verbleiben des Majors Sas auf seinem Berliner Posten zu beantragen; tatsächlich blieb er dort bis zum Mai 1940 (vgl. ebda., S. 230).

teidigungsministeriums vorgeschlagen²³, doch sei die Entscheidung darüber noch in der Schwebe. Dieser Zustand hielt offenbar eine Weile an, denn Major Sas kehrte nach Berlin zurück, ohne General Reynders wiederzusehen. Aber die Krise in ihren Beziehungen war damit lediglich verzögert. Major Sas erschien nämlich bald wieder im Haag und brachte diesmal die Nachricht mit, daß die Deutschen etwa am 15. Januar mit der Offensive beginnen würden. Darüber kam es zum vollen Bruch mit General Reynders; Major Sas übergab ihm ein Schreiben, in dem er darum bat, als Militärattaché in Berlin abgelöst zu werden²⁴.

Nach alledem befindet sich General Reynders, als er am 12. Januar vormittags von der Mitteilung des Generals Van Overstraeten Kenntnis erhielt, in einer Stimmung, die nicht gerade dazu angetan ist, die Lage zu dramatisieren. Er neigt durchaus nicht dazu, die schlechten Nachrichten aus Brüssel ernster zu nehmen als die, die seit mehreren Monaten aus Berlin auf ihn eingestürzt sind.

Man wird hinzunehmen müssen, daß die Haltung des belgischen Militärattachés ihn keineswegs hierzu ermuntert. Oberstleutnant Diepenrijckx denkt nicht daran, ihm seine eigene Skepsis zu verbergen. Die kurze Unterhaltung, die er mit dem Militärischen Berater des Königs hatte, hat ihn nicht von der Echtheit der Dokumente überzeugt. Da er selbst von 1924 bis 1935 die 2ème Section geleitet hat, weiß er nur zu genau, wie man Dokumente fälschen kann, um hier nicht eine Falle des deutschen Geheimdienstes zu vermuten. Es ist so leicht, dem Gegner Nachrichten auf den Weg zu spielen, an denen er straucheln muß. Selbst kleinste Einzelheiten nützt man aus, um eine Zuversicht weckende Wahrscheinlichkeit der Nachrichten zu erhöhen. Auch kann der belgische Offizier nicht umhin, die Notlandung bei Mechelen-sur-Meuse mit einem coup zu vergleichen, den die Engländer 1917 in ziemlich ähnlicher Weise glänzend ausgeführt haben und an den er sich vom Hörensagen erinnert²⁵. Es war in Palästina. Der Armee des Lord Allenby lagen türkische Truppen in gut ausgebauten Stellungen gegenüber. Ein Frontalangriff konnte keinen Sinn haben. Für eine Umfassung hätte man aber ein unwegsames Wüstengebiet durchqueren müssen, in dem die erste Wasserstelle mehrere Tagesmärsche vom Ausgangspunkt entfernt war. Wenn General Liman von Sanders von diesem Plan Wind bekam, wäre für ihn nichts leichter gewesen, als den Engländern den Weg zu dieser Wasserstelle zu verlegen und damit die ganze Operation zum Scheitern zu bringen. Deshalb veranstaltete der Intelligence Service ein geschicktes Täuschungsmanöver. Eines Morgens wagte sich ein britischer Agent, der vorschriftsmäßig als Offizier gekleidet war, ins Niemandsland bis in die Nähe der türkischen Vorposten, wie wenn er eine Erkundung machte. Selbstverständlich erhielt er Feuer. Eine Verwundung vortäuschend, ergriff er die Flucht in Richtung auf die britischen Linien, nicht ohne dabei eine Meldetasche

²³ „Abteilung Generalstab“, die Oberstleutnant Dijkhoorn vor seiner Ernennung zum Verteidigungsminister (10. 8. 39) mehr als zweieinhalb Jahre geleitet hatte.

²⁴ Wie Anm. 21.

²⁵ Für unsern Zusammenhang kommt es nicht darauf an, den genauen Ablauf der Episode zu untersuchen; es geht uns allein darum, die Überlegungen des Militärattachés zu verfolgen.

zu verlieren, gefüllt mit Schriftstücken aller Art, militärischen und persönlichen, die sich auch sonst großartig dazu eigneten, Vertrauen zu erwecken. Die Türken bogen sich vor Lachen über den Leichtsinn der unverbesserlichen Engländer, die in Schußweite des Feindes spazieren gingen, als seien sie im Hyde Park. Sie gaben sogar Befehle heraus, daß man sich nicht ebenso unüberlegt benehmen solle. Kurzum es war ein Fest für den Generalstab des Generals Liman von Sanders. Alle Absichten der Briten waren entdeckt. Trotz der Schwierigkeiten einer solchen Operation bereitete Lord Allenby offensichtlich einen Frontalangriff vor. Und es kam, was kommen mußte. . . die Engländer griffen durch die Wüste an; in einem Zug erreichten sie die unbewachte Wasserstelle, und damit war die Niederlage der Türken besiegelt²⁶.

Die Gründe, die Oberstleutnant Diepenrijckx zweifeln lassen, sind also nicht ganz die gleichen wie die des Generals Reynders. Er verwirft nicht a priori die Annahme eines deutschen Angriffs auf die Niederlande. Er entdeckt lediglich eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen der Geschichte, die ihm General Van Overstraeten in wenigen Worten erzählt hat, und einem Täuschungsmanöver, von dem er als Modellfall gehört hat. Seine Zweifel wären vielleicht zerstreut worden, wenn man ihn über die Angelegenheit besser unterrichtet hätte. Aber hier zeigt sich eine häufig vorkommende Kehrseite militärischer Grundsätze. Den Notwendigkeiten unmittelbarer Aktion angepaßt, lassen sie eine Erörterung nicht aufkommen. Ein Befehl wird ausgeführt, er wird nicht diskutiert. Es entspricht der Art eines Kommandeurs, der seine Befehle gibt, daß General Van Overstraeten dem Militärattaché seinen Auftrag darlegt: kurz, aber ohne Erläuterungen.

Doch trotz ihrer Kürze bildet die Mitteilung aus Brüssel eine wesentliche Ergänzung der Warnungen aus Berlin. Major Sas hat den deutschen Angriff zeitlich fixiert, Oberstleutnant Diepenrijckx legt ihn jetzt im Raum fest. Das niederländische Oberkommando besitzt damit wichtige Angaben über die Absichten seines östlichen Nachbarn. Etwa am 15. Januar werden die Deutschen zum Angriff antreten und versuchen, sich des ganzen Gebiets mit Ausnahme der Festung Holland zu bemächtigen²⁷. Vor solcher Genauigkeit müßte die Skepsis des Oberkommandanten schwinden. Er müßte zumindest feststellen, daß die alarmierenden Nachrichten nicht mehr allein aus Berlin kommen, und müßte sich darüber Gedanken machen. Doch ein Glaubenssatz weicht ketzerischen Ansichten nicht, selbst wenn sie Boden gewinnen. Das ist die crux der meisten Geheimdienste: Um die Glaubwürdigkeit der Nachrichten, die sie von allen Seiten erhalten, zu prüfen, messen

²⁶ Mitteilung des Generals Diepenrijckx an den Verfasser (25. Okt. 1954).

²⁷ Diese Nachrichten entsprechen genau der Wirklichkeit. Der Angriff ist für Mittwoch den 17. Januar bei Tagesanbruch vorgesehen, und nach den bestehenden Plänen sollte er bis zu dem Abschnitt vorgetrieben werden, durch dessen Kanäle die östlichen Zugänge der Zitadelle Hollands geschützt waren. Eine neue Operation wird jedoch seit dem 10. Januar ausgearbeitet. Sie sieht eine Luftlandung im Herzen der Festung Holland vor. (Vgl. C. T. de Jong, *La préparation de l'attaque allemande sur la Hollande en 1940*, *Revue d'Histoire de la deuxième Guerre Mondiale*, Paris, Octobre 1955, S. 10).

sie sie an einem Beziehungs-System, das sie aus den Angaben, die ihnen am zuverlässigsten erscheinen, gebildet haben. Die Methode ist an sich ausgezeichnet. Sie wird zur Gefahr, wenn das System allmählich erstarbt. Indem es jenes feine Gefühl, ohne das es sich den unaufhörlichen Schwankungen der Lage nicht anpassen kann, in eine Formel faßt, verliert es seinen Wert. Der französische Geheimdienst wird übrigens an der gleichen Klippe scheitern. Es hilft ihm nichts, daß er aus mehreren Quellen – namentlich aus Belgien²⁸ und der Schweiz²⁹ – zuverlässige Nachrichten erhält, wonach die Deutschen mit ihrem Schwerpunkt einen Durchbruch durch die Ardennen beabsichtigten, er wird doch daran festhalten, die Masse der deutschen Armeen in der Ebene von Hesbaye in Richtung der Öffnungen von Gembloux und der Oise zu erwarten³⁰. Übrigens werden die belgischen Kommandobehörden nicht viel mehr Scharfsinn beweisen. So klar und unvoreingenommen ihr Blick für die Lage ihrer Nachbarn ist, so wenig können sie sich, wenn es sich um Belgien selbst handelt, von ihren Schein-Vorstellungen freimachen. Sie werden die Gefahr, die über der Enge von Maastricht schwebt, nicht in Rechnung stellen und die Enthüllungen der Dokumente von Mechelen auf den Abschnitt von Maaseick beziehen³¹. Errare humanum est.

Doch was auch immer der Inhalt und die Form der aus Brüssel und aus Berlin erhaltenen Nachrichten sein mögen, an einer Tatsache kann General Reynders auf keinen Fall zweifeln: die höchsten Stellen Belgiens befürchten das Schlimmste. In der Tat hat König Leopold III. am 11. Januar im Laufe des Abends persönlich mit Prinzessin Juliana telefoniert, um ihr zu sagen: „Be careful, weather very dangerous³².“

Ogleich die holländischen Quellen von diesem Augenblick an sehr unklar sind³³, läßt alles darauf schließen, daß die Kronprinzessin sofort ihre Mutter, Königin Wilhelmine, über die Nachricht des Königs der Belgier orientierte. Wahrscheinlich gab die Königin auf Grund dieser Unterhaltung die Weisung, daß die unmittelbar interessierten Minister zu einer Prüfung der Lage zusammentreten sollten.

Auf jeden Fall scheint ein engerer Ministerrat im Laufe des 12. Januar im Haag getagt zu haben. Daß der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, E. N. van Kleffens, und der Minister für Nationale Verteidigung, Oberstleutnant Dijkhoorn,

²⁸ Vgl. den Rapport de la Commission d'Information institué par S. M. le Roi Leopold III. . . , Bruxelles 1947, S. 31 des Berichts und S. 24 des Anhangs (Anhang 13).

²⁹ Vgl. Paul Reynaud, *Au coeur de la mêlée, 1930–1945*, Paris 1951, S. 422.

³⁰ Die Selbsttäuschung läßt sich u. a. daraus erschließen, daß General Gauché in seinem, übrigens höchst interessanten Buch „*Le Deuxieme Bureau au Travail, 1935–40*“ (Paris 1953) sich gehütet hat, auch nur die geringste Anspielung auf diese Nachrichten zu machen.

³¹ Vgl. Van Overstraeten a. a. O., S. 482.

³² Vgl. ebda. S. 454.

³³ Wir sind bei dem Versuch, die Ereignisse während der kritischen Tage in den Niederlanden zu rekonstruieren, auf sehr große Schwierigkeiten gestoßen. Der größere Teil der Archive und der Akten ist unmittelbar nach der Kapitulation vom 14. Mai auf Befehl von General Winkelman, dem Nachfolger von General Reynders, verbrannt worden, und das, was bei dieser Gelegenheit vielleicht gerettet wurde, ist während des Luftangriffs auf Den

mit General Reynders zu einem gegebenen Moment eine Unterredung über die aus Brüssel erhaltenen Warnungen hatten, steht außer Zweifel³⁴. Weniger sicher ist der genaue Zeitpunkt dieser Geheimsitzung. Aber es liegt nahe, sie einige Zeit nach dem Augenblick anzusetzen, als die Königin erfahren hatte, daß ihr Land offenbar bedroht sei.

Jedenfalls ist es nicht schwierig, sich vorzustellen, welche Haltung General Reynders während dieser Zusammenkunft einnimmt. Er wiederholt sicherlich, aus welchen Gründen er nicht an eine unmittelbare Gefahr glaubt. Auf deutscher Seite weist nichts auf einen nahen Angriff hin. Die Tätigkeit der Truppen ist normal. Es fehlen auch bestätigende Nachrichten aus anderen Quellen, die es erlaubten, sich den Befürchtungen der Belgier anzuschließen. Überdies ist es jetzt nicht die Jahreszeit, um große Operationen zu beginnen. Kurzum, in diesem Augenblick ist eine Offensive sehr wenig wahrscheinlich. Was besagen da die Dokumente? Es ist schwer, sich vorzustellen, daß die Deutschen so unklug gewesen sein sollten, einem Kurierflugzeug derart kompromittierende Papiere anzuvertrauen³⁵. Handelt es sich nicht einfach um eine Fälschung? Oberst van de Plassche teilt diese Ansicht. Er geht so weit, daß er die Notlandung als vorgetäuscht und die Dokumente als Fälschungen des deutschen Geheimdienstes ansieht³⁶.

Das Oberkommando ist zweifellos voller Skepsis. Als General Reynders dem General Van Overstraeten für seine Mitteilung dankt, läßt er ihn wissen, daß er ihr keinen Glauben schenkt. An Stelle eines Kommentars fügt er hinzu: „Das ist eben immer der Nervenkrieg³⁷.“

Auch die Minister sind, ohne sich über das Problem, für das sie außerdem nicht kompetent sind, gründlich auszusprechen, der Ansicht, daß die Nachrichten vervollständigt werden müssen. Sie halten es mit Recht für ziemlich müßig, die Echtheit von Dokumenten zu erörtern, über die man fast nichts weiß. Der belgische Militärattaché hat nur einen kurzen Abschnitt daraus mitgeteilt und anscheinend auch von ihm nur den Inhalt wiedergegeben. Minister van Kleffens vereinbart also, daß eine Demarche bei dem belgischen Gesandten versucht werden soll. Vielleicht kann er weitere Einzelheiten von seiner Regierung erfahren³⁸. In der Zwi-

Haag 1944 verschwunden. Glücklicherweise hat die Kriegsgesch. Abt. d. niederl. Gen. St. unsere Bemühungen unterstützt. Dafür sei ihm an dieser Stelle gedankt, insbesondere Oberst O. J. Siersema, der ihn in der Zeit, als diese Arbeit entstand, leitete. Aber es versteht sich von selbst, daß die von uns entwickelten Ansichten nicht notwendigerweise die Auffassungen der niederländischen Kriegsgesch. Abt. widerspiegeln und jedenfalls allein von uns zu beantworten sind.

³⁴ Vgl. die Erklärung des General Reynders gegenüber der niederländischen Kriegsgesch. Abt. (KGA, 10. 12. 1954, in dem erwähnten Brief).

³⁵ General Reynders kann auch wirklich kaum ahnen, daß der deutsche Offizier, der Geheimbefehle mit sich führte, wissentlich gegen eine Vorschrift verstieß, als er ein Flugzeug benützte.

³⁶ Vgl. den erwähnten Brief (KGA).

³⁷ Vgl. General Van Overstraeten, a. a. O., S. 454.

³⁸ Vgl. Enquêtecommissie, Teil 2 B, a. a. O., S. 128, Anhang 57.

schenzeit scheint es, da am Horizont nichts zu erkennen ist, das Klügste zu sein, die Ereignisse auf sich zukommen zu lassen. Sobald sie sich abzeichnen, wird immer noch genügend Zeit sein, sich über die zu treffenden Maßnahmen schlüssig zu werden³⁹.

Der belgische Gesandte im Haag, Nemry, befindet sich in der Lage eines überraschten Diplomaten. Die Fragen, die Minister van Kleffens ihm stellt, sind das erste, was er von den ernststen Brüsseler Warnungen erfährt! Er hat nichts Eiligeres zu tun, als Oberstleutnant Diepenrijckx zu sich zu rufen, um von ihm einige aufklärende Erläuterungen zu erhalten. Er empfängt ihn in ärgerlicher Stimmung und bestürmt ihn mit Fragen: Wie kommt es, daß der Oberstleutnant ihm gegenüber kein Wort über seine Schritte hat verlauten lassen? Woher stammen die Nachrichten, die General Reynders gegeben wurden? Worin bestehen sie? Derart bedrängt, weiß der arme Militärattaché nichts zu antworten. Er hat nicht das Recht, die ihm auferlegte Schweigepflicht zu verletzen. Das ist der Preis, den er für die Aufrechterhaltung seiner Beziehungen zu dem niederländischen Oberkommando bezahlen muß⁴⁰.

Der Meinungs austausch, den Oberstleutnant Diepenrijckx in gewissen Abständen mit dem niederländischen Oberkommando unterhält, ist in der Tat von strengstem Geheimnis umgeben. Im übrigen ist die Stellung des militärischen Vertreters von Belgien infolge der strikten Neutralität der Niederlande sehr heikel. Ohne Zweifel ist auch Belgien neutral. Aber das erleichtert kaum die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. In den Augen der Holländer ist die belgische Politik zu stark von den Erinnerungen an 1914 bestimmt; die Sympathien, die ein großer Teil des Volkes und der Presse den Alliierten entgegenbringt, machen den Holländern Sorge; sie werden die Befürchtung nicht los, daß Belgien eines Tages durch eine unwiderstehliche Strömung der öffentlichen Meinung in den Krieg hineingezogen werden könne, und es ist begreiflich, wenn in bestimmten Kreisen die belgische Politik als vom Quai d'Orsay diktiert gilt. Tatsächlich ist die belgische Neutralität zu jungen Datums, um sich, wie in den Vereinigten Provinzen, einer festen Tradition und einer einmütigen Zustimmung zu erfreuen. Es kommt hinzu, daß in Belgien sich die herrschenden Auffassungen in einer Weise kundtun, die in Holland undenkbar ist. Diese Unterschiede bleiben nicht unbeachtet, einflußreiche Kreise im Haag sind dafür sehr empfindlich und neigen sogar dazu, ihre Bedeutung zu übertreiben. Auch hüten sie sich wohl, sich auf dem Wege militärischer Zusammenarbeit an ihre südlichen Nachbarn zu binden. Das wäre nach ihrer Ansicht eher kompromittierend als nützlich.

Das hindert aber nicht, daß Oberstleutnant Diepenrijckx sich bevorzugter Behandlung erfreut. Doch geschieht dies ohne Vorwissen der Regierung und der

³⁹ Tatsache ist, daß die niederländische Kriegsgesch.Abt. keine Spur irgendeiner besonderen Vorsichtsmaßnahme vor den ersten Stunden des 14. Januar gefunden hat (vgl. den angeführten Brief, KGA).

⁴⁰ Mitteilungen von General Diepenrijckx an den Verfasser vom 21. 9. 1953 und 25. 10. 1954.

Königin. Er verdankt die Bevorzugung ganz der Verständigungsbereitschaft von General Reynders. Der Oberbefehlshaber ist jedoch ein verschlossener, beim ersten Eindruck kühler Mensch, der von Natur aus wenig dazu neigt, sich auf Vertraulichkeiten einzulassen. Dem belgischen Militärattaché kommt jedoch ein längerer Aufenthalt in Holland zugute, er hat sich im Laufe der Jahre das Vertrauen des Oberbefehlshabers erworben. General Reynders hat schließlich sogar einige Offiziere seines Generalstabes ermächtigt, Nachrichten Oberstleutnant Diepenrijckx zu übermitteln.

Indem General Reynders die politischen Bindungen eines Abkommens somit pflichtgemäß vermeidet, hat er einen unauffälligen Weg gefunden, eine Entwicklung zu begünstigen, durch die allmählich die Verteidigungsmaßnahmen der beiden Länder einander angepaßt werden. Dies Verfahren ist jedoch nicht frei von Risiko, und der Oberbefehlshaber würde unter Umständen nicht zögern, es eindeutig zu dementieren. Der kleinste Anstoß wird das Ende der Kontakte bedeuten; von einem Tag zum andern wird Oberst van de Plassche zum Feldheer versetzt werden. Auch der Militärattaché muß dann nach Brüssel zurückkehren⁴¹. General Reynders setzt im übrigen seine eigene Stellung aufs Spiel. Er muß also Vorsichtsmaßnahmen treffen, und zwar umso mehr, als er höheren Orts wenig Freunde hat. Die elegante, große Welt der führenden Kreise schätzt diesen nüchtern-strengen, auch in hoher Stellung schlicht gebliebenen Soldaten, der für nichts anderes als für seinen Beruf lebt, wenig.

Das Geheimnis, das den ganzen Verlauf der Unterhaltungen umgibt, hat also nichts Erstaunliches an sich, und es ist natürlich, daß nur wenige Partner daran teilhaben. Der einzige Mittelsmann zwischen dem belgischen und dem niederländischen Oberkommando ist Oberstleutnant Diepenrijckx. Um der größeren Sicherheit willen gibt er in Brüssel nur General Van Overstraeten Rechenschaft über seine Beziehungen und schreibt seine Berichte nur für das Palais des Königs⁴².

Mit diesen Hinweisen würde die Unzufriedenheit des Gesandten Nemry sich wohl beschwichtigen lassen. Aber der Militärattaché darf sie nicht preisgeben, und er weiß zu wenig über die Dokumente, um damit den Gesandten zufriedenzustellen. So erlebt er jetzt Augenblicke seiner Laufbahn, die wenig erhebend sind. Freilich wird der Gesandte bald auch entdecken, daß das Ministerium in Brüssel nicht viel besser Bescheid weiß als er selbst. Die Angelegenheit der Dokumente bleibt ein eifersüchtig gehütetes Geheimnis.

Die latente Krise, die durch die belgischen Warnungen hervorgerufen wurde, flammt übrigens bald wieder auf und lenkt vom Persönlichen ab. Die niederländischen Archive schweigen sich über dieses Wiederaufflackern offenkundig aus. Dagegen erlauben die belgischen Quellen, einen hinreichend genau bestimmbareren Zeitpunkt dafür anzugeben.

⁴¹ Dieses Risiko erklärt es namentlich, daß Oberstleutnant Diepenrijckx den Wunsch seines englischen und französischen Kollegen abgelehnt hat, in wöchentlichen Besprechungen mit ihm den Nachrichtenaustausch vorzunehmen.

⁴² Wie Anm. 40.

Am 13. Januar gegen 17 Uhr erhält der belgische Militärattaché in Berlin, Oberst im Generalstab Goethals, den Besuch seines holländischen Kollegen. Sehr von der Angelegenheit erfüllt, vertraut ihm Major Sas an, daß die belgischen Militärbehörden in einem bei „Mecheln“ niedergegangenen deutschen Flugzeug den Angriffsplan gegen Belgien erbeutet hätten. Der Führer habe, als er es erfuhr, einen Wutanfall bekommen, habe „getobt“ und habe sich entschlossen, den Angriff im Westen sofort auszulösen, um möglichen Gegenmaßnahmen der Alliierten zuvorzukommen. Die Offensive werde am 14. Januar, am nächsten Tag, im Morgengrauen beginnen⁴³.

Oberst Goethals, ebenfalls seit 1957 in Berlin, kennt Major Sas genau. Er ist in fast ständiger Verbindung mit ihm und schätzt ihn als Kollegen und Freund. Er weiß, daß er ausgezeichnete Beziehungen zu einem deutschen Offizier angeknüpft hat, dem seine Stellung erlaubt, die Absichten des Oberkommandos zu kennen. Aber dem klassischen Grundsatz der Sicherheitsdienste gemäß hat ihm Major Sas nie den Namen seines Mittelsmannes genannt. Auch ist der belgische Militärattaché diesem weder jemals begegnet noch hat er sonst Berührung mit ihm gehabt. Immerhin weiß er, daß der Mittelsmann dem OKW angehört. Im übrigen erreichen ihn nicht zum ersten Mal alarmierende Nachrichten auf diesem Wege. Wiederholt hat ihm Major Sas – genau wie der Regierung im Haag – die Termine genannt, die für den Beginn der deutschen Offensive festgesetzt waren. Jedes Mal hatte sich jedoch der Gewährsmann des Major Sas am Ende geirrt. Da er zu oft vom „schwarzen Mann“ gehört hat, hegt Goethals schließlich Zweifel an dem Wert dieser Warnungen. In Anbetracht der strengen Dienstauffassung, die im deutschen Heer herrscht, fragt er sich, welchen Plan dieser Offizier verfolgen könne. Handelt er ohne Wissen seiner Vorgesetzten oder steckt er nicht vielmehr mit ihnen unter einer Decke, um die Belgier dahin zu bringen, einen falschen Schritt zu tun? Sicher indessen ist, daß man sowohl in Brüssel wie im Haag ungläubig ist. Während eines Aufenthalts in der Rue de la Loi wird der belgische Botschafter in Berlin Vicomte Jacques Davignon von einem hohen Beamten nicht ohne ironischen Unterton gefragt: „Na, was sagt denn Ihr Lockspitzel?“⁴⁴

Das ändert nichts daran, daß der „Lockspitzel“ – es ist niemand anders als Oberst Oster⁴⁵ – vielleicht recht hat. Die Nachricht muß nach Brüssel geschickt werden. So verliert sich Oberst Goethals nicht in müßigen Betrachtungen. Noch ohne den Botschafter zu informieren, gibt er eine verschlüsselte Nachricht telefonisch nach Brüssel durch.

Das Chiffretelegramm trifft dort am Abend des 13. Januar ein. Um 20 Uhr teilt

⁴³ Brief des Generals Goethals an den Verfasser vom 2. Nov. 1954.

⁴⁴ Vgl. Vicomte Davignon a. a. O., S. 196.

⁴⁵ Ein früherer Agent der „Abwehr“, Paul Leverkuehn, hat in seinem Buch „German Military Intelligence“ (New York 1954, S. 205; deutsche Ausgabe: Frankfurt a. M. 1957, S. 193) angedeutet, daß die Belgier und die Holländer ihre klarsten Nachrichten (übrigens nur für Mai 1940) den Vertretern Japans in Berlin verdankten. Dem ist aber nicht so. Ihre besten Informationen (insb. für die früheren Termine) erhielten sie von der Abwehr selbst.

der Chef des Generalstabes der Armee den Empfang General Van Overstraeten mit. Dieser begibt sich sofort zur Kriegsschule und erhält hier Kenntnis von folgendem Text:

„Befanden sich taktische Befehle oder Teile davon im Flugzeug Malines? Ein ernsthafter Mittelsmann, dessen Glaubwürdigkeit jedoch bestritten werden kann, behauptet, daß dieses Flugzeug Pläne, die sich auf den Angriff im Westen bezogen, von Berlin nach Köln bringen sollte. Da diese in belgische Hand gefallen seien, werde Angriff morgen stattfinden, um Gegenmaßnahmen zuvorkommen. Ich mache ausdrückliche Vorbehalte gegenüber dieser Nachricht, die ich nicht für zuverlässig halte, die weiterzugeben aber meine Pflicht ist. Sie können sie überdies teilweise nachprüfen⁴⁶.“

Die erste Reaktion des Generals Van Overstraeten ist, daß er sich über die klugen Umschreibungen von Oberst Goethals lustig macht: „Wenn ein Militärattaché“, meint er, „Nachrichten, die er über den Feind gesammelt hat, mitteilt, versäumt er selten, seinen Bericht mit einer Wendung abzuschließen, die ihn deckt, wenn es sich herausstellt, daß die Nachricht sich nicht bewahrheitet. Dem Empfänger obliegt es, die Wahrheit herauszufinden⁴⁷!“

Dies sind etwas voreilige Bemerkungen, die nicht der Lage entsprechen. In dem Augenblick, als Oberst Goethals seine Nachricht abschickt, kennt er noch keine Einzelheiten über den Zwischenfall bei Mechelen-sur-Meuse. Das zeigt sich ganz deutlich daran, daß er glaubt, „Mecheln“ oder „Mechelen“ mit „Malines“ übersetzen zu müssen. Er weiß lediglich, daß eine Notlandung stattgefunden hat. Am 11. veröffentlicht DNB, das offizielle Nachrichtenbüro des Reiches, eine kurze Nachricht: „Ein unbewaffnetes Reiseflugzeug der deutschen Luftwaffe, das infolge schlechter Sicht die Orientierung verloren hatte, mußte in Belgien in der Nähe von Mechelen notlanden. Das Flugzeug wurde teilweise beschädigt. Die Insassen, die unverletzt blieben, wurden von den Belgiern interniert.“ Aber er weiß noch nichts von den Dokumenten⁴⁸. Im übrigen ist in Berlin die Stimmung nicht wie am Vorabend einer Schlacht. Der Militärattaché hat also keine Stütze für seine Nachricht. Dagegen sollte der Generalstab, der wahrscheinlich schon länger von dem Vorfall weiß, eigentlich eher in der Lage sein, sich ins Bild zu machen. Deshalb schließt Oberst Goethals seine Mitteilung mit dem Hinweis, daß möglicherweise genaue Informationen über die Landung und die Dokumente es erlauben würden, die Glaubwürdigkeit der Voraussage einer bevorstehenden Offensive, die damit zusammenhängt, bis zu einem gewissen Grad näher zu bestimmen⁴⁹.

Diese Bezugnahme drängt sich auch dem General Van Overstraeten auf. Es ist in der Tat merkwürdig, daß der Mittelsmann weiß, daß das Flugzeug Dokumente mit sich führte, die die Offensive an der Westfront betreffen. Das beweist offen-

⁴⁶ Vgl. General Van Overstraeten a. a. O., S. 458.

⁴⁷ Vgl. ebda.

⁴⁸ Vgl. Vicomte Davignon a. a. O., S. 198–199.

⁴⁹ Vgl. den Brief des Generals Goethals (Anm. 43).

sichtlich, daß er – direkt oder indirekt – Zugang zum OKW hat. Aber was soll man daraus schließen? Muß man seine Warnung wörtlich nehmen und auf der Stelle die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen anordnen? Oder vervollständigen seine vertraulichen Mitteilungen etwa nur im Anschluß an die Landung die geschickt in Szene gesetzte Täuschung, um die Belgier zur Enthüllung ihrer Abwehrmaßnahmen oder gar zum Bruch ihrer Neutralität zu verleiten? Könnte nicht vielleicht die Anspielung auf das Flugzeug und die Aufmarschpläne absichtlich als ein Bruchstück der Wahrheit in die Meldung hineingeschmuggelt worden sein, um das, was sie an Unkontrollierbarem enthält, glaubwürdiger zu machen? Vom Standpunkt des deutschen Geheimdienstes aus wäre das ein geschickter Schachzug.

Andererseits ist sicherlich eine unmittelbar drohende Offensive die viel gefährlichere Möglichkeit. Daher erscheint es ratsam, sich dagegen abzuschirmen, ohne sich in die Falle zu begeben, die als zweite Möglichkeit droht⁵⁰.

Im Haag flackert die Krise ebenfalls wieder auf. Zwar enthalten die Archive heute dafür keine Zeugnisse mehr. Aber es wäre unbegreiflich, wenn Major Sas seiner Regierung verschwiegen hätte, was er sogar seinem belgischen Kollegen warnend mitgeteilt hat. Übrigens wird der Inhalt der Meldung, die er sicherlich seinen Vorgesetzten geschickt hat, alsbald durch ein beunruhigendes Echo aus Belgien bestätigt. Es handelt sich dabei einmal um offizielle Mitteilungen. Oberstleutnant Diepenrijckx wird aus Brüssel angewiesen, das niederländische Oberkommando über die letzte Entwicklung der Lage zu orientieren⁵¹. Gegen Mitternacht empfängt Paul-Henri Spaak den niederländischen Gesandten Harinxma und läßt ihn wissen, daß Belgien einen Angriff gegen Tagesanbruch erwarte⁵². Ferner gehen die ersten Nachrichten über die in Brüssel beschlossene Alarmbereitschaft ein. Die Verwirrung ist allgemein. Zwischen 10 und 11 Uhr abends unterbricht plötzlich der belgische Rundfunk seine Sendungen und gibt die Rückberufung der Urlauber bekannt. Die Nachricht verbreitet sich in den Vergnügungslokalen. Um 23 Uhr gibt der Rundfunk die Anordnung der „Phase D“, der vorletzten Stufe der Mobilmachung, durch, die am 14. Januar in Kraft tritt.

Der aufsehende Charakter dieser Maßnahmen erschüttert nun endlich das bis dahin so widerstandsfähige Phlegma der niederländischen Behörden. Aber auch diese Erschütterung hat ihre Grenzen. Am 14. Januar um 2.40 Uhr morgens beschließt man lediglich, den Eisenbahnverkehr zu drosseln und ihn im militärischen Sperrgebiet ganz einzustellen⁵³.

Die Geringfügigkeit der holländischen Reaktion steht in deutlichem Gegensatz zu dem Fieber in Belgien. Südlich von Moerdijk herrscht eine Erregung wie am Vorabend einer Schlacht. Überall sind die Truppen im Alarmzustand. Die Urlauber kehren beschleunigt zu ihren Einheiten zurück, behängt mit Paketen, die sie beim

⁵⁰ Vgl. General Van Overstraeten a. a. O., S. 458.

⁵¹ Vgl. ebda., S. 459.

⁵² Vgl. Baron Pierre van Zuylen, *Les mains libres. Politique extérieure de la Belgique, 1914–1940*. Paris-Brüssel 1950, S. 527.

⁵³ Vgl. den angeführten Brief (Anm. 6).

Abschied erhalten haben. Ganze Divisionen werden in Richtung auf die deutsche Grenze verlegt. Flüchtlingszüge treffen aus den Bezirken von Eupen und Malmédy ein. Der Generalstab hat sich in das „Große Hauptquartier“ verwandelt und wird seinen Gefechtsstand für die Führung des Feldzugs beziehen. Das Volk macht sich schweigend auf das Schlimmste gefaßt. Im Gegensatz dazu ist nördlich der großen Flüsse das tägliche Leben in seinem Ablauf kaum verändert. Die Vorsichtsmaßnahmen bleiben, obwohl sie während des Tages verstärkt werden, geheim. Auf einigen Wasserstraßen sind die Brücken zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang für den gewöhnlichen Verkehr geschlossen. Für den Notfall sind neue Überflutungen vorbereitet. Eine Urlaubssperre wird verhängt⁵⁴. Aber diese Maßnahmen haben nichts Demonstratives an sich, sie könnten kaum beschränkter sein. Inmitten der Erregung verdoppelt man im Haag lediglich seine Wachsamkeit und wägt genaue Schritte genauestens ab. Am Morgen des 15. Januar wird der deutsche Militärattaché in Brüssel, Oberst Rabe v. Pappenheim, nach Berlin telegrafieren können: „Militärattaché im Haag teilt mit, seit 14. Januar Mittag Urlaubssperre, trotzdem keine Truppenverlegungen im Land bis 14. abends⁵⁵.“

Das Temperament der Holländer ist von Natur gelassen und die öffentliche Meinung kennt nicht jene Vorurteile gegenüber Deutschland, die in Belgien die Erinnerung an 1914 hinterlassen hat. Daß die Gegenmaßnahmen der Belgier im Angesicht der deutschen Gefahr sehr viel einschneidender sind und schneller aufeinander folgen, ist nicht weiter erstaunlich. Bezeichnend ist in dieser Beziehung, daß Belgien seit dem 13. abends die Rückberufung der Urlauber angeordnet hat, während man in Holland bis zum 14. mittags mit der Urlaubssperre wartet. Diese Langsamkeit erklärt sich nicht allein aus unwillkürlichen Unterschieden des Temperaments. Zu keiner Stunde haben im Januar 1940 die leitenden Kreise der Niederlande wirklich an eine deutsche Bedrohung geglaubt, für die ja auch jedes bestätigende Anzeichen fehlte. Das zeigt sich daran, daß sie auf die Warnungen des Majors Sas nicht reagieren. Die schwachen Vorkehrungen, die am 14. um 2.40 Uhr getroffen werden, stehen in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die seit dem Vorabend, spätestens seit 20 Uhr, bekannt ist. Sie sind auch keine Antwort auf die Nachrichten aus Brüssel, es sind bloße Vorsichtsmaßnahmen.

Das niederländische Oberkommando bleibt, indem es diese reservierte Haltung einnimmt, sich selbst treu. Es glaubt nicht an die Gefahr, und es will eine solche nicht durch vorzeitige Reaktionen herausfordern. Es begnügt sich damit, die möglichen Folgen des Fiebers, das es steigen fühlt, zu beobachten. Deshalb verstärkt es schrittweise seine Vorsichtsmaßnahmen. Doch geht das Oberkommando mit einer genau berechneten Verzögerung vor, um den Eindruck eines Einvernehmens mit den Belgiern zu vermeiden. Es ist bemüht, alle Möglichkeiten zu wahren, um die Niederlande aus dem Konflikt herauszuhalten und hält sich im Rahmen ihrer Rolle als neutrale Macht.

⁵⁴ Wie Anm. 53.

⁵⁵ Vgl. Telegramm Nr. 25 vom 15. Januar, 10.35 Uhr. Pers. Arch. d. Verf.

Schließlich wird sich ja auch nichts ereignen. Der Verlauf der Affaire wird scheinbar den Holländern recht geben, die die Lage nicht so tragisch genommen haben. Doch der Schein trügt. Hitler hatte sich in der Tat zum Angriff entschlossen und alle seine Versprechungen an Belgien, Holland und das Großherzogtum Luxemburg in den Wind geschlagen. Im Besitz der günstigen Voraussage seiner Meteorologen hat er am 10. Januar den Beginn der Operationen für den 17. Januar bei Tagesanbruch befohlen⁵⁶. Der Zwischenfall von Mechelen-sur-Meuse hat ihn nicht veranlaßt, seine Absichten zu ändern⁵⁷. Hingegen hat ihn am 13. das schlechte Wetter gezwungen, den schicksalhaften Befehl zu verzögern. Der Angriff wurde auf Sonnabend, den 20. verschoben⁵⁸. Im Verlauf der Nacht vom 13. zum 14. beginnen indessen die Nachrichten über erhebliche Vorsichtsmaßnahmen der Belgier einzulaufen⁵⁹. Danach ist klar, daß der Angriff den Gegner auf der Hut finden würde. Trotzdem entscheidet sich der Führer noch nicht dafür, seine Befehle zu widerrufen⁶⁰. Gegen alle Widerstände ankämpfend, hofft er immer noch auf eine Besserung der Wetterlage. Aber auch Trotz mischt sich nun in sein Verhalten. Er will nicht mit einem zu schnellen Nachgeben seinen Generalen recht geben, die ihn seit dem Herbst beschwören, für den Beginn der Operationen die gute Jahreszeit abzuwarten. Auch der 15. Januar vergeht mit Warten. Der Umfang der belgischen Gegenmaßnahmen zeichnet sich allmählich genauer ab; und auch die Niederlande holen auf. Ohne Zweifel sind die deutschen Absichten in Brüssel und im Haag bekannt. Endlich, am 16., kommt Hitler, da die Wetterlage keine Besserung erhoffen läßt, zum Entschluß: Die Offensive wird auf unbestimmte Zeit verschoben⁶¹.

So haben der bedeckte Himmel und – wir stellen das ohne Zögern fest – das belgische Fieber den Holländern erlaubt, ihre Ruhe bis zum 10. Mai zu bewahren.

⁵⁶ Vgl. das Tagebuch des Generals Jodl vom 10. 1. 1940 (abgedr. in: Die Welt als Geschichte, Jg. 13 (1953), S. 67) und Tagebuch des Generals Halder vom 10. 1. 1940, vgl. ferner IMT Bd. XXXIV, S. 294f.

⁵⁷ Vgl. Tagebuch des Generals Jodl vom 11. 1. 1940 (a. a. O., S. 67).

⁵⁸ Vgl. Tagebücher des Generals Jodl (a. a. O., S. 67f.) und des Generals Halder vom 15. 1. 1940.

⁵⁹ Vgl. Tagebuch des Generals Jodl vom 14. 1. 1940 (a. a. O., S. 68).

⁶⁰ Wie Anm. 59.

⁶¹ Vgl. Tagebuch des Generals Jodl vom 16. 1. 1940 (a. a. O., S. 69).

HANS-DIETRICH LOOCK

ZUR „GROSSGERMANISCHEN POLITIK“ DES DRITTEN REICHES

Die nationalsozialistische Propaganda während des zweiten Weltkrieges hat bekanntlich den Begriff – oder besser: das Schlagwort „Germanisches Reich“ verwendet. In der deutschen Presse erschien es freilich nicht sehr häufig; es wurde meist den Norwegern, den Dänen und den Niederländern gegenüber gebraucht. Für die Propaganda der Besatzungsbehörden und der von ihnen beeinflussten politischen Gruppen verknüpfte sich damit das „Ziel“ eines Zusammenschlusses der nord- und nordwesteuropäischen Staaten mit Deutschland. Es soll hier untersucht werden, ob dahinter konkrete Vorstellungen standen; wenn ja, in welcher Form und mit welchen praktischen Mitteln diese realisiert, und wie etwa die staatsrechtlichen Fragen gelöst werden sollten, die sich daraus ergeben mußten.

Das Problem stellt sich bereits mit dem Wort „Germanisches Reich“ selbst. Die Nachteile seiner propagandistischen Verwendung in den besetzten Gebieten des Nordens und Nordwestens drängen sich unvoreingenommener Betrachtung geradezu auf. „Germanisches Reich“: das klang doch allzu deutlich nach nationalsozialistischer Expansion, und dafür hatten die „Germanen“ der betroffenen Länder wenig Sinn. Die Verwendung dieses Wortes mußte daher die Ziele der Besetzung wie der Besatzungspolitik noch verdächtiger machen, als sie es ohnehin waren. Offenbar hat bei aller Rigorosität einer schließlich überwiegend von Polizeimethoden bestimmten Besatzungspolitik ein ideologisches Moment mitgespielt, das den Vorkämpfern des „germanischen Reiches“ den Blick für die Wirklichkeit trübte.

Das Wort „germanisches Reich“ findet sich bei Hitler schon lange bevor eine „germanische Reichspolitik“ praktiziert wurde. Offenbar zum ersten Male verwendet er es in seinem Leitartikel im Völkischen Beobachter vom 1. Januar 1921. Es taucht wieder auf im ersten Band von „Mein Kampf“ und dann in der Rede, die Hitler am 23. November 1937 vor den sogenannten Ordensjunkern in Sonthofen hielt¹. In den erwähnten Fällen erscheint es in der Form: „Germanisches Reich deutscher Nation“² oder „germanischer Staat deutscher Nation“³. Die Formel sollte offensichtlich Vorstellungen beschwören, die sich traditionell mit dem Terminus Römisches Reich deutscher Nation verbanden: Vorstellungen von der Macht und Größe des mittelalterlichen Reiches. In der Sonthofener Rede werden das „germanische Reich“ und das Hitlersche „Weltreich“, das er schon in „Mein Kampf“ angepriesen hatte, synonym. Er rief den Ordensjunkern zu: „Wir hatten Europa schon einmal; wir haben es nur verloren“, und ließ keinen Zweifel daran, daß er „Europa“ wiedergewinnen wolle⁴.

¹ Picker, Hitlers Tischgespräche, Bonn 1951, Anhang, S. 443 ff.

² So im Leitartikel des VB vom 1. 1. 1921 und in der Sonthofener Rede, Picker a. a. O., S. 446.

³ So in Mein Kampf, Volksausgabe, S. 362.

⁴ Picker a. a. O., S. 446.

Von Interesse ist nun, daß sich mit dem Wort vom „germanischen Reich“ bei Hitler bis 1940 nicht Expansionsideen nach Nord- und Nordwesteuropa verknüpfen. Der Raum, den er erobern wollte, lag für ihn bis zu jenem Zeitpunkt ausschließlich im Osten, also in Gebieten, deren Bevölkerung im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre nicht als germanisch gelten konnte. Das Wort „germanisch“, soweit es nicht nur auf Großsprecherei hinausläuft, deckte bei Hitler zunächst wesentlich seinen antijüdischen und antichristlichen Affekt. In dem Leitartikel vom 1. Januar 1921 und in „Mein Kampf“ bedeutet „germanisches Reich deutscher Nation“ im Grunde ein „judenreines“ Deutschland, das – eben weil es die Juden ausgeschaltet hat – wieder zu Macht und Größe aufsteigen kann⁵. Auch in der Sonthofener Rede bezeichnet Hitler als „germanisches Reich deutscher Nation“ nicht nur den erweiterten Lebensraum, sondern vielmehr eine politische Organisation Deutschlands, „deren Eigenart es ist, daß sie nicht im Christentum, sondern in der geschlossenen Volksgemeinschaft das Primäre sieht“. Der Gedanke der „geschlossenen Volksgemeinschaft“ hatte schon in dem Leitartikel des Jahres 1921 eine Rolle gespielt. Die Beseitigung der Juden bedeutete hier zunächst die „blutsmäßige Geschlossenheit“ des deutschen Volkes. In der Sonthofener Rede ist darüber hinaus von der „weltanschaulichen Geschlossenheit“ die Rede. Das deutsche Volk soll sich unter der „Idee von der Bedeutung des Blutes und der Rasse“ sammeln; indem der Nationalsozialismus diese Idee verkündet, so erklärt Hitler, wird er den Kirchen die „Volksführung“ entreißen und die gesammelte Kraft der Masse sich unbeschränkt und total unterwerfen, natürlich ebenfalls als Voraussetzung des deutschen Aufstiegs und als Gewähr seiner Dauer⁶.

Man kann somit gewiß nicht sagen, daß das Wort „Germanisches Reich“ damals einen festen Begriff mit außenpolitischer Zielsetzung gebildet hätte. Es ist auch keineswegs das einzige Wort, das Hitler zur Bezeichnung ähnlicher Vorstellungen benutzt. Es ist ihm völlig gleich, ob er vom „Germanischen Reich“ oder vom „Germanischen Staat“ spricht, und wenn er die Formel „nationalsozialistischer Staat“ gebraucht, meint er wiederum dasselbe. Sogar den Begriff „Deutsches Reich“ konnte er im geeigneten Zusammenhang seines juristischen und historischen Sinnes entkleiden und zur Bezeichnung derselben Sache verwenden. Ob Staat oder Reich, ob germanisch, nationalsozialistisch oder deutsch, blieb letztlich irrelevant, wenn nur hinter diesen Wörtern die „rechte Gesinnung“ spürbar wurde.

Was Wunder, daß einem so vagen Begriff nach Gelegenheit und Bedarf neue Elemente assoziiert werden konnten und wurden. Mitte Dezember 1939 hatte Hitler auf Drängen Raeders dem Oberkommando der Wehrmacht die Ausarbeitung einer Studie über die Möglichkeiten einer militärischen Besetzung Norwegens befohlen und den norwegischen Faschistenführer Vidkun Quisling empfangen⁷.

⁵ Mein Kampf, S. 360 ff.

⁶ Picker a. a. O., S. 447 ff.

⁷ Die Anweisung zur Ausarbeitung der Studie des OKW dürfte am 12. 12. 1939 ergangen sein, die Unterredungen zwischen Hitler und Quisling haben wahrscheinlich am 16. und

Wenige Tage später schrieb er den Bruckmanns, die er in der Weihnachtszeit zu besuchen pflegte, ins Gästebuch, das Jahr 1940 sei das „Jahr des Kampfes um das deutsch-germanische Reich“⁸. Und am 9. April 1940, dem Tage, an dem die deutschen Truppen in Dänemark einmarschierten und die ersten Stützpunkte in Norwegen errichteten, erklärte er im Kreise seiner engsten Mitarbeiter⁹:

„So, wie aus dem Jahre 1866 das Reich Bismarcks entstand, so wird aus dem heutigen Tage das Großgermanische Reich entstehen.“

Jetzt also erhielt das Wort den Inhalt, der die „germanische Reichspolitik“, von der hier die Rede ist, programmatisch bzw. propagandistisch konstituieren konnte. Das germanische oder wie Hitler nunmehr sagte „großgermanische“ Reich sollte mehrere Völker umfassen, die in einem Reich vereinigt sein würden.

Offenkundig ergab sich die plötzliche Assoziierung des neuen Elements aus der konkreten Situation. An sich entsprang die Besetzung Norwegens und Dänemarks ausschließlich strategischen Überlegungen, nicht ideologischen¹⁰. Aber weil Norwegen bei den Nationalsozialisten nun einmal Vorstellungen vom „Germanentum“ heraufbeschwor und weil Hitler die Machtpositionen, die er einmal gewann, nicht wieder aufgeben wollte, drängte sich die bequeme und auch beschönigende Formel zur Bezeichnung der neuen Eroberungsziele geradezu auf. Sie führte freilich bald zu praktischen Schwierigkeiten. Die Nationalsozialisten erhoben 1940 den Anspruch, zur „Neuordnung Europas“ berufen zu sein. Bezeichnenderweise wurden dabei in den programmatischen Äußerungen Hitlers und seiner Paladine die Wörter „germanisch“ und „europäisch“ häufig synonym verwendet¹¹. Und da der Rassenwahn zu jenen Elementen der nationalsozialistischen Vorstellungswelt gehörte, die nicht nur Mittel zum Zweck waren – das beweisen für Hitler selbst zahllose Aussprüche bis hin zu seinem politischen Testament vom 29. April 1945¹² –, galten geradezu

18. 12. 1939 stattgefunden. Die Datierungen sind jedoch umstritten; vgl. dazu: Walther Hubatsch, *Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940*, Göttingen 1952, S. 25 und S. 380; Magne Skodvin, *Striden om Okkupasjonstyret i Norge*, Oslo 1956, S. 53, sowie die Stellungnahme Sverre Hartmanns in (Norsk) *Historisk Tidsskrift*, Bd. 38, 1957, S. 77 ff.

⁸ Ulrich von Hassell, *Vom anderen Deutschland*, Freiburg 1946, S. 110.

⁹ Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs*, Göttingen 1956, S. 104.

¹⁰ Über die strategischen Motive unterrichten Hubatsch a. a. O., S. 11 ff. und – wenn auch mit einer gewissen Rechtfertigungstendenz – Hermann Boehm, *Norwegen zwischen England und Deutschland*, Lippoldsberg 1956, S. 9 ff.; am zuverlässigsten ist Skodvin a. a. O., S. 11 ff.

¹¹ Für Belege vgl. Paul Kluge, *Nationalsozialistische Europaideologie*, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 240 ff., sowie: *Hitlers Europe. Survey of Internat. Affairs 1939–1946*, ed. by Arnold and Veronica Toynbee, London 1945, S. 47 ff. Für Hitler ist grundlegend die Äußerung in den „Tischgesprächen“ (8.–10. 11. 1941): „Europa ist kein geographischer, sondern ein blutsmäßig bedingter Begriff“; vgl. Picker a. a. O., S. 45 und die Interpretation dieses Satzes bei Kluge a. a. O., S. 260.

¹² Das Testament schloß mit dem Satz: „Vor allem verpflichtete ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.“ Walter Lüdde-Neurath, *Regierung Dönitz*, Göttingen 1950, S. 152.

nur die Völker Nord- und Nordwesteuropas als „Europäer“¹³. Die Belgier zerfielen, jedenfalls nach der ursprünglichen Auffassung, in germanische Flamen und nicht-germanische Wallonen¹⁴. Für die letzteren gab es im „großgermanischen Reich“ ebensowenig einen Platz wie für die Franzosen; von den slawischen „Untermenschen“ im Osten gar nicht zu reden. So wurde die Einheit Europas vom nationalsozialistischen Dogma gesprengt, und es ist gerade dieses rassenideologische Element, das die „germanische Politik“ der Nationalsozialisten als antieuropäisch entlarvt.

Was aber hatte die ideologische Scheidung zwischen Germanen und Nichtgermanen in der praktischen Besatzungspolitik zu bedeuten? Man suchte sich die Antwort leicht zu machen: Da im weltanschaulichen Vokabular „germanisch“, „nationalsozialistisch“ und „deutsch“ dasselbe besagen konnten, lag es nahe, bei der „politischen Neuordnung“ Nord- und Nordwesteuropas – anders als im Osten – die berühmten Muster der „Gleichschaltung“ und des „Anschlusses“ abzuwandeln. Der Reichskommissar in Norwegen, Josef Terboven, erklärte, daß „man leichter Norwegen mit Deutschland verschmelzen könne als Bayern mit Preußen“¹⁵; Himmler meinte, es sei Aufgabe der „germanischen Politik“, etwa die Niederländer „zu bewußten Germanen und Deutschen zu machen“¹⁶, und Hitler rühmte den politischen Scharfsinn Seyß-Inquarts, der auf die Frage, wie Belgien künftig zu behandeln sei, geantwortet habe: „Aber es war doch vor 150 Jahren noch unsere Provinz“¹⁷. Es ist schwer zu entscheiden, ob man solche Äußerungen zynisch oder naiv nennen soll. Die nationalsozialistischen Machthaber mußten jedenfalls bald erkennen, daß sie anderen Problemen gegenüberstanden als seinerzeit beim „Anschluß“ Österreichs. Aber auch ihr handfester Nationalismus hat ihren „germanischen“ Ideen einen Streich gespielt: Dem Norden und Nordwesten gegenüber bestanden sie durchaus auf einer dominierenden Stellung Deutschlands¹⁸. Gleichwohl meinten die „Reichsgründer“ den „blutsnahen“ Völkern¹⁹ eine nationalsozialistische Revolution bescheren und sie auf diesem Wege „in das Reich herein-

¹³ Vgl. auch Kluge a. a. O., S. 264.

¹⁴ Vgl. aber unten, S. 26.

¹⁵ In einem Gespräch mit dem Generaladmiral Boehm am 30. 1. 1941, vgl. Boehm a. a. O., S. 98.

¹⁶ Richtlinien zur Gewinnung holländischer Freiwilliger vom 24. 6. 40, Nbg. Dok. NO 5617.

¹⁷ Picker a. a. O., S. 243, Tischgespräche vom 20. 5. 1942.

¹⁸ Vgl. dazu etwa die Rede Rosenbergs vom 9. 7. 40, VB vom 10. 7. 40, oder „Idee und Aufbau des Reiches, Rede des Reichsministers Seyß-Inquart gehalten in Sonthofen am 4. Juni 1945“, o. O., und insbesondere eine Rede Himmlers vor Kreisleitern der NSDAP vom 28. 11. 40: „Ich glaube unter deutscher Führung an die germanische Völkergemeinschaft mit eigener Sprache und Kultur dieser Völker, nicht aber daran, daß etwa Norwegen, Schweden [!], Dänemark, Holland und evtl. weitere Gebiete wirtschaftlich, militärisch oder außenpolitisch tun und machen können, was sie wollen.“ Archiv IfZ, Fotokopie, F 37.

¹⁹ Der Reichskommissar Seyß-Inquart beruft sich in seinem „Aufruf an die niederländische Bevölkerung“ vom 25. 5. 40 ausdrücklich auf die „Blutsnähe“ zwischen Niederländern und Deutschen: VOBL f. d. bes. niederländ. Gebiete, 1940, S. 6.

holen²⁰ zu können. „Gleichschaltung“ und „Anschluß“ sollten sozusagen zu Stil-Mitteln der deutschen Herrschaft über Nord- und Nordwesteuropa werden.

In der praktischen Durchführung des nationalsozialistischen Programms der „Gleichschaltung“ sind drei verschiedene Phasen festzustellen, obwohl nicht eigentlich von einer „Entwicklung“ die Rede sein kann. Es handelt sich vielmehr um jeweils neue Ansätze und neue Experimente. Bei dem Versuch, sie im Rahmen eines Aufsatzes darzustellen, muß es genügen, am Beispiel einiger charakteristischer Vorgänge und Daten die Grundlinien herauszuheben.

Als Repräsentant der ersten Phase kann der Reichskommissar in Norwegen, Gauleiter Terboven, gelten²¹. Er fand, als er am 24. April, vierzehn Tage nach der Invasion, in Oslo eintraf, eine recht komplizierte Lage vor. Die norwegische Regierung hatte sich – anders als die dänische – nicht kampfflos der deutschen Besetzung gefügt, und die offenen Feindseligkeiten dauerten noch an. Die Regierung hielt sich hinter den norwegischen Linien auf und war der eine politische Faktor, mit dem Terboven – jedenfalls zunächst noch – rechnen mußte. Einen zweiten Faktor bildete der sogenannte Administrationsrat. Er war am 16. April mit Billigung des deutschen Gesandten in Oslo konstituiert worden und hatte die Verwaltung des besetzten Teils von Norwegen in die Hand genommen. Obwohl er sich aus Anhängern der legalen Regierung zusammensetzte, war seine Entstehung von dieser nicht gerade freundlich begrüßt worden. Sie fürchtete mit Recht, daß der Rat seine Tätigkeit nicht auf das rein administrative Feld würde beschränken können²². Er wurde denn auch nolens volens zu einem Kollaborationsorgan. Der dritte politische Faktor, mit dem Terboven sich auseinandersetzen mußte, war Vidkun Quisling, der Führer der Nasjonal Samling, der winzigen nationalsozialistischen Partei Norwegens. Quisling hatte sich am 9. April, am Tage des Einmarschs, zu einem Staatsreich entschlossen und sich zum Regierungschef ausgerufen. Hitlers Einverständnis lag vor. Der deutsche Gesandte Bräuer hatte sich jedoch darüber hinweggesetzt und den „Regierungschef“ zum Rücktritt veranlaßt, um den Weg für den Administrationsrat frei zu machen. Hitler berief daraufhin den so wenig willfähigen Diplomaten noch am selben Tage, am 16. April, ab und ersetzte ihn durch Terboven, den alten Kämpfer aus dem Ruhrgebiet.

Der Reichskommissar kam nun – was zunächst überraschend erscheinen mag – vorläufig nicht wieder auf Quisling zurück. Dies wäre allerdings schon aus optischen Gründen nicht empfehlenswert gewesen, da der ehrgeizige Parteiführer ja eben erst von einem Vertreter des Deutschen Reiches ausgeschaltet worden war. Vor allem aber glaubte Terboven festgestellt zu haben, daß Quisling als Persönlichkeit seinen Ansprüchen nicht genügte. Dem norwegischen Parteichef, so teilte er Hitler mit, fehle die Fähigkeit, sich energisch und rücksichtslos durchzusetzen.

²⁰ So ausdrücklich in der Rede Himmlers vor den Abschnittsführern und Hauptamtschefs am 9. 6. 42, Archiv IfZ, Fotokopie, F 37.

²¹ Zum folgenden vgl.: Skodvin a. a. O., S. 57–120, sowie Hubatsch a. a. O., S. 157 ff.

²² Vgl. *Instilling fra Undersøkelseskommissionen av 1945*, Bd. 1, Oslo 1946, S. 168.

Außerdem wirke sein Name auf die Bevölkerung wie ein rotes Tuch, und hierauf nahm Terboven in dieser Phase noch Rücksicht. Der Reichskommissar entwickelte seinem Führer deshalb eine andere Konzeption: er wollte es mit einer „legalen Revolution“ nach deutschem Vorbild versuchen²³.

Das Spiel begann Anfang Juni 1940, als die norwegische Regierung die Feindseligkeiten eingestellt hatte und nach London ins Exil gegangen war²⁴. Terboven ließ dem Administrationsrat und einigen anderen Politikern am 23. Juni 1940 ein Memorandum zugehen und verlangte darin, das norwegische Parlament solle zusammentreten, um über eine Vorlage zu beschließen, deren Inhalt wir in folgenden vier Punkten zusammenfassen können²⁵:

1. Absetzung des Königs und seines Hauses,
2. Absetzung der Exilregierung,
3. Bildung einer neuen Regierung und
4. Erlass eines Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung erlaubte, „alle Beschlüsse zu fassen, die das Wohl des Landes erfordern“²⁶.

Der Vorschlag läßt das Schema der legalen Revolution deutlich genug erkennen. Wie 1933 in Deutschland, sollte das Parlament sich selbst entmündigen und der neuen Regierung Handlungsfreiheit geben. Tatsächlich ließen sich der Administrationsrat und die im Lande gebliebenen Führer der norwegischen Parteien mit dem Reichskommissar auf Verhandlungen darüber ein. Ihre Motive brauchen hier nicht näher erörtert zu werden. Vermerkt sei jedoch, daß Terboven damit gedroht hatte, die Leitung der norwegischen Ministerien deutschen Beamten zu übergeben²⁷. Überdies mochte den beteiligten Norwegern der Blick auf die ominöse deutsche Verfassungsentwicklung, den Terbovens Plan nahelegte, nicht notwendig zu den gleichen beunruhigenden Schlußfolgerungen Anlaß geben. Es fehlte in Norwegen das entscheidende Moment: die große Partei, die der NSDAP entsprochen hätte. Denn die verschwindend kleine Nasjonal Samling Quislings fiel wirklich

²³ Der Inhalt der Besprechungen zwischen Hitler und Terboven ist nur zum Teil und überdies aus zweiter Hand überliefert. Wir verweisen hier auf Quislings Aussage im August 1945 in: Straffesak mot Vidkun Abraham Lauritz Jonsson Quisling, Oslo 1946, S. 90, sowie auf die Aktennotizen von Hans-Wilhelm Scheidt, dem zeitweiligen Beauftragten Rosenbergs in Oslo, vom 11. 5. 40 und vom 22. 5. 40, Nbg. Dok. PS 991. Vgl. auch Skodvin a. a. O., S. 224 ff.

²⁴ Vgl. zum folgenden: Sverre Steen, Riksrådsforhandlingene, Instilling fra Undersøkelseskommissjonen av 1945, Bilag, Bd. 5, Oslo 1947.

²⁵ Es handelt sich um ein Dokument mit der Überschrift „Tagesordnung für die Sitzung des Stortings [Parlaments] auf Eidsvoll“; in norweg. Übersetzung abgedruckt bei Steen a. a. O., S. 21.

²⁶ So in dem Text des am 10. 9. 40 redigierten letzten Entwurfs für die Vorlage; gedruckt bei Steen a. a. O., S. 163 ff.

²⁷ Am 13. 6. 40 verlas der Regierungspräsident Dr. Dellbrügge, nachdem er im Auftrage des Reichskommissars den Mitgliedern des Administrationsrates die „Tagesordnung für die Sitzung des Stortings“ überreicht hatte, einen Brief Terbovens an den Vorsitzenden des Administrationsrates, in dem die Absetzung des Rates ausgesprochen wurde und die Namen der deutschen Beamten genannt wurden, denen die Leitung der norwegischen Ministerien übertragen werden sollte. Dellbrügge bemerkte jedoch dabei, der Brief würde nur im Falle einer Ablehnung der deutschen Forderungen abgesandt werden. Vgl. Steen a. a. O., S. 23.

nicht ins Gewicht; auch stand ihr Chef beim Reichskommissar ja offenbar in Ungnade. Da Terboven ferner die demokratischen Parteien als Verhandlungspartner anerkannt hatte, mochte man hoffen, ein gewisses Maß von Einfluß zu behalten.

So gingen denn von Juni bis September 1940 Vorschläge und Gegenanschläge über die Form des Parlamentsbeschlusses hin und her. Außerhalb der offiziellen Verhandlung wurden Gedanken über die personelle Zusammensetzung der neuen Regierung ausgetauscht, die nach dem Wunsche der Norweger, dem Terboven stattgegeben hatte, die Bezeichnung „Reichsrat“ tragen sollte. Es kam auch eine Kandidatenliste zustande²⁸. Die für den Reichsrat vorgesehenen Männer hatten in der Mehrzahl eine konservative, wenn man will, „nationale“ Prägung. Es gab darunter einige Politiker, die in den frühen dreißiger Jahren mit Quisling zusammengearbeitet, sich aber bald wieder von ihm getrennt hatten und deshalb in der Nasjonal Samling als „Renegaten“ galten²⁹. Zu ihnen gehörten Victor Mogens – der Vorsitzende von „Fedrelandslaget“, einer von Nansen mitbegründeten kleinen politischen Gruppe, die eine konservative „Erneuerung“ anstrebte³⁰ –, der ihm nahestehende Anwalt Hjort, sowie der in vielerlei politischen und anderen Geschäften erfahrene Unternehmer Ellef Ringnes³¹. Es gab auch zwei Mitglieder der Nasjonal Samling, den Kapitän Irgens und den Gutsbesitzer Axel Stang. Beide galten jedoch allgemein als maßvoll und ungefährlich. Entscheidend schien den Norwegern indes, daß an die Spitze des Reichsrats in der Person des Fylkesmanns³² Christensen ein angesehener hoher Verwaltungsbeamter kommen sollte und daß die in Krisenzeiten besonders wichtigen Ressorts für Wirtschaft und Finanzen anerkannten Fachleuten vorbehalten waren. Diese personelle Zusammensetzung des Reichsrats war es offenbar, was es den Norwegern erleichterte, den übrigen Wünschen Terbovens Punkt für Punkt nachzugeben. Schon am 18. Juni 1940 hatte das Parlamentspräsidium einen ersten „Vorschlag“ unterzeichnet, der den deutschen Forderungen im wesentlichen entsprach und dem Parlament zur Beschlußfassung zugeleitet werden sollte. Und am 27. Juni lag die erste Liste der Reichsratskandidaten vor sowie ein Brief des Präsidiums an König Haakon VII, in dem der Monarch gebeten wurde, für sich und sein Haus auf den norwegischen Thron zu verzichten³³.

Für Terboven stellten die Reichsratsverhandlungen allerdings nur einen Teil seiner Gesamtkonzeption dar. Er ventilierte insgeheim mit großer Vorsicht bei einigen rechtsstehenden Politikern, eben den „Renegaten“, die Frage, ob es nicht unter den gegebenen Umständen zweckmäßig sei, eine norwegische Sammlungs-

²⁸ Vgl. Steen a. a. O., S. 101 ff.

²⁹ Vgl. Skodvin a. a. O., S. 357 sowie die Berichte Viljam Hagelins, des einflußreichsten Beraters von Quisling, an das Außenpolitische Amt Rosenbergs vom 27. 6. 40 und vom 29. 6. 40, Archiv IFZ, Mikrofilm, MA 11.

³⁰ Die politischen Vorstellungen von Mogens, der übrigens als brillanter Journalist bekannt war, kommen zum Ausdruck in seinem Buch „Quisling, Tyskerne og vi andre“, Oslo 1945.

³¹ Die Erinnerungen über seine Tätigkeit während der Besatzungszeit sind niedergelegt in: Ellef Ringnes, Bak okkupasjonens kulisser, Oslo o. J.

³² Titel des Chefs der Provinzialverwaltung.

³³ Vgl. Steen a. a. O., S. 79 ff., 91, 101.

bewegung ins Leben zu rufen³⁴. Gleichzeitig versuchte er, Quisling nach Deutschland abzuschieben und der Nasjonal Samling einen neuen „geeigneteren“ Parteichef zu oktroyieren. Terbovens Kandidat war der Utrykningssjef Jonas Lie, ein wegen seiner fachlichen Fähigkeiten geschätzter hoher Polizeibeamter³⁵. Die norwegische Regierung hatte ihn vor dem Kriege verschiedentlich ins Ausland entsandt, wenn sie vom Völkerbund dazu aufgefordert wurde, sich an internationalen Polizeimaßnahmen zu beteiligen. So war er etwa in den Jahren 1934/35 Kommandeur der internationalen Polizei im Saargebiet. Quisling erblickte im Utrykningssjef einen Sympathisierenden und hatte ihn am 9. April 1940 zum Justizminister in seiner Staatsstreich-Regierung ernannt³⁶. Lie, der – anders als der Major Quisling – dem Mobilmachungsbefehl der norwegischen Regierung Folge geleistet hatte, lehnte dieses Ansinnen jedoch empört ab und blieb bei seiner Truppe. Am 1. Mai 1940 geriet er in deutsche Kriegsgefangenschaft, war aber drei Tage später schon ein freier Mann. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Norwegen hatte ihn nach Oslo geholt³⁷. Von seiten der Nasjonal Samling wurde später behauptet, Lie und Terboven hätten sich während der Saarabstimmung im Jahre 1935 kennengelernt³⁸. Wie dem auch sei: am 30. Mai wurde er auf Veranlassung des Reichskommissariats zum Polizeieinspektor für besondere Aufgaben ernannt. Er beteiligte sich auch an der politischen Debatte, indem er vor der Presse noch einmal den Staatsstreich Quislings verurteilte, und gesellte sich zu der vom Reichskommissariat favorisierten Gruppe der „Renegaten“³⁹. Ende Juni erreichte es Terboven – nach seiner eigenen Aussage mit „Holzhammer und Schnäpsen“⁴⁰ –, daß Quisling seinen Rücktritt als Parteichef erklärte⁴¹. Anfang Juli eröffnete der Reichskommissar dem

³⁴ Die Maßnahmen, die Terboven zu diesem Zweck vorbereitete, sind noch nicht in den Einzelheiten geklärt. Zwar schreibt auch Skodvin, Terboven sei es zweckmäßig erschienen „eine neue Partei in Norwegen zu schaffen oder richtiger, eine neue politische Formation“, vgl. a. a. O., S. 271. Näheres wird nicht mitgeteilt; Skodvin bemerkt lediglich in einer Anmerkung, ähnliche Gedanken seien auch „außerhalb des Reichskommissariats“ erwogen worden, und nennt in diesem Zusammenhang den Rechtsanwalt Hjort. In den Berichten Hagelins an das Außenpolitische Amt – Archiv IFZ, Mikrofilm MA 11 – taucht dieser Name zusammen mit anderen, wie Hans S. Jacobsen, Wiesener, Engelschian und Mogens, verschiedentlich auf. So heißt es in einer Aktennotiz vom 18. 7. 40, die genannten Politiker beabsichtigten eine neue Partei unter dem Zeichen der Hagalrune zu gründen. Schon drei Wochen früher, in der Aktennotiz vom 29. 6. 40, werden die Namen Hjort und Mogens im Zusammenhang mit einem von Terboven betriebenen Plan zur Gründung einer Einheitspartei erwähnt. Quislings Aussagen vor Gericht stimmen mit dem Inhalt der Aktennotizen überein. Er fügte hinzu, Terboven habe die Nasjonal Samling mit Hilfe einer „eigenen“ nationalsozialistischen Bewegung „auskonkurrieren“ wollen; vgl. Straffesak a. a. O., S. 90.

³⁵ Zu seinen Personalien vgl. Norges Statskalender for Aret 1940, Oslo 1940 und SS-Personalamt, Akte Jonas Lie, Berlin Document Center.

³⁶ Vgl. Skodvin a. a. O., S. 165 und Straffesak a. a. O., S. 76.

³⁷ Skodvin a. a. O., S. 272.

³⁸ Harald Franklin Knudsen, Jeg var Quislings sekretaer, Kopenhagen 1951, S. 156.

³⁹ Skodvin a. a. O., S. 272.

⁴⁰ Boehm a. a. O., S. 103.

⁴¹ Aktennotizen Hagelins vom 27. 6. und 29. 6. 40, a. a. O.

zähneknirschenden Norweger, Jonas Lie solle dessen Nachfolger werden⁴². Sein Gedanke war offensichtlich, die allzu exponierten Angehörigen der Nasjonal Samling aus der Partei herauszudrängen, die Organisation selbst aber als Auffangbecken für eine neue nationalsozialistische Bewegung zu verwerten. Propagandisten und Organisationsfachleute der NSDAP gehörten zu seinem Stab und hatten den Auftrag, den nötigen „Rat“ zu erteilen⁴³.

Mit diesen Machinationen, die Terboven im Sommer 1940 betrieb, enthüllt sich der erste Teil seines Plans. Man braucht nur noch hinzuzufügen, daß Jonas Lie als Polizeiminister auf der Liste der Reichsratskandidaten stand, um zu erkennen, wie Terboven das Muster von 1933 abwandelte. Er kehrte die Reihenfolge um. Die „Bewegung“ fehlte und mußte erst geschaffen werden. Bis dahin aber wollte der Reichskommissar schon die norwegische Verfassung auf „legalem“ Wege außer Kraft setzen, indem er die Parlamentarier dazu zwang, den Rücktritt des Königshauses zu proklamieren, eine neue Regierung zu ernennen und ein Ermächtigungsgesetz zu beschließen, das die parlamentarische Regierungsform beseitigte. Die nachträglich geschaffene „Bewegung“ sollte dann in die von den demokratischen Politikern gelieferte verfassungsrechtliche Form hineinströmen und ihre Schöpfer hinwegspülen. Saß doch der vorgesehene Führer der neuen Bewegung, Jonas Lie, bereits in der Regierung!

Im engsten Zusammenhang mit den „Gleichschaltungs“-Maßnahmen Terbovens erfolgten die Vorbereitungen zum „Anschluß“. Von den 15 Kandidaten für den Reichsrat erklärten acht schriftlich ihre Bereitschaft zur „Zusammenarbeit mit Deutschland“⁴⁴. Entscheidend aber war, daß die deutschen Nationalsozialisten sich des Machtinstruments versicherten, das in ihren Augen das wichtigste war: Jonas Lie verpflichtete sich, die norwegische Polizei dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei zu unterstellen⁴⁵.

Es entsprach sowohl dem Vorbild der Machtergreifung in Deutschland wie einem Grundzug der „germanischen Reichspolitik“, insoweit sich mit ihr die Vortäuschung einer gewissen Eigenständigkeit Norwegens verband, wenn Terboven den Amtsantritt des Reichsrats als eine „nationale Erhebung“ zu stilisieren suchte. Nach einem pompösen Staatsakt in der Aula der Universität⁴⁶ sollte vor dem Parlamentsgebäude die Hakenkreuzfahne eingezogen und die norwegische Flagge gehißt wer-

⁴² Aktennotiz Hagelins vom 3. 7. 40, a. a. O.

⁴³ Zu ihnen gehörte der damalige stellvertretende Gauleiter des Gaues Mark Brandenburg, Paul Wegener, sowie einige Parteifunktionäre, die Terboven aus seinem Gau mitgebracht hatte; vgl. Nbg. Dok. PS 991.

⁴⁴ Das berichtete jedenfalls Terboven am 30. 6. 1940 den Befehlshabern der drei Wehrmachtteile in Norwegen; vgl. Boehm a. a. O., S. 104.

⁴⁵ Vgl. Rosenbergs „Aktennotiz für den Führer“ vom 21. 7. 40, Nbg. Dok. PS. 992.

⁴⁶ Für die Einrichtung der Aula waren die folgenden Richtlinien vorgesehen: „In dem durch ein Podium erhöhten Teil an der Stirnseite des Saales (gegenüber der Eingangstür) befindet sich in der Mitte lediglich das Rednerpult. Die dahinterliegende Wand, also die Stirnseite des Saales, wird durch eine große norwegische Fahne und durch Blumen dekoriert. Rechts und links davor befinden sich die erhöhten Podien des Reichskommissars auf der einen

den. Es war geplant, die Straßen Oslos in ein Fahnenmeer zu verwandeln⁴⁷, Schulkinder mit Blumensträußen und Trachtengruppen aufzubieten und Möglichkeiten zum Tanz auf den Straßen zu schaffen⁴⁸. Überhaupt sollte darauf gesehen werden, „daß der Staatsakt ganz den Charakter eines norwegischen Volks- und Nationalfestes bekommt und als solches in die Tradition übergehen kann“. Es spricht freilich für sich selbst, wenn sich in den eingehenden Vorschriften über die Ausschmückung des Universitätsvorplatzes die Bemerkung findet: „Es ist allgemein an das Vorbild des Wilhelmplatzes [in Berlin] gedacht“⁴⁹.

In den Niederlanden bestanden anfangs ähnliche politische Verhältnisse, und erfolgten deutscherseits ähnliche politische Maßnahmen. Der Reichskommissar Seyß-Inquart fand, wie sein Kollege in Norwegen, eine winzige nationalsozialistische Partei, die „Nationaal-Socialistische Beweging der Nederlanden (N.S.B.)“ vor, deren Führer, Anton Adrian Mussert hoffte, die Deutschen würden ihm zur Macht ergreifung verhelfen⁵⁰. Wie Terboven, so stützte jedoch auch Seyß-Inquart seine Politik zunächst nicht in erster Linie auf die einheimischen Nationalsozialisten⁵¹. Er versuchte vielmehr, einen Zusammenschluß der Parteien zu fördern, offenbar in der Hoffnung, Persönlichkeiten und politische Gruppen zum Sprechen zu bringen, mit deren Hilfe eine unauffällige Nazifizierung sich erreichen ließ⁵². Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften unterstellte er im Juli 1940 sogenann-

und des Stortingspräsidiums auf der gegenüberliegenden Seite, wobei das des Reichskommissars noch etwas höher ist als das gegenüberliegende“. Vgl. Vorlage der Propagandaabteilung des Reichskommissariats vom 27. 6. 40 in „Vorgang: Staatsakt Storting 1940“, Original im Historisk Institutt, Oslo.

⁴⁷ Dazu bemerkte der Verfasser der Vorlage: „Die technische Schwierigkeit ist die, ob es gelingt, die erforderliche Anzahl so großer Fahnen herzustellen. Dies wird soeben geklärt und wird bis morgen mittag spätestens feststehen. Wenn dies nicht möglich ist, müßten Fahnen in Deutschland hergestellt und durch Sonderflugzeuge hertransportiert werden.“ Ebenda.

⁴⁸ Die Verwendung von Musikkapellen diente noch einem anderen Zweck; im sogenannten „Minutenprogramm“ heißt es u. a.: „8.30 Uhr: Platzkonzert vor dem Nationaltheater (dies empfiehlt sich, damit frühzeitig Publikum an die Stellen gelockt wird, wo wir es brauchen)“.

Ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Zur Mussert-Bewegung vgl. Het Proces Mussert, Hrsg. Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Serie Bronnenpublicaties Nr. 4, Processen Nr. 3, 's-Gravenhage 1948, ferner Henry Mason, The purge of the dutch Quislings, The Hague 1942, sowie Voor Volk en Vaderland, De Strijd der Nationaal-Socialistische Beweging, Sammengesteld onder Leiding van C. van Geelkerken, a. a. O. 1941.

⁵¹ Seyß-Inquart urteilte über Mussert wie folgt: „Seiner Prägung nach ein liberaler Nationalist mit dem Versuch faschistischer Methoden, der letztlich vor dem Großdeutschen Reich Angst hat. Seine politischen Qualitäten dürften die eines durchschnittlichen Gauleiters im Reich nicht erreichen.“ Vgl. den 1. Bericht über die Lage und Entwicklung in den besetzten niederländischen Gebieten, Berichtszeit 29. Mai bis 19. Juli 1940, IMT, Bd. XXVI, S. 416, Dok. 997-PS.

⁵² Vgl. ebenda, S. 413. – Besondere Hoffnungen knüpften sich im Reichskommissariat an die Verhandlungen mit der Gruppe um Lindthorst-Homan, Einthoven und de Quai im Juli 1940. Vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 21. 7. 40, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 9.

ten Stillhaltekommissaren⁵³, die wohl aus der Mussert-Bewegung stammten, deren kritische Einstellung gegenüber dem Parteichef aber bekannt war⁵⁴. Sie hatten die Aufgabe, die niederländischen Arbeiter zur Kapitulation zu veranlassen und zu den bürgerlichen Gruppen eine Brücke zu schlagen⁵⁵. Letztes Ziel war auch hier, eine politische Bewegung zu schaffen, welche sich im Sinne der nationalsozialistischen Politik verwenden ließ⁵⁶.

Anders als Terboven freilich, rührte Seyß-Inquart die Verfassungs- und Regierungsfrage nicht an, obwohl auch für ihn feststand, daß das Königshaus verschwinden müsse⁵⁷. Er operierte vorsichtiger und wollte zuerst die zuverlässige Bewegung haben, um dann später zu sehen, was sich mit ihrer Hilfe erreichen ließ⁵⁸. Daß es sich dabei nur um eine taktische Variante handelte, ist offensichtlich; das Muster der „legalen Revolution“ deutet sich auch hier an⁵⁹.

⁵³ Vgl. IMT, Bd. XXVI, S. 426 sowie die Meldungen aus den Niederlanden vom 30. 7. 40, a. a. O.

⁵⁴ Das gilt insbesondere für den Stillhaltekommissar der Sozialdemokratischen Partei, Rost van Tonningen, den Seyß-Inquart wie folgt charakterisierte: „Ideologisch voll entsprechend, auf die germanische Idee und den Nationalsozialismus ausgerichtet, ein temperament- und wirkungsvoller Sprecher mit sehr viel Betätigungsdrang . . .“; IMT, Bd. XXVI, S. 416. Vgl. auch unten, Anm. 76.

⁵⁵ Begriff und Funktion des „Stillhaltekommissars“ war Seyß-Inquart aus der Zeit seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter in Österreich vertraut. In dem „Gesetz über die Überleitung und Eingliederung von Vereinen, Organisationen und Verbänden“ vom 14. 5. 1938 wird vom Reichsstatthalter eine solche Institution geschaffen, über deren Aufgabe es in § 1 der Durchführung-VO heißt: „Der Stillhaltekommissar hat dafür zu sorgen, daß alle Vereine, Organisationen und Verbände nationalsozialistisch ausgerichtet und geführt werden. Er hat das Führungsrecht der NSDAP auf dem Gebiete der Menschenführung sicherzustellen.“ Vgl. Nachrichtenblatt des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 1938, S. 1 f.; zur Einführung der Dienststelle des Stillhaltekommissars im Sudetenland vgl. VOB I für die sudetendeutschen Gebiete, 1938, S. 18 und 35. Die Stillhaltekommissare in den Niederlanden hatten u. a. die Aufgabe, „die Grundlagen zu einer allmählichen Loslösung der marxistisch organisierten Arbeiterschaft vom marxistischen Gedankengut“ zu schaffen; vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 30. 7. 40, a. a. O. Ein Zusammenhang zwischen der Einsetzung der Stillhaltekommissare und den Verhandlungen mit der Gruppe um Lindthorst-Homan wird ausdrücklich festgestellt in Meldungen aus den Niederlanden vom 21. 7. 40.

⁵⁶ Seyß-Inquart hoffte die Nationaal Socialistische Beweging als Auffangbecken für die Einheitspartei benutzen zu können: „Wenn es gelingt, die in den freien Gewerkschaften und den SDP-Organisationen zusammengefaßten Menschen zu halten, und die NSB weitere Fortschritte macht, werden ein Viertel bis ein Drittel der Niederländer in gut organisierter Form für einen mit dem Reich gemeinsamen Weg einzusetzen sein . . .“ IMT, Bd. XXVI, S. 428.

⁵⁷ Vgl. ebenda. S. 427 f.

⁵⁸ Seyß-Inquarts optimistischer Bericht über die politische Entwicklung endet mit den Sätzen: „Die Frage, in welcher Form diese sich bildende politische Meinung ausgewertet werden kann, bleibt noch offen. Die Antwort hängt zum Teil von den Gegebenheiten des Augenblicks ab.“ Ebenda, S. 428.

⁵⁹ Einen Blick auf Dänemark können wir uns versagen. Bei allen Unterschieden, die sich daraus ergaben, daß Dänemark das einzige Land war, dessen Besatzungsverwaltung vom Auswärtigen Amt ressortierte, findet man letztlich doch die Wirksamkeit derselben Prinzipien.

Man muß einräumen, daß die erste Phase der „germanischen Politik“ gewisse Anfangserfolge brachte. In den Niederlanden entstand im Juli 1940 die Nederlandsche Unie, eine bürgerliche Parteienkoalition, mit der sich im Reichskommissariat weitgehende Hoffnungen verknüpften⁶⁰. In Norwegen versammelten sich Anfang September die Parlamentarier und stimmten auf den vorbereitenden Fraktionssitzungen mit einfacher Mehrheit für die im Reichskommissariat ausgehandelte Vorlage⁶¹.

Man wird vermuten dürfen, daß die so deutscherseits betriebene Politik auf die Länge hin zum Scheitern verurteilt war, da die bürgerlichen Politiker das Spiel, das mit ihnen getrieben wurde, eines Tages durchschauen mußten. Zu dieser Probe kam es jedoch gar nicht, da Hitler plötzlich selbst das Terbovensche Experiment abbrach⁶². Soeben hatten die Fraktionen in Oslo abgestimmt, da verkündete der Reichskommissar am 25. September in einer Rundfunkansprache, daß er kommissarische Minister ernannt habe; gleichzeitig gab er das Verbot der Parteien bekannt, mit deren Vertretern er eben noch über die Bildung des Reichsrats verhandelt hatte und erklärte die Nasjonal Samling zur staatstragenden Partei⁶³. Die Liste der Reichsratskandidaten war vom Tisch gewischt. Das neue Kollegium setzte sich bis auf wenige Ausnahmen aus Mitgliedern der Nasjonal Samling zusammen. Quisling gehörte diesem Gremium noch nicht an, ihm war aber offenbar schon zugesagt, daß er im kommenden Frühjahr die Leitung der Regierungsgeschäfte übernehmen könne⁶⁴. Zur gleichen Zeit – am 23. September 1940 – durfte Mussert in der Reichskanzlei seine erste Aufwartung machen. Wenn er auch keine festen Zusagen für eine Regierungsbildung erhielt, so war er nun doch der von Hitler anerkannte Repräsentant der Niederlande geworden⁶⁵. Auch hier dauerte es nicht mehr lange bis zum Verbot der eben noch umworbenen Parteien⁶⁶.

Die Gründe dieser plötzlichen Änderung in der Besatzungspolitik sind nicht eindeutig zu erfassen. Sicher ist, daß sie rein praktischer Natur waren. Auf Grund der

Die Parteien blieben zunächst bestehen; die Regierung versuchte man politisch zu korrumpieren und mit Hilfe einiger personeller Veränderungen auf die sog. Neuordnung festzulegen. Zur Entwicklung in Dänemark vgl. die umfangreiche Dokumentenpublikation *Betaenkning (ab Bd. 2 Beretning) til Folketinget, Bd. I–XV*, Kopenhagen 1945 ff. Eine kurze Übersicht findet sich in: *Danmarks Historie*, Hrsg. Johan Hvidtfeldt, Ib Koch-Olsen und Axel Steenberg, Kopenhagen 1950/51.

⁶⁰ Vgl. Anm. 52.

⁶¹ Vgl. Steen a. a. O., S. 156 ff.

⁶² Über das Folgende berichtet eingehend Skodvin a. a. O., S. 286–315.

⁶³ Die Rede ist gedruckt in der Osloer Tagespresse; deutsch in: *Deutsche Zeitung in Norwegen* vom 27. 9. 40. Vgl. ferner: Verordnung über das Verbot der politischen Parteien vom 25. 9. 40, VOBL. f. d. bes. norw. Gebiete, Nr. 5, 1940, sowie Verordnung über die kommissarischen Staatsräte vom 28. 9. 40, ebd., Nr. 6, 1940.

⁶⁴ Quisling glaubte jedenfalls eine solche Zusage erhalten zu haben; vgl. Aktennotiz Hage-lins vom 24. 9. 40, Nbg. Dok. PS 931.

⁶⁵ Vgl. *Het Proces Mussert* a. a. O., S. 357 f.

⁶⁶ Vgl. Verordnung über die Auflösung parlamentarischer Parteien vom 4. 7. 41, VOBL. Niederlande, 1941, S. 513.

unvollständigen Quellen bietet sich die folgende Erklärung an⁶⁷: Terboven gab sich von vornherein keinen Illusionen über die „weltanschauliche“ Zuverlässigkeit seiner Verhandlungspartner hin. Er wußte, daß einige von ihnen bestrebt waren, Verbindung mit der Exilregierung zu halten. Letzteres war für ihn jedoch irrelevant, denn er erwartete bis zum Herbst 1940 die Landung in England und damit den schnellen Abschluß des Krieges: Die inneren Vorbehalte einiger Reichsratsmitglieder würden dann gegenstandslos werden; die Revolution in Norwegen ließe sich in aller Ruhe zu Ende führen.

Terbovens Voraussetzung entfiel aber bekanntlich, da Hitler das Unternehmen „Seelöwe“ abblies und sich zum Angriff auf die Sowjetunion entschloß. Infolgedessen mußte die deutsche Besatzungspolitik die Existenz der norwegischen und niederländischen Exilregierung in London weiterhin in Rechnung stellen. Terboven glaubte, auch unter veränderten Umständen an seiner Konzeption festhalten zu können⁶⁸; Hitler selbst aber hielt es offenbar nicht mehr für möglich, mit den Leuten zu arbeiten, deren Sympathien letztlich bei ihren Regierungen und Königshäusern lagen: Quisling und Mussert sollten in die Bresche springen.

Damit hatte die nationalsozialistische Besatzungspolitik die Maske fallen lassen. Statt den Weg über eine „legale“ Revolution zu nehmen, wurde der Nationalsozialismus von der Besatzungsmacht dekretiert. Die Folgen konnten nicht ausbleiben: die abwartende und neutrale Haltung der Bevölkerung verschwand, der Widerstand begann sich zu formieren. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten, Konzentrationslager wurden errichtet⁶⁹, Todesurteile gefällt⁷⁰. Immer mehr bediente

⁶⁷ Der Entschluß Hitlers war zum Teil veranlaßt durch Raeder und Rosenberg, die jede Möglichkeit wahrnahmen, gegen Terbovens Politik zu polemisieren und Stimmung für eine Quisling-Regierung zu machen. Vgl. dazu etwa Rosenberg-Tagebuch, S. 112, Boehm a. a. O., S. 97 ff., ferner SKL-Besprechungen beim Führer, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 10. Terboven mußte im Juli die Verhandlungen über den Reichsrat stoppen, konnte sie aber bald wieder aufnehmen, wenn er auch veranlaßt wurde, einige weitere Mitglieder der Nasjonal Samling auf die Reichsratsliste zu setzen. Vgl. dazu Skodvin a. a. O., S. 289 ff. Wenn Hitler dann im September das Steuer endgültig herumwerfen ließ, wird man darin u. E. nicht eine grundsätzliche Verurteilung der bisherigen Politik Terbovens zu sehen haben (so Boehm a. a. O., S. 109). Hitler beließ den Gauleiter auch nach dem 25. 9. 40 auf seinem Posten, obwohl Rosenberg und Raeder hofften – darauf deuten alle Indizien –, daß ein Mitarbeiter des Außenpolitischen Amtes, wahrscheinlich Rosenbergs Stabsleiter Arno Schickedanz, an Terbovens Stelle treten könnte. Vgl. etwa Utdrag i Høyesterettsak mot Albert Viljam Hagelin (hektographiert), S. 208 f. Zu der im folgenden vorgetragenen These vgl. auch Magne Skodvin, Norges plass i Hitlers militære planer etter 7. Juni 1940 in: (Norsk) Historisk Tidsskrift, Bd. 35, 1951, S. 429–458.

⁶⁸ Ein Mitarbeiter Terbovens, der im Frühjahr 1941 seinen Dienst in Oslo antrat, berichtet, der Reichskommissar habe ihn mit der Bemerkung empfangen, er sei gegen das „Quisling-Experiment“ gewesen und hätte es lieber gesehen, wenn eine neue Regierung vom Storting gebildet worden wäre, Zeugenschriftum IfZ, Archiv Sig. ZS 1689. Über das Verhältnis zwischen Terboven und Quisling nach dem 25. September 1940 unterrichtet Magne Skodvin, Det store Fremstet, in: Norges Krig, Bd. 2, Oslo 1948, S. 573–713.

⁶⁹ Das erste Häftlingslager Norwegens entstand Ende November oder Anfang Dezember 1940 in Ulven bei Bergen. Nach der „Operation Claymore“ am 4. 3. 41 – dem britischen raid gegen die Lofoten – wurde das Lager bei Aneby errichtet. Das größte Lager bei Baerum, be-

sich die nationalsozialistische Herrschaft über die „germanischen Brudervölker“ der Mittel des Terrors.

Widerstand und Terror machten denn auch die beiden folgenden Phasen der germanischen Politik zu einem gespenstisch anmutenden Spiel. Die alltägliche Besatzungspolitik unterschied sich im Wesen kaum mehr von der Politik in den besetzten Ostgebieten. Dennoch hielten die Reichsgründer – man muß schon sagen: stur – am Ziel einer formalen Gleichschaltung fest. Der Endsieg würde alles, alles wenden – so meinten sie. Bei dem Bemühen, inzwischen die Herrschaftspositionen im Germanischen Reich auszubauen, gerieten nun allerdings die verschiedenen deutschen politischen Machtfaktoren in einen unabsehbaren Streit. Jeder wollte die Herrschaft selbst ausüben. Die SS versuchte die Partei zu verdrängen. Die Reichskommissare gerieten in die Schußlinie und wehrten sich – jeder auf seine Weise – ihrer Haut. Die Quislinge wiederum versuchten, die Streitigkeiten der Deutschen für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Aber auch innerhalb der großen Gruppen gab es wieder Grüppchen, die Brücken zum Konkurrenten schlugen oder abreißen wollten. Es ist ein Kampf aller gegen alle, dem wir uns nun zuzuwenden haben. Wir müssen uns dabei stets gegenwärtig halten, daß die „Reichsgründer“ jetzt gewissermaßen unter sich Politik machten. Der Widerstand der Bevölkerung blieb dabei außerhalb ihrer Berechnungen; er war Angelegenheit der Sicherheitspolizei und nur insofern von politischem Interesse, als derjenige, der ihn am wirksamsten niederknüppeln konnte, am ehesten die Chance hatte, sich im Kampf um die Macht innerhalb des Führerstaates durchzusetzen.

Quisling und Mussert strebten – wie gesagt – danach, die Regierungsfunktionen in ihren Ländern zu übernehmen. Der norwegische Parteiführer hatte die Erlaubnis erhalten, die „Gleichschaltung“ in die Hand zu nehmen. Die vom Reichskommissar ernannten Minister mußten sich verpflichten „gewissenhaft und loyal allen Direktiven des Führers der Nasjonal Samling, Vidkun Quisling, nachzukommen“⁷¹. Dieser versuchte, den Grundsätzen seines Parteiprogramms folgend, die Berufsverbände der Parteiaufsicht zu unterstellen und ein berufsständisch gegliedertes Beratungsorgan, das Riksting, an Stelle des norwegischen Parlaments zu setzen⁷². Gleichwohl spürte er schon im Herbst 1940, daß die Besatzungsmacht ihm nicht viel Bewegungsfreiheit gönnen wollte. Die kommissarischen Minister waren ausdrücklich Terboven unterstellt⁷³, Quisling selbst mußte als Parteiführer im Hintergrund

kannt unter dem Namen „Grini“, wurde am 14. 6. 1941 mit den ersten Häftlingen belegt. Vgl. dazu das Vorwort von Norsk Fangeleksikon-Grinifangene, Oslo 1949 und Griniboken, hrsg. von August Lauge und Johan Schreiner, Oslo 1946.

⁷⁰ Die ersten Todesurteile mit deutlich terroristischem Charakter wurden am 25. 2. 41 in Bergen vollstreckt, vgl. Norges Krig, Bd. 2, S. 661.

⁷¹ Vgl. Skodvin a. a. O., S. 315 f.

⁷² Die „Neuordnungs“-Versuche Quislings und ihr Scheitern am Widerstand der Berufsverbände schildert eingehend Thomas Chr. Wyller, Nyordning og Motstand, Oslo 1958.

⁷³ Terboven legte die „Aufgaben und Befugnisse“ der kommissarischen Staatsräte (Minister) ausdrücklich unter Berufung auf den „Erlaß des Führers über die Ausübung der Regie-

bleiben. Besonders fiel aber ins Gewicht, daß trotz aller Proteste des Parteichefs dessen Konkurrent Jonas Lie die für ihn bereits im Reichsrat vorgesehene Stelle des Polizeiministers auch im neuen Regime eingenommen hatte⁷⁴. In den Niederlanden ging die Besatzungsmacht, wie in der ersten Periode, etwas behutsamer vor. Mussert hat zwar am 23. September 1940 von Hitler zu hören bekommen, daß die Niederländer – ebenso wie die Norweger – die besten Vertreter der „germanischen Rasse“ seien und daß der Reichskommissar Seyß-Inquart den Auftrag erhalten habe, dem Chef der N.S.B. den Weg zur Machtübernahme zu öffnen⁷⁵. Mussert erhielt jedoch nie eine Möglichkeit, die „Neuordnung“ selbst in die Hand zu nehmen. Er mußte es vielmehr erleben, daß sein Konkurrent, der SS-Protegé Rost van Tonningen, an der Landesverwaltung unmittelbar beteiligt wurde, ohne eine Legitimation seiner Partei und des Parteichefs zu besitzen⁷⁶.

Eines konnten Quisling und Mussert freilich für sich buchen: sie behaupteten sich in ihren Parteien. Hier kamen ihre SS-Konkurrenten nicht zum Zuge⁷⁷. Vorerst hatten die beiden davon jedoch nicht viel Nutzen. Denn jene Parteien waren alles andere als das „schlagkräftige politische Instrument“, mit dessen Hilfe sie ihren „germanischen Brüdern“ aus Deutschland hätten imponieren können. Sie stürzten sich deshalb auf die Mitgliederwerbung⁷⁸. Und da beide wußten, daß sie

rungsbefugnisse in Norwegen“ vom 24. April 1940 fest. In der VO vom 28. 9. 1940, VOBl. Norwegen 1940, Nr. 6, heißt es u. a.: „Er [der kommissarische Staatsrat] ist dem Reichskommissar für die ordnungsmäßige Verwaltung seines Geschäftsbereiches verantwortlich.“

⁷⁴ Vgl. Knudsen a. a. O., S. 165f. Quisling erhob auch bei Himmler Einspruch gegen die Ernennung von Lie, erhielt jedoch den Bescheid, Lie sei „fachlich unentbehrlich“; Aktennotiz für Reichsleiter Rosenberg vom 30. 5. 41, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 11.

⁷⁵ Vgl. die Notizen von van Geolkerken über die Unterredung Hitler-Mussert am 23. 9. 40 in: Het Proces Mussert, a. a. O., S. 317f.

⁷⁶ Rost wurde im April 1941 von Seyß-Inquart zum Leiter des Ministeriums der Finanzen und zum Präsidenten der Niederländischen Bank bestellt; vgl. IMT, Bd. V, S. 621. Er gehörte der Mussert-Partei an, doch bestanden schon vor dem Kriege erhebliche Gegensätze zwischen ihm und dem Parteiführer; vgl. die Einleitung zu Vijf Nota's van Mussert aan Hitler, Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Serie Bronnenpublicaties Nr. 3, 's-Gravenhage 1947, S. 5. Der Gegensatz blieb während der Besatzungszeit erhalten. Mussert versuchte z. B. im Dezember 1942, Rost durch ein ihm genehmeres Parteimitglied zu verdrängen; vgl. Het Proces Mussert, a. a. O., S. 323ff. Rost seinerseits versuchte immer wieder, Himmler klarzumachen, daß eine Mussert-Regierung in den Niederlanden nicht opportun sei; vgl. etwa Rost an Himmler vom 1. 4. 42, Nbg. Dok. NO. 1463.

⁷⁷ Die Parteiführung hatte im Juli 1940 mit Heftigkeit auf den Wunsch Terbovens reagiert, Jonas Lie an die Stelle Quislings zu lancieren; vgl. das Schreiben der Reichsleitung von Nasjonal Samling an Stahlecker vom 5. 7. 40, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 11. Die Haltung der Partei gegenüber dem „Renegaten“ änderte sich nicht; vgl. Knudsen a. a. O., S. 156ff. und 165f. – Nach den Beobachtungen des SD in den Niederlanden konnte sich Rost van Tonningen mit seiner „völkisch-großgermanisch eingestellten Minderheit“ gegenüber der „liberalistisch-faschistischen“ Parteiführung nicht durchsetzen; vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 6. 5. 41, a. a. O.

⁷⁸ Nasjonal Samling hatte nach den Angaben Hagelin am 25. 9. 1940 5860 Mitglieder; vgl. Anlage zum Schreiben Schickedanz an Lammers vom 4. 12. 40, Nbg. Dok. PS 936. Die Angaben über den höchsten Mitgliederstand schwanken zwischen 45 000 und 60 000; vgl.

bei der Bevölkerung als Verräter galten, suchten sie sich irgendwie „national“ zu legitimieren. Tenor der Werbekampagne war daher in Norwegen und den Niederlanden derselbe: Unterstützt uns, denn die Wiedergewinnung der nationalen Freiheit und Selbständigkeit führt allein über unsere Parteien⁷⁹. Kritische Bemerkungen über die Besatzungsmacht waren nicht selten und oft auch nicht geheuchelt⁸⁰. Die Quislinge wollten ja die deutsche Besetzung dazu benutzen, selbst die Macht zu übernehmen. Als sie spürten, daß die Deutschen sie lediglich als das trojanische Pferd für die eigene Machtübernahme benutzen wollten, versuchten sie wider den Stachel zu löcken⁸¹. Die Werbekampagne traf freilich bei der Bevölkerung auf

dazu etwa Håkon Meyer, *Et annet syn*, Oslo 1952, S. 86. – Die N.S.B. Musserts hatte im Mai 1940 rund 28 000 Mitglieder; vgl. Documentatie, Status en Werkzaamheid van organisaties en instellingen uit de tijd der Duitse bezetting van Nederland, o. O., o. J., S. 215. Die Mitgliederzahl stieg bis zum 21.10. 1942 auf 100 894 einschließlich der sog. „sympathisierenden Mitglieder“; vgl. Meldungen aus den Niederlanden, Jahresbericht 1942, a. a. O. Bei den relativ hohen Mitgliederzahlen, die beide Parteien während des Krieges erreichten, darf nicht übersehen werden, daß die N.S.B. und Nasjonal Samling ausgesprochene „Mitglieder-Parteien“ waren und daß es außer den Organisierten kaum Sympathisierende, geschweige denn Anhänger Quislings und Musserts gab.

⁷⁹ Der Propagandaleiter der N.S.B. erklärte im November 1940 auf einer Versammlung, Mussert sei der einzige Niederländer, der eine Annexion verhindern könne; vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 5. 11. 40, a. a. O. – Mussert selbst sagte im Juli 1940: „Es gibt im Augenblick in Holland viele Menschen, die sagen, es sollen uns lieber die Deutschen regieren als die N.S.B. und das nennen sie auch noch Vaterlandsliebe“; Meldungen aus den Niederlanden vom 21. 7. 1940. – In einem Bericht des Leiters der Propagandaabteilung im Reichskommissariat Norwegen vom 22. 11. 40 wird von einer „teils heimtückischen, teils unbegabten Propaganda“ der Nasjonal Samling gesprochen: „Es zeigt sich nämlich, daß NS [Nasjonal Samling] auf Kosten Deutschlands und des deutschen Ansehens Mitglieder zu werben versucht. So sammelt man auch immer mehr Leute in NS, die ausgesprochen deutschfeindlich sind. Denn unter der Hand sagt NS: ‚Mit unserer Hilfe werden die Deutschen aus Norwegen herauskomplimentiert‘“; vgl. Anlage zu einem Schreiben von G. W. Müller an Terboven vom 5. 12. 40, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 110.

⁸⁰ Im November 1940 argumentierte ein Parteiredner der Nasjonal Samling wie folgt: „Wir können ebensogut von den Deutschen regiert werden wie von den Verrätern der NS? – Ja, was glauben Sie denn, wie es in einem deutschen Protektorat zugeht? – Ebenso wie jetzt, antworten Sie. – Wissen Sie, was das bedeutet, von den Deutschen regiert zu werden, meine Damen und Herren? Das bedeutet deutsche Lehrer in der ersten Klasse der Volksschule, das bedeutet Zustände wie in Polen und der Tschechoslowakei, das bedeutet Zwang, Konzentrationslager und vieles andere.“ Wiedergegeben in einem Schreiben des norw. Propagandaministeriums an die Propagandaleitung der Nasjonal Samling vom 28. 11. 40, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 110. – Über ähnliche Äußerungen in den Niederlanden vgl. Meldungen aus den Niederlanden, a. a. O.

⁸¹ Charakteristisch dafür sind die ständigen Versuche der Quisling-Ministerien, die Wünsche des Reichskommissars im Hinblick auf den Erlaß bestimmter Gesetze zu ignorieren und ihrerseits Gesetze zu erlassen, ohne die vorgeschriebene Genehmigung des Reichskommissars einzuholen. Vgl. etwa den Vermerk des BdS, Abt. III C vom 23. 7. 43 über die von Terboven gewünschte gesetzliche Regelung des kommunalen Steuerwesens, Archiv IfZ, Mikrofilm MA 110, sowie die Anordnungen des Reichskommissariats über die Genehmigungspflicht von Gesetzen und Verordnungen vom 10. 10. 40 und vom 22. 3. 41 ebd. Siehe auch den Bericht Stuckarts über seinen Aufenthalt in Oslo vom 14. 9. 42, Nbg. Dok. NG

taube Ohren; sie war allzu durchsichtig. Bei den deutschen Beschützern rief sie höchsten Unwillen hervor. Das nationale Gebaren wurde in der SS schlicht als „Separatismus“ und „Partikularismus“ gebrandmarkt⁸².

Bei der Verfolgung ihres Zieles konnten die beiden Parteiführer sich freilich nicht auf die Mitgliederwerbung beschränken. Sie versuchten zugleich, durch „diplomatische Schritte“ auf die Besatzungsmacht einzuwirken. Dabei ergab sich nun das groteske Schauspiel, daß Quisling und Mussert ihrerseits die „germanische Reichsidee“ gegen deren Erfinder auszuwerten suchten! Sie bombardierten Hitler mit Denkschriften und boten ihm darin den Anschluß ihrer Staaten an das „germanische Reich“ an. Sie bildeten sich ein, solche Angebote müßten den „Führer aller Germanen“ – wie Hitler jetzt genannt wurde⁸³ – veranlassen, ihnen die selbständige Ausübung der Regierungsbefugnisse zu übertragen. Mussert schlug in einer „Note“ vom 27. August 1940 vor, Hitler möge einen „Bund der germanischen Völker“ stiften, dem ein von Mussert geführter niederländischer Staat angehören würde, ein Staat, der nach den Vorstellungen des Denkschriftenverfassers gleich vom Dollart bis nach Calais reichen und die niederländischen und belgischen Kolonien, ja sogar die südafrikanische Union in den Bund einbringen sollte. Auf staatsrechtliche Einzelheiten ließ sich der Parteiführer nicht ein, sondern begnügte sich mit dem Hinweis, daß der „Bund“ eine „gemeinsame Weltanschauung“, eine „gemeinsame Wehrmacht“ und eine „gemeinsame Wirtschaft“ haben würde, daß Hitler „vom deutschen Führer zum germanischen Führer“ avancieren und „selbstverständlich“ der Oberste Befehlshaber der „Bundeswehrmacht“ sein werde. Mussert wünschte nur mit Entschiedenheit, die Gründung des Bundes möge „in einer solchen Form und in einer solchen Fassung“ geschehen, „daß darin deutlich zum Ausdruck kommt, daß es nur möglich ist, einer Überherrschaft oder Einverleibung zu entgehen dank der Tatsache, daß es eine N.S.B. gibt und dank der Tatsache, daß der Führer das Vertrauen hat, daß die N.S.B. unter meiner Führung das niederländische Volk zum Nationalsozialismus bringen wird⁸⁴“.

Quisling, seinerseits etwas mißtrauischer, verlangte in einer Denkschrift vom 25. Oktober 1940, er müsse zunächst „Riksforstander“ (Reichsverweser) und Chef

4006 sowie Zeugenschrifttum des IFZ, Archiv Sig. ZS/A – 16, ZS 1689 und ZS 1690. – Mussert verbot der Weerafdeling – dem SA-ähnlichen Verband der N.S.B. –, den deutschen Dienststellen Auskünfte zu erteilen; vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 24. 5. 41, a. a. O.; er versuchte auch die Werbung für die Waffen-SS zu sabotieren: s. ebd., Bericht vom 1. 10. 40 und 25. 2. 41.

⁸² Vgl. Rost van Tonningen an Brandt vom 13. 4. 43, Nbg. Dok. NO 2740 und die Rede des Obergruppenführers Berger vor Generalen der Wehrmacht im Casino des Luftfahrtministeriums im Jahre 1944, Archiv IFZ, Fotokopie Fa 78.

⁸³ Berger an Himmler vom 30. 3. 43, Nbg. Dok. NO 2096; vgl. ferner Zeugenschrifttum des IFZ, Archiv Sig. ZS 669. In der Zeitschrift „Die Aktion“, 2. Jg., Mai 1941, S. 316, wurde Hitler als „größter Germanenfürher aller Zeiten“ apostrophiert.

⁸⁴ Zitiert nach dem Auszug aus dem deutschen Text in: Het Proces Mussert, a. a. O., S. 13 f.; der niederländische Text ist vollständig wiedergegeben in: Vijf Notas van Mussert aan Hitler, a. a. O., S. 16 ff. Weitere Denkschriften Musserts: vom 4. 7. 41 und 17. 5. 43 (beide wurden Hitler nicht vorgelegt), ferner vom 26. 10. 43 und 17. 11. 44, ebd.

einer „selbständigen norwegischen Regierung“ werden. Gleichzeitig sei der Reichskommissar durch einen „außerordentlichen Bevollmächtigten oder einen Sonderbeauftragten des Deutschen Reiches“ zu ersetzen⁸⁵. Dann könne er mit dem deutschen Reichskanzler einen Vertrag abschließen, durch den ein „Großnordischer Bund“ begründet würde. Er schlug vor, ein Bundeskabinett zu bilden, dem zwei Norweger angehören müßten und das nach dem Beitritt anderer Staaten entsprechend erweitert werden könnte. Für Hitler hatte er sogar einen neuen Titel parat: Bundespräsident. Über die künftige Stellung seiner Heimat heißt es: „Norwegen bleibt ein freies, unteilbares und unabhängiges Reich, verbunden mit dem Großdeutschen Reich in einem großnordischen Bunde⁸⁶.“ Quisling variierte diese Gedanken in einer Fülle von Denkschriften und paßte sich dabei bald dem deutschen Sprachgebrauch an; seit dem 2. August 1941 ist nicht mehr vom „großnordischen“ sondern vom „großgermanischen Bund“ die Rede⁸⁷. Seine Vorschläge enthielten freilich für den Geschmack der Nationalsozialisten noch zuviel „separatistische“ Elemente. So bemerkte Himmler zu einer dieser Quisling-Denkschriften, der „großgermanische“ Vertragsentwurf sei

„von den ollen norwegischen Seemännern doch sehr klug abgefaßt, nämlich so, daß diese in nett demokratischer Form mit ihren Einzelstimmen das große zentrale Deutschland immer überstimmen könnten. Bei aller germanischen Bruderschaft glaube ich, müssen wir bei der Abfassung des einstmaligen wirklichen Europa-Vertrages zum Wohle des Ganzen recht vorsichtig sein⁸⁸.“

Soweit Himmler. Hitler selbst fand für die beiden Herren stets nette Worte und versuchte auch hin und wieder, ihren Glauben an ihre eigene Bedeutung zu stärken. Quisling durfte seit Februar 1942 den Titel eines Ministerpräsidenten führen, ohne jedoch deshalb den Reichskommissar Terboven loszuwerden⁸⁹. Mussert erhielt im Januar 1943 die Erlaubnis, ein Büro zu gründen, das der Besatzungsverwaltung Ratschläge erteilen durfte; die Entscheidung darüber, ob einem eventuellen Ratsschlag nachzukommen sei, behielt sich allerdings der Reichskommissar Seyß-

⁸⁵ Es bestand sowohl bei Quisling als auch im Außenpolitischen Amt Rosenbergs, das an der Abfassung der Denkschrift beteiligt war, der Wunsch, Terboven bei dieser Gelegenheit durch den damaligen Stabsleiter Arno Schickedanz abzulösen; vgl. Vernehmung Hagelins am 1. 11. 45, Archiv IFZ, Mikrofilm MA 110 und Hdschr. Schickedanz an Quisling vom 18. 10. 40 ebd.

⁸⁶ Archiv IFZ, Mikrofilm Ma 2.

⁸⁷ Denkschrift vom 2. 8. 41 und 17. 9. 41, Archiv IFZ, Mikrofilm MA 110. Denkschrift vom 10. 2. 42, Ausw. Amt, Polit. Archiv, Akte St. S. Norwegen. Denkschrift vom 9. 6. 42, Archiv IFZ, Mikrofilm Ma 2. Eine weitere Denkschrift hat Anfang des Jahres 1944 Himmler vorgelegen; der Text ist jedoch noch nicht bekannt; vgl. Anm. 88. Noch beim letzten Besuch Quislings bei Hitler, Ende Januar 1945, hoffte der Parteichef seine Ideen durchsetzen zu können; vgl. Berger an Himmler vom 6. 2. 45, Nbg. Dok. NG 4645. Es existieren außerdem eine Reihe von Entwürfen, die jedoch – soweit zu sehen ist – Hitler nie erreichten.

⁸⁸ Himmler an Berger vom 22. 2. 44, Himmler-Files, Folder 181, Archiv IFZ, Mikrofilm MA 3.

⁸⁹ Zum „Staatsakt“ vom 1. 2. 1942 vgl. Norges Krig, Bd. 2, a. a. O., S. 713 ff.

Inquart ausdrücklich vor⁹⁰. Immerhin war Hitler anfänglich nicht abgeneigt, dem „Anschluß“ der besetzten Gebiete an das „germanische Reich“ vertragliche Form zu geben^{90a}. Er besann sich jedoch bald anders^{90b} und versuchte die Denkschriftenaktion mit der Erklärung abzustoppen, eine Erörterung über die Rechtsform des „germanischen Reiches“ könne erst nach dem „Endsieg“ aufgenommen werden⁹¹. Die beiden ließen sich's jedoch nicht verdrießen, sie schrieben weiter⁹².

Inzwischen war freilich schon die SS dabei, eine dritte Konzeption der Nazifizierung zu entwickeln, eine Konzeption, die es ermöglichen sollte, ohne die „Separatisten“ Quisling und Mussert auszukommen. Himmlers Schutzstaffel hatte sich freilich erst spät im sogenannten germanischen Raum politisch durchsetzen können, und es gelang ihr auch, wie gesagt, nicht mehr, die beiden mißliebig gewordenen Parteiführer auszuschalten. Gleichwohl gab die SS-Konzeption, der letzten Phase der „germanischen Politik“ das Gepräge.

Die ersten Stützpunkte in den zum „germanischen Reich“ rechnenden Gebieten hatte die SS 1940 in ihrer Eigenschaft als Polizei erhalten, indem den Reichskommissariaten Dienststellen der „Höheren SS- und Polizeiführer“ angegliedert worden waren⁹³. Gleichzeitig hatte nun das SS-Hauptamt, das als Ergänzungsamt der Waffen-SS fungierte, in Norwegen, Dänemark und den Niederlanden freiwillige „Germanen“ anzuwerben begonnen⁹⁴ und zu diesem Zweck Ersatzkommandos in Oslo, Kopenhagen und Den Haag errichtet⁹⁵. Den unmittelbaren Anstoß zu

⁹⁰ Erlaß Seyß-Inquarts vom 30. 1. 1943, VOBl. Niederlande, 1943, S. 63.

^{90a} Aussage Prof. Dr. Frankenberg am 1. 6. 46, Historisk Institut, Oslo, vgl. auch Boehm a. a. O., S. 144ff.

^{90b} Hitler gab bei einer Besprechung mit Terboven am 11. 8. 42 folgende Anweisung: „Erst nach Beendigung des Krieges wird Norwegen durch eine einseitige Erklärung der Reichsregierung erfahren, wie sich sein künftiges Verhältnis zum Deutschen Reich gestaltet.“ Aufz. Lammers v. 12.8.42, Bundesarchiv, Sig. R 43II/673.

⁹¹ Lammers an Quisling vom 22. 6. 42, Archiv IFZ, Mikrofilm MA 110, Lammers an Quisling vom 17. 9. 42, Nbg. Dok. NG 3413.

⁹² Vgl. Anm. 84 und 87.

⁹³ Zum „Höheren SS- und Polizeiführer beim Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete“ wurde am 20. 4. 1940 der SS-Obergruppenführer Weitzel ernannt; vgl. SS-Personalamt, Akte Fritz Weitzel, Berlin Document Center. Die Ernennung des HSSPF in den Niederlanden, SS-Brigadeführer Hanns Rauter, erfolgte am 23. 5. 40; vgl. Het Proces Rauter, Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Bronnenpublicaties, Processen Nr. 5, 's-Gravenhage 1952, S. 7.

⁹⁴ Schon am 13. 4. 1940, vier Tage nach Beginn des Norwegen-Feldzuges, fand im SS-HA eine Besprechung über die „Fragen der Ergänzung in den Nordstaaten“ statt; vgl. Berger an Himmler vom 16. 4. 40, Nbg. Dok. NO 5879.

⁹⁵ Im April 1940 bereits befahl Himmler die Errichtung der „SS-Ergänzungsstelle Nord“ in Oslo und des „Ergänzungsamts der Waffen-SS, Nebenstelle Nordsee“ in Kopenhagen; vgl. Himmler an Berger Tgb. Nr. AR/457/22, April 1940 (das Tagesdatum fehlt auf dem Durchschlag), Himmler-Files, Folder 3, a. a. O. und Himmler an Ribbentrop, April 1940 (dsgl.), ebd. Der erste Leiter der „Ergänzungsstelle Nordwest“ in Den Haag, H'stuf. Karl Leib, wurde am 1. 7. 1940 ernannt; vgl. SS-Personalamt, Akte Karl Leib, Berlin Document Center.

diesem Werbeunternehmen gab der Mangel an „Menschenmaterial“. Der Chef des Hauptamtes, Gottlob Berger, berechnete im Jahre 1940 den künftigen Rekruten-Bedarf der Verfügungstruppe auf jährlich 18 000. Da die SS zu diesem Zeitpunkt jedoch nur 2⁰/₁₀ der deutschen Wehrpflichtigen für ihre Truppe werben durfte, war nur mit einem Zugang von 12 000 Mann im Jahr zu rechnen. Berger schlug deshalb vor, das „Defizit“ durch Rekrutierung im Ausland auszugleichen⁹⁶. Es fiel der intellektuellen Unredlichkeit der Nationalsozialisten nicht schwer, diese Werbung ganz unter „höhere“ – rassenbiologische und rassenpolitische – Gesichtspunkte zu stellen. So erklärte Himmler am 7. September 1940 vor dem Führerkorps der Leibstandarte, es sei schon immer sein Ziel gewesen (und das galt sogar für den Osten), „einen Orden guten Bluts zu schaffen, . . . einen Orden zu schaffen, der diesen Gedanken des nordischen Bluts so verbreitet, daß wir alles nordische Blut in der Welt an uns heranziehen, unseren Gegnern das Blut wegnehmen, es uns einfügen . . .“⁹⁷. Doch damit nicht genug. Die SS-Führung beanspruchte unter Berufung auf den von ihr in die Tat umgesetzten „Blutgedanken“ einen immer größeren politischen Einfluß in den „germanischen Ländern“ und suchte auf diesem Wege auch ihre machtpolitische Stellung innerhalb des deutschen Führerstaates zu verstärken. Charakteristisch für die Art, wie die SS ihren Anspruch begründete, sind einige Sätze aus der Rede, die Berger Anfang 1944 vor Generalen der Wehrmacht hielt. Er erklärte wörtlich: „Die Schutzstaffel sieht seit dem Jahre 1929, als der Reichsführer SS sie übernahm, als Fernziel das germanische Reich. Dieses Fernziel ist notwendig mitgegeben, wenn die SS ein Verband nordisch bestimmter Männer sein soll.“ Die SS, so fuhr er fort, habe deshalb auch die Aufgabe übernommen, „dem Führer das germanische Reich zu bauen“⁹⁸.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, wenn die Schutzstaffel schon seit 1940 bemüht war, sich bei den „Gleichschaltungs“-Versuchen in den besetzten Gebieten Nord- und Nordwesteuropas zur Geltung zu bringen. Dem standen zunächst die Reichskommissare und vor allem die NSDAP-Stäbe im Wege, die sich seit 1940 im Auftrage Bormanns – damals noch Stabsleiter beim Stellvertreter des Führers – in den „germanischen Ländern“ betätigten⁹⁹. Ihnen gehörten Organi-

⁹⁶ Vgl. Berger an Himmler vom 7. 8. 40, Ngh. Dok. NO 1825 und die Aussage Bergers im Wilhelmstraßen-Prozeß, Fall XI, dtsh. Prot., S. 6633; hier wird von Berger darauf hingewiesen, daß die in seinem Schreiben vom 7. 8. 40 dargestellten Schwierigkeiten bei der Ersatz-Frage schon im Frühjahr 1940 bestanden.

⁹⁷ Vgl. IMT, Bd. XXIX, S. 109, Dok. 1918-PS.

⁹⁸ Archiv IfZ, Fotokopie, Fa 78; vgl. auch die Rede Bergers am 29. 4. 42 anlässlich der Tagung des Förderkreises der „Germanischen Leithefte“ in Magdeburg, Himmler-Files, Folder 70, a. a. O.

⁹⁹ Über die Beteiligung Bormanns bei der Auswahl der Parteifunktionäre für Norwegen vgl. Skodvin a. a. O., S. 189ff. Der Stab trug hier die Bezeichnung „Einsatzstab der NSDAP“; sein Leiter war der stellvertretende Gauleiter von Brandenburg, Paul Wegener. Vgl. dazu Zeugenschriftum IfZ, Archiv Sig. ZS 1692. – In den Niederlanden wurde der Stab als „Generalkommissariat z. b. V.“ in das Reichskommissariat formell eingegliedert; Generalkommissar war der Hauptdienstleiter Fritz Schmidt. Vgl. die Erlasse Seyß-Inquarts vom 3. 6. 40, VOBL. Niederlande, 1940, S. 18 und vom 5. 6. 40, ebd., S. 20.

sationsfachleute an, Beauftragte der Arbeitsfront und der NSV, HJ-Führer, Vertreterinnen der Reichsfrauenführung, und so fort¹⁰⁰. In der Terbovenschen Periode sollten diese Stäbe die Vorbereitungen zum Aufbau der nationalsozialistischen Massenbewegung treffen. Nach dem Abbruch des ersten Experiments bemühten sie sich, die etwas schwachbrüstigen Parteien der Quislinge auszupolstern – keineswegs immer zur Freude der Betroffenen. Die SS-Führung machte nun die Ersatzkommandos zum institutionellen Ausgangspunkt ihres Versuches, in den Arbeitsbereich der NSDAP-Stäbe einzubrechen. Die Kommandos betrieben bald die Gründung von Verbänden der Allgemeinen SS, die als Rekrutierungsreservoir und als Werbeinstitution dienen sollten und zugleich den „politischen Einsatz“ derjenigen zu lenken hatten, die von der Front zurückgekehrt waren¹⁰¹. Die Angehörigen dieser Einheiten wurden auf „Adolf Hitler als germanischen Führer“ vereidigt¹⁰². Norweger, Niederländer, Dänen und Flamen erhielten SS-Führer-Dienstgrade. Der jeweilige Chef der Einheit trat ebenso zum Stab des zuständigen Höheren SS- und Polizeiführers wie der Führer der Allgemeinen SS eines Oberabschnitts in Deutschland¹⁰³. Damit besaß die SS in den „germanischen Ländern“ eine, wenn auch kleine, politische Organisation, die dem Einfluß der NSDAP-Stäbe entzogen war.

Die Errichtung dieser Verbände führte alsbald zu Reibereien mit den von der NSDAP betreuten Parteien. Sowohl Quisling wie auch Mussert hatten schon vor

¹⁰⁰ Der „Einsatzstab der NSDAP“ in Norwegen hatte die folgenden Abteilungen: 1. Verwaltung, 2. Parteiorganisation, 3. Propaganda, 4. „Hird“ (SA-ähnlicher Verband der Nasjonal Samling), 5. Volkswohlfahrt, 6. Jugendorganisationen, 7. Mädchenverbände, 8. Frauenorganisationen. Vgl. Zeugenschrifttum IFZ, Archiv-Sig. ZS 1692.

¹⁰¹ In Norwegen wurde schon im Sommer 1940 der Versuch unternommen, den „Hird“, den SA-ähnlichen Wehrverband der Nasjonal Samling, dem Reichsführer-SS zu unterstellen; vgl. Aktennotiz Rosenbergs vom 21. 7. 40, Nbg. Dok. PS 992. Zur Gründung der Allgemeinen SS in Norwegen – zunächst unter dem Namen „Norges SS“ – kam es erst am 25. 5. 1941; vgl. Straffesak, a. a. O., S. 534. Der entsprechende Verband in den Niederlanden – „Nederlandse SS“ – wurde schon am 15. 9. 1940 errichtet; vgl. Documentatie, a. a. O., S. 340. In Belgien entstand, zunächst noch unter der Aufsicht der SD-Leitstelle Brüssel, im Herbst 1940 die Allgemeine SS Flandern; vgl. Berger an Himmler vom 18. 10. 40, Nbg. Dok. NO 1841 sowie Berger an Himmler vom 5. 11. 40, Nbg. Dok. NO 2289. Dänemark erhielt im sog. „Schalburg-Korps“ (benannt nach dem gefallenen Kommandeur des an der Ostfront eingesetzten Freikorps Dänemark, von Schalburg) am 2. 2. 1943 einen entsprechenden Verband; vgl. Besaettestidens Fakta, Dokumentarisk Haandbog, Kopenhagen 1945, S. 719ff. – Über die Aufgaben der Allgemeinen SS im Ausland vgl. die Rede Bergers am 29. 4. 1942, a. a. O., sowie Jonas Lie an Himmler vom 2. 12. 41, Archiv IFZ, Fotokopie, Fa 74.

¹⁰² Die Eidesformel war dem Eid der deutschen SS nachgebildet und lautete: „Ich schwöre Dir, Adolf Hitler, als germanischen Führer [für die deutsche SS: als Führer und Kanzler des Reichs] Treue und Tapferkeit. Ich gelobe Dir und den von Dir bestimmten Vorgesetzten Treue und Gehorsam bis in den Tod, so wahr mir Gott helfe“; vgl. die Denkschrift Musserts vom 4. 7. 1941 in: Vijf Notas van Mussert aan Hitler, a. a. O., S. 53. – Die erste Gruppe von „Norges SS“ wurde auf Hitler und Quisling vereidigt, vgl. Straffesak, a. a. O., S. 534. – Über die Bedeutung des SS-Eides vgl. H. Buchheim, „Die SS in der Verfassung des Dritten Reiches“, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 146.

¹⁰³ Vgl. dazu die Personalakten ausländischer SS-Führer, Berlin Document Center.

dem Kriege kleine SA-ähnliche Schlägerkolonnen aufgebaut¹⁰⁴. Sie fürchteten nun nicht mit Unrecht, die SS-eigenen Organisationen könnten zu Konkurrenzunternehmen werden. In den Niederlanden trat der Chef der sogenannten Mussert-Garde gegen den Willen des Parteiführers mit seiner ganzen Mannschaft in die SS ein¹⁰⁵. In Norwegen wurde Jonas Lie, Quislings Polizeiminister und Konkurrent, mit dem Dienstgrad eines SS-Standartenführers Chef des neuen Verbandes¹⁰⁶.

Die Reibereien zwischen den nationalsozialistischen Parteien der besetzten Gebiete und der Germanischen SS waren freilich nur eine Fortsetzung des Machtkampfes zwischen den deutschen Stellen. Besonders in den Niederlanden kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem NSDAP-Stab und dem Höheren SS- und Polizeiführer¹⁰⁷. Der Zusammenprall war unvermeidlich, denn die Gründung der neuen Verbände sollte offensichtlich dazu dienen, sowohl die Quisling-Parteien als auch die NSDAP-Stäbe aus dem Sattel zu heben. Die Allgemeine SS im Ausland benutzte bei ihren Werbekampagnen allgemein-politische Parolen, Parolen, die sich von den „separatistischen“ Tendenzen der Quisling-Parteien völlig frei hielten. Es wurde nur vom „germanischen Reich“ gesprochen, vom „Führer aller Germanen“, ja, vom Aufgehen der Nationen in der „Schicksalsgemeinschaft der Rasse¹⁰⁸“. Die Kampagne hatte nicht gerade viel Erfolg – die Allgemeine SS in Norwegen war gegen Ende des Krieges ganze 1200 Mann stark¹⁰⁹, – aber sie war so laut, daß man sie bis nach Deutschland hörte. Und das dürfte zumindest einer ihrer Zwecke gewesen sein.

Es war Franz Xaver Schwarz, der Reichsschatzmeister der NSDAP, der es der SS ermöglichte, die bisherige Prärogative der Partei in der „germanischen Politik“

¹⁰⁴ Über den „Hird“ Quislings heißt es in einem Bericht des Leiters der Propagandaabteilung des Reichskommissariats Norwegen vom 5. 12. 1940: „Innerhalb des Hird gibt es eine ganze Anzahl unsauberer Elemente, teilweise mit kriminell belasteter Vorzeit . . . Sie entfalten ihren Terror vollkommen auf eigene Faust und je nach Gutdünken.“ Anlage zu einer Vorlage G. W. Müllers an Terboven vom 5. 12. 40, Archiv IFZ, Mikrofilm MA 110. – Über die „Weerafdeling (W. A.)“ Musserts vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 30. 9. 40 und vom 5. 11. 40, a. a. O.

¹⁰⁵ Mussert enthob den Führer der „Garde“, Feldmeyer, im Sommer 1940 seines Postens, als die Gründung der „Nederlandse SS“ vorbereitet wurde. Auf Anweisung Seyß-Inquarts mußte er ihn wieder einsetzen; vgl. Meldungen aus den Niederlanden vom 6. 7. 40, a. a. O., sowie Documentatie, a. a. O., S. 228 und 340.

¹⁰⁶ Vgl. SS-Personalamt, Akte Jonas Lie, Berlin Document Center. Quisling hatte den Wünschen Himmlers von Anfang an Widerstand entgegengesetzt und versucht, mit Hilfe Rosenbergs zu einem Erfolg zu kommen; vgl. Aktennotiz Rosenbergs vom 21. 7. 40, Nbg. Dok. PS 992 sowie Aktennotiz für Reichsleiter Rosenberg vom 30. 5. 41, Archiv IFZ, Mikrofilm MA 11. Quisling versuchte dann aus der Not eine Tugend zu machen und die Errichtung von „Norges SS“ als Wiedererlangung „einer Art Wehrhoheit“ umzudeuten; vgl. H'stuf. Dethof an Gauleiter Wegener, vom 20. 6. 41, Himmler-Files, Folder 25, 1, a. a. O.

¹⁰⁷ Aus der Fülle der Belege sei hier nur verwiesen auf Nbg. Dok. NO 627, NO 1333 und NO 4894.

¹⁰⁸ Vgl. dazu die Propagandaschriften des SS-Hauptamtes, wie „Germanische Leithefte“, „Germanische Gemeinschaft“, die SS-Zeitungen „Germaneren“ in Norwegen, „Storm SS“ in den Niederlanden und „SS-Man“ in Belgien.

¹⁰⁹ Vgl. Arbeitsbericht des Höheren SS- und Polizeiführers Norwegen vom 4. 10. 44, Himmler-Files, Folder 25, 1, a. a. O.

zu brechen. Am 1. Juli 1941 sagte er dem Obergruppenführer Berger zu, die Tätigkeit der „Germanischen Freiwilligen Leitstelle“, wie das zuständige Büro des SS-Hauptamtes seit Frühjahr 1941 genannt wurde¹¹⁰, finanziell zu unterstützen. Er begründete seinen Entschluß mit dem Hinweis, „daß die Herren Reichskommissare . . . Bestrebungen zeigen, die nicht zum, sondern vom Reich wegführen. Um so notwendiger sei es, daß durch die SS ein Band geschaffen werde, das auch diese Herren mit ihren egoistischen Zielen und Gründen nicht beseitigen können¹¹¹.“ Die Meinung des Reichsschatzmeisters wurde freilich nicht von allen Parteiführern geteilt, denn Berger beklagte sich über die „vielen feindlichen Männer . . ., die nun damit Propaganda machen, daß ‚der Reichsführer-SS der NSDAP Anordnungen erteilen wolle‘“¹¹². Erst im Januar 1942, offenbar nach einem langwierigen Tauziehen, verfügte der Reichsschatzmeister, „daß alle Mittel, die von der Partei für die germanische Arbeit gegeben werden (HJ, Frauenarbeit, Napolas, Mannschaftshäuser) über die Germanische Freiwilligen Leitstelle gehen müssen¹¹³“. Vorher war vereinbart worden, Himmler solle bei der neuen Tätigkeit nicht in seiner Eigenschaft als Reichsführer SS, sondern als „Reichsleiter für Volkstumsfragen“ bzw. als „Volkstumsbeauftragter der Partei“ auftreten¹¹⁴.

Die Anordnung des Reichsschatzmeisters gab der Germanischen Leitstelle, wie gesagt, ein Mittel an die Hand, um den NSDAP-Stäben das Wasser abzugraben: Die SS verfügte nun über das Geld. Es fehlte aber noch eine formelle Beauftragung, die es Himmler ermöglichte, allgemeinverbindliche Vorschriften zu erlassen. Am 7. November 1941 hatte er schon Bormann ersucht, „die Gliederungen der Partei anzuweisen, die germanische Arbeit über die GFL [Germanische Freiwilligen-Leitstelle] zu leiten¹¹⁵“; wohl Anfang des Jahres 1942 war er auch in lockerer Form von Hitler ermächtigt worden, „die gesamte germanische Arbeit in die Hände zu nehmen¹¹⁶“. Aber erst am 12. August 1942 erhielt er durch eine Anordnung Bormanns¹¹⁷ und am 6. Februar 1943 durch einen fast gleichlautenden Erlaß des Chefs der Reichskanzlei die erwünschten Funktionen zugesprochen¹¹⁸. In dem zuletzt genannten Schriftstück hieß es:

1. „Für Verhandlungen mit den germanisch-völkischen Gruppen in den besetzten Gebieten über gemeinsame germanisch-völkische Belange ist ausschließlich der Reichsführer SS zuständig.
2. Erscheint im Einzelfall der unmittelbare Verkehr einer staatlichen Dienststelle im Reich in den unter 1. genannten Gebieten über gemeinsame germanisch-

¹¹⁰ Bericht Dr. Riedwegs vom 28. 4. 47, Nbg. Dok. NO 2957.

¹¹¹ Berger an Himmler vom 2. 7. 41, Nbg. Dok. NO 1426.

¹¹² Berger an Himmler vom 4. 2. 42, Archiv IfZ, Fotokopie, Fa 75.

¹¹³ Vgl. ebd. Die Anordnung selbst liegt nicht vor.

¹¹⁴ Ebd., sowie Berger an Rauter vom 4. 6. 42, Archiv IfZ, Fotokopie, Fa 75

¹¹⁵ Das Schreiben liegt nicht vor; es ist erwähnt in dem Brief Bergers an Rauter vom 4. 6. 42, a. a. O.

¹¹⁶ Erwähnt in der Rede Bergers am 29. 4. 40, a. a. O.

¹¹⁷ Reichsverfügungsblatt der NSDAP, Ausgabe A, Anordnung A 54/42, S. 99; vgl. auch Nbg. Dok. NO 2275.

¹¹⁸ Nbg. Dok. NG 2540.

völkische Belange mit den germanisch-völkischen Gruppen erwünscht, so ist Einvernehmen mit dem Reichsführer SS herzustellen.

3. Die Dienststellen des Reichs, die ihren Sitz in den unter 1. genannten Gebieten haben, bleiben innerhalb ihres Aufgabenbereiches für Verhandlungen mit germanisch-völkischen Gruppen ihres Gebietes zuständig. Soweit es sich dabei um grundsätzlich germanische Volkstumsfragen, um Fragen der Nachwuchserziehung (Jugend-, Studenten-Führung usw.) oder um gemeinsame völkische Belange des deutschen Volkes und der germanisch-völkischen Gruppen handelt, ist Einvernehmen mit dem Reichsführer SS herzustellen.“

In beiden Anordnungen hieß es ferner – wie so häufig in ähnlichen Fällen –, daß die Zuständigkeiten anderer Institutionen von den neuen Bestimmungen „unberührt“ blieben. Tatsächlich entstand aber eine völlig neue Situation. Die Reichskommissare, die bis dahin Hitler „unmittelbar“ unterstellt waren, fanden sich plötzlich auch in nichtpolizeilichen Fragen durch den Reichsführer SS mediatisiert. Die NSDAP-Stäbe hatten ihre Tätigkeit ebenfalls mit dem Reichsführer SS abzustimmen und nicht mehr mit den Reichskommissaren und der Parteikanzlei.

Der Verlauf des Krieges brachte es freilich mit sich, daß Himmler nicht mehr alle Möglichkeiten ausschöpfen konnte, die die beiden Erlasse ihm eröffneten. Der Hauptamtschef regte wohl an, die Reichskommissare durch SS-Führer zu ersetzen¹¹⁹, der Gedanke kam aber nicht mehr zur Ausführung. Mit um so größerer Energie stürzte sich die SS dafür auf die „germanisch-völkischen Gruppen“. Die Ergänzungsstellen der Waffen-SS in Oslo, Kopenhagen, Den Haag und Brüssel wurden in Außenämter der Germanischen Leitstelle umgewandelt¹²⁰ und übernahmen nach und nach die Funktionen der Partei-Stäbe. In Norwegen gelang es, dem sogenannten „Einsatzstab der NSDAP“ einen SS-Führer als Chef zu oktroyieren¹²¹. Am Rande mag hier vermerkt werden, daß man sich spätestens im Jahre 1943 entschlossen haben dürfte, nicht nur die Flamen, sondern auch die Wallonen als Germanen anzuerkennen¹²². Der SS-Obersturmführer Léon Degrelle, Chef der katholisch-faschistischen Rex-Bewegung und Kommandeur der wallonischen Legion, hatte sich als ein so zuverlässiger und energischer Mann erwiesen, daß man bei den ursprünglich verachteten Halbfranzosen plötzlich „germanisches Blut“ entdeckt zu haben scheint. Tatsächlich aber durfte sich darin die zweckhafte Seite der „germanischen“ Politik auch der SS enthüllen.

¹¹⁹ Berger an Himmler vom 21. 10. 42, Nbg. Dok. NO 1469.

¹²⁰ Das geschah in mehreren Schritten, die nicht in allen Ländern gleichzeitig erfolgten. Entscheidend ist die Anordnung Bergers vom 20. 11. 41, Nbg. Dok. NO 187, durch die die „Ergänzungs-, Fürsorge- und Poststellen in den germanischen Ländern“ dem jeweiligen Höheren SS- und Polizeiführer bzw. den SS-Abschnittsführern unterstellt wurden, und der Erlaß Himmlers vom 7. 3. 42 über „die Aufgaben des Chefs des SS-Hauptamtes in den germanischen Ländern“, Nbg. Dok. NO 1787.

¹²¹ Der SS-Ostufaf. Hans Hendrik Neumann war spätestens im Oktober 1942 in dieser Eigenschaft tätig; vgl. SS-Personalamt, Akte H. H. Neumann, Berlin Document Center.

¹²² Der Monatsbericht der Germanischen Leitstelle über Volkstumsarbeit in Flandern für Juli 1943, Archiv IFZ, Fotokopie, Fa 110, beschäftigt sich auch eingehend mit der „politischen Arbeit“ in Wallonien und erwähnt u. a. die Vorbereitungen zum Aufbau eines Verbandes der Allgemeinen Wallonischen SS.

Hinsichtlich der praktischen Nazifizierungstätigkeit der Leitstellen kam es überall nur zu Ansätzen, und auch diese blieben meist auf dem Papier. Dennoch erkennt man die Richtung. Zunächst ging man in allen Ländern gleichmäßig an den Ausbau der Allgemeinen SS. Quisling mußte im Sommer 1942 eine „Parteiverordnung“ unterzeichnen, in der es im besten SS-Stil hieß, der norwegische Verband sei „ein nationalsozialistischer Soldatenorden nordisch bestimmter Männer“; er sei ein „Glied der großen germanischen Ordensgemeinschaft“ und solle „mit dazu beitragen, den germanischen Völkern eine neue Zukunft zu weisen und die Bande für die germanische Gemeinschaft zu schmieden¹²³“. Ähnliche Verordnungen ergingen in den anderen Ländern¹²⁴. Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung der Verbände, die bisher als „Norges SS“, „Nederlandse SS“ usw. bezeichnet worden waren, in „Germanische SS“. Bei der Werbung für die Einheiten bemühte man sich besonders um Polizisten¹²⁵, offenbar in der Absicht, die Verschmelzung von SS und Polizei auch im Ausland vorzubereiten. Außerdem entstanden jetzt SS-Schulungsstätten und Napolas; Verlage wurden aufgekauft, Zeitungen gegründet. Das „Ahnenerbe“, die pseudowissenschaftliche Stiftung der SS, rief einen sogenannten „Germanischen Wissenschaftseinsatz“ ins Leben, der sich an den ausländischen Universitäten einzunisten suchte¹²⁶. Diese Aktivität der SS, an der neben ihren alten Parteigängern – wie Lie, Rost van Tonningen und Degrelle – überall auch junge „germanische“ Mitglieder beteiligt waren, dehnte sich auf Gebiete aus, die in Deutschland gar nicht in ihre Zuständigkeit fielen. So entstand in Wallonien unter dem Einfluß der Germanischen Leitstelle in Brüssel ein Ableger der NSV¹²⁷. In Dänemark, wo seit der Ernennung Werner Bests zum Reichsbevollmächtigten am 5. November 1942 der „germanische Gedanke“ stärker in den Vordergrund trat, wurden in Zusammenarbeit mit der Reichsjugendführung Pläne zur Gründung eines deutsch-dänischen Jugenddienstes ausgearbeitet, offenbar als Vorläufer der Hitler-Jugend gedacht¹²⁸. Dasselbe strebte die SS in den Niederlanden und in Norwegen an¹²⁹. Besonders aufschlußreich ist die Entwicklung in Belgien. Hier ent-

¹²³ Der Entwurf der Parteiverordnung liegt bei einem Schreiben Bergers an Himmler vom 17. 7. 42; Himmler erklärte sich am 30. 7. 42 mit dem Entwurf einverstanden; vgl. Himmler-Files, Folder 25, 1, a. a. O.

¹²⁴ Für die Niederlande vgl. Documentatie, a. a. O., S. 341.

¹²⁵ Vgl. etwa Jonas Lie an Himmler vom 2. 12. 41, a. a. O. sowie den Arbeitsbericht des Höheren SS- und Polizeiführers Norwegen vom 4. 10. 44, a. a. O.

¹²⁶ Vgl. dazu allgemein den „Entwicklungsbericht der Germanischen Leitstelle – Finanzen, Wirtschaft, Vermögensverwaltung“ vom 30. 9. 45 und den Etatvoranschlag der Leitstelle für das Jahr 1944, Archiv IfZ, Fotokopie, Fa 110. Über die Napolas vgl. etwa Korr. Berger, Himmler, Heißmeyer, Juli bis September 1942, Nbg. Dok. NG 4619, zum Ahnenerbe insbesondere den Bericht über die erste Tagung der „Germanischen Arbeitsgemeinschaft“ vom 13. bis 15. 5. 1943 in Hannover, Archiv IfZ, Fotokopie, Fa 76.

¹²⁷ Monatsbericht der Germanischen Leitstelle über Volkstumsarbeit in Flandern, Juli 1943, a. a. O.

¹²⁸ Bericht über die germanische Jugendarbeit in Dänemark vom 30. 8. 43, Archiv IfZ, Fotokopie, Fa 110.

¹²⁹ Vgl. Entwicklungsbericht der Germanischen Leitstelle vom 30. 9. 43, a. a. O.

standen, teils mit Hilfe der kleinen faschistischen Bewegungen, teils aber auch gegen sie, in der „Deflag“ (Deutsch-Flämische Arbeitsgemeinschaft), deren „Präsident“ Gottlob Berger war, sowie in der freilich in embryonalem Zustand verbliebenen „Dewag“ (Deutsch-Wallonische Arbeitsgemeinschaft) Institutionen, die nach dem Vorbild der NSDAP organisiert waren¹³⁰ und offenbar die Einführung der Einheitspartei vorbereiten sollten. Man wird kaum daran zweifeln können, daß für die anderen „germanischen Länder“ Ähnliches geplant war. In einem Bericht aus dem SS-Hauptamt heißt es: „Das Ziel ist die Vorbereitung zum Aufbau aller im Reich bereits bestehenden Organisationen der NSDAP¹³¹.“

So hat sich die „germanische Politik“ in allen ihren Phasenum den Aufbau nationalsozialistischer Parteien in den besetzten Gebieten bemüht. Der Status aber, der diesen „Parteien“ innerhalb der jeweils vorherrschenden Gesamtkonzeption zugedacht war, weist starke Unterschiede auf. Sie entsprachen im Grunde den unterschiedlichen Vorstellungen, welche die jeweils ausschlaggebende deutsche politische Gruppe, die Partei bzw. die SS, von ihrem eigenen Status innerhalb der politischen Ordnung Deutschlands besaß. In der ersten und zweiten Phase der germanischen Politik wurden von den Abgesandten der NSDAP Einheitsparteien ins Leben gerufen, deren „Führer“ die entscheidenden staatlichen Funktionen in ihren Ländern übernehmen sollten, mindestens nach außen hin. Es zeigte sich jedoch, daß diese „Bruderparteien“ dadurch eine sehr unerwünschte Selbständigkeit erlangten. Die SS ihrerseits, welche die dritte Phase vornehmlich bestimmte, war über die Vorstellungen, die in den ersten Jahren nach der „Machtübernahme“ in Deutschland über das Verhältnis von Partei und Staat herrschten, schon hinweggeschritten. Sie suchte sich als das eigentliche Organ der sich langsam verwirklichenden „Führerverfassung“ in einem „Bezirk jenseits von Partei und Staat“ zu etablieren, in einem Bezirk, in dem die Treuverpflichtungen gegenüber Partei und Staat zugunsten absoluter Bindung an den souveränen Führer relativiert waren. Die SS begann so das „Reich“ zu repräsentieren, das „als eine übergeordnete politische Form vorgestellt wurde, in der der deutsche Staat und die nationalsozialistische Partei aufgehoben waren¹³²“. Die Schutzstaffel hat es zwar nicht vermocht, eine solche übergeordnete Funktion im Rahmen der Führerverfassung völlig durchzusetzen. Sie hat dieses Ziel jedoch ständig angestrebt, und ihre germanische Politik war Ausdruck und Instrument dieser Konzeption zugleich. Die ausländischen SS-Angehörigen hatten Hitler den SS-Eid geschworen und waren damit in den Raum eingetreten, „wo sich die auf Hitlers persönlicher Souveränität gegründete Führerverfassung zu verwirklichen begann¹³³“. Wenn sie politische Funktionen in ihren Heimatländern

¹³⁰ Vgl. Bemerkungen zum Etatvoranschlag der Leitstelle für das Jahr 1944, a. a. O., Vergl. ferner Rd Erl. Chef Sipo u. SD vom 12. 5. 42, Nbg. Dok. NO 1408 und Affid. SS Gruf. Kammerhofer vom 7. 1. 48 NO 5807.

¹³¹ Entwicklungsbericht der Germanischen Leitstelle vom 30. 8. 45, a. a. O.

¹³² Buchheim a. a. O., 139 f.

¹³³ Ebd., S. 146.

übernahmen, so taten sie das als Repräsentanten des allein auf Hitler verpflichteten „Ordens“. Die „Bruderparteien“ in den besetzten Gebieten wurden demgegenüber auf den Status einer Institution reduziert, die auf weitere Sicht der politisch-weltanschaulichen Mobilisierung der Massen zu dienen hatte, während die SS mit ihrem Ordensgedanken und ihrer germanischen Ideologie das eigentliche Element der Einigung und Führung bilden wollte. In diesem Sinne sah Himmler es als Aufgabe seines Ordens, „dem deutschen Volk, dem germanischen Volk die Oberschicht zu geben, die dieses germanische Volk und dieses germanische Europa zusammenbindet und zusammenhält“¹³⁴.

Die Differenzen zwischen den „Europa-Konzeptionen“ der Partei und der SS erstreckten sich naturgemäß auch auf die „verfassungsrechtliche“ Stellung der Nationalstaaten innerhalb des „germanischen Reiches“. Während Terboven und zeitweilig auch Hitler grundsätzlich mit der Idee Quislings übereinstimmten, daß dieses Reich auf Verträgen zwischen den „nationalsozialistischen“ Staaten bzw. den herrschenden Parteien beruhen müsse, waren für die SS, die sich als das sowohl der Partei als auch dem Staat übergeordnete Organ der Führerverfassung empfand, solche Verträge von sekundärer Bedeutung. Für die „Oberschicht“ des „germanischen Reiches“ verstand es sich zumindest theoretisch von selbst, die nord- und nordwesteuropäischen Nationalstaaten kurzerhand in „Reichsgaue“ umzuwandeln. Der Hauptamtschef Berger schlug seinem Reichsführer denn auch ausdrücklich vor, diese Konsequenz zu ziehen¹³⁵.

So spiegeln sich in den verschiedenen „Europa“-Konzeptionen der SS und der Partei weitgehend die divergierenden Vorstellungen über die Gestalt des nationalsozialistischen „Staates“ wider, um deren Durchsetzung in Deutschland schon vor dem Kriege und bis zur totalen Niederlage erbittert gekämpft wurde. Und insofern, aber auch nur insofern, kann man davon reden, daß in der „germanischen Politik“ das Programm der „Gleichschaltung“ und des „Anschlusses“ eine vorübergehende Verwirklichung fand. Primär hatte das jedoch mit der „germanischen“ Ideologie nichts zu tun. Für den totalen Staat gab es keine machtpolitisch neutralen Bezirke und deshalb auch keine besetzten Gebiete im Sinne der Haager Konventionen. Jeder neue Raum, nach dem die Nationalsozialisten ihre Hand ausstreckten, wurde sogleich auch zum Schauplatz ihrer internen Auseinandersetzungen. Gleichwohl ist die Wirksamkeit des ideologischen Moments nicht zu übersehen. Während Partei und SS sich im Osten lediglich um den Besitz der staatlichen und polizeilichen Verwaltungsorgane stritten, ging es im „germanischen Reich“ auch um diejenigen Institutionen, die der weltanschaulichen und politischen Mobilisierung der Massen dienen sollten. Und beide Gruppen strebten offensichtlich mit höchstem Eifer danach, die „blutsnahen“ Völker für den Nationalsozialismus zu gewinnen, weil diejenige, die das Kunststück der Nazifizierung fertigbrachte, im Rahmen des politisch-ideologischen Mechanismus einen Machtzuwachs erhielt, mit dessen Hilfe sie hoffen konnte, den Konkurrenten von den Schalthebeln der Zentrale zu verdrängen.

¹³⁴ Rede Himmlers am 4. 10. 1943, a. a. O., S. 149.

¹³⁵ Berger an Himmler vom 21. 10. 1942, Nbg. Dok. NO 1469.

Miszelle

D. C. WATT

DER EINFLUSS DER DOMINIONS AUF DIE BRITISCHE AUSSENPOLITIK
VOR MÜNCHEN 1938

Kontinentale Historiker, die den Weg der britischen Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen nachzeichnen wollen und die jeweils bestimmenden Motive des Foreign Office zu erfassen suchen, haben bei diesem Bemühen nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden. Wohl am schwersten aber dürfte es ihnen fallen, den Einfluß der Dominions auf die Entschlüsse der Londoner Staatsmänner richtig einzuschätzen. Dreierlei Hindernisse stehen ihnen dabei im Wege: Die technischen Schwierigkeiten, beweiskräftige Unterlagen zu erhalten; das methodische Bedenken, das Maß der überseeischen Einflüsse allein nach den Spuren zu bemessen, die in den verschiedenen Erwägungen der britischen Außenpolitik tatsächlich zutage treten oder erkennbar werden; und nicht weniger endlich die von der gewohnten kontinentalen Denkweise gezogenen psychologischen Schranken.

Die technischen Hindernisse sind unleugbar und dürfen nicht unterschätzt werden. Die Außenpolitik wird in England vom Kabinett bestimmt und nach Beratung mit den jeweils sachlich beteiligten Ressorts vom Foreign Office durchgeführt. Nun verfolgt aber die britische Regierung bei der Publikation amtlicher Dokumente eine Politik, die – mit seltenen Ausnahmen¹ – nur die Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen dem Foreign Office und seinen Vertretern im Ausland, also den Botschaften und Gesandtschaften, gestattet². Weder die Diskussionen im Kabinett selbst noch die dem Kabinett vorgelegten Unterlagen, weder der Gedankenaustausch mit den Regierungen der Dominions noch mit der indischen Regierung – dafür wären auch die Archive der Dominions und Indiens zuständig – sind der Geschichtswissenschaft zugänglich gemacht worden. Diese Einseitigkeit des offiziellen Quellenmaterials wird noch dadurch verstärkt, daß die Außenminister Großbritanniens und die Angehörigen des Foreign Office eifrige Memoirenschreiber gewesen sind, während ihre Partner in den mit Außenpolitik befaßten Ämtern der Dominions und Indiens im allgemeinen wenig mitteilbar waren.

Die britische Haltung gegenüber den Dominions ist nicht immer leicht zu verstehen. Offenbar gibt es vor allem zwei Ursachen möglicher Unklarheit. Erstens zeigt die innerhalb der britischen Regierung bestehende strenge Scheidung zwischen den Stellen, die mit der Pflege der Commonwealth-Beziehungen, und jenen, die mit

¹ Eine dieser seltenen und auch brauchbaren Ausnahmen ist die Korrespondenz mit der Admiralität über Englands Schwäche zur See im Fernen Osten, veröffentlicht in „Documents on British Foreign Policy“, 1919–1939, 3rd Series, Vol. VIII, Appendix I.

² Und natürlich die Protokolle der internationalen Konferenzen, an denen Vertreter Englands teilgenommen haben.

der eigentlichen Außenpolitik betraut sind, eine Gespaltenheit britischen Denkens, die zum Teil noch ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert darstellt. „Auswärtige Beziehungen“ (foreign relations) unterhält London nur zu jenen Teilen der Welt, in denen die Einflüsse fremder, nicht britischer Großmächte offenkundig wirksam sind, also zu Europa, dem Mittelmeergebiet, dem Fernen Osten. Eine Art stillschweigend angenommene Monroe-Doktrin grenzt dagegen das Commonwealth (Indien, Afrika, Ozeanien, Australien und Neuseeland, auch Kanada) – die Zone der Pax Britannica, wie man sie stolz bezeichnet, sofern sich das nicht vermeiden läßt – von diesem „auswärtigen“ Raum ab.

Zweitens sind die Imperialisten alten Stils vom Schlage Churchills, die den traditionellen festländischen Vorstellungen von einem britischen Imperialisten so genau entsprechen, daß eine nähere Charakterisierung überflüssig erscheint, gewöhnlich gründliche Kenner der europäischen Frage. Da ihr politisches Handeln fast ausschließlich von der Sorge um Englands Weltmachtstellung bestimmt wird, beschäftigen sie sich mit europäischen Problemen, als seien sie Angehörige eines Staates, der, ohne überseeische Bindungen, Mitglied des kontinentalen Mächtekonzernts ist. Einheit und Loyalität des Empire setzen sie dabei gewissermaßen als selbstverständlich voraus. Aber es hieße ihre Bedeutung erheblich überschätzen, wollte man ihre Haltung als die einzige existierende Form imperialistischen Denkens in der britischen Außenpolitik ansehen. Eine in Wahrheit sehr viel wichtigere Gruppe, die, wie es ein britischer Historiker kürzlich nannte, den „Neuen Imperialismus“ entwickelte³, bliebe dabei unberücksichtigt.

Diese „neuen Imperialisten“ gehören zu einer jüngeren Generation als Sir Winston Churchill; sie kamen größtenteils aus der Umgebung Lord Milners, unter dem sie arbeiteten, als sich dieser große Mann nach dem Burenkrieg um die Lösung der Südafrika-Frage bemühte. Nach 1918 bildeten sie innerhalb der Konservativen Partei vielleicht die einzige Gruppe, die ein positives geistiges Konzept besaß. Verhältnismäßig früh hatten sie die Herrschaft über einen einflußreichen Teil der britischen Presse erlangt, vor allem über die „Times“ und den „Observer“. Nach akademischen Maßstäben gehörten viele von ihnen zum ersten Rang; mindestens vier hatten den Höhepunkt einer studentischen Laufbahn in Oxford erreicht: die Wahl zum Fellow von All Soul's College. Zwei Mitglieder des Kreises – Dawson, Schriftleiter der „Times“, und Lord Halifax, 1938/40 britischer Außenminister, zuvor Vizekönig von Indien – zählten zu den engsten Freunden Neville Chamberlains.

Sie alle hatten zwar die Probleme der Dominions durch eigene Anschauung gründlich kennengelernt, jedoch beruhte ihre Einstellung zu europäischen Angelegenheiten weitgehend auf einem Mangel an unmittelbarer Erfahrung. Das gilt allerdings nicht für den bedeutendsten unter ihnen, Leo Amery, bei dem sich vielmehr die oben erwähnte Gespaltenheit britischen Denkens deutlicher äußerte als bei irgendeinem anderen englischen Politiker. Die übrigen zogen sich wegen ihrer Unkenntnis Europas auf eine geradezu paradoxe Haltung zurück. Dachten sie in

³ Der anonyme Historiker der „Times“. „A History of The Times“. Vol. IV, Chapter I.

Commonwealth-Fragen sehr viel fortschrittlicher als der noch in den heutzutage romantisch erscheinenden Vorstellungen Disraelis befangene Churchill, so kehrten sie in kontinentaleuropäischen Fragen zu dem Isolationismus Lord Salisburys zurück, dessen unbeirrbarer Wirklichkeitssinn, wie sie glaubten, Südafrika dem Empire erhalten hatte. Das Mittelmeergebiet, der Mittlere und der Ferne Osten waren Zugänge zum Empire, deren Wert und Bedeutung für Großbritannien ihrem Vorstellungsvermögen ohne weiteres einleuchtete. Mit Mitteleuropa verhielt es sich anders. Englands Interesse an der Aufrechterhaltung der türkischen Herrschaft über die Dardanellen war vertrauter Boden, der Gedanke aber, daß England ebenso sehr an Unabhängigkeit und Wohlfahrt der aus dem Zusammenbruch der Habsburgischen Monarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten interessiert sein mußte, war ihnen fremd. Sie wußten wenig von den verworrenen mitteleuropäischen Problemen, und das wenige, das sie tatsächlich wußten, stieß sie eher ab; sie gaben einer Politik der Annäherung an Deutschland den Vorzug, die in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von Neville Chamberlains Vater, dem er-imperialistischen Kolonialminister und Kreuzfahrer für einen imperialen Zolltarif, Joseph Chamberlain, so eifrig verfochten worden war.

Jedoch wird das gegenseitige Verständnis mutmaßlich noch durch etwas anderes erschwert. Selbst diejenigen Engländer, die der europäischen Denkweise am nächsten stehen und Diskussionen über internationale Fragen sogar mit dem gleichen Wortschatz wie kontinentale Politiker zu führen pflegen, werden bei der Behandlung solcher Fragen von einer geistigen Verfassung geleitet, der schon im frühesten und bildungsfähigsten Alter eine Erziehung ihr unverwischbares Gepräge gegeben hat, die den maritimen und außereuropäischen Charakter der neueren englischen Geschichte und die damit entstandenen Unterschiede zur Entwicklung der kontinentalen Großmächte betont. So wird die gleiche Sprache nur dazu führen, daß völlig verschiedene Voraussetzungen eher verschleiert und daher Europäer wie Engländer gleichermaßen über die wahren Interessen und Intentionen des Partners getäuscht werden.

Nirgends haben sich diese kurz skizzierten Schwierigkeiten deutlicher bemerkbar gemacht als in den bisher vorliegenden Studien über die britische Außenpolitik während der tschechoslowakischen Krise von 1938⁴. Da die Ereignisse sich damals förmlich dazu verschworen hatten, der Haltung Londons ausschlaggebende Bedeutung zu verleihen, haben die Motive Neville Chamberlains und seiner Umgebung allergrößtes politisches Gewicht erlangt; entsprechend groß ist das Interesse, das die historische Forschung an ihnen nimmt. In dem Maße, in dem sich die Krise zuspitzte, schüttelte Chamberlain den Einfluß seiner Mitarbeiter wie seiner Kritiker ab, bis er schließlich während der letzten zehn Tage praktisch allein handelte, ohne noch irgendwelche Rücksichten auf die Vorstellungen seiner Berater oder auf die

⁴ Zum Beispiel in der neuen umfassenden Untersuchung von Boris Čelovski, *Das Münchener Abkommen von 1938*, Stuttgart 1958. Daß Čelovski die Bedeutung des hier Dargelegten unterschätzt, verleitet ihn dazu, Chamberlain als bloßen Pazifisten abzutun, ohne die Gründe zu bedenken, die ihn dazu gemacht haben.

Bedenken und Sorgen der von ihm Geführten zu nehmen. Professor Mansergh, von dem die bisher einzige gründlichere Untersuchung über die Beziehungen zwischen Großbritannien und den einzelnen Dominions während der Münchner Krise stammt⁵, kommt denn auch zu dem Schluß, daß die aus den Dominions an Chamberlain herangetragenen Gesichtspunkte dem Premierminister lediglich einige zusätzliche Argumente für eine Politik geliefert haben, zu der er ohnehin bereits entschlossen war.

Es mag gewagt erscheinen, einer so anerkannten und autoritativen These zu widersprechen. Aber zwei Überlegungen, eine technische und eine andere analytischer Natur, mahnen doch zur Vorsicht, die Frage nach den Empire-Einflüssen auf den damaligen außenpolitischen Kurs Englands mit der Formel Manserghs bereits als erledigt anzusehen. Was die technische Seite angeht, so verfügt die historische Forschung zur Beurteilung der britischen Außenpolitik in den beiden ersten Jahren der Ministerpräsidentschaft Chamberlains heute doch über etwas mehr und bessere Quellen als zu jener Zeit, da sich Professor Mansergh sein Urteil bildete. Zweitens sollte man nicht übersehen, daß Manserghs These ja nur die Wirkung der unmittelbaren Vorstellungen seitens der Dominion-Regierungen im Auge hat; in dieser Hinsicht kann sie auch im Lichte neuer Quellen nicht angefochten werden. Die Frage aber, ob Chamberlains Entschlüsse nicht von der Erkenntnis mitbestimmt wurden, daß die Dominions solche Vorstellungen erheben würden, ist damit noch keineswegs beantwortet.

Angesichts des Charakters Neville Chamberlains ist diese Unterscheidung von erheblicher Bedeutung. Je mehr wir uns mit dem Wesen des Premiers beschäftigen, desto klarer erscheinen uns als seine beherrschenden Eigenschaften ein unerschütterliches Vertrauen in das eigene Urteilsvermögen und eine rücksichtslose Einseitigkeit bei der Durchsetzung des einmal gewonnenen Urteils. Begriffe wie Geschmeidigkeit und Anpassung fehlten in seinem Lexikon. Wenn er sich auf eine bestimmte Linie einmal festgelegt hatte, folgte er ihr bis zum bitteren Ende. In keinem Sinn des Wortes aber kann er als originaler Kopf gelten. In den Auszügen aus seinem Tagebuch, die sein Biograph veröffentlicht hat⁶, würde man vergebens nach einer Bemerkung suchen, aus der sich herauslesen ließe, daß er über die Prinzipien, auf denen die dort erörterten politischen Schritte schließlich beruhten, besonders eingehend nachgedacht hätte. Vielmehr scheint er die Grundzüge seiner Vorstellungswelt von Freunden übernommen zu haben. Jedoch erfüllte er die geborgten Gedanken, wenn er sie in der Einsamkeit weiter ausspann, mit einer Überzeugungskraft, die selbst über jene Besonderheiten der Lage hinwegging, welche dem einmal gewonnenen Bild nicht entsprachen.

Auf Grund dieser Eigenschaften muß seinem engen Verhältnis zu Dawson und Halifax große Bedeutung beigemessen werden. Dawson war keineswegs, wie of-

⁵ N. Mansergh, *Commonwealth Affairs, Problem of External Policy 1931—1939*, London, Royal Institute of International Affairs, 1952.

⁶ Keith Feiling, *Neville Chamberlain, a Biography*, London 1948.

behauptet worden ist, nur das Sprachrohr Chamberlains. Bis zu einem gewissen Grad darf er sogar als des Premierministers „Ideen-Lieferant“ angesehen werden, der sich lediglich, sofern es die Situation erforderte, bereitfand, in Übereinstimmung mit Chamberlain jene Anschauungen in seinem Blatt zu vertreten, die er mit dem Regierungschef teilte und von denen beide glaubten, daß es möglich und notwendig sei, sie öffentlich zu erörtern.

Halifax' Rolle ist freilich noch wichtiger gewesen. Schon 1936 hatte man aus gewissen Anzeichen schließen können, daß Halifax ein eigenes außenpolitisches Konzept besaß und daß er danach strebte, seine Vorstellungen auch in die Tat umzusetzen. Im März 1936 begleitete er Eden nach Paris, um Frankreich davon abzuhalten, auf Hitlers Rheinlandbesetzung mit einer bewaffneten Aktion zu antworten. Als während des Sommers 1936 erfolglos über einen westlichen Sicherheitspakt verhandelt wurde, der den Locarno-Vertrag ersetzen sollte, hat sogar der Gedanke bestanden, Halifax nach Berlin zu schicken. Schließlich hat er im November 1937 tatsächlich Deutschland besucht, und zwar im Zusammenhang mit einer neuformulierten Appeasement-Politik, die schon mehrere Monate zuvor festgelegt worden war, aber nicht sogleich praktiziert werden konnte, weil Neurath im Juni seine Reise nach London überraschend absagte und weil Mussolini im August seine seeräuberische Aktion im Mittelmeer betrieb. Im Februar 1938 löste er dann Eden als Außenminister ab. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Halifax die Haltung der Dominions und Indiens, wie sie 1937 auf der Empire-Konferenz und während des ganzen Jahres 1938 unzweideutig zum Ausdruck kam, gebilligt hat⁷.

Diese damalige Haltung der Dominions gegenüber der nicht immer leicht zu durchschauenden europäischen Problematik hat vielfältige und sehr verschiedene Ursachen; ihre Wirkungen sind jedoch auf einen einfachen Nenner zu bringen. In Kanada, Australien und Neuseeland teilten die Linksparteien den Isolationismus und die von Jahr zu Jahr wachsende Abneigung ihrer amerikanischen und britischen Schwesterparteien gegen den Versailler Vertrag. Zwar trieben sie den Isolationismus nicht so weit, daß sie, wie Amerika, Geist und Inhalt des Vertrages völlig preisgegeben hätten; wohl aber waren sie von dem Kontrast zwischen den idealen Zielen Wilsons und den machtpolitischen Tendenzen, die sich in der Versailler Wirklichkeit oft durchgesetzt hatten, ebenso enttäuscht wie einflußreiche politische Kreise der Vereinigten Staaten. Der Völkerbund schirmte ihren Isolationismus ab, d. h. gleich der britischen Linken benutzten sie ihn als Abschirmung gegen die unbequemen machtpolitischen Realitäten, die sie mit ihrem Idealismus so schwer in Einklang zu bringen vermochten. Die liberale Regierung in Kanada und die neuseeländische Labour-Regierung hielten an diesen Vorstellungen besonders hartnäckig fest. In Kanada und Südafrika konnte sich der Isolationismus nicht zuletzt infolge der rassistisch begründeten Haltung der französischen Kanadier und der Buren recht kräftig entwickeln. Marschall Smuts hatte ja schon den Versailler Vertrag nur

⁷ Vgl. die Anmerkungen in seinen Erinnerungen: *Fullness of Days*, London 1958, S. 197 bis 198, 205.

unter Protest unterzeichnet und danach entscheidenden Anteil an der Entstehung der Keynes'schen Schrift „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens“ gehabt. In Indien schließlich fesselten die Auseinandersetzungen um die Unabhängigkeit alle politischen Energien; selbst der feudalste indische Politiker, Aga Khan – in Versailles Mitglied der britischen Empire-Delegation –, stimmte mit den außenpolitischen Auffassungen der englischen Linken völlig überein. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die Aufmerksamkeit Australiens und Kanadas nicht so sehr den europäischen Ereignissen galt, sondern durch das japanische Vordringen in China und im Pazifik abgelenkt wurde. Wie immer die einzelnen Motive aber beschaffen sein mochten, sie führten alle zu der einhelligen Überzeugung, daß ein militärischer Konflikt in Europa um jeden Preis vermieden werden müsse. General Hertzog erklärte im Jahre 1937 auf der Empire-Konferenz unverblümt:

„Ich halte nach wie vor daran fest, daß der Friede in Europa dadurch gesichert werden könnte und gesichert werden sollte, daß Großbritannien Deutschland gegenüber den gleichen Geist freundschaftlicher Zusammenarbeit zeigt, den es seit 1919 gegenüber Frankreich bewiesen hat. Ich hoffe zuversichtlich, daß man mir nicht unfreundliche Gefühle gegenüber der britischen Regierung unterstellen wird, wenn ich sage, daß die britische Haltung zu Deutschland bis heute weit eher den Eindruck kühl abweisender Gleichgültigkeit macht, vor allem dann, wenn man sie mit der stets freundlichen Aufnahme französischer Wünsche vergleicht . . . Sollte es zum Kriege kommen, weil England und Frankreich hinsichtlich Mittel- und Osteuropas weiterhin eine Politik verfolgen, die Deutschlands Existenz durch die Weigerung, das in Versailles geschehene Unrecht wiedergutzumachen, ernstlich gefährdet, dann kann von Südafrika nicht erwartet werden, daß es sich am Kriege beteiligt . . .“⁸

Die Anspielung auf die Tschechoslowakei zeigt, wenn es eines solchen Hinweises überhaupt bedurfte, daß die Kabinette Großbritanniens und der Dominions bereits damals mit deutschen Ansprüchen auf das Sudetenland rechneten. Als Halifax im November 1937 nach Deutschland kam, sagte er Hitler ganz offen, daß England den Status quo in Osteuropa keineswegs als unveränderlich betrachte⁹. Aus einigen anderen Bemerkungen, die Halifax bei dieser Gelegenheit machte, geht hervor, daß England offenbar internationale Verhandlungen über eine friedliche Korrektur der deutschen Ostgrenzen wünschte, und dass unmittelbar nach der Empire-Konferenz, als Neurath (im Juni 1937) nach London kommen sollte, sogar schon vorbereitende Schritte in dieser Richtung geplant gewesen waren¹⁰.

Nachdem Hitler dann den Anschluß Österreichs vollzogen hatte, konnte niemand mehr daran zweifeln, daß eine Krise wegen der tschechoslowakischen Frage bevorstand. Als diese Krise tatsächlich kam, blieb die britische Haltung bis zum Münchner Abkommen stets unverändert. Die Weigerung Englands, der Tschechoslowakei ihre Grenzen zu garantieren, sollte Franzosen und Tschechen deutlich demonstrieren, daß London gar nicht daran dachte, sich in mitteleuropäische Konflikte verwickeln

⁸ C. M. van den Heever, General J. B. M. Hertzog, Johannesburg 1946, S. 270–271.

⁹ Dokumente der deutschen Außenpolitik, 1918–1945, Serie D, Bd. I, Nr. 51.

¹⁰ A. a. O., Serie D., Bd. I, Nr. 281, 287, 291, 295, 298, 346.

zu lassen. In britischen Augen handelte es sich lediglich um eine innertschechslowakische Auseinandersetzung, d. h. um Differenzen zwischen der Prager Regierung und ihren Minoritäten, Differenzen, die nur insofern gefährlich seien, als die Möglichkeit bestehe, daß sich Hitler von seinem notorisch gefährlichen Temperament zur bewaffneten Intervention und zur gewaltsamen Annexion des Sudetenlandes hinreißen lassen würde. Aber selbst wenn Hitler in dieser Weise vorging, durften weder Prag noch Frankreich und die Sowjetunion auf eine automatische Unterstützung durch Großbritannien zählen. Denn die Engländer waren nicht bereit, Krieg zu führen, nur um die tschechische Herrschaft über die Sudetendeutschen zu erhalten. Andererseits machte die britische Regierung Hitler darauf aufmerksam, daß er sich nicht auf die britische Neutralität verlassen dürfe, wenn er die kriegerische Lösung einem friedlichen Ausgleich vorziehe; riskiere er Krieg, so müsse er auch riskieren, daß neben den unmittelbar Beteiligten noch andere Mächte eingriffen.

Dieser Standpunkt Großbritanniens fand seinen ersten öffentlichen Ausdruck in der Rede Chamberlains vom 24. März 1938, und London bestätigte ihn während der Wochenendkrise vom 21. Mai; schließlich formulierte ihn auch noch Sir John Simon in seiner Rede, die er am 27. August in Lanark hielt. Es ist nun bemerkenswert, daß der kanadische Hochkommissar in London, Vincent Massey, am 21. März zu Dawson sagte, er glaube, daß Chamberlains zurückhaltende Politik die Unterstützung der öffentlichen Meinung Kanadas finden werde¹¹; daß die Reaktion der australischen Regierung auf die Wochenendkrise in einer öffentlichen Erklärung bestand, sie hoffe, die britischen Vorstellungen in Prag würden einer friedlichen Lösung den Weg ebnen¹²; und daß Lord Halifax am 20. Juli einen Vorschlag ablehnte, die in Chamberlains Rede vom 24. März festgelegte Linie zu verlassen – stattdessen informierte er die Franzosen über den britischen Plan, in der Person Lord Runcimans einen neutralen Vermittler nach Prag zu entsenden, und fügte hinzu:

„Wir sollten es Dr. Benesch klar machen, daß wir unter keinen Umständen eine Verpflichtung übernehmen werden, welche über die vom Premierminister am 24. März umschriebene Position hinausgeht. Ich habe den französischen Ministern auch gesagt, . . . daß mich vor meiner Abreise nach Paris der Aga Khan besuchte und während des Gesprächs nachdrücklich darauf hinwies, wie groß die Verantwortung sei, die auf der Regierung Seiner Majestät ruhe, nämlich keine Verpflichtung zu übernehmen, die das britische Empire in einen Krieg verwickeln könne. Das gleiche gelte, so sagte ich, für Südafrika¹³.“

¹¹ Sir Evelyn Wrench: *Geoffrey Dawson and Our Times*, London 1955, S. 369. Dawson traf Chamberlain am selben Tage.

¹² Erklärung des australischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten Hughes vom 25. Mai 1938. *Australia, Parliamentary Debates, House of Representatives*, Vol. 155, S. 1375 bis 1376.

¹³ Doc. on Brit. For. Pol., 3rd Series, Vol. I, Nr. 523. Die Erinnerungen des Aga Khan erwähnen dieses Ereignis nicht, zeigen aber, daß seine Ansichten im allgemeinen so waren, wie Halifax sie beschrieben hat (*The Memoirs of Aga Khan*, London 1954, S. 264–65).

Als der französische Geschäftsträger in London am 25. August noch einmal den Versuch machte, die britische Regierung zur Preisgabe dieser Haltung zu bewegen, wiederholte Halifax seine Einwände mit fast den gleichen Worten:

„Die Regierung Seiner Majestät hat ihre Position am 24. März genau dargelegt . . . , und . . . wir sind nicht in der Lage, darüber hinauszugehen. Ganz abgesehen von dem vorliegenden Fall, würde jeder Versuch, im Namen Großbritanniens weitergehende Verpflichtungen zu übernehmen, in verschiedenen Kreisen hier mit Sicherheit heftige Opposition hervorrufen und wahrscheinlich auch in den Dominions; die unmittelbare Folge wäre also das genaue Gegenteil dessen, was man sich von einer energischen Erklärung offenbar verspricht¹⁴.“

Als der Nürnberger Parteitag näherrückte und man überall damit rechnete, daß Hitler diese Gelegenheit wahrnehmen werde, die deutsche öffentliche Meinung gegen Prag aufzuputschen, traten mindestens zwei Dominions offiziell in Aktion. Nach einer eingehenden Beratung wies die australische Regierung am 1. September ihren Londoner Vertreter an, der britischen Regierung mitzuteilen, daß Australien Chamberlains Rede vom 24. März und Simons Stellungnahme in Lanark billige; Australien halte es für geboten, der tschechoslowakischen Regierung dringend nahe zu legen, eine sofortige öffentliche Erklärung abzugeben „über die größtmöglichen Konzessionen, die sie machen könne“¹⁵. Menzies, damals australischer Generalstaatsanwalt, besuchte Deutschland im Juli 1938 und kehrte (wie er später sagte) mit der Überzeugung zurück, daß „es doch unsinnig wäre, wenn Europa in einen Krieg triebe, in dem das Recht auf beiden Seiten liege“¹⁶.

Am selben Tage (1. September) entwarf der südafrikanische Premierminister, General Hertzog, eine Erklärung, in der er für den Fall, daß Großbritannien in einen europäischen Krieg verwickelt würde, dessen Ursache ein deutsch-tschechischer Konflikt wäre, die Haltung Südafrikas definierte. Das Dokument kommt einer Neutralitätserklärung gleich. Er legte es zunächst dem Verteidigungsminister Pirow vor, dann Smuts und dem inneren Kabinett. Nach einem Tag Bedenkzeit billigte Smuts den Entwurf¹⁷. Wie eine in den amerikanischen Akten befindliche Denkschrift zeigt, darf die Wirkung solcher Vorgänge auf London nicht unterschätzt werden. Am 7. September überreichte nämlich der britische Geschäftsträger in Washington ein Memorandum¹⁸, das, nach den Instruktionen Halifax' abgefaßt, der amerikanischen Regierung die britische Politik auseinandersetzen sollte. Er wies in seinem mündlichen Kommentar zu den schriftlichen Ausführungen nachdrücklich auf das Dilemma hin, dem sich die verantwortlichen britischen Staatsmänner gegenübersehen: Bleibe England neutral, so erhalte Deutschland einen

¹⁴ A. a. O., 5rd Series, Vol. II, Nr. 691.

¹⁵ Erklärung des australischen Ministerpräsidenten Lyons vom 28. 9. 1938. Australia, Parl. Deb., House of Repres., Vol. 157, S. 506 ff.

¹⁶ Ebenda, S. 452.

¹⁷ Oswald Pirow, James Barry Munnik Hertzog, London 1958, S. 226–27.

¹⁸ Doc. on Brit. For. Pol., 3rd Series, Vol. II, S. 252.

ungeheuren Machtzuwachs; greife es aber in einen Krieg ein, der durch den tschechischen Widerstand gegen die deutschen Forderungen ausgelöst würde, so müsse der dem Konflikt zugrunde liegende Fehler, nämlich die Unterwerfung der Sudeten-deutschen unter tschechische Herrschaft, in einem zukünftigen Friedensvertrag doch vermieden werden.

„Außerdem hat sich herausgestellt, daß die Dominions eine isolationistische Politik verfolgen; es hat also keinen Sinn, um der Sicherheit des Vereinigten Königreichs willen Krieg zu führen, wenn dadurch das Empire auseinanderbricht¹⁹.“

In den Septembertagen hat London die Regierungen der Dominions so vollständig wie möglich über die Entwicklung der Lage informiert²⁰, sie billigten denn auch völlig die Schritte Chamberlains. Zum Beispiel gab Vincent Massey am 16. September Dawson zu verstehen, wie sehr er einen Weltkrieg verabscheue, der nur mit dem Ziel geführt würde, „große und unzufriedene Minderheiten unter tschechoslowakischer Herrschaft zu halten“²¹. Und am 27. September schüttete Bruce, der australische Hochkommissar, Dawson sein Herz aus; er zeigte sich tief besorgt über die drohende Kriegsgefahr²². Te Water, der Vertreter Südafrikas – der im September 1939 aus Protest gegen den Kriegseintritt Südafrikas zurücktrat –, war nicht weniger eifrig als seine beiden Kollegen. Noch am 27. September wurden die Bedenken der Dominions dem Kabinett vorgetragen, das gleichzeitig ein Telegramm von Lyons, dem australischen Premierminister, erhielt. Duff Cooper, der wohl am stärksten in europäischen Kategorien denkende englische Minister, setzte sich gegen die Annahme der von Massey, Bruce usw. dargelegten Auffassung erbittert zur Wehr und behauptete, sie entspreche keineswegs der wahren Stimmung in den Dominions. Und er sah seine Meinung für gerechtfertigt an, als am folgenden Tag ein Telegramm des britischen Hochkommissars (in Australien) eintraf, dessen Inhalt darauf hinauslief, daß die Australier das Telegramm Lyons', falls es der Öffentlichkeit bekannt wäre, einhellig verurteilen würden²³.

Äußerstenfalls aber waren die Meinungen in Australien geteilt. Daß aber Te Water den Standpunkt der südafrikanischen Bevölkerung korrekt interpretiert hat, kann nicht bezweifelt werden. Am 28. September berief Hertzog das südafrikanische Kabinett ein und legte den Ministern die drei Wochen zuvor von ihm formulierte Erklärung über die für den Kriegsfall beabsichtigte Haltung Südafrikas vor. Sie lautete folgendermaßen:

„Die zwischen der Südafrikanischen Union und den verschiedenen kriegführenden Parteien zur Zeit bestehenden Beziehungen sollen, soweit das von der Union abhängt, keine Änderung erfahren und so fortgesetzt werden, als ob kein Kriegs-

¹⁹ Foreign Relations of the United States, 1938, Vol. I., S. 580–81.

²⁰ Barrington Ward von der „Times“ erhielt von Vincent Massey, dem kanadischen Hohen Kommissar in London, eine Abschrift der Godesberger Forderungen, „History of The Times“, Vol. IV, S. 940.

²¹ Ebenda, S. 958.

²² Wrench, a. a. O., S. 278.

²³ Viscount Norwich, Old Men Forget, London 1955, S. 239–240.

zustand herrsche. Jedoch sollen die bestehenden Beziehungen und Verpflichtungen zwischen der Union und Großbritannien sowie anderen Mitgliedern des Britischen Commonwealth insoweit unverändert bleiben und aufrechterhalten werden, als diese Beziehungen und Verpflichtungen auf jenen vertraglichen Bindungen beruhen, die den Marinestützpunkt Simonstown betreffen; das gleiche gilt für die Mitgliedschaft im Völkerbund oder für diejenigen Beziehungen usw., die sich als selbstverständliche Folgen aus der freien Vereinigung der Union mit anderen Mitgliedern des Commonwealth ergeben; niemand wird es gestattet werden, das Territorium der Union für irgendeinen Zweck zu benutzen, der geeignet ist, die erwähnten Beziehungen und Verpflichtungen zu beeinträchtigen²⁴.

Die Erklärung wurde einstimmig gebilligt. Am selben Tag sandte Lyons ein weiteres Telegramm an das britische Kabinett, in dem er vorschlug, an Mussolini zu appellieren und Bruce, den australischen Vertreter in London, mit einer persönlichen Botschaft nach Rom zu entsenden, falls Chamberlain glaube, daß damit irgendetwas erreicht werden könne. Die Depesche fand Chamberlain im Bett (sie muß in den frühen Morgenstunden des 28. September angekommen sein)²⁵. Lyons Vorschlag entsprach einer kurz zuvor von Lord Perth, dem britischen Botschafter in Rom²⁶, gegebenen Anregung; Perth hatte denn auch bereits Anweisung erhalten, offiziell bei Mussolini vorstellig zu werden und dem italienischen Regierungschef zu sagen, das britische Kabinett hoffe, er werde seinen Einfluß auf Hitler benutzen, um diesen zur Annahme von Chamberlains Versprechen vom 27. September – er werde dafür sorgen, daß die Tschechen die vereinbarte Abtretung des Sudetenlandes vollzögen – zu bewegen²⁷. Kurz nachdem Chamberlain das Telegramm des australischen Premiers gelesen hatte, beauftragte er Perth, Mussolini als seine persönliche Botschaft die Bitte um Unterstützung einer neuen Idee vorzutragen: nämlich Viererkonferenz in Deutschland, auf der die Abtretung des Sudetenlandes endgültig geregelt werden könne²⁸. Zwar ist das Beweismaterial nicht ganz überzeugend, aber es scheint doch wenigstens die Vermutung erlaubt, daß die zweite und wesentlich erweiterte Anweisung an Perth von den Vorschlägen Lyons' beeinflusst worden ist.

Mit Sicherheit kann man jedoch nach den verfügbaren Quellen folgendes sagen: Hätte sich die britische Regierung von anderen Gedankengängen leiten lassen, als denen, die ihren Kurs tatsächlich bestimmten, so hätte sie die Unterstützung Südafrikas verloren, hätte mit einem uneinigen, widerwilligen, also unzuverlässigen Australien rechnen müssen und hätte schließlich die kanadische Regierung in eine sehr schwierige Lage gebracht; das britische Kabinett war sich dieser Haltung der

²⁴ van den Heever a. a. O., S. 275–76. – Pirow a. a. O., S. 227.

²⁵ Lyons' Erklärung v. 29. 9. 1938: Australia, Parl. Deb., House of Repres., Vol. 157, S. 332–33.

²⁶ Doc. on Brit. For. Pol. 3rd Series, Vol. II, Nr. 1125.

²⁷ A. a. O., 3rd Series, Vol. II, Nr. 1121, Fußnote 2, und Nr. 1125, Fußnote 2. Die Anweisungen wurden Perth am Abend des 27. September um 11 Uhr übermittelt.

²⁸ Doc. on Brit. For. Pol., 3rd Series, Vol. II, Nr. 1140, 1159, 1161, 1165, 1166, 1167 und 1231. Vgl. auch Cianos Tagebücher, 1937–38, Eintragung vom 28. Sept. 1938.

Dominions stets bewußt – die Warnungen der verschiedenen Hochkommissare und die Stellungnahmen einiger Regierungen hatten für Klarheit gesorgt. Schon die Erklärungen der Dominion-Politiker auf der Empire-Konferenz des Jahres 1937, die von den Hochkommissaren nach dem Anschluß Österreichs wahrscheinlich wiederholt wurden, sind zum Verständnis der geradezu starrsinnigen Entschlossenheit Großbritanniens, mitteleuropäischen Verwicklungen aus dem Weg zu gehen, von großer Bedeutung; sie haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß Chamberlain ständig stärksten Druck auf Benesch ausübte, um ihn zu Konzessionen gegenüber den sudetendeutschen Forderungen zu zwingen, andererseits aber jedem Versuch Beneschs auswich, der tschechischen Öffentlichkeit solche Konzessionen durch bindende westliche Hilfsversprechen schmackhafter zu machen.

Daß Chamberlain die Abneigung der Dominions gegen einen Krieg zur Unterstützung der Tschechoslowakei kannte, ist natürlich nur eines der Motive gewesen, die ihn zu seiner in München gipfelnden Appeasement-Politik bewogen. Ebenso bedeutsamen Anteil hatten andere Faktoren an der allgemeinen Schwäche der britischen Position, die Chamberlain und Halifax im Hinblick auf einen Krieg so tief empfunden haben. Die moralische Kraft des deutschen nationalen Gravamens gegen Versailles – dessen Beurteilung von der seltsamen Vermischung machtpolitischer Grundsätze mit Wilsonschem Moralismus bestimmt wurde, die der internationalen Politik in der Zwischenkriegsperiode ihren Stempel aufdrückte – sowie die ungenügende militärische Rüstung Großbritanniens haben die Entschlüsse der beiden britischen Staatsmänner vielleicht stärker beeinflußt als die Haltung der Dominions. Eine sehr wichtige Rolle hat in diesem Rahmen sicherlich das Bewußtsein gespielt, wie viele Gelegenheiten zwischen 1930 und 1936 verpaßt worden waren; Gelegenheiten nämlich, sich mit Hitlers Vorgängern zu verständigen, Gelegenheiten, eine französisch-italienische Front gegen den deutschen Diktator zu errichten, Gelegenheiten schließlich, Hitlers Bewegungsfreiheit durch neue Verträge zu beschränken, die er selber geschlossen haben würde. Wegen des französischen Widerstandes, wegen der Haltung großer Teile der britischen Öffentlichkeit, allerdings auch infolge der Ausweichmanöver Hitlers selbst, hatten sie keine dieser Möglichkeiten realisieren können. All das brachte sie zu der Überzeugung, daß sie 1938 nicht in der Lage seien, Krieg zu führen, und daß die Verteidigung des tschechischen Herrschaftsanspruchs über die Sudetendeutschen – bis zu einer Friedenskonferenz, die dann doch deren Anschluß an Deutschland beschließen müsse – keinen ausreichenden Kriegsgrund darstelle.

Dokumentation

HINDENBURG ZWISCHEN DEN FRONTEN

Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932

Als Brüning's Plan, eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages zu erwirken, im Januar 1932 endgültig als gescheitert aufgegeben werden mußte, rang sich Hindenburg trotz der Aussicht auf einen harten Wahlkampf dazu durch, sich zur Wiederwahl zu stellen. Diese ihm durch die Staatsraison aufgezwungene Entscheidung lieferte ihm einem verhängnisvollen Zwiespalt der Gefühle aus. So wenig er sich der Erkenntnis verschließen konnte, daß allein seine Popularität einen nationalsozialistischen Sieg bei den Präsidentenwahlen zu hindern vermöge, so sehr widerstrebte es ihm, sich von den demokratischen Parteien der Mitte und der Linken abhängig zu wissen und sich in einen erbitterten Konflikt mit einem großen Teil der ihm politisch nahestehenden Kräfte verwickelt zu sehen, die 1925 seine Kandidatur betrieben hatten. Aber auch für die sozialdemokratische Linke, ohne die an eine Wiederwahl Hindenburgs nicht zu denken war, bedeutete es eine schwere Belastungsprobe, für die zweite Kandidatur des greisen kaiserlichen Feldmarschalls einzutreten; und nur die alles überschattende Überlegung, daß Hindenburg die einzige Alternative zu Hitler sei, drängte die tiefgreifenden Bedenken der Parteiführung und ihrer Anhängerschaft im Lande zurück¹.

Die Bedeutung der im folgenden abgedruckten Briefe Hindenburgs und des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun liegt vor allem darin, daß sie, nebeneinandergestellt, die spannungsgeladene Atmosphäre einer geschichtlichen Entscheidungssituation in sich verdichten sowie das persönliche Engagement und die psychische Belastung beider Protagonisten unmittelbar sichtbar machen.

Otto Braun hat sich energischer als jeder andere sozialdemokratische Führer für die zweite Kandidatur Hindenburgs eingesetzt². Der hier zum ersten Mal veröffentlichte Brief an Kautsky spiegelt den Erschöpfungszustand des Ministerpräsidenten, den die politische Krise und widrige persönliche Verhältnisse an den Rand

¹ Wie Geßler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 351, berichtet, traf er „während des Wahlkampfes . . . in der Bahn den sozialdemokratischen Abgeordneten Stücklen, den langjährigen Militärreferenten des Reichstages. Er war stockheiser. Mit heiterer Selbstironie sagte er mir: ‚Das hätten Sie auch nicht gedacht, daß ich mich einmal in Versammlungen für Hindenburg heiser schreien muß.‘“

² Dazu u. a. Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, 2. (unveränderte) Auflage, New York 1940, S. 368 f., 370 ff. (zur 3. Auflage, die 1949 in Stuttgart erschien und gekürzt ist, vgl. die kritischen Bemerkungen von L. Bergsträsser, HZ, Bd. 171, 1951, S. 656 f.); Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik (Schriften des Instituts für pol. Wissenschaft 4), 2. Aufl., S. 446, 471, 473 f.; Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik, 3. Aufl., Hamburg o. J. (1953), S. 615; Carl Severing, Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 320, 327; Walter Görnitz, Hindenburg, Bonn 1953, S. 354.

seiner Kräfte gebracht hatten. Die Präsidentenwahl und die darauf folgenden Preußenwahlen, in denen nach seiner Überzeugung die Entscheidung im „Kampf für die Republik“ fallen wird, fordern ihm eine letzte Kraftanspannung ab. Aber hinter dieser Anspannung kündigt sich bereits die Resignation an, der er nach dem enttäuschenden Ausgang der Preußenwahlen erliegt und die auch die Passivität des früher so vitalen preußischen Regierungschefs – der neben Erzberger und Stresemann zu den größten staatsmännischen Potenzen der Weimarer Zeit zu zählen ist – am 20. Juli 1932 weitgehend erklärt³. Der Tenor des sechseitigen Handschreibens an Kautsky ist um so bemerkenswerter, als zwischen den beiden Männern durchaus kein besonders enges persönliches Verhältnis bestand und sie auch nur selten miteinander korrespondierten. Wenn Braun den alten Parteiideologen als seinen „politischen Lehrmeister“ bezeichnet, darf darin kaum mehr als eine höfliche Floskel gesehen werden; denn der aus der Praxis der sozialistischen Bewegung herausgewachsene Politiker hatte nie großes Interesse für theoretisch-sozialistische Fragen bewiesen. Um so elementarer wirkt der übrige Inhalt des Briefes, aus dem das Bedürfnis eines innerlich Vereinsamten spricht, sich mitzuteilen. Daß der Briefempfänger Kautsky heißt, erscheint demgegenüber fast gleichgültig. Wandeln wir den vielzitierten Satz, daß *Männer* die Geschichte machen, dahin ab, daß Geschichte von *Menschen* gemacht wird, so verliert er seinen heroischen Unterton und mahnt dazu, jeweils die Gesamtpersönlichkeit eines geschichtlich Handelnden ohne idealistische Überhöhung zu verstehen zu suchen. In diesem Sinne wird man den Brief an Kautsky als aussagekräftiges menschliches Zeugnis werten müssen, das auf die letzte Zeit der Amtsführung des „roten Zaren“ von Preußen, wie ihn seine politischen Gegner nicht ohne Hochachtung zu nennen pflegten, ein tragisches Licht wirft.

Belegt die Haltung Brauns eindringlich, welch verzweifelte Hoffnungen von republikanischer Seite sich an die Wiederwahl Hindenburgs knüpften, so verrät der an Friedrich von Berg-Markienen⁴ gerichtete Brief des Reichspräsidenten dessen nicht minder verzweifeltes Bestreben, sich von dem Verdacht zu reinigen, seinen „alten Anschauungen“ untreu geworden zu sein, und zugleich den Wunsch, sich von den wichtigsten Stützen seiner Kandidatur – nämlich dem Zentrum und besonders der Sozialdemokratie – zu distanzieren. Der Brief entspricht, abgesehen von dem einleitenden, für den Adressaten persönlich bestimmten Absatz, in dem dieser auch ermächtigt wird, von dem Inhalt des Schreibens in seinem „Kreise vertraulich Gebrauch zu machen“, wörtlich der bisher vornehmlich von Bracher benutzten und in einigen Formulierungen zitierten „Persönlichen Darlegung des Herrn Reichspräsidenten über die Vorgänge und Vorgeschichte seiner Wiederkandidatur

³ Vgl. Braun a. a. O., S. 574, 577, 379, 395 ff., 409 ff.; Erich Matthias, Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933, in dieser Zeitschrift, Jg. 4 (1956), S. 256.

⁴ Ehemaliger Oberpräsident der Provinz Ostpreußen (1916 bis Januar 1918), Chef des Zivilkabinetts (bis 11. 10. 1918) und Generalbevollmächtigter des preußischen Königshauses (1921–1927); 1. Vorsitzender der deutschen Adelsgenossenschaft (Adelsmarschall). – An dieser Stelle sei Herrn Hans Hubert v. Berg, in dessen Besitz sich das Or. des Briefes befindet, dafür gedankt, daß er sich mit einer Veröffentlichung einverstanden erklärt hat.

vom 25. 2. 1932⁵, die nach Feststellungen Vogelsangs „mit dem Vermerk ‚Vertraulich‘ für Interessenten der Rechten vervielfältigt“ wurde⁶. Durch die vollständige Veröffentlichung des Briefes an Berg werden somit zugleich die Entstehungsgeschichte dieses mehrfach überlieferten zeitgeschichtlichen Zeugnisses und der Weg seiner Verbreitung aufgeklärt. Mag es auch fraglich scheinen, ob Hindenburg den langen Brief in allen Teilen selbständig konzipiert hat⁷, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß das Schreiben inhaltlich voll seinen Anschauungen entspricht. Wenn er betont, er dulde „lieber den Passionsweg persönlicher Angriffe“ gegen sich und sei auch eher bereit, die „Herabsetzung“ seines Namens hinzunehmen, als daß er „Deutschland sehenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten lasse“, so wird damit eines der Leitmotive seiner Politik angeschlagen, dem für die Beurteilung seiner Entscheidungen in der Endphase der Republik wesentliche Bedeutung beizumessen ist⁸. Nicht weniger ernst zu nehmen ist allerdings seine Beteuerung, daß er seine „Bemühungen um eine gesunde Entwicklung nach rechts nicht einstellen“ werde. So nimmt auch dieser Brief, analog zu dem Brauns, schon ein gutes Stück der Entwicklung der kommenden Monate vorweg. Wie Bracher mit Recht hervorgehoben hat, verlieren die „Vor-

⁵ Bracher a. a. O., S. 452 ff. hat eine im Nachlaß Westarp überlieferte Abschrift der „Darlegung“ herangezogen. Dazu heißt es – nach Auskunft von Dr. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen – in einem Privatbrief der Gräfin Westarp vom 2. 3. 1932: „... Ich mußte 9 Aktenseiten eng geschrieben ganz geheime Niederschrift Hindenburgs abschreiben, kann nichts darüber mitteilen, weil Vater unterschreiben mußte, daß nur wir drei es sehen dürfen. Ein hochinteressantes historisches Dokument...“ Dagegen ist im Nachlaß Schleicher 24 ein hektographiertes Exemplar der Denkschrift überliefert; außerdem der Durchschlag des auch von Vogelsang (s. folgende Anmerkung) angeführten Begleitbriefes, mit dem Schleicher ein Exemplar (als Einschreiben) an Reichenau übersandte und dazu bemerkte, die Denkschrift sei an sich nur zur persönlichen Information bestimmt, Reichenau könne sie jedoch „einzelnen Personen natürlich zu lesen geben. Ich bitte Sie aber, sie im übrigen nicht aus der Hand zu geben. Den Inhalt können Sie sinngemäß verwenden...“

⁶ Vgl. Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in dieser Zeitschrift, Jg. 2 (1954) S. 421 (Fußnote 85). – Auch Görnitz a. a. O., S. 554 und S. 356 ff. greift mehrfach auf die Ausführungen Hindenburgs zurück, die als „eine undatierte, von Hindenburg eigenhändig unterzeichnete Niederschrift über die Vorgänge und die Geschichte seiner Wiederwahl, die vermutlich aus den ersten Monaten des Jahres 1932 stammt“, eingeführt werden. Wenn danach auch die Möglichkeit nicht auszuschließen wäre, daß Görnitz ein undatiertes, jedoch gezeichnetes Entwurf zur Verfügung gestanden haben könnte, so ist doch den kritischen Bemerkungen Brachers über die Verwendung bei Görnitz im ganzen zuzustimmen; Bracher a. a. O. S. 452 (Fußnote 35).

⁷ Es läge beispielsweise nahe, eine Beteiligung Meißners zu vermuten.

⁸ Vgl. Matthias a. a. O., S. 256 f. – Das gleiche gilt für die Haltung der Reichswehrführung. Dazu ein Brief Schleichers vom 23. 2. 1932, Durchschlag im Nachlaß Schleicher 24 (anscheinend an einen Verwandten gerichtet; Anrede: „Lieber Onkel Will!“), in dem es heißt: „Deine Frage wegen der Präsidentenwahl ist sehr einfach zu beantworten. Hindenburg ist der einzige Kandidat, der in der Lage ist, Hitler zu schlagen. Da ich der Überzeugung bin, daß Hitler zum Reichspräsidenten geeignet ist wie der Igel zum Handtuch, und weil ich fürchte, daß seine Präsidentschaft zum Bürgerkrieg und letzten Endes zum Bolschewismus führt, ist die Entscheidung, wem man seine Stimme geben soll, in diesem Falle wirklich nicht schwer...“

gänge um den Sturz Brünnings kaum vier Monate später . . . manches von ihrer Dramatik, wirken weit weniger überraschend“, wenn man sich die Vorgeschichte der Präsidentenwahl und insbesondere die eigenen Darlegungen Hindenburgs vom 25. Februar 1932 vergegenwärtigt⁹.
Erich Matthias

Dokument 1

25. 2. 1932: Reichspräsident von Hindenburg (Berlin) an Friedrich von Berg (Markienen)

Privatbesitz, maschinenschriftl. Ausfertigung; Bundesarchiv, Nachlaß v. Berg 2, maschinenschriftl. Abschrift.

Persönlich

Sehr geehrter, lieber Herr von Berg!

Ich habe das Bedürfnis, Ihnen zu sagen, wie leid es mir tut, daß Sie nun durch Ihr Eintreten für mich Unannehmlichkeiten hatten. Ich glaube, Ihr Entschluß, den Vorsitz der Deutschen Adelsgenossenschaft niederzulegen, war in einer an sich verständlichen Verärgerung etwas übereilt gefaßt¹. Inzwischen hat sich das Bild, das meine Kandidatur in der Öffentlichkeit bietet, in manchem verändert. Die Neubildung des Hindenburg-Ausschusses², dem fast ausschließlich Persönlichkeiten aus den Kreisen der Rechten und meiner alten Wähler von 1925 angehören, der Widerhall, den der Aufruf des Grafen Westarp³ durch die Unterschriften von über 400 Personen konservativer Staatsauffassung gefunden hat⁴ und anderes mehr, zeigen Jedem, der

⁹ Bracher a. a. O., S. 453.

¹ Berg war am 6. Februar im Deutschen Adelsblatt für die Kandidatur Hindenburgs eingetreten. Nachdem in den folgenden Tagen Hitler und Duesterberg aufgestellt worden waren und dies zu Angriffen auf Bergs Stellungnahme geführt hatte, legte er am 17. Februar den Vorsitz in der Deutschen Adelsgenossenschaft nieder (Deutsches Adelsblatt, 50. Jahrg. Nr. 8, 20. 2. 1932, S. 107). Am 27. Februar veröffentlichte der Hauptvorstand der Adelsgenossenschaft eine Erklärung, in der es hieß (ebd. Nr. 9, S. 119): „Als Exzellenz v. Berg am 6. Februar für den Feldmarschall eintrat, mußte er auf Grund seiner Informationen mit unbedingter Sicherheit annehmen, daß dieser mit dem heutigen System brechen oder, wenn die Verhandlungen über ein Rechtskabinett sich zerschlagen würden, eine Kandidatur gegen die Rechtsparteien keinesfalls annehmen würde. Die Verhältnisse haben sich anders entwickelt, und daraus hat Exzellenz v. Berg geglaubt, die Folgerung ziehen zu sollen.“ Wenn der Hauptvorstand auf diese Weise den Rücktritt als Distanzierung des bisherigen Adelsmarschalls von Hindenburg auslegte, kam das einer bewußten Verfälschung der Motive Bergs gleich. Wie mir Herr Hans Hubert von Berg mitteilte, entsinnt er sich genau, daß sein Adoptivvater „aus Protest gegen die Haltung innerhalb maßgebender Kreise der Adelsgenossenschaft“ den Vorsitz niederlegte, jedoch „keinesfalls, um Hindenburgs Einstellung zu desavouieren.“ Die Bemerkung Hindenburgs, daß der Entschluß zum Rücktritt „etwas übereilt gefaßt“ worden sei, beziehe sich auf die gemeinsame Auffassung Hindenburgs und Bergs, „daß die z. Zt. maßgebenden Leute innerhalb der Adelsgenossenschaft nicht den Geist der Gesamtheit repräsentierten.“

² Vgl. u. a. Bracher a. a. O., S. 455.

³ Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1932, S. 50; C. Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Bd. 3 (für 1932), 1934, S. 57.

⁴ Demnächst wird Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen eine Dokumentation über die Haltung rechtsgerichteter Wählerkreise zur Wiederwahl Hindenburgs vorlegen, die sich auf

guten Willens ist, deutlich, daß ich nicht ein Kandidat der Linken bin und gegen das „nationale Deutschland“ kandidiere. Sie beweisen vielmehr, daß das Gros meiner alten Wähler auch neuerdings sich zu mir bekennt.

Dennoch halte ich mich auch Ihnen gegenüber verpflichtet, nachstehend noch einmal im Zusammenhang die Vorgänge und Erwägungen mitzuteilen, die mich zur Annahme der Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl bestimmt haben. Ich sehe naturgemäß davon ab, diese meine Darlegungen in der Presse zu machen, aber ich bin gern damit einverstanden, daß Sie von dem Inhalt dieses Schreibens in Ihrem Kreise vertraulich Gebrauch machen, um irrigen Anschauungen entgegenzutreten⁶.

1. Den Reichskanzler Dr. Brüning schätze ich als einen außerordentlich befähigten Mann von hingebender Vaterlandsliebe und großer Arbeitskraft, der in einer sehr schweren Zeit Proben seines Könnens abgelegt und sich namentlich in den außenpolitischen Verhandlungen dem Ausland gegenüber eine beachtliche Stellung erobert hat⁶. Ich bin überzeugt, daß zurzeit auch eine anders zusammengesetzte Regierung der bestehenden Schwierigkeiten nicht Herr geworden wäre, und außenpolitisch wie innen-wirtschaftlich nicht mehr hätte erreichen können, als Dr. Brüning es getan hat. Trotz dieser menschlichen Hochachtung und politischen Anerkennung hätte ich mich auch von Brüning getrennt und wäre bereit gewesen, eine andere, nach rechts verlagerte Regierung zu bilden, wenn eine solche Umbildung mit Aussicht auf Erfolg möglich gewesen wäre. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat einer solchen Lösung nicht im Wege gestanden, er hat mir zweimal, am 27. Januar und 6. Februar d. J., seine und des Kabinetts Demission angeboten, da er selbst kein Hindernis für eine solche Umbildung sein wollte, sobald sich eine Möglichkeit dazu biete. Persönliche Fühlungnahme, die stattgefunden hat, und eingehende Verhandlungen, die zwischen den Führern der drei Gruppen der sogenannten Harzburger Front, Deutschnationale, Stahlhelm und Nationalsozialisten, wochenlang geführt wurden, haben jedoch das Ergebnis gehabt, daß alle Bemühungen, auch nur diese drei Gruppen auf einer gemeinsamen Linie zu einigen, gescheitert sind. Sie scheiterten an den Forderungen Hitlers, die auf die Errichtung einer rein nationalsozialistischen Parteidiktatur hinausgehen – für dieses Experiment sind aber die Zeiten zu ernst – auf der einen Seite, und auf der anderen Seite an dem Verlangen Hugenbergs, dem wiederum Hitler sich nicht unterordnen wollte, nach der persönlichen Führung in einer neu gebildeten, auf zu schmaler Basis stehenden Regierung. Selbst die Versuche des Stahlhelms, auf seiner Linie Deutschnationale und Nationalsozialisten zu einigen, sind ergebnislos geblieben. Es ergibt sich hieraus, daß die „Harzburger Front“ nur noch eine Fiktion ist, richtiger gesagt, de facto nie bestanden hat. Die ihr angehörigen Gruppen sind zwar in der Ablehnung der Regierung Brüning einig, sie sind aber wegen ihrer Uneinigkeit in sich unfähig, selbst eine Regierung zu bilden. Sie haben es ja nicht einmal fertiggebracht, sich über einen gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl zu einigen.

umfangreiche Korrespondenzen stützen kann, die im Nachlaß Westarp überliefert und in Zusammenhang mit dem Aufruf Westarps entstanden sind. Dazu auch der Hinweis bei Bracher a. a. O., S. 455 (Fußnote 42).

⁶ Der folgende Teil des Briefes ist identisch mit der in der Vorbemerkung erwähnten „Persönlichen Darlegung“ Hindenburgs.

⁶ Vgl. auch die Äußerungen Hindenburgs über Brüning, die in einer Aufzeichnung Meißners über den Empfang Hugenbergs durch den Reichspräsidenten am 1. 8. 1931 wiedergegeben sind; sie werden abgedruckt werden als Dok. Nr. 1 bei Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: E. Matthias u. R. Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1960.

Ich bitte hieraus zu ersehen, daß die Behauptung, daß *ich* einer Rechtsregierung widerstrebe, durchaus falsch ist. Nicht *ich* bin das Hindernis für eine solche Entwicklung, auch nicht der Reichskanzler Dr. Brüning, sondern *lediglich die Uneinigkeit der Rechten*, ihre Unfähigkeit, sich auch nur in den Hauptpunkten zusammenzufinden. Es ist nur tief zu bedauern, daß die Rechte – zerrissen wie sie ist – von einseitig partei-ehrgeizigen Führern den Weg der Einflußlosigkeit und Selbstzerstörung geführt wird. Ob und wann dieser Zustand sich ändert, läßt sich nicht voraussagen. Trotz aller Nackenschläge werde ich dennoch meine Bemühungen um eine gesunde Entwicklung nach rechts nicht einstellen, in der Hoffnung, daß es möglich sein wird, nach den Preußenwahlen, die unbedingt spätestens im Mai stattfinden *müssen*, neue Verhandlungen zur Bildung einer Konzentrationsregierung aufzunehmen.

2. Ich habe die mir angebotene Kandidatur angenommen in dem Gefühl, eine vaterländische Pflicht damit erfüllen zu müssen. Hätte ich abgelehnt, so bestände bei der Zersplitterung der bürgerlichen Parteien die Gefahr, daß der Kandidat der Rechtsradikalen oder derjenigen einer im zweiten Wahlgang geeinigten kommunistisch-sozialistischen Koalition zum Siege gelangen würde. Ein solches Ergebnis der Präsidentenwahl müßte ich für ein großes Unglück für unser Vaterland ansehen. Dieser Wahlausgang würde Deutschland in schwere innere Kämpfe und hieraus sich ergebende außenpolitische Ohnmacht versetzen. Das zu verhindern, schien mir Pflicht, hinter der alle anderen Erwägungen zurücktreten mußten, auch die, wieder einmal von der Rechten und vielen meiner alten Kameraden mißverstanden zu werden. Aber ich gehe lieber den Passionsweg persönlicher Angriffe gegen mich und Herabsetzung meines Namens, als daß ich Deutschland sehenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten lasse.

Die Angriffe, die ich erwartete, sind nun schon in vollem Gange⁷. Es wird in der Rechtspresse und in Versammlungen mit der Behauptung gegen mich Stimmung gemacht, ich hätte meine Kandidatur für die Wiederwahl aus den Händen der Linken oder einer „schwarz-roten Koalition“ einseitig entgegengenommen. Diese Behauptung ist eine glatte Lüge! Die Kandidatur ist mir angetragen worden von den zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen stehenden Parteien des Landvolks, der Wirtschaftspartei, des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Volkskonservativen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei. Diesen schlossen sich später die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei sowie die Deutsch-Hannoveraner an. Zu den vorerwähnten Fraktionen und Parteien traten eine Reihe von Verbänden und Vereinigungen wie der Jungdeutsche Orden, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Evangelische Volksdienst, die Christlichen Bauernvereine, der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser“, Universitäten und Hochschulen und andere mehr. In diesen Parteien und Verbänden steckt aber ein sehr großer Teil der Wähler, die mich im Jahre 1925 ins Amt des Reichspräsidenten berufen haben. Nachdem hierzu noch im ganzen Reiche auf der Grundlage der Überparteilichkeit und der Zusammenfassung sich sogenannte „Hindenburg-Ausschüsse“ gebildet und für den Wahlvorschlag meiner Person über 3½ Millionen freiwillige Eintragungen gesammelt hatten, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß unbeschadet der Parteizugehörigkeit im einzelnen in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte verbleibe.

Wer mich nicht wählen will, braucht dies nicht zu tun. Mit allem Nachdruck aber

⁷ Auch in der Reichstagsdebatte über den Termin der Reichspräsidentenwahlen, die am 23. 2. begonnen hatte, war Hindenburg scharf angegriffen worden. Dabei hatte sich gleich zu Anfang der Aussprache Goebbels durch seine hemmungslose Demagogie hervorgetan („Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist! Hindenburg wird gelobt von der Berliner Asphaltpresse, von der Partei der Deserteure . . .“).

werde ich mich dagegen wehren, daß ich der Wahrheit und besserem Wissen zuwider als Kandidat der Linken oder einer schwarz-roten Koalition dargestellt werde. Die Zusammensetzung des Kuratoriums der Hindenburg-Ausschüsse, der Widerhall des Aufrufs des Grafen Westarp, von dem ich ein Exemplar mit den Unterschriften beifüge, sowie die Aufrufe der Verbände und Fraktionen, die sich zu mir bekannt haben, beweisen zur Evidenz die Unwahrheit dieser tendenziösen Behauptung. Wenn die Sozialdemokraten davon absehen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und es ihren Anhängern freistellen, ebenfalls mich zu wählen, so kann ich das nicht verhindern; es würde auch meinem Ziele, das deutsche Volk in den großen Fragen der Politik zusammenzubringen, zuwiderlaufen, wenn ich diese Wähler zurückstoßen würde.

Ich nehme für mich in Anspruch, auf der Basis meiner alten Anschauungen und meiner Vergangenheit Deutschland uneigennützig zu dienen, als ehrgeizige Parteiführer, die gegen besseres Wissen die nicht bestehende Harzburger Front als Aushängeschild für unsere ehrwürdigen Farben schwarz-weiß-rot in Anspruch nehmen. Das Endurteil über mich überlasse ich getrost der Geschichte.

3. In dem Wahlkampf spielen bereits jetzt zwei Vorwürfe gegen mich eine besondere Rolle: Immer wieder wird mir vorgeworfen, ich hätte durch das Unterschreiben des vom Reichstag als Gesetz beschlossenen Youngplanes die „Nationale Front“ im Stich gelassen. Ich bemerke hierzu, daß ich den Youngplan unterschrieben habe, weil ich in ihm einmal das Mittel zur Befreiung der Rheinlande, zur Beseitigung der Kontrollkommissionen, dann aber auch einen Schritt zum Abbau der Reparationslasten überhaupt erblickte. Ich war schon damals fest davon überzeugt, daß der Youngplan nur eine kurze Laufzeit haben könne, um dann einer Neuregelung Platz zu machen. In dieser Voraussicht habe ich mich nicht getäuscht. Das Rheinland ist frei, die Aufsichtsbehörden sind verschwunden, der Youngplan ist bereits erledigt, nachdem wir während seines kurzen Bestehens weniger als vorher beim Dawesplan bezahlt haben. Das Weltgewissen ist für uns, wir können „Nein“ sagen. Die ganze Agitation, die damals mit der Behauptung betrieben wurde, zwei deutsche Generationen würden 65 Jahre lang tributpflichtig sein, ist somit gegenstandslos geworden; der Youngplan existiert de facto heute nicht mehr, aber er muß immer noch dazu herhalten, für Angriffe von sogenannter nationaler Seite gegen mich das Material zu liefern. Würden wir so weit sein, wenn ich dem Propaganda-Rat Hugenberg's gefolgt wäre und nicht unterschrieben hätte?

Der zweite Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich Notverordnungen unterschrieben hätte. Ich weiß, daß ich durch den Erlaß zahlreicher Notverordnungen dem deutschen Volke schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Da aber der Reichstag, der eigentliche Gesetzgeber, völlig versagte und selbst unfähig war, Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich einspringen und die Verantwortung übernehmen. Ich habe hierbei nach dem guten alten Grundsatz der preußischen Felddienstordnung gehandelt, der besagt, daß ein Fehlgriff in der Wahl der Mittel nicht so schlimm ist, als das Unterlassen jeglichen Handelns. Ich will nicht behaupten, daß alle die Maßnahmen, die in schwieriger, oft unübersichtlicher Situation eiligst getroffen worden sind, immer richtig und zweckmäßig waren. Ich glaube auch nicht, daß all die Belastungen, die sie enthalten, auf die Dauer aufrecht erhalten werden können. Im Gegenteil hoffe ich, daß sie sehr bald verabschiedet oder durch andere Regelung ersetzt werden müssen. Wann dies der Fall sein wird, kann ich freilich noch nicht sagen. –

4. Zu dem Verhalten des Stahlhelms mir gegenüber kann ich nicht unterlassen, folgendes festzustellen:

Vierteljahrshefte 6/1

Ich habe im Gefühle der Treue, die ich meinen alten Kriegskameraden bewahre, von Anfang meiner Präsidentschaft an schützend die Hand über den „Stahlhelm“ gehalten. Ich habe es von mir gewiesen, die Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm niederzulegen, als mir dies seinerzeit regierungsseitig aus politischen Gründen nahegelegt wurde, und habe die ganzen Jahre hindurch mit dem „Stahlhelm“ und seinen Führern kameradschaftliche und persönliche Fühlung gehalten.

Wäre im Jahre 1925 ein Anderer zum Reichspräsidenten gewählt worden, so wäre der Stahlhelm nach all den Erfahrungen, die selbst ich in den letzten sieben Jahren gemacht habe, schon längst aufgelöst worden. Ich habe es vor ca. 1½ Jahren als Selbstverständlichkeit angesehen, mich mit meiner ganzen Person für den Stahlhelm einzusetzen, als er im Rheinlande und in Westfalen bereits verboten war⁸. Ich vermag nicht den Gedankengängen der Stahlhelmsleitung zu folgen, die einerseits in Veröffentlichungen behauptet, mir die Treue zu halten, sich andererseits aber im Wahlkampf gegen mich stellt und dies auch noch ganz besonders dadurch zum Ausdruck bringt, daß sie zusammen mit der Deutschnationalen Volkspartei den 2. Bundesführer des „Stahlhelm“ als Gegenkandidaten präsentiert, dabei behauptend – ausgerechnet gegen mich – den schwarz-weiß-roten Gedanken vertreten zu müssen.

Sie können es daher wohl verstehen, daß das jetzige Verhalten des Stahlhelm mir gegenüber nur Verbitterung bei mir auslösen muß. Jedenfalls hat es mit meiner Auffassung über den Begriff „Treue“ nichts gemein.

Mit den besten Grüßen verbleibe ich

Ihr getreuer
von Hindenburg

Dokument 2

19. 2. 1952: Ministerpräsident Otto Braun (Berlin) an Karl Kautsky (Wien)

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Kautsky, eigenhändige Ausfertigung.

Lieber Genosse Kautzky!¹

Ich muß Sie vielmals um Verzeihung bitten, daß ich erst heute Ihren Brief v[om] 26. v[origen] M[onat]s mit den Glückwünschen zu meinem 60. Geburtstage², der mir eine große Freude bereitet hat, beantwortete. Nach meiner Rückkehr von Ascona, wo ich mit meiner Frau bei unserem Freunde Friedeberg³ in der Küche bei gutem Kaffee und auch nicht ganz alkoholfrei in aller Verborgenheit meinen Geburtstag verlebte, mußte ich mich erst durch den Haufen Beglückwünschungen aller Art hindurchfressen, die ja meist mehr oder weniger formularmäßig erledigt werden konnten, z. T. aber doch eine besondere briefliche Erledigung heischten. Die Zeichen freundl[ichen] Meingedenkens meiner alten Parteifreunde mußte ich zurücklegen, bis ich Zeit fand, auch ihnen zu antworten. Nehmen Sie es mir nicht übel, Sie sind der Letzte, dem ich antworte, weil diese Antwort am längsten, fernab von allem Konventionellen aus-

⁸ Vgl. Bracher a. a. O., S. 546; Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 298 ff.

¹ So im Original; richtig: Kautsky.

² Geb. am 28. 2. 1872 in Königsberg.

³ Vgl. Braun a. a. O., S. 450.

fallen sollte. Also werden Sie es mir auch nicht verübeln, daß ich nach einem mehrtägigen Krankenlager, das ganz unnötigerweise noch dazwischen kam, erst noch die dienstlichen Rückstände, die sich durch meine mehrwöchentliche Abwesenheit aufgesammelt hatten, aufarbeitete und dazwischen auch noch meinen ganzen Einfluß einsetzte, um die Intrigen zu durchkreuzen, die gesponnen wurden, um die Kandidatur Hindenburgs zu vereiteln, an deren Zustandekommen ich seit Monaten arbeitete in der Erkenntnis, daß durch sie allein die Wahl eines Nazi-Reichspräsidenten verhindert werden kann.

So, nun genug der Vorrede. Also haben Sie und Ihre Lieben vielen herzlichen Dank für die freundlichen Wünsche, u[nd] v[or] a[ll]em auch für die anerkennenden Worte, die Sie meinem Wirken weit über Verdienst gezollt haben. Ich habe mich über sie um deswillen so gefreut, weil sie von meinem politischen Lehrmeister kommen, der Sie doch nun einmal sind, obgleich ich nicht immer ein ganz folgsamer Schüler war. Immerhin verdanke ich doch Ihnen vornehmlich die gute theoretische sozialistische Grundlage, die mir jene politisch-taktische Agilität verleiht, die das Regieren mit einer Koalition heischt. Sie schildern die Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung so zutreffend, als hätten Sie die letzten 12 Jahre in meinem Kabinett gesessen. Sie liegen ja nicht nur darin, daß man die koalierte politisch doch recht heterogene Kampffront in der Regierung und im Parlament geschlossen gegen die immer stärker anstürmende Opposition führen muß, sondern man muß auch innerhalb der Koalition mit dem Koalitionspartner dauernd ringen um jeden Handbreit Zugeständnis, das man ihm machen oder ihm abringen muß. Zu dem inneren Kampf, den man da mit sich auskämpfen muß, kommen dann noch die Vorwürfe jener Kampfgefährten, die glauben, man habe die Partei verraten, man habe mehr geopfert als nötig war. Könnte ich diesen lieben Leuten immer offen die Motive darlegen, die mich bei meinen Entscheidungen leiten, die Ziele aufzeigen, die ich mir unter Würdigung der politischen Machtverhältnisse jeweilig gesteckt habe, sie würden manche meiner Maßnahmen eher verstehen. Und doch muß ich darüber meist schweigen, will ich nicht meine Koalitionsgefährten stutzig machen und den Erfolg gefährden oder gar der Opposition den Keil in die Hand drücken, den sie mit Wollust in die Koalition hineintreiben würde.

Zermürbend wirkt aber vor allem das Unbefriedigende der immer aufregender und aufreibender werdenden Tätigkeit. Gezwungen durch die furchtbare Finanznot muß man selbst abbauen, was man jahrzehntelang vergebens erstrebt, wofür man gekämpft und [was man] erst nach der Revolution z. T. verwirklichen konnte. Aber, so angenehm es persönlich wäre, man kann den Rat jener Parteifreunde nicht befolgen, die da meinen, man müsse aus der Regierung gehen und das Odium des Abbaus revolutionärer Errungenschaften den Bürgerlichen aufladen. Gewiß, es kann einmal die Grenze erreicht werden, über die hinaus man nicht mehr zurückweichen darf, will anders man nicht der Bewegung unheilbaren Schaden zufügen. Bis dahin aber muß man drinbleiben und um jeden Handbreit Terrain zähe ringen, keinen Schritt weiter zurückweichen, als die Umstände gebieterisch heischen. Vor allem aber muß man sich den Teil der politischen Macht erhalten, den man behaupten kann und der unerläßlich ist, [um] dem Proletariat die Rechte und Freiheiten zu erhalten, die es braucht, um auf politischem, sozialem und allgemein kulturellen Gebiete das unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und nicht zuletzt auch durch seine politische Zerrissenheit verlorene Terrain wieder zu erobern und neues hinzu zu gewinnen. Ob ich das noch erleben werde? Ich weiß es nicht, denn bei mir knistert es schon bedrohlich im Gebälk, was ich nach außen nach Möglichkeit verbergen muß. Man kann von aufreibender Arbeit nicht leben und leistungsfähig bleiben ohne zeitweise Ausspannung in Familie und Freundeskreis. Beides fehlt mir.

Meine Kinder sind tot; mein armes Weib ist seit 4 $\frac{1}{2}$ Jahren teilweise gelähmt und war zeitweise schwer krank, so daß mein Leben seit Jahren zwischen Arbeitszimmer, Parlament und Krankenstube pendelt. Das hat mich doch arg zermürbt und den Fundus körperlicher Kraft, den ich aus meiner ostpreußischen Heimat nach Berlin brachte, in bedrohlicher Weise aufgezehrt. Doch ich will Sie nicht mit meinen persönlichen Schmerzen behelligen, da hat ja jeder sein⁴ Teil zu tragen. Meine Frau sitzt jetzt für den Winter auf dem Monte Verita in Ascona, so daß ich meine ganze Kraft und Zeit den Aufgaben widmen kann, vor deren Lösung uns die Entwicklung der politischen Verhältnisse gestellt hat. Die nächsten Monate bringen die Entscheidung. Es muß Sie sonderbar berühren, wenn ich Ihnen oben schreibe, daß ich mich für die Kandidatur Hindenburg eingesetzt habe. Ich muß es mir versagen, Ihnen das des längeren zu begründen. Aus der Tatsache allein mögen Sie ersehen, wie die politischen Machtverhältnisse hier stehen. Bei der Präsidentenwahl, die auch ein entscheidendes Vorspiel für die Preußenwahlen ist, wird sich entscheiden, ob die Entwicklung Deutschlands sich weiter in den ruhigen Bahnen republikanischen Staatslebens vollziehen wird, oder ob das deutsche Volk noch durch ein faschistisches Jammertal hindurchwaten muß⁶. Bei 6 Millionen Arbeitslosen und weiteren Millionen Notleidenden und an der Zukunft Verzweifelnder geht dieser Kampf für die Republik unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen vor sich, umso mehr als noch das Proletariat in mehrere sich im wahren Sinne des Worts bis aufs Messer bekämpfende Heerhaufen zerrissen ist.

Gleichwohl lassen wir den Kopf nicht hängen. In dem Bewußtsein, daß die politischen Entscheidungen, die in Deutschland und in Preußen in den nächsten Wochen fallen, entscheidend sein werden nicht nur für das Schicksal des deutschen Volkes, sondern auch von Einfluß auf die Gestaltung der politischen Lage Europas sein können, werden wir alle Kräfte einsetzen, um für die Republik das Letzte heraus zu holen, was bei der Verwirrung in den Köpfen hier möglich ist.

So, nun wünsche ich Ihnen, lieber Kautzky⁶, vor allem gute Gesundheit und die alte geistige Frische, den Ihrigen alles Gute und verbleibe in alter freundschaftlicher Kampfverbundenheit mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus

Ihr
Braun

⁴ Der Text vom Beginn des Absatzes bis zu dieser Stelle ist bei Werner Blumenberg, Kämpfer für die Freiheit, Berlin u. Hannover 1959, auf Tafel 23 (nach S. 132) als Handschriftprobe Brauns faksimiliert wiedergegeben.

⁶ Brauns Argumente fielen auf fruchtbaren Boden. In einem Brief Kautskys an seinen Freund Eduard Bernstein vom 6. 3. 1932 (Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam) heißt es: „Aufs äußerste gespannt sind wir natürlich auf das Ergebnis des 13. März. Hoffentlich erweisen sich auch diesmal wieder die Iden des März als verhängnisvoll für den would be Diktator. Mich wundert, daß noch niemand auf diese Bedeutung des 13. März hingewiesen. Sie liegt so nahe. Damit will ich natürlich nicht den Cäsar, der ein Kerl war, mit dem elenden Strohkopf Hitler gleichsetzen.“

Das ist das Bedrückendste bei der ganzen Hitlerei, daß eine solche Null Millionen entusiasmieren kann. . . Andererseits ist es freilich ein Glück, daß die Anhänger der Diktatur nicht durch eine Idee zusammengehalten werden, sondern nur durch den Hunger nach Beute. Diese Gier ist so groß, daß sie sich um das Fell des Bären raufen, ehe er erlegt ist. In Österreich ist es ebenso. Darauf baue ich. Blieben sie einig, dann wäre die Situation sehr bedenklich.

Also hoffen wir, daß es am 13. gut geht und der Marxismus seine feste Hindenburg behauptet, unser Wehr und Waffen.“

⁶ S. Anm. 1.

DIE ANFÄNGE DER BERLINER NSDAP 1926/27

Vorbemerkung

Die nachfolgend wiedergegebenen monatlichen „Situationsberichte“ über den Gau Berlin der NSDAP (Juni 1926–März 1927) entstammen dem ehemaligen Münchener Hauptarchiv der NSDAP, dessen Bestände vor Kriegsende in verschiedene bayerische Auslagerungsorte (Neumarkt St. Veit, Lenggries u. a.) verbracht, dort 1945 von der US-Armee beschlagnahmt wurden und erst seit kurzem der deutschen Forschung teilweise zugänglich sind¹. Als eine zusammenhängende, wenn auch nur den Zeitraum von zehn Monaten umfassende Folge von innerparteilichen Berichten über die Situation eines Gaues der NSDAP während der sogenannten „Kampfzeit“ stellen sie innerhalb des spärlichen Quellenbestandes zur frühen Entwicklung der NSDAP eine Seltenheit dar. Weder von einem anderen Zeitabschnitt, noch von einem anderen Gau der NSDAP sind vergleichbare Unterlagen bekannt.

Es handelt sich bei den vorliegenden „Situationsberichten“ nicht um parteiamtlich, etwa von der Reichsleitung der NSDAP, angeordnete Monatsmeldungen, sie entstammen vielmehr der persönlichen Initiative ihres Verfassers, Reinhold Muchow, des aktiven, für Werbung und Organisation besonders talentierten Propaganda- und Organisationsleiters der Sektion Neukölln der Berliner NSDAP. Der Empfängerkreis der Berichte, die in hektographierter Form versandt wurden, ist offenbar nicht sonderlich groß gewesen. Er dürfte sich in erster Linie aus Parteigenossen der persönlichen und politischen Bekanntschaft Muchows außerhalb Berlins zusammengesetzt haben, denen Muchow einerseits Informationen, andererseits aber auch – diese propagandistische Absicht ist unverkennbar – einen sehr vorteilhaften Eindruck von der NSDAP in Berlin verschaffen wollte. Wie aus der „Benachrichtigung“ Muchows an die Empfänger der Situationsberichte vom 6. 5. 1927 hervorgeht (s. unten S. 118) mußte infolge des Verbots der NSDAP durch den Berliner Polizeipräsidenten am 6. 5. 1927 die Verschickung der Situationsberichte in der Folgezeit eingestellt werden. Muchow hat dieses lockere Verfahren der Information, das den „kleinen Verhältnissen“ der Berliner NSDAP in den Jahren 1926/27 entsprach, später, nach der Aufhebung des Parteiverbots (31. 3. 1928), offenbar nicht wieder aufgenommen.

Das Bild der Entwicklung, Zielsetzung und Bedeutung der Berliner NSDAP und SA, das die Berichte vermitteln, ist, wie bereits angedeutet, nicht unerheblich retuschiert. Mehr oder weniger bewußt schönfärbende Selbstdarstellung, andererseits die Befangenheit in ideologischen Nomenklaturen und Vorstellungskategorien, welche die Wirklichkeit nur verzerrt vom Propaganda- und Weltanschauungsdenken des Verfassers widerspiegeln, beeinträchtigen den Aussagewert dieser sogenannten Informationen, welche geradezu dem Irrtum Tür und Tor öffnen würden, wenn man sie als Tatsachenberichte wörtlich nähme. Muchow verschweigt vieles, deutet anderes nur an, und übertreibt auf jeder Seite. Seine heroisierende Stilisierung der NSDAP und die zynisch-polemische Aggressivität gegenüber politischen Rivalen und Gegnern sind vielfach typischer Ausdruck zeitgenössischer NS-Publizistik und bis zu einem gewissen Grade auch bereits Vorwegnahme der nach 1933 über den „Kampf um Berlin“ erschienenen literarischen Glorifizierung, welche sich die erdenklichste Mühe gab, auch noch die provozierendste und rüdeste Gewalttätigkeit von SA, SS und

¹ Die Originalakten des Hauptarchivs der NSDAP befinden sich z. Z. im amerikanischen Document Center in Berlin-Dahlem. Ihre Übergabe an das Bundesarchiv in Koblenz ist beabsichtigt.

HJ gegen politische Gegner zu einem Heldenepos revolutionären Kampfes umzuprägen².

Trotz dieser notwendigen Vorbehalte gegenüber den folgenden Dokumenten, die in hohem Maße von propagandistischer Selbstinterpretation überlagert sind und deshalb als Zeugnisse tatsächlicher Begebenheiten nur überaus kritisch aufgenommen werden können, sind Muchows Situationsberichte in verschiedener Hinsicht, und gerade als subjektive Quelle, aufschlußreich: allein schon wegen der Person ihres Verfassers, der in den späteren Jahren bis 1933 eine bedeutende Position erlangte; ferner als Reflex der charakteristischen Umschichtung und Klima-Veränderung innerhalb der Berliner nationalsozialistischen Bewegung, die in die Zeit der Berufung Goebbels' zum Berliner Gauleiter (November 1926) fällt; schließlich aber auch als unmittelbarer Ausdruck der Methodik und Dynamik, welcher die NSDAP in Berlin wie anderswo während der „Kampfzeit“ ihre „Erfolge“ und die Kraft verdankte, das Randdasein einer bedeutungslosen Splitterpartei ideologischer Sektierer zu überwinden und sich durch unablässige Propaganda, Demonstration, Provokation und Gewalttätigkeit voranzuarbeiten.

Der damals 21jährige kaufmännische Angestellte Reinhold Muchow, Typ des intelligenten, aufstrebenden und „fixen“ Berliner Jungen, war über die Jugendarbeit des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg in den Sog, der völkisch-sozialen Bewegung geraten. Schon 1920 trat er 15jährig einer kleinen damals in Berlin gegründeten Gruppe der Deutschsozialen Partei (J. Streicher) und dem Bund „Oberland“ bei. Am 3. 12. 1925 wurde er Mitglied der am 17. 2. 1925 (nach Aufhebung des preußischen Verbots am 7. 1. 1925) in Berlin ins Leben gerufenen, von Dr. Ernst Schlange³ geleiteten NSDAP, die sich zu dieser Zeit aus ein- bis zweihundert ehemaligen Angehörigen der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ und anderer rivalisierender völkischer Gruppen zusammensetzte⁴. Die Berliner Gründung der NSDAP stand wie die meisten anderen 1924/25 entstandenen nationalsozialistischen Ortsgruppen in Norddeutschland organisatorisch und ideologisch unter dem Einfluß der Gebrüder Strasser und ihres prononciert sozialistisch-antibürgerlichen und proletarisch-revolutionären Konzepts, dem sie in ihren, unabhängig vom Münchener Parteiverlag erscheinenden Publikationsorganen Ausdruck gaben, vor allem in den 1925 begründeten „Nationalsozialistischen Briefen“ (Elberfeld), der von Otto Strasser in Berlin redigierten „Berliner Arbeiterzeitung“ (seit 1. 3. 1925) und ab 1927 dem Wochenblatt „Der nationale Sozialist“. Die besondere soziologische und politische Struktur der Reichshauptstadt Berlin, ihr in den 20er Jahren sprichwörtlicher betriebsam-avantgardistischer Öffentlichkeitsrhythmus kam dieser sozialrevolu-

² Vgl. in dieser Beziehung: Joseph Goebbels: Kampf um Berlin. – München 1935. Wilfrid Bade: Die SA erobert Berlin. Ein Tatsachenbericht. – München 1933; Erwin Reitmann: Horst Wessel. Leben und Sterben. – Berlin 1933; Arnold Littmann: Herbert Norkus und die Hitlerjungen von Beusselkiez. – Berlin 1933; Gerhard Starcke: Der Nationalsozialismus erobert den Wedding. – Berlin 1935; Julius K. v. Engelbrechten: Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA – München/Berlin 1937; J. K. v. Engelbrechten u. Hans Volz: Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt. – München 1937.

³ Ein Neffe des ehem. dt.-nat. Politikers u. späteren Botschafters der Bundesrepublik Dr. Schlange-Schöninggen; Sch. war seit dem 14. 5. 1925 Gaufführer der NSDAP in Berlin.

⁴ Bei der Berliner Stadtverordnetenwahl vom 25. Oktober 1925 lag die NSDAP mit 137 für sie abgegebenen Stimmen noch an allerletzter Stelle; vgl. J. K. v. Engelbrechten – H. Volz a. a. O., S. 11.

tionären Orientierung der Berliner NSDAP, die sie von der Münchener Ur-Ortsgruppe unterschied, naturgemäß entgegen. Reinhold Muchow, der selbst verschiedentlich als Mitarbeiter der „Nationalsozialistischen Briefe“ hervortrat⁵, wurde zu einem ihrer maßgeblichsten Repräsentanten. Als er die hier vorliegenden Berichte zu schreiben begann, war seine Parteistellung die eines Schriftleiters und Organisators der kleinen, etwa 40 Parteigenossen zählenden Sektion Neukölln der NSDAP. Sein forscher Aktivismus und seine propagandistischen und organisatorischen Fähigkeiten ließen ihn jedoch rasch Karriere machen. Nach Aufhebung des 11monatigen Verbots der Berliner NSDAP am 31. 3. 1928 wurde Muchow am 1. 7. 1928 von Goebbles zum Organisationsleiter des Gaues Groß-Berlin der NSDAP ernannt. Sein zunächst in Neukölln durchexperimentiertes, maßgeblich am Vorbild der KPD orientiertes Straßenzellensystem führte er im gesamten Gau Berlin ein, und der von ihm entworfene Gauorganisationsplan (Zelle, Unterstraßenzelle, Sektion, Bezirk bzw. Kreis, Gau) ist später von der Reichsleitung der NSDAP für die Organisation der Partei im ganzen Reich übernommen worden⁶. Eine noch wichtigere organisatorische Neuerung innerhalb der NSDAP vor 1933, die wesentlich der Initiative Muchows entstammte, war die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO). Anknüpfend an das 1928 im Betrieb der „Knorrbremse“ in Lichtenberg b. Berlin gemachte Experiment einer „Nationalsozialistischen Wählerschaft bei der Knorrbremse“, kam es unter maßgeblicher Leitung Muchows am 30. 7. 1928 zunächst zur Errichtung eines „Sekretariats für Arbeiterangelegenheiten“ innerhalb der Gauleitung Berlin, dann am 1. 5. 1930 zur Gründung einer Gaubetriebszellenabteilung der NSDAP, die bald bei der Reichsorganisationsleitung der Partei (Gregor Strasser) Anklang fand und am 15. Januar 1931 zur Gründung einer Reichsbetriebszellenabteilung (RBA) der NSDAP führte. Muchow erwies sich bei dem in den Jahren 1931/32 mit Hilfe der NSBO im ganzen Reichsgebiet forcierten Versuch der NSDAP, auch in die Betriebe einzudringen und die Arbeiterschaft zur NSDAP herüberzuziehen, organisatorisch und propagandistisch als der führende Kopf. Als Organisationsleiter der NSBO, Herausgeber des NSBO-Organs „Das Arbeitertum“ und Verfasser einer Reihe von Schriften, die vor 1933 den fortschrittlichen sozialpolitischen Kurs der NSDAP bezeugen sollten, war Muchow noch nach dem Ausscheiden Gregor Strassers (Dezember 1932) der wohl aktivste und profilierteste Verfechter eines subjektiv ehrlichgemeinten Sozialismus innerhalb der NSDAP. Obgleich er es war, der im Auftrage Leys den Plan zur gewaltsamen Besetzung der Gewerkschaftshäuser des ADGB für den 2. Mai 1933 ausarbeitete⁷, hat Muchow als Leiter des Organisationsamtes der am gleichen Tage gegründeten Deutschen Arbeitsfront immerhin versucht, aus der DAF ein Instrument zur Durchsetzung der sozialistischen Konzeptionen des Parteiprogrammes der NSDAP zu machen. Wie andere ehemalige Führer der 1934 aufgelösten sozialrevolutionären NSBO, die Ley später auf dem Parteitag von 1937 offen als Helfer Gregor Strassers diffamierte, wäre auch Muchow voraussichtlich mit dem in der Folgezeit eingeschlagenen sozialpolitischen Kurs des Dritten Reiches in Konflikt geraten. Doch die wesentlichsten Ereignisse auf diesem Gebiet, so z. B. das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 12. Januar 1934, das sowohl die Betriebsräte wie die Vertragsgrundlage der Lohn- und Tarifabschaffung (zu beiden hatte sich Muchow ausdrücklich bekannt), erlebte er nicht

⁵ Vgl. die von dem Institut für Zeitgeschichte veröffentlichten Erinnerungen an die Frühzeit der NSDAP von Albert Krebs: *Tendenzen und Gestalten der NSDAP.* – Dt. Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959, S. 235.

⁶ Vgl. Hans Volz: *Auszug aus der Geschichte der NSDAP.* 2. Aufl. Berlin 1954, S. 17.

⁷ Gerhard Starcke: *NSBO und Deutsche Arbeitsfront.* – Berlin 1934, S. 197.

mehr. Er fiel am 12. September 1933 in Bacherach anlässlich eines „Alten Kämpfer“-Treffens einem versehentlich und leichtsinnig ausgelösten Pistolenschuß zum Opfer⁸.

Muchows Monatsberichte aus den Jahren 1926/27, die u. a. (Augustbericht 1926) von der Gründung eines – allerdings später von Goebbels wieder aufgelösten⁹ – Zentralverbandes der Erwerbslosen innerhalb der NSDAP berichten und unterstreichen, daß die „Berliner Nationalsozialisten fast ausnahmslos ihre ganze Kraft auf die Eroberung des deutschen Arbeiters verbrauchen“ („vom Bürgertum aller Schattierungen haben wir die Nase voll“), vermitteln trotz aller Einseitigkeit der propagandistischen Beleuchtung einen anschaulichen Eindruck von dieser in der norddeutschen NSDAP vor 1933 stark ausgeprägten und später fast gänzlich aufgeopferten sozialrevolutionären Richtung der NSDAP, deren Vorort, trotz Goebbels' seit 1927 bestehender Gegnerschaft zu den Brüdern Strasser, die Berliner NSDAP gewesen ist¹⁰. Zugleich wird aber in diesen Berichten deutlich, daß der Stil und die Optik einer revolutionären sozialistischen Umsturzpartei, welche für die NSDAP in Berlin und anderen städtisch-industriellen Zentren vor 1933 lange Zeit kennzeichnend waren und noch 1932 maßgeblichen Vertretern der Deutschen Volkspartei den Haupteinwand gegen die NSDAP lieferten¹¹, keineswegs nur ideologisch, d. h. von der weltanschaulichen Sonderstellung bestimmter Berliner oder norddeutscher NSDAP-Führer Strasserscher Provenienz zu verstehen sind. Selbst Leute wie Muchow mißverstanden als „sozialistisch“, was in Wahrheit ein weitgehend unideologischer, zumindest ideologisch unklarer proletarischer Aktivismus war, wie ihn auch Hitler in „Mein Kampf“ und bei verschiedenen Reden der Frühzeit der NSDAP mit dem steten Blick auf die kommunistische Partei als notwendige Voraussetzung gefordert hat, um die NSDAP über ihre völkisch-sektiererischen Anfänge hinauszuführen und zu einer Kampfbewegung mit fanatisierter Massenanhängerschaft umzubilden. Aktivität und nochmals Aktivität, das war auch für Muchow der primäre politische Glaubensinhalt, vor allen Fragen der Ideologie und des Programms. Bei allen persönlichen und ideologischen Differenzen, die sich zwischen Muchow und Goebbels aus ihrem gegensätzlichen Verhältnis zum Strasser-Flügel später ergeben haben mögen, konzentrierten sich beide doch auf die Beherrschung des Propaganda-Instrumentarismus und wurden Virtuosen jener zynisch-herausfordernden, radikalen und haßerfüllten Aggressivität, welche den „Kampf“ der NSDAP in Berlin prägte. Diese polemische und aktivistische Dynamik – das machen Muchows Berichte evident – unterschieden mehr als irgendwelche ideologischen In-

⁸ Ebenda, S. 198.

⁹ Im Rundschreiben Nr. 1, das Goebbels am 9. 11. 1926 unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin an die Ortsgruppen- und Sektionsführer der Berliner NSDAP versandte, hieß es u. a. (Pkt. 12): „Eine Gewerkschaft oder eine Erwerbslosenorganisation kann im Gau Berlin-Brandenburg nicht besonders aufgezo-gen werden. Sie haben erst dann Zweck, wenn die Partei eine dementsprechende Mitgliederzahl aufzuweisen hat und wenn diese Organisationen partei-offiziell von der Reichsleitung aufgezo-gen werden. Bis dahin verbiete ich im Gau Berlin-Brandenburg jeden Versuch nach dieser Seite hin und tue das in vollster Übereinstimmung mit Adolf Hitler“ (Inst. f. Zeitgesch. Arch. Sign. Fa 88/Fasz. 135).

¹⁰ Muchows Ausscheiden aus der Gauleitung Berlin Ende 1930 und seine Übernahme der NSBO-Organisation hing offenbar mit der Gegnerschaft zwischen Goebbels und Strasser zusammen; vgl. dazu Albert Krebs a. a. O., S. 72, wo Muchow als „unbedingter Anhänger Strassers“ charakterisiert ist. Auffällig ist in dieser Beziehung auch der relativ kühle Tenor des Beileidsschreibens, das Goebbels zum Tode Muchows an den Führer der DAF, Dr. Ley, übersandte (veröffentl. bei G. Starcke, a. a. O., S. 198 f.).

¹¹ Näheres Material hierzu wird die von Hans Booms vorbereitete Untersuchung über die Deutsche Volkspartei seit Stresemanns Tod vorlegen, die in der Schriftenreihe des Bundesarchivs erscheinen soll.

halte die NSDAP schon 1926 von der Deutsch-völkischen Freiheitspartei oder anderen gesinnungsmäßig verwandten bürgerlich-nationalistischen Gruppen, über deren „klägliche“ Immobilität Muchow (Septemberbericht 1926) seinen ganzen Hohn ausgießt: „nicht eine einzige hinreißende Linie“¹

Dem sicherlich nicht zu unterschätzenden persönlichen Einfluß Goebbels' bei der Aktivierung der Ende 1926 noch in überaus bescheidenen Anfängen stehenden Berliner NSDAP kamen Veränderungen der inneren Struktur der dortigen nationalsozialistischen Anhängerschaft zugute, die sich 1926 durch die Bildung der Berliner SA aus ehemaligen Freikorpskämpfern, Erwerbslosen und sonstigen gesellschaftlich entwurzelten Gruppen und Personen ergeben hatten. Die daraus entstehenden Spannungen, welche in Muchows Berichten angedeutet, aber selten beim Namen genannt werden, bildeten auch den eigentlichen Anlaß der Berufung Goebbels' zum neuen Gauleiter. Sie seien deshalb hier kurz skizziert. Bis zum März 1926 bestand die Anfang 1925 gegründete Berliner NSDAP aus einigen Hundert „zivilen“ Parteigenossen, meist bürgerlicher Herkunft, darunter nicht wenigen Intellektuellen. Die seit März 1925 existierende Organisationsbezeichnung „Gau Berlin“ konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die NSDAP in Berlin zu dieser Zeit ein beinahe gänzlich namenloser, winziger Parteiverein war, eine ideologisch vor allem von der Strasser-Konzeption des nationalen Sozialismus geleitete Abspaltung der völkischen Bewegung. Ihr Gauführer, Regierungsrat Dr. Ernst Schlange, ein ehemaliger Mitstreiter der norddeutsch-agrarischen völkischen Bewegung (v. Graefe-Wulle) war enger Vertrauter Otto Strassers in Berlin geworden und hatte sich zusammen mit dem damaligen Gauleiter der NSDAP in Pommern, Professor Vahlen, u. a. als einer der ersten Mitzeichner auch finanziell an dem 1925 gegründeten Kampfverlag der Brüder Strasser beteiligt¹². Im Glauben an die Überzeugungskraft ihrer ideologisch-politischen Vorstellungen beschränkten sich Dr. Schlange und seine um ihn herum gruppierten Gesinnungsgenossen im wesentlichen auf die Abhaltung öffentlicher Sprechabende und gelegentlicher größerer Versammlungen. Stil und Tätigkeit dieser Berliner NSDAP unterschieden sich von denen eines völkischen Vereins nicht sonderlich.

Als jedoch nach dem Vorbild anderer Ortsgruppen der NSDAP im März 1926 auch in Berlin mit der Aufstellung einer SA begonnen wurde, trat hierin binnen kurzem eine merkliche Änderung ein. Nicht Dr. Schlange und die politischen Leiter der Berliner NSDAP, sondern Kurt Daluege (der spätere SS-Obergruppenführer und Chef der Ordnungspolizei im Dritten Reich), als Führer des 1924 in der Verbotszeit der NSDAP und SA von Ernst Röhm als parteipolitisch unabhängiger Wehrverband gegründeten Frontbanns Nord, und seine Frontbann-Gruppenführer, die jetzt eine neue Chance sahen, bildeten praktisch die SA nach den Prinzipien der in Berlin besonders aktiven, in zahlreichen Schlägereien mit den Kommunisten „erprobten“ Frontbanngruppen¹³. Der aktivste Teil des Berliner Frontbanns, der sich aus ehemaligen Freikorpskämpfern zusammensetzte, daneben eine Reihe von Mitgliedern aus völkischen Turnerschaften, darunter der Berliner Sportverband Olympia, formierten sich im Frühjahr 1926 zur SA der NSDAP Berlin. Schon zahlenmäßig war die damals rund 500 Mann zählende Berliner SA der zivilen Organisation der NSDAP überlegen; und ihr Einfluß machte sich binnen kurzem auch politisch bemerkbar. Entgegen dem Radau-Ton und Tatendrang der Frontbann-SA suchte Dr. Schlange am alten Kurs der NSDAP festzuhalten, während Daluege und sein Anhang ein aktiveres Auftreten der Partei forderten. Persönliche Intrigen kamen hinzu und verschärften

¹² Nach Angaben Otto Strassers gegenüber dem Bearbeiter am 24. 11. 1959.

¹³ Vgl. dazu im einzelnen J. K. v. Engelbrechten: Eine braune Armee entsteht. – Berlin 1937.

die Spannung. Erstmals auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP am 3./4. Juli 1926 scheint von der Ernennung Goebbels' zum neuen Gauleiter in Berlin die Rede gewesen zu sein¹⁴, wodurch Hitler bezwecken mochte, einerseits den Zerwürfnissen innerhalb der Berliner NSDAP ein Ende zu machen, denen sich Dr. Schlange nicht gewachsen zeigte, andererseits für Goebbels, der bisher in Elberfeld als Geschäftsführer des Gaues Rhein-Ruhr unter Gauleiter Kaufmann sowie unter Gregor Strasser als Redakteur der „Nationalsozialistischen Briefe“ und vielbeschäftigter Parteiredner amtierte, ein unabhängigeres Arbeitsgebiet zu verschaffen, um welches sich Goebbels durch zunehmende Abkehr von Strasser und Hinwendung zu Hitler seit der Bamberger Gauleiter-Tagung vom Februar 1926 mit Erfolg bewarb. Als Gauleiterkandidaten gegen den Berliner Gauleiter Schlange wie gegen eine etwaige Berufung Goebbels', der zu dieser Zeit in Berlin noch als Strasser-Mann galt, präsentierten Daluege den ehemaligen Führer der Frontbannguppe „Schlageter“ und früheren Chef der „Organisation Heinz“, Heinz Oskar Hauenstein. Eine Führersitzung der Berliner NSDAP und SA am 25. August 1926 machte die Zerrüttung vollständig. In Abwesenheit Dr. Schlanges sollte die alte Gauleitung von Daluege und Hauenstein zum Rücktritt gezwungen werden¹⁵. Es kam zu Ohrfeigen zwischen Hauenstein und Otto Strasser, der Schlanges Partei vertrat. Und obwohl Strasser sich bei Hitler insofern durchsetzen konnte, als er ein Parteiausschlußverfahren gegen Hauenstein beantragte, das dessen Kandidatur hinfällig machte, rettete er dadurch nicht Schlange, der sich resigniert zurückzog, sondern ebnete nur nolens volens Goebbels den Weg¹⁶, der nun als „starker Mann“ umso nötiger erschien, um die völlig aus den Fugen geratene Berliner Organisation der NSDAP „auf Vordermann“ zu bringen.

Goebbels, der am 9. November 1926, von Otto Strasser eingeführt, die Gauführung Berlin der NSDAP übernahm, untersagte in seinem ersten Rundschreiben jede weitere Debatte des Falles Hauenstein bei Strafe des Parteiausschlusses, ließ aber Dalueges Stellung als Führer der Berliner SA nicht nur unangetastet, sondern ernannte ihn zum stellvertretenden Gauleiter. Dieser geschickte Schachzug, kombiniert mit überzeugend vorgetragene Appellen an die Einigkeit und einer Reihe organisatorischer Neuerungen, Errichtung einer repräsentativeren Gau- und Geschäftsstelle, Vermehrung der Parteiveranstaltungen und Forcierung der Werbearbeit, schuf binnen kurzem die bisher fehlende Einigkeit der Berliner NSDAP und verstärkte gleichzeitig ihre Anhängerzahl. Wie Hitler seit 1920/21 den von Anton Drechsler gegründeten Nationalsozialistischen Arbeiterverein durch unablässiges demagogisches Trommeln in Massenversammlungen in kurzer Zeit zu einer lokalen Attraktion zu machen wußte, so verstand es Goebbels mit ähnlicher, bedenkenloser Virtuosität, durch Mobilisierung und unablässige Aktivität, welche bewußt auch zu Provokationen und Gewaltanwendungen griff, um das erwünschte öffentliche Aufsehen zu erzielen, die bisher unbedeutende NSDAP in Berlin innerhalb weniger Monate nach vorn zu spielen. Murchows Berichte lassen den neuen, provokatorisch-dynamischen Stil, der mit Goebbels in der Berliner NSDAP einzog, trotz aller Retusche in hinreichender Deutlichkeit erkennen. Als die NSDAP am 6. Mai 1927 in Berlin wegen zahlreicher Provokationen und der Mißhandlung eines opponierenden evangelischen Pfarrers in einer Versammlung am 4. 5. 27 vorübergehend verboten wurde, konnte Goebbels ziemlich sicher sein, daß dies die Partei nicht mehr vernichten würde.

¹⁴ Vgl. Goebbels' Tagebuch 1925/26 (Photokopie des handschriftlichen Originals im Inst. f. Zeitgesch., Arch. Sign. F 12/36), Eintr. vom 6. 7. 1926.

¹⁵ Vgl. dazu u. a. die allerdings nachträglich frisierte Darstellung von J. K. Engelbrechten, a. a. O., S. 45f.

¹⁶ Nach Angaben Dr. Otto Strassers gegenüber dem Bearbeiter v. 24. 11. 59.

Was Goebbels zur Aktivierung der NSDAP von Anfang an einsetzte, war, ungeachtet allen revolutionären Auftretens und Vokabulars, nicht primär die Überzeugungskraft einer Ideologie, der Otto Strasser und Schlange vertrauten, sondern beinahe ausschließlich die fanatische Agitation einer Propaganda, die sich fast nur in Aggressivität erschöpfte, und daneben: die ebenfalls gänzlich unideologische Dynamik und der organisierte Terror der Berliner SA mit ihrer Freikorps- und Frontbanntradition. Besonders deutlich wird dabei in Muchows Berichten: Der fixierte Gegner ist vor allem die KPD. Auf sie wird beinahe alles bezogen, sie ist Rechtfertigung der eigenen Existenz, Vorbild und fanatisch bekämpfter Feind zugleich. Das Judentum, das bei Hitler und Rosenberg die Rolle des Universalfeindes einnimmt, taucht als „eigentlicher Drahtzieher“ zwar auch bei Muchow nicht selten auf, doch der Kommunismus in der konkreten Form der in Berlin überaus starken KPD mit ihren Kampforganisationen (RFB, RGO) steht als reales Objekt handgreiflicher Aktionen durchaus im Vordergrund. Ihm die Anhänger abzujagen, den Boden streitig zu machen, Kommunisten zu „erobern“, um sie zu eigenen Gefolgsleuten zu machen und eine nach kommunistischem Muster geschaffene Kampforganisation zu bilden – darauf richtet sich das Hauptbestreben. Nationalsozialismus enthüllt sich hier als bloße Gegendynamik und Gegenideologie ohne eigene ideelle Substanz. Die integrierende Wirkung nach innen, die von jeder Mobilisation der Kräfte ausgeht, und die werbende Wirkung nach außen, die jede demonstrativ mobilisierte Bewegung entwickelt, verdecken den Mangel einer klaren und schlüssigen Idee. Die Entwurzelung aus der bürgerlichen Gesellschaft, die für den Großteil der Berliner SA-Angehörigen kennzeichnend war, ist dabei das soziologische Agens ihrer politischen Rolle als Stoßtrupp einer permanenten Mobilmachung.

Zu einer der bezeichnenden propagandistisch-psychologischen Verhaltensweisen Goebbelsscher Agitation gehörte es, daß sie die der NSDAP von kommunistischer Seite beigelegten Schimpfnamen („Hitlerproleten“, „Oberhandit Goebbels“ u. a. m.) beibehielt und in einer Mischung von Selbstschmeichelei und Zynismus gleichsam als Ehrentitel führte. Es dokumentiert sich hier der pervertierte Ehrenkodex von abenteuernden Kleinbürgern, welche die gesellschaftliche Bindungslosigkeit des Mobs als Vorrecht einer Elite verstehen und aus der ihnen zugeschriebenen „Banditenrolle“ nur verstärktes Selbstbewußtsein herleiten. Mobilmachung ist ihre zentrale Parole, von der Mobilisierung der Affekte, der Auflösung der rechtlichen, gesellschaftlichen und moralischen Ordnungen, die ihre eigene verführerische Dynamik hat, leben sie, das ist ihr Rausch und das von ihnen ausgehende Stimulans. Dabei verleiht die Besitz- und gesellschaftliche Interessenlosigkeit des Mobs, die das Pendant seiner Verantwortungslosigkeit sind, ihm mitunter die positive Optik sozialer Selbstlosigkeit. Aus der selbstvergessenen Flucht in die Dynamik der politischen Aktion erwächst der Anschein einer aufopfernden Gemeinschaftsgesinnung. Diese fatale Verwechslung von Mobilisation und Sozialismus, die mehr als sozialpolitische Ideologien der Berliner NSDAP zeitweilig den Ruf einer sozialistischen Revolutionspartei einbrachte, stand letztlich auch im Hintergrund, wenn später die organisierte und mobilisierte Zwangsgesellschaft der Deutschen im Dritten Reich so nachhaltig als soziale Volksgemeinschaft stilisiert werden konnte.

Martin Broszat

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Gau Gross-Berlin – O.G. Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 1

Situations-Bericht

Juni 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

.....¹

I.

Die Lage des Gegners.

Reden wir deutsch: Berlin ist rot und jüdisch zugleich. Jeder politische Anlass, jede Wahl dokumentiert es aufs Neue. Es muss auch rot sein, weil es jüdisch ist. Beides ergänzt sich reibungslos: Marxismus und Börse waren von jeher schon treue Waffenbrüder. Wenn Aristoteles einmal sagte, dass „das Wesen aller Dinge die Zahl sei“, so trifft dies auf Berlin zu; denn hier denkt man nur in Zahlen und sie beweisen am besten die Macht des schwarz-rot-goldenen Gegners . . .

Was sagen uns diese Zahlen [der vergangenen Wahlen]? Sie bescheinigen uns, dass Marxismus und Demokratie 59,5% sämtlicher abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Denen stehen gegenüber nur 29,7% Stimmen des nationalen „Einheits“breis, der prozentuale Rest verteilt sich auf die Splitterparteien, die sich einmal zu rechts und einmal zu links schlagen.

Inmitten dieser Situation ist nun der Nationalsozialismus gestellt. Alle obigen drei Kräftegruppen sind seine politischen Gegner, zwei derselben stehen im Lager der Internationale und die andere im Lager der Reaktion. So ist darum das politische Sprüchlein des Berliner Nationalsozialisten dieses geworden:

„Hilf’ Dir selbst, so hilft Dir Gott!“

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Der Monat Juni, der im Zeichen des marxistischen Volksentscheid-Rummels stand², hat die N.S.D.A.P. nicht müßig gesehen. Einige wirkungsvolle Massen-Versamm-

¹ Die dem ersten Bericht vorangestellte Einleitung, in der Muchow die Weltstadt Berlin als internationalen „Zivilisationsbrei“ jüdisch-marxistischer Provenienz kennzeichnet, dem das kleine Häuflein von Nationalsozialisten unverdrossen den Kampf angesagt habe, ist als historisch bedeutungslos und aus Raumgründen ausgelassen, ebenso die im folgenden Abschnitt weitläufig angeführten Zahlenaufstellungen über die Verteilung der Berliner Stimmen anlässlich der Reichspräsidentenwahl vom März/April 1925 und der Berliner Stadtverordnetenwahl vom 25. 10. 1925.

² Gemeint ist Volksentscheid über die Fürstenenteignung vom 20. 6. 1926.

lungen mit dem üblichen Terror, die sich teils mit Hitlers Redeverbot³ und der Enteignung der Fürsten befassten, sind abgehalten worden. Die Gesamt-S.A. Berlin unternahm Ende des Monats einen Demonstrationszug, der als Berliner Auftakt für den Weimarer Parteitag gedacht war, durch den Westen Berlins, dem „vornehmen Judenghetto“ wo jene Galizianer jetzt fürstliche Räume besitzen, die früher die schmierige schmutzige Grenadierstrasse, dem Sammelplatz der Ostjuden, bewohnten. Die blutroten Hakenkreuzfahnen kündeten den internationalen Aasgeiern, die ängstlich und zum Tode erschrocken durch die Gardinen auf die bewegte Strasse blickten, ein grässliches Erwachen an. Die musterhafte Disziplin der S.A.-Leute, deren Reihen zum erstenmal durch die neugeschaffenen „Z.O.D.“ (Zivil-Ordnungs-Dienst) gegen ev. Strassenterror wirksam geschützt wurden, hinterliess den besten Eindruck.

Innerparteilich wurden im Juni-Monat die Vorbereitungen zum Parteitag getroffen, die S.A. sportlich ausgebildet (soweit Turnhallen zur Verfügung standen), da der rote Magistrat uns Schikanen über Schikanen in den Weg legte, und die politische Schulung vollzogen.

Der Berliner Gauführer, Pg. Dr. Schlange, ist z. Zt. beurlaubt; die Vertretung hat Pg. Schmiedicke übernommen. Der Gau leidet sehr unter Geldmangel.

Die Bezieherzahl der „Berliner Arbeiterzeitung“, des Gauorgans, steigt stetig⁴.

Der Monat Juni verlief im Grossen und Ganzen gegenüber den verflossenen Monaten ruhig, teils bedingt durch die warme Witterung und teils durch die Vorbereitungen der Pgg. auf den Weimarer Parteitag, worauf die Gauleitung ihre Dispositionen in Bezug auf die äussere Propaganda einschränkte. –

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Gau Gross-Berlin – O.G. Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 2

Situations-Bericht

Juli 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der Kampf
der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners.

Wenn man vom politischen roten Berlin spricht gibt es eigentlich nur eine Richtung, die der Millionenstadt den Stempel aufdrückt: die kommunistische. Die K.P.D. allein beherrscht die Strasse und versucht krampfhaft die Gunst der Massen zu gewinnen. Das „Reichsbanner“, dieses Gemisch von verspiesserten Sozialdemokraten,

³ In Preußen wie in fast allen anderen Ländern (Ausnahme Thüringen) bestand seit dem März 1925 Redeverbot für Hitler, das erst am 28. 9. 1928 aufgehoben wurde (in Sachsen bereits am 1. 2. 27, in Bayern am 5. 3. 27).

⁴ Nach Auskunft von Dr. Otto Strasser begann die von ihm redigierte Berliner Arbeiterzeitung am 1. 3. 1925 mit einer Auflage von 3000, die sich allmählich auf rd. 5000 meist im Straßenverkauf abgesetzter Exemplare steigerte. Nachdem Goebbels seit dem 1. 7. 1927 den „Angriff“ herausgab und dort in der Folgezeit alle Gaunachrichten der NSDAP erschienen und die Strasserpresse auch anderweitig von Goebbels boykottiert wurde, ging die BAZ allmählich ein.

Demokraten und frommen Zentrümlern, marschiert höchst selten auf und entfaltet so gut wie gar keine Propaganda. Nur bei „hohen Festtagen“ (d. h. am Verfassungstage, Rathenau-Gedächtnisfeiern u.s.w.) holen sie ihre schwarz-rot-gelben Fahnen und „Banner“ (die manchmal auch rot sein können!) aus den Ecken hervor, demonstrieren an den langen Häuserreihen vorbei, treten das Pflaster krumm und schief und geben dem „Vorwärts“ (Berliner „Volksblatt“ nennt er sich immer noch verschämt) tagelang Stoff für sein Geseires über die „erdrückende Majorität des Volkes“, die für die Republik schwärmt. Erst kürzlich wieder faselte der Berliner Vicepolizeipräsident, Dr. Friedensburg (Demokrat, Günstling des „Berliner Tageblattes“), von dem „sozialen Gehalt“, der im Weimarer Verfassungswerk stecke. Dieser Dr. Friedensburg, den man anlässlich der kommunistischen Antikriegs-Demonstration im Lustgarten Anfang August beinahe verprügelt hätte, spricht heute noch im 2. Jahre nach Dawes im „Berliner Tageblatt“ von der „grossen geschichtlichen Mission“ Weimars, die den alten Obrigkeitsstaat hinwegfegte und den neuen „Volks“staat schuf. Dieser saubere Patron glaubt selbst nicht an seine geistigen Auslassungen, aber er ist Angestellter der Republik – und muß darum gut für sie sprechen.

Wie gesagt: die K.P.D. ist die einzige Richtung unserer Gegner, die „Klamauk“ (d. h. Krach, wie der Berliner sagt) macht. Aber auch hier in diesem Lager ist so etwas wie politische Influenza eingekehrt. Der andauernde scharfe Wind, der seit einiger Zeit von Moskau herüberweht, hat zur Verschnupfung des Zentralkomitees der K.P.D. (der höchsten Parteiinstanz) gegenüber der ausgebrochenen unterirdisch wühlenden Opposition innerhalb ihrer Partei geführt. Mag sein, dass man in den anderen Großstädten Deutschlands, von den kleineren Städten gar nicht zu reden, nicht viel von dem Riss nicht nur in der K.P.D. selbst, sondern in der kommunistischen Weltbewegung (der Komintern) überhaupt hört; aber in Berlin, als altes marxistisches Zentrum schon seit Bebels Zeiten, hat man für solche Sachen ein ungemein sicheres Fingerspitzengefühl. Berlin ist für die K.P.D. so etwas wie ein „Moskau der Zukunft“ – ist doch hier der Sitz unzähliger kommunistischer Zentralstellen. Hier amtieren neben der offiziellen Sowjetbotschaft (dicht neben dem zweitgrössten und luxuriösen „Bristol“-Hotel der „internationalen Bourgeoisie“) und der offiziellen Handelsvertretung der UdSSR (bei der lt. „Völkischen Beobachter“ grosse Schiebungen aufgedeckt worden sind) noch die Zentrale der K.P.D., die Bundesleitung des „Roten Frontkämpferbundes und der „Roten Jungfront“, die Zentralstelle der „Roten Hilfe“ und noch viele kleine und grössere unter Moskaus Flagge segelnde proletarische Organisationen. Der Bezirk Berlin-Brandenburg der K.P.D. gehört innerhalb der Parteiorganisation mit zu den besten, den die K.P.D. besitzt. Sowohl organisatorisch wie zahlenmässig. Trotzdem oder gerade deshalb ist die Opposition hier zahlenmässig wohl am stärksten von ganz Deutschland. Die „Rote Fahne“ druckt nun schon seit geraumer Zeit ganz niedergeschlagen eine trostlose Rede nach der anderen der russischen Sowjetführer ab, die sich teils gegen die auch dort ausgebrochene Opposition richten und sich teils mit den bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion befassen. Die „Rote Fahne“ tut dies nicht gern und man merkt es ihr an. Sie belfert wütend gegen den „Vorwärts“, der sich über die schlimme Lage seines roten Halbbruders freut, der eigensinnig in den Fußstapfen seines Vaters Marx wandelt. Diese Krise, in der die K.P.D. jetzt steckt, macht sie politisch zeugungsunfähig und ihr letzter Aufmarsch, die Antikriegs-Kundgebung, war eine Fehlgeburt.

Die geringe äussere Aktivität der K.P.D. hat das Strassenbild Berlins etwas ruhiger gemacht. Die S.P.D., die alte Tante, schläft grösstenteils auf dem Kanapee von Weimar und spricht nur noch (durch den Mund des „Vorwärts“) von der „Wahrung verfassungsmässiger und parlamentarischer Rechte“.

Still und friedlich ist so der Juli beim Gegner dahingegangen.

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Und wir?

Der Monat stand unter dem Zeichen des Parteitages von Weimar vom 3. u. 4. 7. 26. Berlin war in Weimar mit 4 Kompagnien S.A. (rd. 600 Mann) vertreten. Diese Zahl hat selbst alte Pgg. bei uns überrascht, wenn man bedenkt, dass die Erwerbslosigkeit hier erschreckend hoch ist (z. Zt. ca. 270.000). Es ist dies ein Zeichen grossen Opfersinnes für unsere Bewegung und ihre Idee.*) Der Transport nach Weimar geschah grösstenteils mit der Reichsbahn; nur ganz wenige Lastkraftwagen wurden in Betrieb gesetzt. Ohne besondere Zwischenfälle, ausser auf dem Hauptbahnhof in Leipzig, wo man unseren Gau-S.A.-Führer, Pg. Daluege, aus nichtigen Gründen verhaften wollte, gelangte die S.A. am 5. 7. 26 gegen 5 Uhr morgens wieder in Berlin an. Infolge der durch die Weimar-Fahrt erfolgten finanziellen Belastung eines jeden Pg. wurde von der S.A.-Leitung die Weisung herausgegeben, von allen Veranstaltungen im Zeitraum von 4 Wochen abzusehen.

Öffentliche Versammlungen fanden während des Monats nicht statt. Einzelne Ortsgruppen gingen dazu über, öffentliche Sprechabende abzuhalten, die mehr oder minder den gehegten Erwartungen entsprachen.

Das Gau-Organ, die „Berliner Arbeiterzeitung“, vervollkommnet sich inhaltlich immer mehr und mehr. Es wurde eine Arbeitslosen-Sondernummer herausgebracht.

Der Mitgliederbestand beträgt z. Z. 3000⁵. Von dem anlässlich des durch die jüdische Presse veranstalteten „Putsch“ rummels s. Zt. aufgelösten und verbotenen Wehrverband „Olympia“ (nur auf Berlin beschränkt; Soll-Stärke 3500 Mann) sind viele Übertritte zur N.S.D.A.P. erfolgt.

Sonst verlief das Parteileben in normalen Bahnen. –

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei

Gau Gross-Berlin – O.G. Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 3

Situations-Bericht

August 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der Kampf
der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners.

Die politischen Wogen des Marxismus sind in diesem Monat sichtlich verebbt. Es zeugt immerhin von dem zeitweiligen Verfall oder besser gesagt von der augenblick-

* Anmerkung Muchows: Die auf der 4. Seite des „Illustrierten Beobachters“ (Folge 1) abgebildete Gruppe mit dem roten Transparent „Tod dem Marxismus“ ist unsere S.A.-Gruppe Neukölln. Adolf Hitler hat sich nach ihr erkundigt und sich lobend über sie ausgesprochen. –

⁵ Nach Angaben von Dr. O. Strasser gegenüber dem Bearbeiter ist diese von Muchow angegebene Zahl „viel zu hoch“. Zu dieser Zeit habe es außer der SA nur einige Hundert „zivile“ Parteigenossen in Berlin gegeben.

lichen Schwäche der K.P.D., dass sie sich im August nur zu einer einzigen Demonstration in Berlin aufgegriffen hat. Es war dies die am 4. 8. 26 im historischen Lustgarten abgehaltene „Antikriegs-Kundgebung“, die unter dem Schlagwort „Krieg dem imperialistischen Kriege“ (der rote Imperialismus Moskaus – China und Kolonien! – selbstverständlich ausgenommen) stattfand. Die Beteiligung* war im Gegensatz zu früheren Demonstrationen schwach. Trotzdem der „Rote Frontkämpferbund“, die „Rote Jungfront“, der „Rote Frauen- und Mädchenbund“, die übrigen Parteimitglieder, sowie einige Gruppen des „Internationalen Bundes der Kriegsoffer und der Arbeit“ (stark kommunistisch) aufgebieten waren, kam die Teilnehmerzahl über 10.000 nicht hinaus. Dies ist für Berliner Verhältnisse kläglich, wenn man berücksichtigt, dass das Heer der 270.000 Arbeitslosen eine starke politische Reserve darstellen, die gerade von der K.P.D. eifrig umworben wird, allerdings durch die augenblickliche passive Haltung der Erwerbslosen mit negativem Erfolg. Selbstverständlich rühmte das Ersatzblatt der „Roten Fahne“, die s. Zt. wegen der bekannten unflätigen Beschimpfung Hindenburgs verboten war, die „Volkswacht“ (Organ der K.P.D. für Pommern und Mecklenburg) den „beispiellosen Erfolg“ der Kundgebung und verstieg sich zu der fast unglaublichen Behauptung, dass an ihr 100.000 Personen (!!) teilgenommen hätten. Diese Multiplikation der wirklichen Zahl mit 10 entbehrt nicht einer gewissen Komik. Zunächst erscheint ja dieses K.P.D.-Organ, wie oben vermerkt, in Pommern und Mecklenburg. Also in einer Ecke unseres Vaterlandes, wo die gutgläubigen Genossen den Berliner Lustgarten nicht gut übersehen konnten und ferner betrug die angekündigte Zahl der „Roten Frontkämpfer“ zum seinerzeitigen Pfingsttreffen in Berlin 80.000, die propagandistisch wirken sollte, während tatsächlich nicht mehr als 35.000 (nach einwandfreien genauen Zählungen) aufmarschiert waren. Nichtsdestoweniger behauptete auch damals die „Rote Fahne“, dass an dem „Riesen“aufmarsch mehr als 100.000 (!) teilgenommen hätten. Vor diesen genialen Rechenkunststücken der „Volkswacht“- und „Rote Fahne“-Redakteure (die gewiss nicht in Pfeiffers Abendschule gegangen sind) müssen selbst die Schreibkulis der jüdischen Börsen- und Weltpresse kapitulieren. Die Kundgebung verlief nicht ruhig, sondern es kam, wie die Presse bereits meldete, zu schweren Zusammenstößen, die von Seiten der Kommunisten gewollt waren. Als die 11. Abteilung des „R.F.B.“ in die Schlossfreiheit einbiegen wollte und am Nationaldenkmal von der Schutzpolizei, die in erheblicher Zahl aufgebieten war, angehalten wurde, um die Beschlagnahme einer Atrappe, die ein grosses Massengrab darstellte, vorzunehmen, wurden seitens der Kommunisten systematische Angriffe auf die einzelnen Schutzpolizisten verübt. Einem Polizisten wurde der Karabiner entrissen und der Tschakko vom Kopf geschlagen, andere wurden eingekreist, die sich nur mit Mühe wieder befreien konnten, bis eine Abteilung Berittener den Zug auseinandersprengte. Mit wüsten Schimpfworten wurden die Offiziere empfangen, bis eine energische Polizeimannschaft die Schlossfreiheit räumte, wobei 25–30 Teilnehmer mehr oder minder schwer verletzt wurden. Als der Berliner Vicepolizeipräsident, Dr. Friedensburg („Berliner Tageblatt“-Demokrat), der die Polizei-Aktion während der ganzen Kundgebung persönlich leitete, auf der Rampe des Schlosses von der Menge erkannt wurde, erschollen wüste Schimpfrufe und man machte Miene, auf ihn einzustürmen. Wenn nicht der 1. Bundesvorsitzende des „R.F.B.“, M.d.R. „Genosse“ Thälmann, in höchst eigener Person die „kochende Volksseele“ seiner Schäflein beruhigt hätte, wäre dem Wahrer, der staatlichen Autorität und fleissigen Anbeter der Weimarer Verfassung Dr. Friedensburg das peinliche Missgeschick passiert, von einigen Angehörigen des „souveränen“ Volkes (das sich bekanntlich „selbst regiert“) eins auf die pazifistische

* Anm. Muchows: Als Augenzeuge R[heinhold] M[uchow]

Badehose bekommen zu haben. Das Volk liebt seine „Regierer“ und weiss sie auch entsprechend zu behandeln. Man soll es dabei auch nicht sonderlich stören.

Auf die geistigen Tiraden der kommunistischen Redner einzugehen, die nur von einem Bruchteil der Anwesenden gehört wurden, erübrigt sich. Sie faselten von den „Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie“ (unter der man wahrscheinlich die Aera der Spiesser-Sozialisten vom Schlage Breitscheids, Scheidemanns, Löbes u.s.w., die ebenfalls auf „dem Boden der jeweiligen Tatsachen“ stehende Gefolgschaft des Bierflaschen-Doktors und freimaurerischen Locarno-Lächlers Stresemann und die braven Hurra-Patrioten des Westarp versteht) und riefen die Arbeiterschaft zum Kampf gegen das „neue Blutbad“ auf.

Ansonsten beschränkte sich die Arbeit der K.P.D. auf die Gewinnung der Erwerbslosen für ihre Umsturzziele und auf die Vorbereitung ihres neuen politischen Schlagers des „Kongresses der Werktätigen“.

Und die S.P.D.? Sie hat schon längst verzichtet, öffentlich aufzutreten. Sie ist sich ihrer Schande des Verrats an den arbeitenden Massen bewusst und fürchtet bei öffentlichen Veranstaltungen den Zuruf aller politisch Ehrlichen: „Dirne des Kapitalismus!“ Gäbe es nicht die geistige Kloake aus der Lindenstrasse, nämlich den „Vorwärts“, kein Mensch in Berlin wüsste überhaupt, dass es so etwas wie eine S.P.D. gibt. Aber der „Vorwärts“ tut als ob er etwas täte. Sein 5köpfiger jüdischer Redaktionsstab bläst mächtig in die Posaune des „alleinigen berufenen Vertreters der arbeitenden Bevölkerung“.

Quot erat demonstrandum! sagt der Lateiner. Man muss sich bemerkbar machen.

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Dem marxistischen Bonzentum ist in diesem Monat der Schreck in alle Glieder gefahren. Etwas Unerhörtes ist geschehen: nämlich die Nationalsozialisten haben sich erdreistet, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen und was noch furchtbarer ist, sie haben sich vor dem öffentlichen Forum der zahlreichen Arbeitsnachweise hingestellt und versucht, die Erwerbslosen für sich zu mobilisieren. Nichts kann für die Marxisten tödlicher wirken als dieses. Und doch! Unser Gau hat die Notwendigkeit der Propaganda unter den Erwerbslosen erkannt, da er weiss, dass er hier erstens die günstige Gelegenheit hat, die N.S.D.A.P. vor geschlossenen Arbeitermassen bekanntzumachen und zweitens die Erkenntnis besitzt, dass das grosse Heer der Dawes-Sklaven eine noch ungeweckte politische Kraft darstellt, deren tausendmal berechnete Verzweiflung gegen das elende Los ihrer Lage in diesem „Volks“staat gegen die Infektion bolschewistischer Giftbazillen durch unsere Aufklärung über den wahren Kapitalismus geschützt werden muss. Um für diese Arbeit eine organische Grundlage zu schaffen, ist durch die Gauleitung innerhalb der N.S.D.A.P. Gross-Berlin ein „Zentralverband der Erwerbslosen“ gegründet worden, dem vor allen Dingen unsere eigenen arbeitslosen Pgg. als die politischen Kadres angehören.

Diesem Schritt unserer Berliner Parteiorganisation muss man eine symptomatische Bedeutung beilegen. Bedeutet er doch nichts anderes als den ersten Versuch, in die wichtigsten und stärksten Bollwerke marxistischer Herrschaft, nämlich die Betriebe und Arbeitsnachweise, allmählich vorzudringen, sie zu unterminieren und sturmreif zu machen. Da die Berliner Nationalsozialisten fast ausnahmslos ihre politische Kraft auf die Eroberung des deutschen Arbeiters verbrauchen (vom Bürgertum aller Schattierungen haben sie die Nase voll) und unser Kampf von den „Nationalen“ oftmals, wenn auch manchmal etwas naserümpfend ob des frischen Angriffsgeistes („um den Gegner nicht zu reizen“) rückhaltlos anerkannt wird, so stellt doch diese neue Angriffsart noch höhere Anforderungen an jeden einzelnen Pg. von uns. Es

ist ohne weiteres natürlich, dass sich der Hass und die blinde Wut der Marxisten erneut und in einer viel stärkeren Masse gegen uns richten wird, da sie sich ins Mark getroffen fühlen. Die Erwerbslosen-Ausschüsse in den einzelnen Verwaltungsbezirken, eine Gründung der K.P.D., in denen stets 80–90% Kommunisten tonangebend sind, werden von nun an die Tribüne sein, wo die Lehre des nationalen Sozialismus gepredigt wird. Die K.P.D. weiss sehr genau, was damit auf dem Spiel steht und die „Rote Fahne“ (Nr. 183 vom 21. 8. 26) sah sich bemüsst, folgenden kleinen Erguss über uns zu schreiben:

Eine neue völkische Firma
„Zentralverband der Erwerbslosen“

„Die Nationalsozialisten versuchen die verzweifelten Erwerbslosen in ihre Netze zu ziehen. Zu gestern abend war nach Haverlands Festsälen eine Erwerbslosenversammlung einberufen, für die ein „Zentralverband der Erwerbslosen“ verantwortlich zeichnete. Die Einladung zu dieser Versammlung erfolgte durch einen ungeheuren Berg von Flugzetteln, die zur Täuschung der Arbeitslosen von roter Farbe waren. Während der Versammlung wurde der „Völkische Beobachter“ völlig gratis verteilt, so dass die Annahme berechtigt erscheint: hier haben einige Geldleute (Grossagrarien?) die Hand im Spiel. Der Ausgang der Versammlung dürfte den irgeleiteten Hitlerproleten, aber auch deren Geldgeber gezeigt haben, dass bei den Erwerbslosen Berlins „kein Blumentopf für Hitler“ zu gewinnen ist.

Von Zwischenrufen fortwährend unterbrochen, versuchte ein „nationalsozialistischer“ Referent mit den alten, abgedroschenen Phrasen von Börsenkapital und Juden, die an allem Schuld sein sollen, Eindruck zu schinden. Als er Hitler als „ehrlichen Arbeiter“ besang, brach in der Versammlung ein Proteststurm los. Die Diskussionsredner zeigten dann dem Referenten, welche Aufgaben die Erwerbslosen jetzt haben. Der Kongress der Werkstätigen wird zu der Riesenerwerbslosigkeit Stellung nehmen. Darum müssen die Erwerbslosen überall Delegierte für diesen Kongress wählen. Die Ausführungen der kommunistischen Redner versuchten einige wildgewordene Nationalsozialisten dauernd zu unterbrechen, was ihnen aber nicht gelang. Als der letzte Redner geschlossen hatte, erhob sich plötzlich alles von den Bänken und stimmte die „Internationale“ an.

Die Erwerbslosen werden diesen Rattenfängern nicht auf den Leim gehen. Die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter ist es, auch diejenigen Proleten, die auf der Seite der Nationalsozialisten noch stehen, von ihren Klassenfeinden zu lösen.“

Diese Sprache versteht jeder Berliner Nationalsozialist. Krampfhaft wollte sich hier die „Rote Fahne“ bemühen, überlegen und abgeklärt zu erscheinen, als wäre das Auftreten der Nationalsozialisten völlig belanglos. Und doch spricht aus mehreren Sätzen ihre zitternde Angst über den Abfall der „irgeleiteten Hitlerproleten“, die Moskaus Diktaturgesänge auf jüdischen Zimbelen gespielt nicht mehr hören wollen. Von geradezu erschütternden tragikomischen Auswirkungen ist der Schlußsatz. Es ist aber wenig Hoffnung vorhanden, dass der Unkenruf „Kehret zurück zu Vater Marx“ jemals wieder Anklang bei den Arbeitern finden wird, die den marxistischen Volksbetrug kennengelernt haben. Auf die üblichen Verdrehungen obigen Artikels braucht nicht näher eingegangen zu werden, dies gehört zum guten Ton der „Roten Fahne“.

Die „Hitlerproleten“ aber werden allen niederträchtigen Anfeindungen zum Trotz mit doppeltem Eifer und Schaffenskraft die Mobilisation der Berliner Erwerbslosen vorbereiten!

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 4

Situations-Bericht

September 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners

In der Münzstrasse zu Berlin, einer winkligen aber durch den Verkehr sehr lebhaft gewordenen Strasse im Zentrum, liegt die Zentrale der K.P.D. Hier gehen von morgens bis abends die Kuriere ein und aus mit ihren Instruktionen und Anweisungen, um die Macht des Judentums, indem man die Benebelung der Massen durch das marxistische Narkotikum mit System betreibt, fester und unerschütterlicher zu gestalten. Man muss als Gegner ehrlich den Methoden der K.P.D., wie sie es bewusst versteht, jede Bevölkerungsklasse und jede augenblickliche Situation geschickt für ihre Zwecke auszunutzen, Beifall zollen, obwohl sie sich dabei oftmals mit einem negativen Erfolge bescheiden muss. Ein Schulbeispiel war die am 6. ds. Mts. abgehaltene „Erwerbslosen-Kundgebung“ im Lustgarten. Die unverkennbare Tendenz, mit der die K.P.D. jetzt arbeitet, die Erwerbslosen vor den Moskauer Handkarren zu spannen, sollte durch einen Massenaufmarsch eine sichtbare Verkörperung erfahren. Dieses äussere Schaugepräge bewies jedoch eindeutig, wie gering vorläufig der Einfluss der K.P.D. auf die Erwerbslosen ist. Es war bei diesem Aufmarsch die übliche Teilnehmerzahl vorhanden, 10.000, die stets bei allen Veranstaltungen dieselbe bleibt.

Nebenbei propagieren sie eifrig mit der Parole für einen „Kongress der Werk-tätigen“, es ist das Stichwort gewesen, was die K.P.D.-Zentrale nach der erfolgten und missglückten Abstimmung über die Fürstenenteignung ausgab, um rechtzeitig einen neuen politischen Schlager zu haben, um die Massen damit erneut „an der Stange“ zu halten. Mitte dieses Monats fand hier im röttesten Arbeiterbezirk, Neukölln, die Wahl und Bildung des vorbereitenden Komitees zu diesem „Kongress der Werk-tätigen“ statt. Es gehört jedoch nicht viel Seherweisheit dazu, wenn man sagt, daß dieser „Kongress“-Schlager ein Schlag ins Wasser sein wird, da das Berliner Volk, das doch am Reichsmaßstab gemessen immerhin politisch am regsamsten ist, tatsächlich durch die Einseifungs-Politik der Regierung, ferner durch die Erwerbslosigkeit und die Rationalisierung, durch das bestimmt nicht 100%ige Vertrauen zur K.P.D. (von der S.P.D. ganz zu schweigen), müde und stumpfsinnig geworden ist. Für den November war die Eröffnung des „Kongresses“ spätestens geplant, aber heute weiss ja noch nicht einmal der K.P.D.-Genosse richtig, wie er diesen neuen Schlager richtig anbringen soll. Mit einem Worte kann gesagt werden, dass die Lage im September für den Marxismus genau dieselbe gewesen ist wie im Vormonat. –

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Zwei Ereignisse, die sich im September innerhalb der Mauern Berlins abspielten, gaben den Berliner Nationalsozialisten treffend Gelegenheit, die Zerfahrenheit und

Ideenlosigkeit der sogenannten „Rechten“, dem gewesenen Deutschland, kennenzulernen.

Da tagte zunächst im Preussischen Landtag, dem ehemaligen Herrenhause, der „Reichs“parteitag der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung“. Würde z. B. die „Wirtschaftspartei“, der „Häusserbund“ oder sonst irgendeine Splitterpartei ihre geistige Heerschau abhalten, so könnte man Gift darauf nehmen, daß die Öffentlichkeit wenigstens davon etwas erfahren hätte und wären es auch nur Lügen gewesen. Aber wenn es jemals eine Veranstaltung gegeben hat, die derartig sang- und klanglos verlaufen ist, dass noch nicht einmal die Spatzen davon gepfeifen haben, so ist es der „Reichs“parteitag der „D.V.F.B.“ gewesen. Es wäre absurd, auch nur mit einer einzigen Silbe den gewaltigen Aufmarsch des Nationalsozialismus in Weimar als Vergleich zu erwähnen. Das würde nur eine Schmälerung der herrlichen Juli-Tage bedeuten. Die Judenpresse höhnte mit Recht auf diese Tagung der „D.V.F.B.“, auf der nicht eine einzige hinreissende Linie aufgezeigt war, was getan werden müsste, um Deutschland zu retten. Kleinigkeiten, Gezeter, Polemiken gegen Hitler, „Einigkeits“-Geschrei und miese Kassenverhältnisse waren die Themen, die gehalten wurden. Ein einziges kleines schüchternes Plakat an den Plakatsäulen machte wenigstens einigermassen den breiten Massen bekannt, dass hier in Berlin so etwas wie eine „Reichstagung“ der „D.F.V.B.“ abgehalten wird. Eine „Sedan-Feier“ veranstalteten die beiden Gaue Berlin und Potsdam (!) bei der drei der Prominentesten sprachen und die als Abschluss des Parteitages angesehen wurde. Wie voll der Saal gewesen ist, wissen wir nicht, da kein Nationalsozialist zugegen war, um kein falsches Bild über diese „Bewegung“ zu geben.

Und noch ein zweites, weit kläglicheres, Ereignis wurde uns beschert. Es gibt in jeder politischen Bewegung eine bestimmte Art von Menschen, die man am besten als politische Nachtenten bezeichnen könnte. Dieser Typ ist ein Gemisch von schwammigen Idealismus, dem der reale Boden fehlt, und bemitleidenswerter Unkenntnis über Probleme, die die Politik bestimmen. Solche Nachtenten liessen sich eines Tages auch über Berlin nieder, trugen schwarz-weiss-rote Fähnchen und versuchten die ohnedies schon schwachen Überreste der Berliner Wehrverbände (da sie zugrunde gegangen sind und noch zugrunde gehen werden durch ihre „Überparteilichkeit“ und „unpolitischen“ Hanswurstiaden) für eine neue „Idee“ zu gewinnen: „Deutschbanner Schwarz-Weiss-Rot“. In diesem neuen „Laden“, wie der Berliner sagt, sollten alle nationalgesinnten Leute (Motto: „Einigkeit macht stark“) zusammengefasst werden, um endlich (!) den „Roten“ zu zeigen, dass es so etwas wie einen „nationalen Selbstbehauptungswillen“ gäbe. Die Befürworter solcher Weisheiten waren ehemalige Offiziere, vollkommen namenlos, von denen man nicht recht wusste, ob sie Beschäftigung suchten oder noch nie etwas von einer N.S.D.A.P. gehört haben. Gottseidank dauerte dieser Spuk nicht lange, da erstens die Opposition der Nationalsozialisten dafür sorgte und zweitens den Leuten die Sache selbst zu dumm vorkam. Wir Nationalsozialisten haben aus diesem Vorgang zweierlei gelernt: dass 1) die sogenannte „Rechte“ innerlich vollkommen geist- und ideenlos geworden ist, da das konservative Prinzip der Vergangenheit angehört und 2) für uns umsomehr die Verpflichtung besteht, werbend und kämpfend den wirklichen Nationalismus den breiten Massen bekannt zu machen.

Wie war nun der innerparteiliche Kurs im September?

Am 9. ds. Mts. unternahm die S.A.-Berlin einen Propagandamarsch nach Lebus (Mark) anlässlich des dortigen 700 Jahr-Festes. In Tasdorf (Mark) ereignete sich ein Zusammenstoss zwischen uns und den Kommunisten, bei dem die letzteren regelrecht in die Flucht geschlagen wurden.

Am 7. und 13. ds. Mts. fanden im grössten Arbeiterviertel Berlins, Neukölln, zwei

Massenversammlungen statt. Es sprachen am 7. ds. Mts. der z. Zt. beste Berliner Redner, Pg. Holtz-Charlottenburg, und am 13. ds. Mts. der Pg. Stier-Frankfurt a. M. Beide Versammlungen verliefen ruhig; in der Stier-Versammlung verzichtete die anwesende K.P.D. sogar auf jede Diskussion.

Leider hat der Gau Berlin ein neues Opfer des jüdisch-marxistischen Blutterrors zu beklagen. Ende dieses Monats wurde der 44jährige Pg. Fritz Anderssen aus der Ortsgruppe Kreuzberg durch einen feigen kommunistischen Überfall derartig schwer verletzt, daß er am 30. ds. Mts. im Urban-Krankenhaus verstarb⁶. Der Blutdurst dieser Bestien ist tierisch, wenn sie das Abzeichen der N.S.D.A.P. sehen. Trotzdem werden die Zähne zusammengebissen und es gibt nur ein Wort: Kampf! Der Sieg ist dann erfochten und unsere Abrechnung beginnt. – Reinhold Muchow

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 5

Situations-Bericht

Oktober 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners

Als die Berliner Botenfrauen am 6. ds. Mts. die Zeitungen durch die Türschlitze ihrer Leser steckten, überbrachten sie den morgenkaffeeschlürfenden Spiessern und allen „über- und unparteilichen Staatsbürgern“ die sensationelle Nachricht: der preussische Innenminister Severing ist zurückgetreten. Aus „Gesundheitsrücksichten“, hiess es, sei er von seinem Posten gegangen, den er lange Zeit hindurch mit „unübertrefflichem Geschick“ geleitet hatte. Die Judenpresse, voran das Börsen- und Freimaurerblatt von Theodor Wolff⁷, sang im Chorus das Loblied Zions auf den „prägnantesten Kopf“ der preussischen Regierung, lobte (was Wunder!) seine „unparteilichen“ Regierungsmassnahmen, die er konsequent, unbeirrt des (sic!) Demagogengeschreis von rechts bis links durchgeführt hätte. Geglaubt hats ja nur scheinheilig das „Berliner Tageblatt“. Dies selbstverständlich alles zum Wohle des „Staates“! Wie ja ein Sozialdemokrat überhaupt nur selbstlos handeln kann und die Kapitalisten-Duzfreundschaft der Heilmann, Bauer und Konsorten mit Barmat und Kutisker nur eine böswillige Erfindung von Antisemiten-Gehirnen gewesen ist.

Was aber ein Severing sich an Unterdrückung der nationalen Bewegung, insbesondere gegenüber den Nationalsozialisten, geleistet hat, wirksam unterstützt durch

⁶ Vgl. dazu Engelbrechten-Volz, a. a. O., S. 19 u. S. 72f. Dort wird Harry (nicht Fritz) Anderssen, der am 26. 9. (nicht 30. 9.) seinen Verletzungen erlag, als das erste Opfer der Berliner SA bezeichnet. Wenn Muchow oben von einem „neuen Opfer“ spricht, so vermutlich im Hinblick auf die beiden Angehörigen des Frontbanns, Werner Doelle und Fritz Renz, die am 9. 8. 1925 und am 21. 2. 1926 Opfer politischer Gewaltakte wurden (vgl. Engelbrechten-Volz, a. a. O., S. 18).

⁷ Das „Berliner Tageblatt“.

den Denunzianten-Verein (genannt „Centralverein deutscher (!) Staatsbürger jüdischen Glaubens“), übersteigt alles Dagewesene. Schon die Tatsache, wie dieser „unparteiliche“ Minister einen Tag nach seinem Rücktritt demonstrativ dem „Reichsbanner“ beitrug, beweist uns allzu deutlich, wie „liebervoll“ er stets gegen Nationalsozialisten gewesen ist. In jeder Versammlung der N.S.D.A.P. wimmelte es von seinen Agenten, über jeden Quark liess er sich früher persönlich Bericht erstatten und alles wird mit einem Schlage verständlich, wenn wir wissen, dass die Abt. Ia (Politische Abteilung) des Polizeipräsidentums eine jährliche Zuwendung von 20 Millionen Mark, was verbürgt ist, von irgendeiner Stelle erhält. Wer diese „irgendeine Stelle“ ist, braucht nicht näher untersucht zu werden.

Severing ist nun nicht mehr preussischer Innenminister, aber das System und der Geist der Unterdrückung gegenüber der Deutschen Freiheitsbewegung bleibt bestehen.

Am 8. ds. Mts. ging eine nicht minder sensationelle Nachricht durch die Presse: der Rücktritt des Chefs der Heeresleitung von Seeckt. Diese kam überraschender als die vorhergehende, und der äussere Anlass, der zur Verabschiedung Seeckts führte, tritt ganz in den Hintergrund, wenn wir etwas weltpolitisch denken lernen. Nach Locarno und Thoiry galt Seeckt in den Augen des Weltjudentums nichts mehr, man betrachtete ihn als ein lästiges Anhängsel, das man so schnell als möglich los sein wollte. Die vielen äusseren Anlässe, die so oft und mannigfaltig im politischen Leben mitspielen, geben auch bei Seeckt eine gute Staffage ab und führten zu seinem selbstgewählten Schritt. Seeckt ist immer ein Problem gewesen. Sein geschichtlicher Ruhm, in den Jahren des Chaos zäh und unablässig am Aufbau des jungen Heeres gewirkt zu haben, bis es zu einer achtungsgebietenden Macht – natürlich nur innerpolitisch – wurde, steht fest. Dass er sich diesen Ruhm jedoch einkonservieren liess und nie die Zeichen der Zeit zu deuten verstand, als im November 1923 im Süden Deutschlands die deutsche Freiheitsbewegung ihren Anfang nehmen wollte, ist seine Tragik und schliesslich auch sein Verhängnis gewesen. Für das Weltjudentum war Seeckt im gewissen Sinne eine Gefahr gewesen, denn in seiner Hand besass er immerhin ein machtpolitisches Instrument, von dem vieles wenn nicht alles abhing. Jetzt ist er „gegangen worden“ und an seinen Platz tritt der Generalleutnant von Heye.

Deutschland ist um ein Stückchen mehr wehrloser gemacht worden.

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Die innerparteiliche Lage in diesem Monat ist keine gute gewesen. Es haben sich in unserem Gau Zustände herausgebildet, die sich diesmal derartig zuspitzten, dass mit einer vollständigen Zerrüttung der Berliner Organisation gerechnet wurde. Es ist die Tragik des Gaues gewesen, dass er nie einen richtigen Führer besessen hatte, der doch gerade hier in dieser Millionenstadt so ungeheuer notwendig gewesen wäre. Bei aller Hochschätzung des ersten Gauleiters, Pg. Dr. Schlange, der sich aufgerieben hat, gelang es diesem doch nicht, eine einheitliche klare Linie im Gau zu bilden. Die Macht der Rede war ihm ohnedies noch versagt geblieben und manche ungerechte persönliche Anfeindung lähmte seine Arbeitskraft. Es begann sich langsam im Gau eine Opposition herauszuschälen, die zwar kräftig die Mißstände rügte, was ja stets das eigentliche treibende Element jedweder Opposition ist, aber positive Vorschläge wenig vorbringen konnte und, was ja die Hauptsache wohl gewesen wäre, einen geeigneten Pg. aus ihrer Mitte als neuen Gauleiter nicht stellen konnte. Diese zum Teil berechtigten aber ansonsten mehr lärmende als positiv-sachliche Opposition breitete sich immer mehr aus, als Pg. Dr. Schlange die verantwortlichen Gaugeschäfte

dem stellvertretenden Gauleiter, Pg. Schmiedicke, übertrug. Dieser Pg. besass jedoch noch weniger Fähigkeiten, mit einem durchgreifenden Willen die verworrene Lage zu meistern. Die Folge davon war, dass die Opposition neue Nahrung bekam und sich an ihre Spitze der Pg. Heinz Oskar Hauenstein stellte, den die Opposition als neuen Gauleiter repräsentierte. Die Ortsgruppenführer-Sitzungen, die der sachlichen Arbeit gewidmet sein sollten, wurden jetzt durchweg die Tummelplätze zweier fast gleichstarken Richtungen und die Abende wurden mit leidenschaftlichen Debatten, deren Inhalt zu mindestens 75% aus persönlichen Argumenten bestand, ausgefüllt. Diese Selbstzerfleischung, gewiss ein warnendes Beispiel was Führertum bedeutet, blieb nicht ohne Einwirkung auf die Pgg. und die Öffentlichkeit. Die Schlagkraft der Partei sank auf Null. Nur ganz wenige Ortsgruppen des Gaues, Neukölln und Spandau, sahen leidenschaftslos den Dingen zu und arbeiteten, zum Teil mit eigener Verantwortung, unverdrossen weiter. Ihre Mitgliedschaft wurde vollkommen von den Einzelheiten der persönlichen Anfeindungen in den Ortsgruppenführersitzungen isoliert und darum die geschlossene Einheit der beiden Ortsgruppen gewahrt. Diese beiden Ortsgruppen haben insofern besondere Bedeutung im Gau, weil beide, vornehmlich Neukölln, in den grössten marxistischen Zentren liegen.

Als in den Wirrwarr keine Ordnung zu bringen war und als es sogar soweit kam, dass die in Opposition stehenden Ortsgruppen alle Gaumassnahmen des stellvertretenden Gauleiters ignorierten, wurden Verhandlungen mit der Reichsparteileitung in München gepflogen und um einen neuen Gauleiter gebeten. Endlich gelangte die Nachricht an uns zurück, dass voraussichtlich Pg. Dr. Goebbels der zukünftige Gauleiter von Gross-Berlin werden würde. Ein wahres Aufatmen ging durch den zerütteten Gau, ein Beweis, wie sehr von allen Pgg. der Mangel an einem richtigen Führer empfunden wurde. Noch liegt zwar eine offizielle Bestätigung nicht vor, aber alle Berliner Pgg. hoffen zuversichtlich, dass Pg. Dr. Goebbels bestimmt kommen wird.⁸

Angesichts dieser innerparteilichen Lage war von einem öffentlichen Auftreten der N.S.D.A.P. in Berlin keine Rede. Hoffen wir, dass die kommenden Wochen dem neuen Gauführer die Erfolge bringen, die dem Nationalsozialismus in Berlin gebühren. —

Reinhold Muchow

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiterpartei
Ortsgr. Berlin — Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 6

Situations-Bericht November 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners

Je mehr der 9. November eines jeden Jahres herannaht, vollziehen sich im Lager des Marxismus seltsame Erscheinungen.

„Zwei Seelen, ach, wohnen in meiner Brust“ heisst dann das Motto all' der grossen und gewaltigen Anbeter des Götzen Demos, und das Menetekel von 1918 liegt

⁸ Goebbels war von einzelnen Versammlungsreden, die er im Laufe des Jahres 1926 in Berlin gehalten hatte, den Parteigenossen des Gaues Berlin der NSDAP teilweise bereits bekannt (vgl. Goebbels-Tagebuch 1925/26, a. a. O.).

wie ein Alb auf ihrer Brust. Sie wissen sehr gut, dass man mit allen Fingern auf ihre Meineidstat zeigt und dieses Gefühl, schuldig zu sein, lässt ihren Geist nicht zur Ruhe kommen. So suchten sie sich Zerstreuung und traten geräuschvoll auf, um die unbequemen Stimmen zu übertönen: das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ machte Werbewoche! Just um die Zeit herum, als sich vor 7 Jahren das deutsche Heer verblutete, zogen sie mit Singsang und Klingklang durch Berlins Strassen, um neue Meineids-Genossen zu werben, damit der Schutzwall zur Befestigung der kapitalistischen Republik, wie es das „Reichsbanner“ darstellt, grösser und stärker werden sollte. Wie eine Jahrmarktsgruppe, mit Pauken und Fähnchen, gingen sie um Mitglieder schnorren, lärmten und prahlten von ihrer „Millionen-Organisation“ (wobei sie zu erwähnen vergassen, dass es noch eine viel grössere gibt – die Dawes-Armee!) und entblödeten sich nicht vom „grossdeutschen Gedanken“ zu sprechen. Kräftig traten sie für die Anschlussbewegung Deutsch-Österreichs ein, um ebenso kräftig dem Deutsch-Österreicher Adolf Hitler durch ihre Beauftragte das Reden zu verbieten. Dabei scheint diesen „Reichsbanner“-Seelen ihre eigene Verfassung von Weimar, die sie doch „schützen“ wollen, unbekannt zu sein, die doch jeden Deutschen schriftlich das Recht der freien Meinungsäusserung bescheinigt.

Sonst fehlte dem ganzen marxistischen Verführergesindel der Mut der Verteidigung für ihre eigene Meineidstat; ein paar dürftige Leitartikel des „Vorwärts“ riefen die „historische Stunde der Geburt der „Republik“ in die riesengrossen Wasserköpfe seiner Leser zurück, die nie auslernen dämlich zu sein, und damit war auch alles Theater so ziemlich beendet. Die S.P.D. als Koalitionsbruder, gab sich auch damit vollauf zufrieden – ihre wahrhaftige historische Stunde, das deutsche schaffende Volk am 9. 11. 1918 an das Weltjudentum verraten zu haben, hat sie ja hinter sich.

Sie ist und bleibt nur noch das würdige Dekorationsstück dieser kapitalistischen Republik und mit ihr das „Reichsbanner“.

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

„Vorbei ist die schreckliche, die kaiserlose Zeit“. Der heilige Wirrwarr im Gau ist gelöst: Pg. Dr. Goebbels ist zum Gauführer von Berlin-Brandenburg ernannt worden. Damit ist eine Epoche im Gau abgeschlossen worden, die seit der Gaugründung vorherrschend gewesen war. Am 7. ds. Mts. traf Pg. Dr. Goebbels auf dem Anhalter Bahnhof ein und mit dem Tage beginnt eine neue Geschichte des Gaus. Bereits am 9. ds. Mts. hielt er seine erste öffentliche Rede auf der „Totengedenkfeier“ des Gaus im „Kriegervereinshaus“. Dann begann Zug um Zug die Neuzug- bzw. Reorganisation des alten Gaus. Der 17. ds. Mts. brachte die Gründung des „Nationalsozialistischen Freiheitsbundes“ innerhalb der Organisation der Partei, die eine Vereinigung aller der Pgg. des Gaus darstellt, die dem Gau zu seinem Aufbau die finanzielle Hilfe leisten sollen und für späterhin als überaus schnell und rasch einzusetzende Kampftruppe für Spezial-Aufgaben verwendet werden soll. Am 20. ds. Mts. fand die erste Gautagung, an der sämtliche Sektionsführer teilnahmen, statt, auf der Pg. Dr. Goebbels seine grundsätzlichen Richtlinien für die zukünftige Arbeit bekanntgab. Die erste Krönung der bisher geleisteten Arbeit fand in Form eines grossen öffentlichen Gau-Sprechabends im „Kriegervereinshaus“ statt, der einen grossen Besuch aufwies. Pg. Dr. Goebbels entledigte sich seines Themas „Deutschland – Kolonie oder Staat?“ in der bekannten hinreissenden Weise als wahrer Volksredner. Eine stattliche Anzahl von Neuaufnahmen war der äussere Erfolg.

Über die grosse Bedeutung, die der Berliner Gau durch seinen neuen Gauführer bekommen hat, wird in Zukunft noch einiges zu sagen sein. –

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 7

Situations-Bericht

Dezember 1926

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners.

Immer noch liegt eine Depression auf dem politischen Berlin. Der Gegner rührt sich nicht. Nur in den beiden Hauptquartieren der marxistischen Brüder, im „Vorwärts“- und „Rote Fahne“-Gebäude, ist geschäftiges Leben. Seitdem die seit einigen Monaten mühsam zusammengeschweisste Regierung gestürzt worden ist, pustet der „Vorwärts“ mächtig in seine güldene Posaune. Ihm bangt vor allem männiglich um die Reichswehr, die doch garnicht „republikanisch“ sei und fordert ein neues System der Rekrutierung – etwa so, dass jeder Inspektion zur Überwachung ein Zivilkommissar beigegeben werden soll. „Recht viele Reichsbanner-Gesichter (die ja an sich schon recht geistreich und repräsentativ wirken) solle man dabei bevorzugen“ liest man förmlich aus den Zeilen seiner teuer bezahlten Leitartikel heraus und schreit sich nebenbei heiser nach dem Kopf Gesslers, des versehentlichen Demokraten, den man so gern nach Seeckt auf dem Opferaltar der Republik schlachten möchte. Doch der „Vorwärts“ Sorgen sind es noch nicht alle – denn er ist nie glücklich (droht doch im nächsten Monat der Barmat-Prozess!) – und für das neue Jahr hat er einen gehörigen Wunschzettel abgegeben. Alles wünscht er sich anders, dass es seinen Koalitionsbrüdern, den Demokraten und Zentrümlern, ganz eigenartig und unheimlich wird. Er scheltet und wettet schon jeden Tag; jede Fliege an der Wand ärgert ihn: hier in X habe wieder einmal ein Beamter, der doch das teure Geld von der Republik beziehe, im Amt ein schwarzweissrotes Bändchen getragen (der Arme!) und dort in Y habe der Gerichtsschreiber vergessen, das „Königliche“ auf dem Amtsbogen auszustreichen, was einer ungeheuerlichen Brückierung der Republik gleichkäme. Dabei vergisst er nicht, dann und wann auch einmal seiner lieben Schwester, der „Roten Fahne“, eins hinter die Ohren zu hauen. Jedoch die lässt sich so ohne weiteres nicht kampfflos ihre Giftzähne ausbrechen und wie eine Megäre bespuckt sie den „Vorwärts“ tagtäglich. In dieser schönen Melodramatik mischt sich der süsse Tonfall der frommen „Germania“: „Kinderchen zankt Euch nicht – seid artig! Vater Koalition wills nicht haben!“ Aber alle beruhigenden Register christlicher Nächstenliebe helfen der „Germania“ nichts, das Gekreisich sich ausschimpfender Vagabunden wird noch begleitet vom Chor der kleinem Sudelblätter vom Schläge der „Welt am Abend“ und des „Acht-Uhr-Abendblattes“, deren Auslassungen so wirken, als trete man Katzen gewohnheitsmässig auf den Schwanz.

Zu einer solchen Schimpfkanonade, bei der sich der „Vorwärts“ stets ohne rühmliche Ausnahme als grösste Dreckschleuder hervortut, sagen die Leute vom Fach es sei eine „Pressefehde“. Nur schade, dass so mancher ehrenwerte Mann an den Giftbrocken solcher „Pressefehden“ elendig erstickt ist. –

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

„Und als mir 400 der Besten aus Euch, Männer und Frauen, die Hand darauf gaben, dass es jetzt anders werden solle, da wusste ich: Es hat angefangen, und nun wirds nicht mehr aufhören!“ Mit diesen Worten kennzeichnete unser Gauführer, Pg. Dr. Goebbels, in den „Nationalsozialistischen Briefen“ (Nr. 31) die Lage an dem Tage, wo innerhalb der N.S.D.A.P. in Berlin der „Freiheitsbund“ gegründet wurde. Dieser sollte die Aufgabe haben, zunächst dem Gau durch die Entrichtung eines verschieden hohen Opferbeitrages der „Freiheitsbund“-Mitglieder die finanzielle Grundlage für seine Arbeit zu geben. Einen Monat besteht er schon und das erste sichtbare Zeichen seines Wesens war die Schaffung einer vollkommen neuen Geschäftsstelle des Gaues im Zentralpunkt der Stadt*. Wickelten sich ehemals die Gauarbeiten mehr in einem zum Keller als zum Zimmer neigenden Raume ab, zu dem man nicht ohne gewisse Gefahr gelangen konnte, so besteht die heutige Geschäftsstelle aus 4 mit allen modernen Büro-Einrichtungen versehenen Zimmern nebst 2 Fernsprechan-schlüssen und bietet durch ihre Anlage die Möglichkeit, den Gau bis zu einer Stärke von 20–30.000 Mitglieder organisatorisch zu verwalten. Das zweite Ziel, welches er sich gesteckt hat, ist die Schaffung einer 40–50 Mann starken Gau-Musikkapelle, die von einem aktiven Musikmeister regelrecht ausgebildet werden soll. Ist auch diese Aufgabe erfüllt, so erfolgt die Anschaffung von Bereitschafts-Autos, die den Zweck besitzen, überall dort bei Propaganda-Umzügen, Schlägereien usw., schnell, sicher und billig, besetzt mit einem besonderen Kommando von Pgg., einzugreifen. So werden sich Aufgaben an Aufgaben reihen, bis der „Freiheitsbund“ – nach Pg. Dr. Goebbels – seine letzte Aufgabe zu erfüllen hat, wenn der Befehl kommt, das Reichstagsgebäude zu besetzen und auszuheben!

Jedoch war mit der Gründung des „Freiheitsbundes“ die Neu- bzw. Umgestaltung des Gaues noch nicht beendet. Es folgte in diesem Monat der Neuaufbau der S.A. und S.S. Das ganze Gau-Gebiet wurde in 3 Standarten aufgeteilt und jede Standarte wiederum in verschiedene Unterteilungen. Desgleichen begann die Organisation der „Hitler-Jugend“, die z. Zt. erst 150 Mann stark ist. Das Rauchen und Trinken wurde während jeden Parteidienstes bei den S.A.-Leuten und Pgg. abgeschafft.

Während des Monats trat der Gau mit 2 Veranstaltungen vor die Öffentlichkeit. Am 11. ds. Mts. fand in Spandau die Gau-Weihnachtsfeier statt unter Anwesenheit unseres Gauführers. Sie verlief in würdiger Form. Am 15. ds. Mts. wurde ein grosser öffentlicher Gau-Sprechabend mit Gästen abgehalten mit Pg. Dr. Goebbels als Redner (Thema: „Der Weg zur Macht“). Der finanzielle Überschuss betrug ca. M 200.–; eine grosse Anzahl Neuaufnahmen konnten als äusserer Erfolg verbucht werden. Die Besucherzahl betrug 1800–2000 Mann.

„Es hat angefangen und nun wirds nicht mehr aufhören!“ Reinhold Muchow.

* Die erste Geschäftsstelle der Gauleitung Berlin der NSDAP befand sich in einigen sehr behelfsmässigen Räumen in der Potsdamerstrasse 109 (sogen. „Opiumhöhle“). Am 1. Jan. 1927 verlegte Goebbels die Gaugeschäftsstelle in die Lützowstrasse 44. Erneute Umzüge in vergrößerte Geschäftsstellen fanden im Juni 1928 (Berliner Strasse 77), am 1. 5. 1930 (Hedemannstrasse 9) und im Oktober 1932 (Adolf-Hitler-Haus, Voßstr. 11) statt.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 8

Situations-Bericht

Januar 1927

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners.

Wenn die Fraktionszimmer des Reichstages, wie augenblicklich, Tage hindurch besetzt sind und die Türen zuweilen wütend aufgerissen und zugeschlagen werden, dann ist in parlamentarischen Kreisen gewöhnlich immer „dicke Luft“. Gleichzeitig fällt dann auch die Regierungspresse erfahrungsgemäss in pathetische Stimmungen und es wimmelt in ihren Spalten von „Dr. phil.“, „Regierungsrat a. D.“, „Dozent an der Handelskammer in X“ usw., die ihre bestellten geistigen Auslassungen in „streng sachlichen“ Artikeln über „Das staatsbejahende Moment in der Reichsverfassung“ oder „Vom Feudalstaat zum Volksstaat“ von sich geben. Die Tendenz ist ja zu durchsichtig, so dass man sich mit ihr nicht länger auseinanderzusetzen braucht. Dieser geistige Kleister soll stets dazu dienen, just zu der Zeit die grossen Risse des jüdischen Parlamentarismus zusammenzuhalten, wenn die offensichtliche Unfähigkeit dieses „Regierungs“systems vor den Augen der Volksgenossen zu grell ins Licht gerückt ist. Gewöhnlich gelingt es dieser oftmals mit staatlichen Geldern unterstützten (z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“) Journaille den Deutschen einzulullen, der sich dann, würdig in seiner Rolle als „staatserhaltendes Element“, auch prompt zufrieden gibt.

So ist auch der Marxismus plötzlich wieder mobil geworden und vor allem die S.P.D. plustert sich in ihrer ganzen heroisch-erhabenen Majestät auf, da sie in naher Zukunft einen „Bürgerblock“ und eine „Rechts“regierung wittert. Dagegen muss sie natürlich „kämpfen“, um ihre Daseinsberechtigung zu beweisen. Und wenn die S.P.D. „kämpft“, dann lässt sich die K.P.D. selbstverständlich nicht lumpen. Ihr Brotneid lässt es nicht zu, dass die „korrupte, sozialverräterische“ S.P.D. im Namen Hunderttausender Dawessklaven spricht, da doch nur sie allein berufen sei (das „beweise“ doch Sowjetrussland) die Befreiung des Proletariats durchzuführen. Bei diesem lustigen Intermezzo ergeben sich dann die erhabensten Situationen brüderlicher „Solidarität“. Wie Spielbälle fliegen die Beleidigungen und Beschimpfungen zwischen „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ hin und her und besonders arg zersaust wurde jetzt die „Rote Fahne“. Der „Vorwärts“ brachte Mitte des Monats spaltenlange Veröffentlichungen über eine „Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch Sowjetrussland“ und unterbreitete seinem krebsroten Bruder Dokumente über den Bau einer Flugzeug-, Gas- und Munitionsfabrik auf russischem Boden, die von den Geldern des Reichswehrministeriums errichtet waren. In der wütendsten Form, die man sich denken kann, bestritt das Moskauer Blatt diese „Vorwärts“-Enthüllungen und bezeichnete sie – wie gewöhnlich – als „Lügen“. Nichtsdestoweniger aber konnte sie die Wahrheit nicht hinwegzaubern und wir haben mit Genugtuung festzustellen, dass es in der K.P.D. früher oder später wieder einmal kriseln wird.

Die ganze politische Lage rechtfertigt uns zu der Annahme, dass die kommenden Wochen oder Monate eine Aktivierung des Marxismus bringen werden. –

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Der Kampf in Berlin ist jetzt auf der ganzen Linie entbrannt. Zwar hat sich der Marxismus noch nicht offen gestellt, aber alle Anzeichen sprechen dafür, dass die nächste Zeit die grossen Auseinandersetzungskämpfe bringen wird.

Mit dem 9. ds. Mts. wurde das Kampfsjahr 1927 durch unsere „Gau-Tagung“, die allmonatlich stattfindet, eröffnet, an der ausser den S.A.-Führern ca. 40 Vertreter aus Berlin und der Mark Brandenburg teilnahmen. Nach Abhaltung eines Referates über das Pressewesen unserer Partei, machte der Gauführer Pg. Goebbels grundlegende Ausführungen über „Propaganda und Organisation“. Sein Referat sowie die ganze Einmütigkeit der Tagung führten zur ideellen Geschlossenheit der Unterführerschaft des Gau's. Am 11. ds. M. wurde in der „Schloss-Brauerei“, Berlin-Schöneberg, die ebenfalls jeden Monat stattfindende „Freiheitsbund“-Versammlung des Gau's abgehalten, in der sich ca. 200 der fortgeschrittensten Pgg. befanden. Es war und ist das Ziel Pg. Dr. Goebbels, im „Freiheitsbund“, dem jeder Pg. beitreten kann, nicht nur die opferwilligsten Pgg. des Gau's um sich zu sammeln, sondern aus diesen die Unterführerschaft des neuen Staates heranzubilden und ihnen eine grundlegende politische Schulung im Sinne des Nationalsozialismus angedeihen zu lassen. Jener Abend stand unter dem unmittelbaren Eindruck des Todes H. Chamberlains, der bekanntlich am 10. ds. Mts. verstarb. In einer trefflichen Gedächtnisrede schilderte Pg. Dr. Goebbels das Leben und vor allem die geistigen Lebenswege dieses Mannes, dessen Bekanntschaft er zweimal in seinem Leben machen durfte. In dem Gelöbnis, einmal die praktischen Vollender seiner Lehren zu sein, klang dieser Abend aus.

Sahen uns der 9. und 11. ds. Mts. im eigenen Kreise zur nutzbringenden Bildungsarbeit versammelt, so brachte der 21. ds. Mts. das erste öffentliche Auftreten im Südwesten der Stadt, einem vorwiegend proletarischen Stadtteil. In der „Bockbrauerei“, Fidicin Str., einem alten Schlachtort des Nationalsozialismus, fand eine Massenversammlung mit Pg. Rudolf Jung (sudetendeutscher Abgeordneter) als Redner statt. Am gleichen Tage fanden von der K.P.D. Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Gedächtnisfeiern statt, und wohl aus diesem Grunde zogen es die Genossen vor, unsere Versammlung zu meiden. Während diese Versammlung rührig verlief, vollzog sich am 25. ds. Mts. in Berlin-Spandau in den „Seitz-Festsälen“ der erste Zusammenprall mit der K.P.D. In der dort abgehaltenen Versammlung referierte Pg. Dr. Goebbels in Anwesenheit von 200–250 Kommunisten, die die Versammlung sprengen wollten. Während des Referates kam die Kunde, dass die Kommunisten auf der Strasse einen Pg. in 40facher Übermacht überfallen hatten. Das war das Signal zum Hinauswurf der im Saale anwesenden K.P.D., die mit zerbeulten Köpfen vor dem Versammlungslokal landeten. Nach dem geschlossenen Abmarsch der Berliner S.A.-Gruppen versah die Spandauer S.A. noch bis morgens 5 Uhr in kleinen Kommandos die Säuberung der Strassen und verprügelte jeden durch die Uniform kenntlichen R.F.B.-Genossen. Im Februar wird eine zweite Versammlung abgehalten werden, um die einmal behauptete Stellung ganz für uns zu gewinnen.

Am 28. ds. Mts. versammelten sich ungefähr 2500 Personen zu dem in den „Kammersälen“, Berlin S.W., abgehaltenen Lichtbilder-Vortrag des Gau's durch Pg. Kapitänleutnant a. D. Hellmuth von Mücke „Emdens Glück und Ende“, der vor allem einen glänzenden finanziellen Erfolg für den Gau aufwies. Dem Lichtbilder-Vortrag des Pg. Hellmuth von Mücke, dem ruhmreichen 1. Offizier der „Emden“,

folgte stürmischer Beifall. Neue Volksgenossen wurden mit unserer Bewegung bekannt.

Unsere Arbeit in diesem Monat fand am 29. und 30. d. Mts. ihre Krönung in der Abhaltung eines „Nationalsozialistischen Freiheitstages“ in Cottbus (Mark), an dem die S.A. Berlin mit 5 Lastautos nebst Anhänger zu je 150 Mann teilnahm. Cottbus, eine Stadt von ca. 60.000 Einwohnern, hatte zum erstenmal einen nationalsozialistischen Aufmarsch gesehen, und am selben Tage fand hier eine Gewerkschafts-Tagung der S.P.D. statt mit anschliessendem Demonstrationzug des „Reichsbanners“. Es sollte eine „Gegendemonstration“ werden, und die aus Frankfurt a. O. und Guben herbeigeholte Schutzpolizei, offensichtlich unerfahren im Leiten von Demonstrationen, hatte Mühe, die bedenklich aus dem Gleichgewicht geratene „Ruhe und Ordnung“ der Bürgerstadt Cottbus wieder herzustellen. Beide Demonstrationen wurden von der Schutzpolizei ängstlich getrennt. Dicht gesäumt waren die Strassen, durch die die Nationalsozialisten zogen, und auf dem Schlossplatz fand die Schlusskundgebung statt, auf der Pg. Dr. Goebbels an die umstehende Menge eine kurze Ansprache hielt. Plötzlich tauchten hier und da Provokateure auf, irgendwo ertönte ein klägliches Rufen „Hoch die Internationale“ und im Nu änderte sich die Situation. Die Menge kam in Bewegung, einzelne S.A.-Kameraden wollten die vermeintlichen Provokateure feststellen lassen, die Polizei wurde nervös, es entstand ein Handgemenge – die Polizei schlug auf unsere Leute ein! Grosse Erregung bemächtigte sich der S.A. Nicht gewillt, sich ohne Grund von der sozialdemokratischen Polizei dieses „Freistaates“ niederschlagen zu lassen, wurden einige Polizeibeamte mit ihren eigenen Gummiknüppeln angegriffen und gefechtsunfähig gemacht. Mit einer wütenden Attacke griff jetzt die Polizei die Kolonnen der S.A. an. Not kennt kein Gebot – mit den eisernen Fahnenstangen, die Tücher rechtzeitig vor der Beschlagnahme in Sicherheit gebracht, verteidigten sich unsere Pgg. Schliesslich gelang es dem Eingreifen unseres S.A.-Führers, Pg. Daluge, und Pg. Dr. Goebbels die Polizei von ihren sinnlosen Prügeleien abzuhalten. 2 schwerverletzte und etwa 10 leichtverletzte Pgg. und 4 erheblich verletzte Polizeibeamte waren das Ergebnis jener „agent provocateurs“, die den geschlossenen Aufmarsch der S.A. durch Zwischenfälle herabwürdigen wollten. Das „Reichsbanner“, mutig geworden durch die Heldentaten „ihrer“ Schutzpolizei, rottete sich in den Strassen zusammen und wollte die Abfahrt unserer Lastautos unmöglich machen. Als unsere Autos die Strassen passierten, erfolgten aus den Seitenstrassen Steinwürfe dieser Lumpen, ohne dass die Polizei einschritt. Sie gönnte uns dies wahrscheinlich. Als wir wieder einige Verletzte zu beklagen hatten, riss unser Geduldsfaden endgültig. Ein Teil der Besatzung sprang von den Autos, um gegen den Janhagel mit aller Konsequenz vorzugehen. Aber in demselben Augenblick tauchte die Polizei wieder auf und trieb unsere S.A. wieder zurück. Mit ingrimmiger Wut blieb uns nichts anderes übrig, als auf die Lastautos zu steigen. Ohne weitere Zwischenfälle kamen wir aus Cottbus heraus, und die Rückfahrt nach Berlin (ca. 130 km) wurde angetreten. Spät abends, als unsere Nachhut von 60 Mann, die die Lichtbilder-Veranstaltung des Pg. von Mücke geschützt hatte, zum Bahnhof marschierte, versuchte das marxistische Gesindel erneut Überfälle zu provozieren, zu denen es jedoch nicht mehr kam. Unsere Stimmung liess darüber auch keinen Zweifel, dass es dann nicht unblutig hergegangen wäre. Ausser dem „Cottbuser Anzeiger“ (unparteiisch) schwieg die ganze Berliner Judenpresse unseren Cottbuser Aufmarsch, wahrscheinlich wegen der „unlöblichen Überfälle auf die bewaffnete Staatsautorität“, vollkommen tot.

So ist der Kampf in Berlin und in der Mark entbrannt und „er hat angefangen und wird nimmer aufhören“, bis die Hakenkreuzfahne siegreich über die alte brandenburgische Erde wehen wird. –

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 9

Situations-Bericht

Februar 1927

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners.

In diesem Monat ist die Lage des Gegners und unsere eigene Lage kaum voneinander zu trennen. Dieser Monat hat die längst erwarteten Zusammenstöße mit dem Marxismus, der im Vormonat nur schwach mit uns in Berührung kam, gebracht und grell die Lage aufgezeichnet, in der wir und der Marxismus stehen. Der „V.B.“ und die übrige Parteipresse der Provinz hat wohl zur Genüge die Berichte veröffentlicht, die Berlin lieferte.

Man muss sich des historischen Momentes bewusst sein, wenn zum erstenmal wohl-disziplinierte Massen den Antisemitismus in der Judenstadt Berlin kämpfend vorantreiben. All' die Pgg., die in weniger gefährdeten Stellungen im Kampf um den Nationalsozialismus stehen oder gar auf dem platten Lande wohnen, können sich keine Begriffe von der Art und Wucht des Ringens um Berlin machen. Die Berliner S.A. hat es nicht nötig, sich selbst vor der Gesamtbewegung zu schmeicheln, dafür sprechen ihre Schwer- und Leichtverwundeten, aber sie sagt nicht zuviel, wenn sie voraussagt, daß z. B. die Stuttgarter, Weimarer oder Hamburger S.A., um nur einige zu nennen, elendig von den Kommunisten zusammengehauen werden würde, falls diese S.A.'s nach Berlin abkommandiert werden sollten. Diesen S.A.-Gruppen würde alles mangeln, was hier zu einem modernen politischen Tages- und Machtkampf gehört: Übersicht des Kampffeldes und seiner Kampfmethoden, Taktik und unbarmherziges Losschlagen (selbst auf die Gefahr des Todes), berechnende Klugheit und verschlagene Frechheit – kurz, Mittel und Wege, die eben typisch berlinisch sind.

Der Jude merkt jetzt, dass eine entschlossene Minderheit am Werke ist, seine Festung unsicher zu machen. Er fühlt sich demzufolge sehr unwohl und unbehaglich, irgend etwas stört ihn bei seiner zersetzenden Tätigkeit und was ist darum natürlicher als das, wenn er seine Presseorgane loslässt? In den 28 Tagen dieses Monats ist von diesen Jargons mehr über uns zusammengeschrieben (= gelogen) worden, als in den letztverflossenen 3 Monaten zusammen. Ein Asphaltblatt, nämlich die „Rote Fahne“, reagierte besonders mit einer instinktiven Sicherheit sondergleichen auf alle Operationen unserer Partei, dass man staunen musste. Auch die unbedeutendste Veranstaltung von uns registrierte sie mit peinlicher Genauigkeit in ihren Spalten, umrankt mit ihren lieblichen Ausdrücken und „Wünschen“ für unsere Zukunft.

Die Presse war jedoch nicht das einzige Instrument, welches der Jude spielen liess. Wozu hätte er wohl seine Knüppelgarden finanziert in Gestalt der K.P.D. und R.F.B.? Auch sie traten in Aktion, mit welchem Erfolg beweisen nachfolgende Zeilen.

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Am 11. ds. Mts. veranstaltete die Partei im ausgesprochenen Arbeiterviertel Wedding in den „Pharussälen“ eine öffentliche Massenversammlung mit dem Thema: „Der Zusammenbruch des bürgerlichen Klassenstaates“. Redner war Pg. Dr. Goebbels. Es war uns ohne weiteres klar, was das bedeutete. Es galt den sichtbaren Beweis zu erbringen, dass der Nationalsozialismus fest gewillt ist, mit aller Macht an die Arbeiterschaft heranzukommen. Bereits einmal gelang es uns, im Stadtteil Wedding Fuss zu fassen. Der Andrang zur Versammlung war gewaltig. Mehr als 1000 Personen füllten den Saal, der politisch zusammengesetzt war aus $\frac{4}{5}$ S.A. und $\frac{1}{5}$ K.P.D. Letztere hatte jedoch ihre Hauptmacht auf der Strasse zusammengezogen. Als die Versammlung durch den S.A.-Führer, Pg. Daluge, eröffnet wurde, erfolgten programmässig die auf Provokation abgezielten „Zur Geschäftsordnung!“-Rufe. Als der anwesenden K.P.D. erklärt wurde, daß die Geschäftsordnung nicht sie, sondern wir führen und ihnen nach dem Referat Pg. Dr. Goebbels eine Diskussion freisteht, entstanden die ersten Plänkeleien. Es trat jedoch wieder eine scheinbare Ruhe ein, bis erneute lärmende Zwischenrufe ertönten. Auf die Mitteilung des Versammlungsleiters, daß er die Ruhestörer im Wiederholungsfalle aus dem Saale weisen würde, wurde die K.P.D. von einer künstlichen Erregung befallen. Mittlerweile hatte die S.A. den Unruheherd langsam eingeschlossen und die Kommunisten, die Gefahr bemerkend, begannen plötzlich tötlich zu werden. Das Nachfolgende spielte sich innerhalb 3–4 Minuten ab. Im Nu wurden von beiden Seiten Stühle, Biergläser, selbst Tische, erhoben und ein wilder Kampf begann. Mehr und mehr wurden die Kommunisten unter die Galerie gedrängt, die wohlweislich von uns besetzt war, und bald sausten von dieser ebenfalls Stühle und Gläser herab. Die Schlacht war schnell entschieden: die K.P.D. zog mit 83 mehr oder minder schwer Verletzten ab, d. h. sie konnte garnicht so schnell die Treppen heruntersteigen, wie sie gemütlich und „harmlos“ heraufgestiegen war. Auf unserer Seite hatten wir 3 Schwerverletzte und ca. 10–12 Leichtverletzte zu beklagen. Als die Polizei erschien, war der Kampf bereits abgewickelt. Der marxistische Terror war blutig unterdrückt worden.¹⁰ Es gelang uns, den Haupträdelsführer, ein Galgen Gesicht erster Güte, zu erwischen, der der Polizei übergeben wurde. Die Versammlung ging nach diesem „Zwischenfall“ ruhig weiter. Nach einiger Zeit bemerkten verschiedene Pgg., die auf der Galerie waren und die Möglichkeit ausfindig gemacht hatten das Dach des Hauses zu besteigen, wie sich unten auf der Strasse grosse Menschenmassen anzusammeln begannen. In kurzer Zeit hatte die K.P.D. den ganzen Bezirk alarmiert, die Meute schien entfesselt. Es wurde ferner beobachtet, wie sich der Mob von den nahegelegenen Bauplätzen mit Steinen versah, deren Verwendung für uns keine Zweifel bedeuteten. Pg. Dr. Goebbels gab nach Schluß die Parole heraus, geschlossen abzumarschieren, wie dies ja jetzt in Berlin nur möglich ist. Und gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr abends setzte sich der über 500 Mann starke Zug der S.A. durch die von der Polizei abgesperrten Strassen in Bewegung. An einem Zentralpunkt geschah die Auflösung.

Die Schlacht war geschlagen. Der Sieg des Nationalsozialismus auf dem Wedding errungen. Am nächsten Tage begann die Flut der Lügen und Verleumdungen über uns hereinzubrechen. Dies gab uns die Quittung, dass der Hieb sass.

¹⁰ Ein besonders charakteristisches Beispiel der beinahe schizophrenden Paradoxie nationalsozialistischen Propagandastils, der von „blutiger Unterdrückung marxistischen Terrors“ spricht, ohne auch nur zu verschleiern, daß (wie in obigem Fall) der Hauptanteil der Gewalttätigkeit auf die Nationalsozialisten entfiel.

Nicht lange sollte es dauern, bis die zweite Versammlung stieg. Vier Tage später, am 15. ds. Mts., trat die S.A. geschlossen in Spandau an. 1500 Pgg. füllten die „Seitz-Festsäle“, riesige rote Plakate hatten der K.P.D. von der Versammlung Kenntnis gegeben. Sie kam nicht. Die verlorene „Pharus-Schlacht“ hatte ihr Mütchen etwas gekühlt und sie zogen es heldenhaft vor, sich auf die Lauer zu legen, um einzelne Pgg. zu überfallen. Aber auch hieraus wurde nichts. Wiederum zogen wir geschlossen ab, begleitet von der aufgestachelten Menge. Auf dem Bahnhof Spandau-West bestiegen wir zum grossen Teil den Berliner Zug. In Spandau-Hauptbahnhof füllte sich dieser mit Kommunisten, die man als Verstärkung nach Spandau geholt hatte. Während der Fahrt gab es in den so verschieden zusammengesetzten Abteilen Plänkeleien, die auf dem Bahnhof Putlitz-Strasse, wo der grösste Teil der Kommunisten ausstieg, noch zu einer Schlägerei führten. Mit 20 Minuten Verspätung (einmal war die Notbremse gezogen worden) traf der Zug gegen 2 Uhr nachts in Berlin ein.

Diese beiden Tage genügten, um die rote Front auf die Gefahr des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen. Ihre ganze Presse hallte wider von der „Faschisten-gefahr“, die die gebührende Beobachtung der Arbeiterschaft erfordere. Schmähartikel besudelten uns als „Arbeitermörder“, „Fememord-Banditen“, „Kapitalistenhunde“ und erreichten damit das Gegenteil des Gewollten: sie machten uns in Berlin bekannt.

Innerparteilich waren wir in diesem Monat ebenfalls nicht müssig gewesen. Am 8. ds. Mts. fand die allmonatliche „Freiheitsbund“-Versammlung statt mit dem Thema Pg. Dr. Goebbels „Innen- und Aussenpolitik“.

Die diesmonatliche Gau-Tagung, besucht von ca. 40 Sektions- und Ortsgruppenführern, brachte ein grundlegendes Referat des Gauführers: „Organisation als revolutionäre und staaterhaltende Praxis“. Der vom Gau-Kassenwart gegebene Kassenbericht ergab die vollkommen schuldenfreie Lage des Gauers. Er besitzt jetzt dank des Opfermutes der Pgg. und des „Freiheitsbundes“ ein Vermögen von ca. M 8–10.000.– in Sachwerten (Geschäftsstelle-Einrichtung, ein Benz-4-Sitzer, S.A.-Ausrüstungsgegenstände usw.) Die Mitgliederzahl stieg und die organisatorische Befestigung der einzelnen Sektionen und Ortsgruppen hielt Schritt mit der allgemeinen Entwicklung.

So geht der Kampf um Berlin Tag für Tag weiter, zäh, ausdauernd, unbeirrt, mit Verlusten und Drangsalierungen.

„Auf den Tag!“

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei

Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 10

Situations-Bericht

März 1927

(Allgemeine politische Lage in Berlin und der
Kampf der N.S.D.A.P.)

I.

Die Lage des Gegners.

China – das ist jetzt das grosse Wort! China schallt's von vorn, China schallt's von hinten. Jede Nummer des marxistischen Blätterwaldes, unzählige Plakate an den

Häuserwänden, Versammlungen, Umzüge, Interpellationen im Reichstag beschäftigen sich mit dem nationalen Befreiungskampf des chinesischen Volkes vornehmlich gegen den englischen Imperialismus. Diese Rührigkeit versetzt uns ins Erstaunen. Grinst einem da an irgendeinem Bretterzaun die Schlagzeile entgegen: „China den Chinesen!“ oder eine Gruppe kommunistischer Arbeiter trägt die Losung auf einem Transparent beim Umzug. Unwillkürlich fragt man sich „Deutschland den Deutschen?“ Unsinn! Nur keine „reaktionären“ Anwendungen!

Wieder einmal soll die deutsche und vornehmlich die Berliner Arbeiterschaft geleimt werden. Man muss wissen, dass nun einmal in dem Ausstreuen von Losungen (wie z. B. jetzt „China den Chinesen“) System liegt. Blicken wir nur einige Monate zurück: Wochen vor dem Juni 1926 hallte der Ruf in allen Strassen wider „Keinen Pfennig den Fürsten“, von August bis September hörte man die Schalmeien zum „Kongress der Werktätigen“, kurz darauf zum „Reichserwerbslosen-Tag“, dann kam der „Jürgens-Prozess“ und jetzt heisst es „China den Chinesen“. Dabei lauert augenblicklich schon wieder eine neue Parole im Hintergrund „Gegen den Stahlhelm-Aufmarsch am 8. Mai“. Was ist der Zweck dieser Übung? Durch das Behandeln von Tagesfragen will man die Arbeiterschaft von dem eigentlichen Problem, nämlich dass ihre ökonomische Befreiung nur über den Weg der nationalen Revolution führen kann und muss, ablenken. So steht denn auch der ganze Organisations-Apparat des Marxismus im Dienste dieser Tagesfragen.

Zwei grosse Demonstrationen sah Berlin von der K.P.D. und dem R.F.B. in diesem Monat – ausgelöst von der N.S.D.A.P. Am Sonntag, den 20. ds. Mts., erhielten kommunistische Provokateure von S.A.-Mannschaften auf dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde-Ost einen Denkkettel, der damit endete, dass die 23 Mann starke R.F.B.-Kapelle der 7. Abteilung (Charlottenburg) mehr oder minder schwer verletzt wurde. Diese wohlverdiente Züchtigung, die erste grösseren Stils in Berlin, löste selbstverständlich eine unbeschreibliche Wut im R.F.B. aus. Am Dienstag, den 22. ds. Mts., veranstalteten demzufolge alle (!) Abteilungen des Berliner R.F.B. eine Protestdemonstration in Charlottenburg, bei der es zu Zusammenstössen mit der Polizei kam. Ein Toter (parteiloser Arbeiter) und mehrere Verwundete, darunter der 1. Bundesvorsitzende des R.F.B. „Genosse“ Thälmann, waren das Resultat. Bei dieser „machtvollen“ Demonstration gegen das „Faschistische Mördergesindel“ wurden auch „machtvolle“ Reden gehalten, in denen unverblümt zum Mord gegen die „Faschisten“ (lies Nationalsozialisten) aufgefordert wurde. Die Polizei, vornehmlich die Abt. I A, hatte für solche Reden natürlich keine Ohren. „Recht der freien Meinungsäusserung“ – also verfassungsmässig ganz in der Ordnung.

Mit der einen Demonstration gab sich „Rot Front“ aber nicht zufrieden. Am Donnerstag, den 24. ds. Mts., fand noch einmal am „Tatort“, am Bahnhof Lichterfelde-Ost, ein Aufmarsch statt. Die Polizei war kompagnieweise aufgeboten. Im benachbarten Tempelhof hatte die N.S.D.A.P. eine Massenversammlung zwecks Aufklärung der Lichterfelder Vorgänge einberufen. Leider wurde das revolutionäre Mütchen von „Rot Front“ etwas gekühlt durch einen langanhaltenden Regen.

Das „Reichsbanner“, vielleicht hat es andere Sorgen, hielt sich gegenüber den ganzen Vorgängen neutral. Es ist erhaben über die „Radaubröder“, wobei Kommunisten und Nationalsozialisten ein und dasselbe sind, gegen die nur zweierlei hilft: entweder Ignorierung oder Vorgehen mit allen zu Gebote stehenden „verfassungsmässigen“ Mitteln (man beachte die höfliche rechtliche Umschreibung des Terrors). Es ist uns schon recht, wenn das „Reichsbanner“, diese moderne Spiessbürgergarde von 1848, neutral bleibt. Dadurch haben wir Handlungsfreiheit gegenüber den Kommunisten. Wie es später einmal wird, darüber zerbrechen wir uns heute nicht den Kopf.

Vierteljahrshefte 8/1

II.

Die Lage der N.S.D.A.P.

Am 13. ds. Mts. fand die allmonatliche Gau-Tagung statt. Pg. Gottfried Feder referierte über „Unser Staat“ und Pg. Dr. Goebbels über „Wesen und Inhalt unseres Zukunftsstaates“. Richtlinien für die kommende Arbeit wurden festgelegt.

Die zwei Tage später, am 15. ds. Mts., stattgefundene „Freiheitsbund“-Versammlung war in mehr als einer Hinsicht interessant. Das ursprünglich gestellte Thema „Als nationalsozialistischer Redner ein Jahr kreuz und quer durch Deutschland“ änderte Pg. Dr. Goebbels in „Mein politisches Erwachen“ ab und erzählte den versammelten Pgg. seinen politischen Lebenslauf seit 1918 mit den Etappen Würzburg, München, Ruhrgebiet und Berlin. Sein Referat brachte unzählige Einzelheiten über die erste Zeit der Bewegung, der schweren Arbeit der verbotenen gewesenen N.S.D.A.P. im Ruhrgebiet unter dem Druck der feindlichen Besetzung, den Drangsalierungen und Verfolgungen einzelner Führer usw. Nach dem Schluss der Versammlung sollten wir gleich diese gegen Nationalsozialisten üblich gewordenen Drangsalierungen und Verfolgungen in natura verspüren. Vor dem Versammlungsort („Prachtsäle des Ostens“ im Nordosten Berlins) hatten sich einige Hundert Kommunisten und das übliche Pöbelvolk eingefunden, um unseren Abzug, der in geschlossener Formation in Stärke von 300 Mann mit 6 entrollten Sektionsfahnen vor sich ging, „würdig zu begleiten“. „Nieder“-Rufe erschallten von allen Seiten, bis die uns begleitende Polizei die rechts und links des Zuges mitmarschierenden Kommunisten abriegelte und zurückdrängte. Der Gauwagen wurde vom „lieben Volk“ mit Steinen beworfen, ohne dass jedoch nennenswerter Schaden angerichtet wurde. Zwischenfälle ereigneten sich an diesem Tage nicht mehr.

Der grosse Tag des Monats brach am Sonntag, den 20. 3., an – S.A.-Jahresfeier in Trebbin (Mark)! Als der schöne Tag anbrach, ahnte niemand, welche Bedeutung er für die Zukunft erlangen sollte. Es ereigneten sich an diesem Tage die bekannten Vorgänge auf dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde-Ost*) mit ihren folgenschweren Nachwirkungen. Am Montag durfte sich kein Nationalsozialist in Uniform auf der Strasse sehen lassen, wenn er nicht totgeschlagen werden wollte. Eine Welle des Einzelterrors brach herein. Sprechabende der Sektionen, wie z. B. Charlottenburg und Neukölln, wurden belagert, einzelne Pgg. überfallen, die Polizei, aufgestachelt durch den Polizeivizepräsident Dr. Isidor Weiss¹¹ (Rassejude und Zionist), nahm sogenannte Waffendurchsuchungen in den Sektionslokalen Charlottenburg und Moabit vor und besetzte regelrecht mit einem Aufgebot von 30 Mann den Saal „Viktoria-Garten“ in Berlin-Wilmersdorf zwecks Waffenuntersuchung aller Pgg., die sich zu einer ausserordentlichen „Freiheitsbund“-Versammlung eingefunden hatten. 8 Pgg. wurden wegen Landfriedensbruch bezüglich der Lichterfelder Vorgänge verhaftet. Ein Pg. namens Altendorf, welcher am 23. ds. Mts. in Wilmersdorf verhaftet wurde, den man aber am nächsten Tage wieder freigab, ist seit dem Verlassen des Polizeipräsidiums spurlos verschwunden.

Der Terror ist augenblicklich von allen Seiten im vollsten Gange. Nur zähste Nerven, Besonnenheit und die tröstliche Aussicht, einmal den Spiess umzudrehen, muß jetzt jeder Berliner Nationalsozialist besitzen, um den Kampf siegreich zu bestehen. Wir sind die Einigen, die jetzt wenigstens die nationale Flagge Berlins hochhalten, denn alle anderen vielgerühmten „grossen“ vaterländischen, nationalen und sogar

* Anm. Muchows: Siehe „Spezialbericht“ Nr. 1.

¹¹ Dr. Bernhard Weiß, der im Vokabular der NS-Schmähpropaganda nur „Isidor“ genannt wurde.

noch existierende völkische Verbände und Vereine sind in die Mauselöcher gekrochen. Niemand rührt sich, nur die nationalsozialistischen S.A.'s sind gut genug sich blutige Köpfe zu holen – aber auch welche auszuteilen!

Noch ist's so. Aber alles ist entwicklungsgeschichtlich und einmal wird uns die schwere, aufreibende Kampfzeit der jetzigen Tage wie ein wüster Traum erscheinen. –

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Ortsgr. Berlin – Sektion Neukölln
(Propaganda-Zelle)

Nr. 11

Spezialbericht
über

die Vorgänge auf dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde-Ost am
20. März 1927

A.

Vorgeschichte

1) S.A. Berlin auf der Fahrt nach Trebbin (Mark).

Am 20. März jährte sich die einjährige Wiederkehr des Gründungstages der S.A. Berlin. Ein Jahr war es her, als sich grosse Teile des ehemaligen Wehrverbandes „Frontbann“ der noch nicht lange bestandenenen N.S.D.A.P. anschlossen und damit hatte die Geburtsstunde der Berliner S.A. geschlagen. Ein Jahr Vorpostengefechte war verstrichen, hier und da noch keine Ansätze zu grösseren Schlachten zeigend, bis die letzten drei Monate in ununterbrochener Folge Grosskampftage brachten und das ruhmvolle Jahr krönten.

Diesen Tag der Wiederkehr galt es zu feiern und so ging 14 Tage vorher der S.A.-Befehl heraus, dass die gesamte S.A. ihre Gedenkfeier auf den Trebbiner Bergen beim nächtlichen Feuer bei Trebbin (Mark), ein Städtchen von ca. 3000 Einwohnern, abhalten werde. Die Feuerrede sollte Gauführer Pg. Dr. Goebbels halten.

Sonnabend, den 19. März 1927. Abends 8 Uhr. In kolossaler Wucht liegt der Anhalter Bahnhof da, der Ankunftsort internationaler Züge aus Luzern, Mailand, Rom, Nizza. Im Vorraum treffen die ersten kleinen Trupps der einheitlich in braunen Hemden gekleideten nationalsozialistischen S.A.'s ein. Verwundert, neugierig, hier und da giftig betrachtet. Mehr und mehr mehren sich die Ankommenden und bald ist die Halle und der Askanische Platz überfüllt. In Stärke von 700 Mann nebst 2 Spielmannszügen war die S.A. dem Rufe des Führers gefolgt. Abends 9,20 Uhr rollt der Zug aus der Halle, die ungeheure Lichterstadt Berlin entschwindet mehr und mehr, und bald rast der Zug durch die nächtliche märkische Landschaft. Lichterfelde-Ost, still und friedlich, Lichterfelde-Süd, Teltow, Thyrow – jetzt Trebbin. Der Bestimmungsort ist erreicht.

2) Das nächtliche Feuer.

In langer Kolonne geht es durch das stille Trebbin hinaus auf die Löwendorfer Berge. Auf dem Hügel brennt ein mächtiges Feuer. Oben gruppiert sich die S.A., die eisernen Fahnenstangen, manchen Gegner hart abgewehrt, sind in die Erde gerammt und in dieser nächtlichen Stille ertönt das wohlklingende Organ des Gau-

führers. Aus der Ansprache wurde eine Andacht. Märkische Söhne lauschen den Worten ihres auf Tod und Leben verbundenen Führers, und etwas Unausprechliches verbindet sie mit dem heiligen Boden, auf dem sie stehen, der so oft in der Geschichte Blut getrunken hat. Zurück schweifen die Gedanken aus der Vergangenheit in die Gegenwart. Kaum 30 km entfernt liegt der Moloch Grosstadt, ein verjudaisiertes Zentrum, die Stätte des Terrors, des Blutes, der Schande. Hart und scharf klingen die Worte Pg. Dr. Goebbels': „über Gräber vorwärts!“ So oder so – ein Jahr ist herum: Berlin *muß* in unsere Faust! Wann? Gleichviel – jede Kleinarbeit von heute ist ein Stein zur Barrikade von Morgen. Wir kämpfen. Die Feierstunde ist beendet. Die Kolonnen rücken ab. Es geht in die Quartiere nach Trebbin und den Nachbardörfern. Nur wenige Stunden Schlaf – und der neue Tag ist schon erwacht.

3) Kundgebung in Trebbin.

Das Städtchen läuft zusammen. Von allen Seiten rücken die S.A.'s ein. Trommelwirbel ertönen – der Marktplatz ist das Ziel. Er reicht nicht aus, dicht drängen sich die Menschen. Pg. Dr. Goebbels spricht. Von Dawes, Locarno, „Staat in Schönheit und Würde“. Gelächter. Vom Willen zur Freiheit. Seine Rede hat Berührungspunkte zum Freiheitstag in Cottbus. Er klagt den „Staat“ an, der eine Kolonie ist, und endet mit dem Kampfruf der S.A. „Deutschland – erwache!“

Trebbin spürt das neue Deutschland. Am Nachmittag findet im „Schützenhaus“ eine Massenversammlung statt. Überfüllt. Kein Gegner weit und breit. Die S.A. hat ihren Dienst getan und der Marsch zum Bahnhof wird angetreten. Die Bevölkerung folgt uns.

4) „Rot Front“ in Sicht!

Dicht gedrängt stehen die S.A.-Mannschaften auf dem Bahnsteig in Trebbin. Sie warten auf den fahrplanmäßigen Personenzug Nr. 851, von Luckenwalde kommend, der sie wieder nach Berlin zurückführen soll. Abends 6,25 läuft er ein. Plötzlich bemerken einige S.A.-Kameraden in den vorderen Abteilen einige „Rot-Front“-Gesichter. Diese strecken die Faust, ihren Bundes„gruss“, empor und lächeln. Wir empfinden das als eine Provokation und verschiedene Leute von uns versuchen in das Abteil einzudringen. In diesem Augenblick ziehen die Kommunisten Revolver aus den Taschen und richten sie auf uns. Die augenblickliche Erregung ist ungeheuerlich. Wir wenden uns sofort an die 8 Landjäger von Trebbin, die auf dem Bahnsteig stehen, und fordern von ihnen Entwaffnung der im Zuge befindlichen Kommunisten. Aber niemand rührt sich. Ehe wir noch etwas gegen die Bewaffneten unternehmen konnten, setzt sich der Zug in Bewegung. Alles steigt noch während der Fahrt ein, und die Ereignisse nehmen jetzt ihren Lauf. Für die S.A. war es klar, dass diese Provokation geächtigt werden musste, zumal die vielen Einzel-Überfälle in letzter Zeit auf uns genügend Zündstoff angesammelt hatten. Während der Fahrt steigt ein Neuköllner S.A.-Kamerad auf das Dach des von den Kommunisten besetzten Abteils, welches von der 23 Mann starken Kapelle der 7. Abteilung (Charlottenburg) des R.F.B., darunter der kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann, dicht gefüllt war. Die Kapelle kam von Jüterbog, wo eine Märzgefallenen-Feier der K.P.D. stattgefunden hatte und hatte dort bereits eine „Stahlhelm“-Gruppe überfallen. Dies erfuhren wir erst später. Die dauernde Bedrohung mit den Schusswaffen zwang uns zur Gegenwehr. Noch fiel kein Schuss. Auf den einzelnen Stationen eröffneten wir ein Steinbombardement auf den kommunistischen Wagen. Jeder Stein traf, da der 4. Klasse-Wagen keine Seitenteilung aufwies und die Insassen eng gedrängt standen. Im Nu war jede Scheibe zertrümmert. Auf den Trittbrettern versuchten wir während der Fahrt in

die Abteile einzudringen. Vom Dach her stiessen wir mit einer Fahnenstange in die Fenster und schafften Verwundete.

Da taucht der Bahnhof-Lichterfelde-Ost auf. Hier musste die S.A. aussteigen. Der Höhepunkt war erreicht.

B.

Der Feuerkampf

1) Der erste Schuss

Der Zug hält. Die Abteile öffnen sich. Die S.A. betritt den Bahnsteig. Keine Polizei ist weit und breit zu sehen. Nur 2 Schupobeamte eilen die Treppe hinauf. Plötzlich kracht ein Schuss aus dem Wagen der Kommunisten. Er trifft unseren Standartenführer I, Pg. Geyer, der sich dem Wagen mit der Absicht genähert hatte, um die Kommunisten nach ihrer Entwaffnung der Bahnpolizei zu übergeben. Der Zug kann nicht mehr weiter fahren. Alle Notbremsen sind von uns gezogen worden. Als Pg. Geyer mit einem Bauchschuss fällt, gibt es für die S.A. kein Zurück mehr.

2) Das Steinbombardement.

Ein ununterbrochener Steinhagel saust gegen den Wagen, niemand zeigt sich am Fenster, aber fortwährend knallen ca. 60–100 Schüsse heraus. Ein Teil der S.A. versucht von der anderen Seite in den Wagen zu gelangen. Auch hier schiessen die roten Verbrecher aus dem Fenster. Ein Steinhagel ist auch hier die Antwort. Der Neuköllner S.A.-Kamerad Werner Teichert will mit kühnem Griff die Abteiltür aufreissen, um den Kampf ein schnelles Ende zu bereiten. Da erhält er einen Streifschuss am Kopf, sinkt zurück, um im selben Augenblick erneut aufzuspringen und versucht ein zweites Mal in das Innere des Wagens einzudringen. Ein zweiter Schuss trifft ihn besser, die Kugel sitzt 1 cm von der Schläfe entfernt im Kopf. Die umstehenden Kameraden tragen den Gefallenen zurück. Noch lebt er. Wilde Verwünschungen hallen gegen den Wagen.

3) Panik.

Die wilde Schiesserei von 60–100 Schüssen hat im Nu den Zug von Fahrgästen entvölkert. Sie flüchten über die Geleise und Garagen. Ein daherkommender D-Zug wird unmittelbar vor dem Bahnhof zum Stehen gebracht. Der Wagen der Kommunisten bietet äusserlich einen wüsten Anblick. Alle Scheiben sind zertrümmert. Die Bahnbeamten sind verschwunden.

4) Das Ende des Kampfes.

Jetzt erscheint ein Überfallkommando der Schupo von 6 Mann. Machtlos. Das Schiessen aus dem Wagen ist verstummt. Als die Abteiltüren von uns und der Schupo geöffnet werden, bietet sich ein Bild schlimmster Art. Sämtliche Kommunisten sind durch die Steinwürfe fast alle schwer verletzt worden, die Musikinstrumente, die einen Wert von M 2.500.– besaßen, sind zerbeult. Im ganzen Wagen liegen Glasscherben, Blutlachen, Holzsplitter und über 200 Steine. Als erster wird ein Zivilist herausgezogen: der kommunistische Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann. Sein Gesicht ist eine unförmige blutige Masse. Einer von den eigentlichen Drahtziehern, die man sonst nicht fassen kann. Er hat seinen Lohn empfangen. Die übrigen Revolverhelden überfallen bei Lebzeiten keinen Nationalsozialisten mehr. Die Musikinstrumente werden zertreten. Unsere beiden S.A.-Kameraden werden sofort in das Lichterfelder Vincent-Krankenhaus überführt. Die S.A. verlässt den Bahnhof.

C.

Der Marsch durch die Stadt

1) Vor dem Bahnhof.

Unten auf dem Bahnhofplatz hatten sich über 1000 Pgg. in Zivil eingefunden, die den geplanten Demonstrationzug durch den Westen der Stadt mitmachen wollten. Als die Kunde von der Schiesserei nach unten gelangte und auch der Schall der Schüsse gehört wurde, bemächtigte sich dieser Masse eine ungeheure Erregung. Im selben Augenblick traf die Gauleitung, Pg. Dr. Goebbels, Pg. Dahuege und Pg. Dürr, im Kraftwagen von Trebbin kommend, ein. Stürmische Heilrufe erschallten. Alle umliegenden Strassen waren von den Nationalsozialisten beherrscht.

2) Der Demonstrationzug.

Gegen 8 Uhr abends formierte sich der Zug von über 800 uniformierten S.A.'s und über 1000 Pgg. in Zivil, die den Zug begleiteten. Durch die Stadtteile Steglitz und Friedenau gingen die Kolonnen. Frechgewordene Juden wurden kurzerhand verprügelt. Auf dem Wittenberg Platz fand die Demonstration ihr Ende. In kurzer Zeit haben unsere 1800 Pgg. auf diesem Platz etwa 8–10.000 Personen auf die Beine gebracht. Pg. Dr. Goebbels hielt eine zündende Ansprache. Mit dem Kampfruf der S.A. „Deutschland – erwache!“ im Sprechchor wurde die Kundgebung geschlossen.

Der 20. März war bis jetzt die größte Schlacht und der geschlossenste Umzug, den die N.S.D.A.P. in Berlin erlebt hat.

„Heil Hitler!“

Reinhold Muchow.

Nationalsozialistische Deutsche
Arbeiter-Partei
Berliner Irredenta

6. 5. 1927

Benachrichtigung

„... gleich bösen Dämonen verglich man sie: verachtet, bespion, verfolgt, erschlagen... Eines jedoch brach man nicht. Das war ihr Glaube – jede Miene, jede Bewegung drückte es aus: künftige Herren des Staates zu sein!“

Infolge des Verbots der N.S.D.A.P., Ortsgruppe Berlin, bin ich leider gezwungen, die regelmässige Zustellung der monatlichen „Situations-Berichte“ bis auf Weiteres einzustellen.

Ich werde jedoch nach wie vor mit den ehemaligen Empfängern der „S.-B.“ im privaten Schriftwechsel bleiben, was mir keine jüdische Willkür verbieten kann. Gibt es doch gerade nach dem Verbot mehr als genug aus Berlin zu berichten – denn der Nationalsozialismus als Idee lebt und verbreitet sich wie aus tausendfachem Trotz weiter.

„Auf den Tag!“

Reinhold Muchow.

Notizen

Nachtrag zu der Dokumentation „Generalplan Ost“

In den einleitenden Bemerkungen zu der Dokumentation „Generalplan Ost“ (VFZ 6/1958, S. 281ff.) war angeführt worden (S. 289), daß die umfangreiche Denkschrift, die der SS-Oberführer Professor Dr. Konrad Meyer für den Reichsführer SS unter der Überschrift „Generalplan Ost – Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues“ Ende Mai 1942 lieferte, nicht greifbar sei. Der Inhalt konnte indessen nach einer sechsseitigen Zusammenfassung der Ergebnisse des Haupttextes wiedergegeben werden.

Dankenswerterweise wurde uns von einer Mitarbeiterin am Mikrofilm-Projekt der American Historical Association (Mrs. E. A. Carroll) mitgeteilt, daß der volle Text des Hauptdokuments sich im Original in der „World War II Records Division“ in Alexandria/Virginia befinde (Record Group 1048, file number EAP 66-c-12-2/20). Die Denkschrift ist als Mikrofilm verfügbar unter T-84, Roll 73.

Auch für den weiteren Fortgang der Planung findet sich, wie nach der gleichen Auskunft mitgeteilt sei, in Alexandria noch zusätzliches Material. Am 15. Februar 1943 sandte Meyer an Himmler eine revidierte Fassung gemäß dessen Wunsch, weitere Gebiete – „Litauen, Estland, Lettland, Weißruthenien, Ingermanland, ebenso wie die ganze Krim und Taurien“ – in das Generalsiedlungsprogramm einzubeziehen (a. a. O. S. 292). Die revidierte Fassung findet sich in Record Group 1010, file number EAP 161-b-12/212. Auf eine Anfrage Meyers wegen Fortsetzung der Arbeit antwortete Himmler im April 1943: „Ja, ich besinne mich. Das liegt auf meinem Arbeitstisch. Ich denke schon an diese Dinge.“

H. R.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Martin Broszat, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Hans-Dietrich Looock, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26

Dr. Erich Matthias, Bad Godesberg, Rüngsdorfer Straße 55

Dr. Theodor Schieder, Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Köln, Köln-Lindenthal, Gyrhofstraße 21

Jean Vanwelkenhuyzen, Licencié en Sciences Politiques et Diplomatiques, Licencié en Sciences Economiques et Financières (Université Libre de Bruxelles), Soignies, 65 chemin Trois Planches

D. C. Watt, Lecturer in Political and International History at the London School of Economics and Political Science, Houghton Street, Aldwych, London W. C. 2